

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

JULI 1950

Inhalt

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets Juni—Juli 1950	1
Allgemeiner Überblick	1
Geld und Kredit	5
Öffentliche Finanzen	13
Produktion, Absatz, Beschäftigung	20
Preise und Löhne	27
Außenwirtschaft	32
Statistischer Teil	39

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets Juni—Juli 1950¹⁾

Allgemeiner Überblick

Die Spannungen, die infolge des Konflikts im Fernen Osten wie in fast allen Ländern so zum Teil auch in der Wirtschaft Westdeutschlands aufgetreten sind, haben sich in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten. Zwar kam es auf einzelnen Märkten ebenfalls zu Hortungskäufen, aber nur vereinzelt — wie z. B. bei Zucker — entwickelten sich hieraus (durch Erhöhung der Einfuhren alsbald bekämpfte) Verknappungserscheinungen. Preiserhöhungen beschränkten sich auf einen relativ kleinen Kreis von Waren. Ein Teil der Verbrauchsgüter ist sogar weiter im Preis gesunken. In letzter Zeit ist überdies ein merkliches Abflauen der Hortungskäufe festzustellen, wie insbesondere auch die Tatsache zeigt, daß die Einzahlungsüberschüsse im Sparverkehr wieder zunehmen.

Daß keine stärkeren Marktstörungen eintraten, ist zweifellos weitgehend dem Umstand zu danken, daß die Angebotselastizität trotz des bemerkenswerten Anstiegs, den Produktion und Preise in den vorangegangenen Monaten zu verzeichnen hatten, bisher doch nicht in dem Maße

angespannt war, daß der plötzliche Nachfrageanstieg sofort zu Marktversteifungen geführt hätte. Wie schon bei der Abwertungswelle im vergangenen Herbst, bestätigt sich jetzt also wiederum die Richtigkeit einer Politik, die bewußt darauf verzichtete, unter den in Deutschland heute noch obwaltenden Umständen die vorhandenen Reserven bis zum Äußersten auszuschöpfen und damit die Stetigkeit der auch so bemerkenswert kräftigen Erholung aufs Spiel zu setzen.

Bezeichnend für die relative Konstanz der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Monaten ist es auch, daß der übliche Saisonrhythmus der Industrieproduktion nicht unterbrochen wurde und der Produktionsindex (ohne die Ziffer für die in anhaltend starkem Aufschwung begriffene Bauwirtschaft) demgemäß im Juli einen leichten — hauptsächlich durch Betriebsferien und Umstellungen auf die Produktion für den Winter bedingten — Rückgang aufweist. Das gilt namentlich für die Verbrauchsgüterindustrien, in denen die Produktion

¹⁾ Abgeschlossen am 21. August 1950.

in den Vormonaten teilweise noch immer über dem laufenden Absatz gelegen hatte, so daß die mit dem Ausbruch des Korea-Konflikts einsetzende Nachfragebelebung zunächst einmal zur Verminderung der Lagerbestände benutzt wurde.

Abgesehen von solchen vorübergehenden Teilerscheinungen, haben jedoch die konjunkturellen Auftriebstendenzen nicht nur angehalten, sondern sich verschiedentlich sogar noch verstärkt. Daß die Wirtschaftstätigkeit im ganzen wächst, zeigt allein schon die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Im Juli und in der ersten Augushälfte hat die Zahl der Arbeitslosen um fast 130 000 weiter abgenommen. Seit Mitte Februar ist sie damit um mehr als 600 000 gesunken. Die Beschäftigung hat dabei auch in den letzten Wochen sicher noch stärker zugenommen als die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist, weil sich ständig neue Arbeitskräfte anbieten. Außerdem wächst anscheinend noch immer die durchschnittliche Arbeitszeit. Eine noch deutlichere Sprache sprechen die Ziffern des Auftragseingangs. In der Mehrzahl der Industrien sind die Auftragseingänge in den letzten Monaten beträchtlich gestiegen, und zwar vielfach so stark, daß selbst in Industrien, in denen die Produktion bis in die letzte Zeit hinein erweitert wurde, die Zunahme mit dem Auftragseingang nicht immer Schritt zu halten vermochte. Auftragseingänge in Höhe von 150 vH des laufenden Umsatzes sind keine Seltenheit mehr, die Relation zwischen Auftragsbeständen und Umsatz ist in einzelnen Zweigen bereits übernormal. Eine wesentliche Triebkraft des Konjunkturanstiegs bilden weiter die wachsenden Exportaufträge, aber auch die Inlandsnachfrage ist auf Grund der nun in voller Entfaltung begriffenen Bautätigkeit, der in diesen Wochen zur Auszahlung gelangten Einkommensteuerrückerstattungen und der hohen, zum Teil nur mit Krediten oder Reserven finanzierten öffentlichen Ausgaben beträchtlich gewachsen.

Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage hat sich dabei in letzter Zeit hier und da bereits so verschoben, daß Spannungen aufzutreten beginnen, die von einer allmählichen Erschöpfung der leicht zu mobilisierenden Reserven zeugen. Die Lieferfristen werden teilweise bereits länger, die Zahlungsbedingungen schärfer. An einigen Stellen deuten sich auch wieder gewisse Engpässe an. Verschiedentlich wird z. B.

über Mangel an Baufacharbeitern geklagt. Die Bundesbahn hat, je mehr die Ernte in Gang kommt, Schwierigkeiten, allen Güterwagenanforderungen pünktlich nachzukommen. Zwischen den Rohstoffanforderungen der eisenverarbeitenden Industrie und der Eisen- und Stahlnachfrage von Seiten des Auslandes ist eine leichte Rivalität entstanden, obwohl die Stahlerzeugung, aufs Jahr umgerechnet, bereits über das von den Alliierten bisher zugelassene Jahreskontingent gestiegen ist. Auch für den Kohlenbergbau hat sich die bis Juni durch Absatzschwierigkeiten gekennzeichnete Marktlage völlig geändert. Hält die gegenwärtige Belegung der Kohlen- und Koksnachfrage an, so könnten im späteren Verlauf des Jahres gewisse Versorgungsklemmen auftreten, auch wenn die Förderung den vorjährigen Saisonhöhepunkt von 368 000 t arbeitstäglich um 10- bis 20 000 t überschreitet, was allerdings ohne Schwierigkeiten möglich sein dürfte. Die Grenzen, von denen ab die Nachfrage gegen das Angebot zu pressen beginnt, rücken also in manchen Bereichen deutlich näher, und es ist daher kein Wunder, daß die von den Weltmärkten ausgehenden Preisauftriebstendenzen immer weniger durch konträre Tendenzen am Binnenmarkt kompensiert werden, ja teilweise sogar eigenständige, wenn auch bisher noch schwache Preissteigerungstendenzen Platz greifen.

Aber auch die außenwirtschaftliche Lage steht neuerdings wieder im Zeichen einer leichten Anspannung. Für manche Beobachter bedeutet das vielleicht eine Überraschung. Angesichts der kräftigen Exportbelebung in den letzten Monaten war nämlich zum Teil der Eindruck entstanden, als könne der außenwirtschaftliche „Engpaß“ bereits als überwunden gelten, weil angesichts der Hausse an den Weltmärkten mit einer raschen, dem Einfuhrbedarf völlig genügenden Erhöhung der Ausfuhrerlöse zu rechnen sei. Die Bank deutscher Länder ist in ihren letzten Berichten diesem übertriebenen Optimismus wiederholt entgegengetreten und hat, obwohl gerade auch sie mit Nachdruck auf die großen Absatzchancen hingewiesen hat, die sich der deutschen Wirtschaft zur Zeit auf den Weltmärkten eröffnen, doch immer wieder betont, daß damit für die nächste Zeit nicht ohne weiteres eine Verbesserung der Zahlungsbilanz und

der Devisenposition gewährleistet sei. Da die Besserung der internationalen Zahlungsposition Deutschlands in der ersten Hälfte dieses Jahres auf verschieden befristeten Sondereinflüssen beruht habe, sei vielmehr auch bei günstiger Ausfuhrentwicklung mit Rückschlägen zu rechnen. Wie berechtigt diese Warnung war, hat sich in den letzten zwei Monaten deutlich gezeigt. Zwar hat die Ausfuhr ihren bemerkenswerten Anstieg fortgesetzt, so daß sie im Juli bereits mehr als doppelt so hoch war wie im Oktober und November vorigen Jahres, aber im Juni und Juli hat die Einfuhr, und zwar auch die „kommerzielle“, d. h. die mit Devisen zu bezahlende Einfuhr, noch stärker zugenommen, so daß sich, beeinflußt noch durch eine Reihe anderer Faktoren, über die im Abschnitt „Außenwirtschaft“ näher berichtet wird, die internationale Zahlungssituation wieder etwas verschlechtert hat. Daß die Einfuhr nicht mehr lange auf dem verhältnismäßig niedrigen Stand der Frühjahrsmonate verharren würde, war von vornherein klar. Ihr Wiederanstieg ist in der letzten Zeit aber nicht unbeträchtlich dadurch intensiviert worden, daß wichtige Einfuhrgüter seit dem Ausbruch des Konflikts im Fernen Osten erheblich im Preis gestiegen sind und deshalb die Einfuhrwerte stärker wachsen als die -mengen und die Importeure zu erheblichen Voreindeckungen neigen. Hier zeigt sich deutlich, daß die neuere Entwicklung an den Weltmärkten für die Bundesrepublik nicht nur eine positive, sondern auch eine negative Seite hat, und daß die negative Seite fürs erste vielleicht sogar überwiegt. Jedenfalls muß Westdeutschland zunächst mit einer Verschlechterung seiner internationalen Austauschrelationen rechnen, die zumindest verhindern wird, daß sich die Handelsbilanz in dem Umfang verbessert wie es der Entwicklung des Ausfuhr- und Einfuhr v o l u m e n s entsprechen würde. Andere Länder können solche zeitweiligen Erschwerungen mühelos mit ihren Gold- und Devisenreserven überbrücken. Die Bundesrepublik jedoch, deren monetäre Reserven so niedrig sind, daß ihre außenwirtschaftliche Bewegungsfreiheit aufs äußerste beengt ist, muß derartige Entwicklungen stets mit einer gewissen Sorge und äußerster Wachsamkeit verfolgen. Heute ist überdies noch in Rechnung zu stellen, daß Westdeutschland, wie alle übr-

gen Länder der EZU, im Begriff ist, die Einfuhr liberalisierung weiter auszudehnen, so daß sich für einen großen Teil des Imports die Möglichkeiten einer administrativen Steuerung weiter verringern.

Binnenwirtschaftliche sowohl wie außenwirtschaftliche Erwägungen legen es daher nahe, in nächster Zeit eine Wirtschafts- und Währungspolitik zu betreiben, die die vom Inlandsmarkt ausgehenden Auftriebstendenzen in Grenzen hält. Bundesregierung und Bank deutscher Länder befinden sich hier in voller Übereinstimmung. Namentlich gilt es, den Preisteigerungstendenzen nach Möglichkeit entgegenzuwirken, um zu verhindern, daß sich hier kumulative Prozesse anbahnen. Diese würden nämlich Westdeutschland aller Voraussicht nach an den Weltmärkten bald wieder ins Hintertreffen geraten lassen und es damit um die gegenwärtig vorhandene Chance bringen, sich rascher als es bisher möglich schien in einem seiner neuen Bevölkerungsdichte entsprechenden Maß in die Weltwirtschaft einzugliedern.

Der Zwang, sich bei allen die Inlandsnachfrage steigernden Maßnahmen Beschränkung aufzuerlegen, um die Exportkonjunktur nicht zu beeinträchtigen, stellt teilweise außerordentlich schwierige Aufgaben. Das gilt besonders für die öffentlichen Finanzen. In den letzten Monaten haben namentlich der Bund, aber seit einiger Zeit auch die Länder mehr oder weniger große Defizite aufgewiesen, die zu einem erheblichen Teil durch die Inanspruchnahme von Krediten gedeckt werden mußten. In den Länderhaushalten hing diese Entwicklung vor allem mit dem Zwang zur Rückerstattung der nach dem neuen Steuergesetz in den ersten Monaten des Jahres zuviel bezahlten Einkommen- und Lohnsteuer zusammen, im Bundeshaushalt, soweit es sich um die laufende Rechnung und nicht um die mit Einzahlungen auf die Gegenwertkonten entstandenen Fehlbeiträge handelte, weitgehend mit den Übergangsschwierigkeiten, die sich aus der Neuverteilung der Einnahmen und Ausgaben zwischen Bund und Ländern ergaben. Wie im Abschnitt über die „Öffentlichen Finanzen“ auseinandergesetzt wird, kann nun zwar erwartet werden, daß sich in den nächsten Monaten zumindest die Steuereinnahmen wieder erhöhen wer-

den. Auf der anderen Seite können freilich auch unausweichliche neue Ausgabeverpflichtungen auftreten. Trotzdem sollten im währungspolitischen Interesse die Gesamtausgaben in der nächsten Zeit möglichst beschränkt bleiben, um einen allmählichen Abbau der Defizite zu ermöglichen. Jedenfalls ist bei jeder neuen Ausgabe sorgfältig ihre vermutliche Auswirkung auf das Lohn- und Preisniveau abzuwägen.

Ebenso gilt es, ökonomisch nicht gerechtfertigte Lohnerhöhungen zu vermeiden. Der Index der Wochenverdienste der Industriearbeiter ist seit der Währungsreform im Durchschnitt um fast 45 vH nominal und um über 50 vH real gestiegen, selbst wenn man die Entwicklung der Realverdienste nur am offiziellen Lebenshaltungskostenindex mißt. Daß das möglich war, ist neben der vorsichtigen Geldpolitik — die den aus der Produktivitätserhöhung und der Einfuhr sich ergebenden Preisabbautenden schon mit Rücksicht auf die außenwirtschaftliche Lage Raum gab — nicht zuletzt dem Umstand zu danken, daß im ersten Halbjahr nach der Währungsreform auf übertriebene Lohnforderungen verzichtet wurde, da dies wesentlich dazu beitrug, daß sich die damalige Preishausse nach einiger Zeit erschöpfte und durch einen Preisrückgang abgelöst wurde. An dieser Linie einer behutsamen, aber die Realkaufkraft der Löhne auf längere Sicht damit umso wirksamer fördernden Lohnpolitik sollte im Hinblick auf die Preis- und Exportentwicklung unbedingt festgehalten werden.

Auf der anderen Seite muß freilich auch alles geschehen, um eine spekulative Ausnutzung der Auftriebenden zu verhindern. Kreditpolitisch ist in diesem Zusammenhang vor allem die Verweigerung von Hortungskrediten unerlässlich. So wichtig es ist, staatliche Einlagerungen, besonders soweit sie auf Einfuhren beruhen, zu finanzieren und damit eine möglichst ökonomische Verwendung der verfügbaren Warenbestände zu sichern, so wenig darf andererseits eine spekulative private Lageranreicherung zugelassen oder gar begünstigt werden. Das Zentralbankensystem hat deshalb die Geldinstitute ersucht, jede Kreditgewährung sorgfältig daraufhin zu prüfen, ob sie nicht einem ungerechtfertigten Durchhalten von Vorräten dient, und angekündigt, daß für solche Transaktionen jedwede Refinanzierungshilfe versagt werden wird.

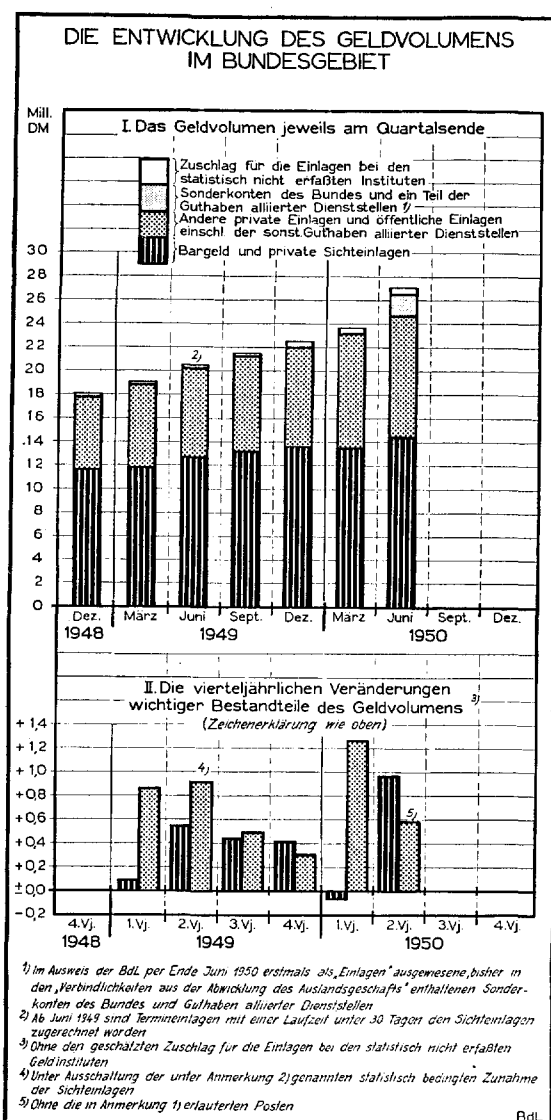
Unter den gegenwärtigen Umständen besteht auch kein Anlaß, das zu Beginn dieses Jahres in Angriff genommene Arbeitsbeschaffungsprogramm jetzt durch ein neues Programm abzulösen oder zu ergänzen. Die Bauwirtschaft und die übrigen Investitionsgüterindustrien sind, zum großen Teil unabhängig von den öffentlichen Förderungsmaßnahmen, zur Zeit in einer starken, durch den Auftragsbestand und den laufenden Auftragseingang voraussichtlich noch für geraume Zeit gesicherten Aufwärtsbewegung begriffen, so daß sie eines neuen Stimulus nicht bedürfen. Die Bundesregierung hat deshalb das sogenannte Wirtschaftsförderungsprogramm bis auf weiteres zurückgestellt. Allerdings bleibt das Problem, gewisse im Interesse des Wiederaufbaus oder der Vervollkommnung des Produktions- und Verkehrsapparates unerläßliche Investitionen fortzuführen und teilweise noch zu erweitern. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Konjunktur- und Währungslage werden jedoch in all diesen Fällen die Projekte in einer geldpolitisch möglichst wenig expansiven Weise finanziert werden müssen, etwa indem andere, weniger dringliche Vorhaben zurückgestellt werden.

Daß eine solche Politik nicht den Verzicht auf eine Hebung des Produktions- und Beschäftigungsniveaus bedeutet, ist schon im letzten Monatsbericht dargelegt worden. Es handelt sich vielmehr nur darum, dem Export, mit dessen Anstieg der Tendenz nach ja ebenso „zusätzliche“ Nachfrage auftritt wie mit der Krediterschöpfung, einen gewissen Primat einzuräumen, wobei man unter den gegenwärtigen Umständen sicher sein kann, daß auch damit ein starker Wirtschaftsaufschwung gewährleistet ist, und zwar ein Wirtschaftsaufschwung, der die Zahlungsbilanz nicht zu verschlechtern tendiert, sondern sie im Gegenteil verbessert und infolgedessen sowohl das Problem einer produktiven Beschäftigung der stark erhöhten Bevölkerung wie auch das der „viability“ löst. Die in den letzten Wochen eingetretene erneute Verschlechterung der Handels- und Zahlungsbilanz beweist überdies, wie sehr es auch die aktuelle Situation erheischt, unsere Wirtschaftspolitik konsequent an diesen für Westdeutschland auf die Dauer unentrinnbaren Notwendigkeiten zu orientieren.

Geld und Kredit

Bei der Beurteilung der Geld- und Kreditlage ist seit geraumer Zeit in besonderem Maße zu beachten, daß die Globalziffern über das Geldvolumen im weitesten Sinne des Wortes (Bargeld und Einlagen) nur noch verhältnismäßig wenig über das Maß der tatsächlichen Geldversorgung der Wirtschaft besagen und daß ferner die Kreditgewährung der Geschäftsbanken keineswegs immer den entscheidenden Beitrag zur Entwicklung des Geldvolumens bildet. Das Letztere liegt einmal daran, daß seit einigen Monaten neben die Kreditgewährung der Geschäftsbanken eine sehr starke Zunahme der Direkt-Kredite des Zentralbanksystems, besonders an die öffentliche Hand, getreten ist. Weitere Einflüsse gehen, wie schon verschiedentlich dargelegt wurde, von der Zahlungsabwicklung des Außenhandels aus, die auf das Geldvolumen sowohl expansiv wie auch kontraktiv wirken kann. Schließlich sind gelegentliche, gleichfalls nicht auf Kreditgewährung beruhende Geldschöpfungen, wie z. B. die beim Bund anfallenden Gewinne aus der Münzausgabe, zu berücksichtigen. Vor allem aber ist das Maß, in dem die Geldversorgung wirklich für den Gang der Konjunktur wichtig wird, in hohem Grade von Faktoren abhängig, die mit der Kreditentwicklung oder anderen Veränderungen des gesamten Geldvolumens überhaupt nichts zu tun haben, sondern sich lediglich aus Verschiebungen in dessen Zusammensetzung ergeben. Der Ausnutzungsgrad des Geldvolumens wird nämlich weitgehend dadurch bestimmt, in wessen Hand es sich befindet und in welchem Umfang die ausgewiesenen Einlagen wirkliche Zahlungsdokumente darstellen oder aber Reserven bzw. in relativ liquider Form gehaltene, im Grunde jedoch als Kapital zu betrachtende Einlagen bilden. Von manchen Seiten, wie z. B. vom Internationalen Währungsfonds, werden daher zum Geldvolumen überhaupt nur Bargeld und Sichteinlagen (ohne Regierungsdepositen) gerechnet. Auch dieser Klassifizierung haftet zwar eine gewisse Willkür an, aber es ist zuzugeben, daß die Aktivität der einzelnen Bestandteile des Geldvolumens recht unterschiedlich ist und daß es daher wichtig ist, neben der globalen Zunahme des Geldvolumens sich auch stets die Verände-

runge zu vergegenwärtigen, die in seiner Zusammensetzung auftreten, besonders soweit es sich um den Einlagenbestand handelt. Im ersten



Viertel des laufenden Kalenderjahres z. B. hatte das gesamte Geldvolumen um etwa 1 200 Mill. DM zugenommen, aber der Bargeldumlauf und die Sichteinlagen der Wirtschaft waren um 77 Mill. DM zurückgegangen, was vor allem damit zusammenhing, daß damals die öffentliche Hand in erheblichem Umfang Mittel an sich zog und infolge einer offenbaren Abnahme der Ausgabeneigung des Publikums und zum Teil auch der Wirtschaft die Termin- und Spareinlagen erheblich zunahm, d. h. der erfahrungsgemäß weniger aktive oder gar inaktive Teil des Geld-

volumens sich erhöhte. Daß diese Vorgänge für die Erklärung der Konjunkturstockung, die zu Anfang des Jahres bestand, von großer Bedeutung waren, ist seinerzeit in diesen Berichten nachdrücklich unterstrichen worden¹⁾.

Auch für die letzten Wochen und Monate sind die wichtigsten Veränderungen in der monetären Lage der Wirtschaft im wesentlichen nicht aus der Entwicklung des gesamten Geldvolumens, sondern vielmehr aus gewissen Bewegungen innerhalb des Geldvolumens zu erklären, deren Wirkung freilich ganz anders war als in den ersten Monaten des Jahres. Denn während damals die der Wirtschaft zur Verfügung stehenden liquiden Mittel relativ knapp blieben, ja zeitweilig sogar abnahmen, obwohl das Geld- und Kreditvolumen ziemlich stark wuchs, sind in der letzten Zeit die liquiden Mittel der Wirtschaft viel stärker gewachsen, als es der — nach Ausschaltung des rein statistisch bedingten Zuwachses — nur noch geringen Zunahme des Geld- und Kreditvolumens entsprochen hätte.

Was zunächst die Kreditentwicklung angeht, so war die Kreditgewährung der Geschäftsbanken seit Juni zwar wieder etwas stärker als im April und Mai, aber doch noch geringer als im ersten Vierteljahr. Die Zunahme der kurzfristigen Kredite an Nichtbanken belief sich im Juni nach der fast das gesamte Geschäftsvolumen der Banken umfassenden monatlichen Bankenstatistik auf rd. 244 Mill. DM gegen nur 94 Mill. DM im Mai und 141 Mill. DM im April. Für den Juli liegen bisher nur die Ergebnisse der halbmonatlichen Repräsentativstatistik vor, die sich auf die Berichte von 480 Banken, die im Juni über zwei Drittel der Kurzkredite aller Geschäftsbanken auf sich vereinten, stützt. Danach betrug die Kreditzunahme im Juli 105 Mill. DM gegen 133 Mill. DM im Juni, so daß für alle Banken kaum mit mehr als 200 Mill. DM zu rechnen ist. Stärker als die kurzfristigen Kredite sind im Juni — und wahrscheinlich auch im Juli — allerdings die über die Geschäftsbanken laufenden

oder von ihnen selbst gewährten mittel- und langfristigen Ausleihungen (mit einer Laufzeit von mindestens 6 Monaten) gewachsen. Im Juni betrug die Zunahme fast 360 Mill. DM (gegen etwa 222 Mill. DM im Mai), und im Juli dürfte sie kaum geringer gewesen sein. Hinzu kamen Direktkredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-AG in Höhe von etwas über 60 bzw. 45 Mill. DM. Soweit die längerfristigen Ausleihungen mit counterpart funds oder durch die Unterbringung von Wertpapieren im Publikum finanziert werden, erhöhen sie zwar nicht das Geldvolumen (im Sinne von Bargeld und Einlagen insgesamt), weil in diesen Fällen gleichzeitig andere Einlagen als solche verschwinden oder genauer, in Kapitaltitel umgewandelt werden. Zumindest teilweise kann aber mit den längerfristigen Ausleihungen doch eine Erhöhung der aktiveren Teile des Geldvolumens, vor allem der Sichtdepositen, verbunden sein, wenn nämlich die Ausleihungen — wie es in letzter Zeit anscheinend der Fall war — über die Bildung endgültiger Finanzierungsmittel hinauszugehen beginnen. Die Rückgriffsmöglichkeit auf die Vorfinanzierungszusagen des Zentralbanksystems im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs- und Wohnbauprogramms spielt in diesem Zusammenhang eine allmählich stärker werdende Rolle. Immerhin war in den letzten Monaten die expansive Wirkung, die von der Kreditgewährung der Geschäftsbanken auf das gesamte Geldvolumen ausging, auch unter Einrechnung der mittel- und langfristigen Kredite sicher noch geringer als zu Beginn des Jahres.

Die Direktkredite des Zentralbanksystems an die Nichtbankenkundschaft sind im Juli, im Gegensatz zu den Vormonaten, in denen sie die Zunahme zumindest der kurzfristigen Geschäftsbankenkredite teilweise weit übertrafen, nicht gewachsen, sondern im Gegenteil zurückgegangen, wobei allerdings von den Rediskontzusagen für neu emittierte Schatzwechsel abgesehen ist. Das liegt vor allem daran, daß der nach wie vor recht hohe Bedarf der öffentlichen Hand an außerordentlichen Deckungsmitteln im großen und ganzen ohne die direkte Inanspruchnahme des Zentralbankkredits befriedigt und mit Hilfe der so erhalte-

¹⁾ Vgl. insbesondere: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, März 1950, S. 5 und 6 und S. 34. Um eine mehr auf die einzelnen Geldströme als auf die Entwicklung des globalen Geldvolumens gerichtete Betrachtung zu erleichtern, wird im Statistischen Teil der vorliegenden Berichte in Zukunft eine gegenüber der bisherigen Aufstellung wesentlich detailliertere Aufgliederung der einzelnen Bestandteile des Geldvolumens gegeben werden. Es wird damit auch möglich sein, entsprechend den jeweiligen Zielen der Betrachtung entweder einen weiteren oder engeren Begriff des Geldvolumens zu verwenden.

Die Kreditgewährung der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems

(ohne Bank-an-Bank-Kredite)

Monatliche Veränderungen, Zunahme (+) bzw. Abnahme (—), in Mill. DM

Banken	1950							
	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	1. Halbj.	Juli
I. Geschäftsbanken								
Kurzfristige Kredite								
an Wirtschaft und Private	+ 493,8	+ 289,9	+ 173,8	+ 171,5	+ 65,7	+ 279,8	+ 1 474,5	+ 220 ¹⁾
an öffentliche Hand	— 124,4	+ 96,6	+ 208,4	— 30,1	+ 28,5	— 35,8	+ 143,2	— 30 ¹⁾
	+ 369,4	+ 386,5	+ 382,2	+ 141,4	+ 94,2	+ 244,0	+ 1 617,7	+ 190 ¹⁾
Längerfristige Kredite								
an Wirtschaft und Private	+ 250,0	+ 158,6	+ 237,1	+ 188,8	+ 184,5	+ 371,4	+ 1 390,4	+ 380 ¹⁾
an öffentliche Hand	+ 35,4	+ 48,9	+ 64,4	+ 36,5	+ 37,2	— 12,8	+ 209,6	0 ¹⁾
	+ 285,4	+ 207,5	+ 301,5	+ 225,3	+ 221,7	+ 358,6	+ 1 600,0	+ 380 ¹⁾
II. Kreditanstalt für Wiederaufbau und Finanzierungs-AG. Speyer								
Kredite an Nichtbanken (ohne Zwischenschaltung von Geldinstituten)	+ 24,4	+ 104,7	+ 60,1	+ 51,4	+ 33,2	+ 60,6	+ 334,4	+ 45 ¹⁾
III. Zentralbanksystem								
Kredite								
an öffentliche Hand	— 77,0	+ 8,1	+ 29,5	+ 173,3	+ 420,6	+ 233,2 ²⁾	+ 787,7	— 195,9
an sonstige	+ 3,2	+ 5,9	+ 3,3	+ 7,7	+ 6,0	+ 8,4	+ 34,5	— 0,8
	— 73,8	+ 14,0	+ 32,8	+ 181,0	+ 426,6	+ 241,6	+ 822,2	— 196,7
Insgesamt	+ 605,4	+ 712,7	+ 776,6	+ 599,1	+ 775,7	+ 904,8	+ 4 374,3	+ 418,3 ¹⁾

¹⁾ Geschätzt. — ²⁾ Unter Ausschaltung der durch die Übertragung des „suspense account Kredits“ bedingten Zunahme in Höhe von 400,1 Mill. DM.

nen Mittel die direkten Kredite des Zentralbanksystems, vor allem die an den Bund, teilweise sogar getilgt werden konnten. Gewachsen — und zwar um etwa 100 Mill. DM — sind im Juli lediglich noch die Kassenkredite des Zentralbanksystems. Dafür aber wurden 160 Mill. DM an vorher, besonders vom Bund, aufgenommen Lombardkrediten wieder abgedeckt, 100 Mill. DM der von der Bank deutscher Länder im Juni dem Bund abgenommenen Bundesbahnanleihestücke zurückerworben und schließlich per Saldo etwa 40 Mill. DM an Schatzwechseln aus dem Portefeuille der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken an andere Anleger abgegeben. Die Direkt-Kredite des Zentralbanksystems an Nichtbanken sind infolge dieser Operationen im Juli um fast 200 Mill. DM gesunken.

Andererseits sind jedoch dem Bund von der Bank deutscher Länder 125 Millionen DM als Münzgewinn auf die bisher im Umlauf befindlichen und kraft des neuen Münzgesetzes am 9. Juli 1950 zu einer Verpflichtung des Bundes gewordenen Scheidemünzen gutgeschrieben worden, und sodann ist ein erheblicher Betrag an bisher im Zentralbanksystem stillliegenden Guthaben alliierter Dienststellen zur Anlage ge-

kommen und damit in den Verkehr (oder, statistisch ausgedrückt, in das aktive Geldvolumen) geflossen. Der letzte Vorgang ist quantitativ von besonderer Bedeutung. Es handelt sich dabei u. a. um DM-Bestände der JEIA, die auf Wunsch der Alliierten nun allmählich in Geldmarktstiteln, insbesondere in Schatzwechseln, angelegt werden. Im Juli ist auf diese Weise über rd. 250 Mill. DM disponiert worden. Es konnten daher nicht nur die neu begebenen Schatzwechsel außerhalb des Zentralbanksystems untergebracht, sondern auch Schatzwechsel, die bisher beim Zentralbanksystem plaziert waren, abgestoßen werden. Trotzdem erfolgte die Finanzierung, was geldpolitisch von größter Bedeutung ist, mit Zentralbankgeld, da für sie eben bisher ruhende Zentralbankguthaben eingesetzt wurden. In der gleichen Richtung wirkte, daß — wie schon im Vormonat — auch die von deutscher Seite im Zentralbanksystem unterhaltenen öffentlichen Einlagen (einschließlich der zur zeitweiligen Geldanlage erworbenen Ausgleichsforderungen) im Juli um etwa 100 Mill. DM vermindert wurden, da die betreffenden Mittel zur Deckung laufender Finanzbedürfnisse benötigt wurden. Alles in allem ist also trotz des Rückgangs der Direkt-Kredite des Zen-

tralbanksystems auch in den letzten Wochen in erheblichem Umfang Zentralbankgeld in den Verkehr gelangt und bisher stillliegendes Geld in aktives verwandelt worden.

Verhältnismäßig neutral für die Geldversorgung blieb dagegen die Zahlungsabwicklung des Außenhandels. Die

damit zusammenhängenden Geldströme gliedern sich bekanntlich in den Geldkreislauf des mit Devisen finanzierten Außenhandels und in den der Gegenwerte für devisenmäßig gestundete Einfuhren. Wie sich aus der nachfolgenden Übersicht ergibt, wiesen die Gegenwertkonten im Gegensatz zu den Vormonaten im Juli einen

Geldeingänge und Geldausgänge auf den Gegenwertkonten für die devisenmäßig gestundeten Einfuhren bei der Bank deutscher Länder und ihre geldpolitische Bedeutung
Beträge in Mill. DM

Geldeingänge						Geldausgänge ¹⁾					
zu Gunsten von:	1950					zu Lasten von:	1950				
	1. Vj.	April	Mai	Juni	Juli		1. Vj.	April	Mai	Juni	Juli
GARIOA	171,7	65,7	192,8	206,9	169,1	GARIOA					
ERP	330,1	125,2	157,5	170,0	147,0	für Berlin-Hilfe und sonstige					
STEG	4,2	—	—	—	—	Zahlungen nach Berlin	—	20,0	47,5	—	35,0
						DM-Bedarf der US-Hoch-	—	—	—	100,0	—
						kommission					
						GARIOA, gesamt	—	20,0	47,5	100,0	35,0
						ERP					
						für Kreditanstalt für Wieder-	673,0	180,0	86,0	74,0	315,0
						aufbau					
						Industriebank AG. Berlin					
						(beides für Investitions-	77,0	20,0	20,0	—	35,0
						kredite)					
						Care, Cralog	—	3,3	6,8	2,1	0,6
						Bundesregierung	—	—	—	—	53,0
						Ziehungsrechte ²⁾)	-114,6	-37,6	16,6	19,0	51,6
						ERP, gesamt	635,4	165,7	129,4	95,1	455,2
						STEG					
						für Besatzungswohnungsbau	—	0,6	0,8	—	—
A. Geldeingänge zu Gunsten der Gegenwertkonten	506,0	190,9	350,3	376,9	316,1	B. Geldausgänge zu Lasten der Gegenwertkonten	635,4	186,3	177,7	195,1	490,2
						Tatsächlicher Abfluß der in den obigen Geldausgängen enthaltenen Investitionsfreigaben aus dem Zentralbanksystem:					
						Freigaben insgesamt	750,0	200,0	106,0	74,0	350,0
						Abruf der freigegebenen Mittel	590,1 ³⁾	116,4	87,8	164,6	188,3
						Saldo aus Freigaben und Abrufen:					
						Überschuß der Abrufe (+)	—	—	—	+90,6	—
						Überschuß der Freigaben (-)	-159,9	-83,6	-18,2	—	-161,7
						B 1. Modifizierte Geldausgänge zu Lasten der counterpart funds (Geldausgänge — s. oben B — zuzüglich des Überschusses der tatsächlichen Abrufe von Investitionskrediten über die Freigaben bzw. abzüglich des Überschusses der Freigaben über die Abrufe)	475,5	102,7	159,5	285,7	328,5
C. Saldo aus A und B 1											
Überschuß der Einzahlungen im Zentralbanksystem	30,5	88,2	190,8	91,2		Überschuß der Auszahlungen aus dem Zentralbanksystem	—	—	—	—	12,4

¹⁾ Ohne Überträge für ECA-Verwaltungskosten gemäß Art. IV, Ziff. 4 des Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. — ²⁾ (—) bedeutet Gutschriften für einen Überschuß der empfangenen Ziehungsrechte über gegebene Ziehungsrechte. — ³⁾ Einschließlich der Abdeckung von Vorfinanzierungen durch die Bank deutscher Länder und die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

leichten Auszahlungsüberschuß auf, auch wenn man — wie es der tatsächlichen Wirkung auf die Liquidität der Wirtschaft entspricht — an Stelle der Summe der Freigaben für Investitionskredite (350 Mill. DM) nur den — geringeren — tatsächlichen Abfluß von Krediten aus Gegenwertmitteln in die Wirtschaft (rd. 188 Mill. DM) in Rechnung stellt. Die Geldbewegungen über die mit der gestundeten Einfuhr zusammenhängenden Konten wirkten damit im Juli monetär leicht expansiv, während durch sie in den drei vorangegangenen Monaten jeweils nicht unbedeutende Beträge stillgelegt worden waren. Im kommerziellen Sektor des Außenhandels dagegen, der in den Monaten von März bis Juni mit etwa 300 Mill. DM expansiv auf das Geldvolumen gewirkt hatte¹⁾, war im Juli erstmals wieder ein geringer Einzahlungsüberschuß bei der Bank deutscher Länder in Höhe von etwa 50 Mill. DM, also eine Geldstilllegung, zu verzeichnen. Diese Entwicklung geht hauptsächlich auf die erwartungsgemäß eingetretene Zunahme der in den Vormonaten ungewöhnlich niedrigen kommerziellen Einfuhr zurück. Über den gesamten mit der Finanzierung des Außenhandels und der Verwendung der Gegenwerte der devisenmäßig gestundeten Einfuhr zusammenhängenden Geldkreislauf wäre also auch im Juli die Liquidität der Wirtschaft wieder etwas vermindert worden, wenn nicht dieser Einfluß — ebenso wie in den Vormonaten — durch die expansiv bzw. auf das Geldvolumen aktivierend wirkenden Geldströme — die Kreditausdehnung bei den Geschäftsbanken und den Einsatz bisher ruhender öffentlicher Zentralbankguthaben — erheblich überkompensiert worden wäre.

Die weitere Ausdehnung der Kredite im Juni bei geldpolitisch neutralem Außenhandel hatte eine starke Zunahme der liquiden Mittel der Wirtschaft zur Folge. Private Sichteinlagen und Bargeldumlauf nahmen im Juni erneut um zusammen fast 300 Mill. DM zu. Im Juli setzte sich dieser Verflüssigungsprozeß weiter fort, jedoch kaum noch auf Grund von Kreditexpansion, sondern hauptsächlich infolge der geschilderten Verschiebungen innerhalb des Geldvolumens, die namhafte Beträge

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juni 1950, S. 6.

Entwicklung des Geldvolumens im Bundesgebiet
1949 bis 1950
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)
in Mill. DM

Vierteljahr bzw. Monat	Bargeld und Sichteinlagen der Wirtschaft	Andere private und öffentliche Einlagen ²⁾	Zuschlag für die Einlagen bei den statistisch nicht erfaßten Instituten (Schätzung)	Zunahme des gesamten Geldvolumens
1949				
1. Vierteljahr	+ 90	+ 865	+ 18	+ 973
2. "	+ 815 ¹⁾	+ 661 ¹⁾	+ 17	+ 1 493
3. "	+ 449	+ 499	+ 12	+ 960
4. "	+ 421	+ 316	+ 322 ³⁾	+ 1 059
1950				
1. Vierteljahr	— 77	+ 1 273	+ 9	+ 1 205
2. "	+ 976	+ 584	+ 22	+ 1 582
Summe	+ 2 674	+ 4 198	+ 400	+ 7 272
1950				
April	+ 352	+ 304	+ 9	+ 665
Mai	+ 267	+ 411	+ 10	+ 688
Juni	+ 357 ⁴⁾	— 131	+ 3	+ 229 ⁴⁾
Summe	+ 976	+ 584	+ 22	+ 1 582

¹⁾ Festgelder und Gelder auf Kündigung (ohne Spareinlagen) mit weniger als 30 Tagen Laufzeit bzw. Kündigungsfrist sind im Gegensatz zu den bisherigen Veröffentlichungen — und zwar rückwirkend ab Juni 1949 — den Sichteinlagen und nicht mehr den Termineinlagen zugerechnet. Die dadurch im Juni 1949 bewirkte Erhöhung der Sichteinlagen (Verminderung der Termineinlagen) beträgt 392 Mill. DM (öffentliche Hand: 264 Mill. DM, Wirtschaft und Private: 128 Mill. DM). — ²⁾ Ohne die im zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken erstmals per Ende Juni in den „Einlagen“ enthaltenen „Sonderkonten des Bundes“ und Guthaben „sonstiger alliierter Dienststellen“ (Kontostand per 30. Juni 1950 zusammen 1 793 Mill. DM). — ³⁾ Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — ⁴⁾ Zunahme zum Teil bedingt durch Wegfall des Abzugs für die Währungsguthaben für durch die BdL gestellte Akkreditive, die ab Juni nicht mehr besonders ausgewiesen werden (Stand 30. Juni 1950 rd. 70 Mill. DM).

bisher ruhender Gelder zu Zahlungsdepositen und Bargeld werden ließen. So sind im Juli allein die Einlagen von Nichtbanken bei den halbmonatlich berichtenden Banken (auf die im Juni etwa 68 vH des gesamten Einlagenbestandes der Geschäftsbanken entfielen) nebst dem Bargeldumlauf im Bundesgebiet um 455 Mill. DM gestiegen, wohingegen sich das Geldvolumen infolge der relativ geringen Kreditzunahme insgesamt um kaum mehr als 150 bis 200 Mill. DM ausgedehnt haben dürfte. Innerhalb des Depositenbestandes wieder sind die Einlagen der öffentlichen Hand wahrscheinlich auch im Juli erheblich zu Gunsten derer von Wirtschaftsunternehmen und Privaten gesunken, ebenso wie der Anteil der Termin- und Spareinlagen am Gesamtbestand der privaten Depositen zurückgegangen ist. Die Effizienz des Geldvolumens hat sich also zweifellos beträchtlich erhöht und die Liquidität der Wirtschaft hat sich entsprechend gebessert.

Aus den gleichen Ursachen ist auch die ziffernmäßige Liquidität der Banken weiter gewachsen. Deutlichstes Anzeichen hierfür ist die Entwicklung der Nettobeanspruchung des Zentralbanksystems durch die Geldinstitute, also des Überschusses der von den Geldinstituten bei den Landeszentralbanken aufgenommenen Mittel über ihre Zentralbankguthaben. Im Juni war dieser Betrag um 67 Mill.

*Entwicklung der Liquidität der Geschäftsbanken
im Juli 1950*

nach dem zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
in Mill. DM

Die einzelnen Bilanzpositionen des Zentralbanksystems	Ver- ände- rung	wirkt	
		liqui- ditäts- min- dernd	liqui- ditäts- för- dernd
1. Bargeldumlauf ¹⁾	- 59		59
2. Zentralbankeinlagen von Nicht- banken			
a) Öffentliche Stellen (einschl. abgegebener Ausgleichsforderungen)	- 96		96
b) Sonderkonten des Bundes	- 147		147
c) Hohe Kommissare und Alliierte Dienststellen	- 229		229
d) Sonstige Einlagen	+ 159	159	
3. Zentralbankkredite an Nicht- banken (darunter öffentliche Hand)	- 197 (- 196)	197	
4. Kreditinstitute außerhalb des Bundesgebiets			
a) Kredite	- 23	23	
b) Einlagen	+ 22	22	
5. Saldo der Konten zur Abwick- lung des Auslandsgeschäfts	- 8	8	
6. Schwebende Verrechnungen	- 21		21
7. Sonstige Verbindlichkeiten	+ 51	51	
Summe		460	552
Übergewicht der liquiditätsfördernden über die liquiditätsmindernden Faktoren		-	92
Der Liquiditätszuwachs wurde verwandt: zur Verringerung der Kredite beim Zentralbanksystem		91	-
Demnach Abnahme der Nettoverschul- dung der Geschäftsbanken gegenüber dem Zentralbanksystem		91	-

¹⁾ Enthält ab 31. Juli 1950 nicht mehr den Münzumlauf. Per 31. Juli wurden dem Bund 125 Mill. DM und den „sonstigen Passiva“ (zur späteren Abrechnung) 33 Mill. DM = zusammen 158 Mill. DM gutgeschrieben. Hiervon abgezogen den Münzbestand der Bank deutscher Länder (21 Mill. DM), ergibt den Münzumlauf per 31. Juli mit 137 Mill. DM. Der Bargeldumlauf nahm insgesamt also um 78 Mill. DM im Juli zu.

DM zurückgegangen, im Juli ist er um weitere 91 Mill. DM auf etwa 2 300 Mill. DM gesunken. Gegenüber dem Höhepunkt der Anspannung der Bankenliquidität, nämlich dem Stande von Ende März 1950, beträgt die Abnahme nahezu 650

Mill. DM. Daß auf die letzten beiden Monate hiervon nur etwa 158 Mill. DM entfielen, liegt daran, daß der relativ starke Einstrom von Zentralbankgeld in den Verkehr im Juni und Juli nur zum Teil den Banken zugute kam, da ein erheblicher Betrag durch den steigenden Bargeldumlauf absorbiert wurde. Von Ende Mai bis Ende Juni ist der Bargeldumlauf um 224 Mill. DM gewachsen, von Ende Juni bis Ende Juli hat er um weitere 78 Mill. DM zugenommen. Erst im August scheint der aufwärts gerichtete Trend wieder unerbrochen worden zu sein. Die Überschubreserven der Geldinstitute spiegeln die anhaltende Liquidisierung bisher nur in ganz bescheidenem Umfang wider. Sie beliefen sich auch im Juli nur auf rd. 87 Mill. DM (gleich 8,1 vH des Reserve-Solls) gegen 66 Mill. DM (oder 6,2 vH des Reserve-Solls) im Juni, da die Banken die ihnen zufließenden und nicht für Anlagezwecke verwendeten Mittel selbstverständlich in erster Linie zur Verminderung ihres im ganzen noch immer beträchtlichen Rückgriffs auf das Zentralbanksystem verwenden.

Die Bildung von Geldkapital, wenigstens soweit sie sich im Bankenapparat einschließlich des Zentralbanksystems und der Bausparkassen vollzieht, scheint unter der Einwirkung der Korea-Krise etwas langsamere Fortschritte gemacht zu haben als in den Vormonaten. Vor Ausbruch des Konflikts war der Einzahlungsüberschuß auf Sparkonten, der gegenwärtig eine der wichtigsten Quellen für langfristigen Kredit bildet, bei allen Geldinstituten des Bundesgebiets im Juni noch auf 114 Mill. DM nach 85 Mill. DM im Mai gestiegen. Dieser vergrößerte Zuwachs dürfte mit eine Folge der Steuerrückerstattungen in Durchführung der Einkommens- und Lohnsteuersenkung gewesen sein. Im Juli jedoch haben die Spareinlagen bei den 480 halbmonatlich berichtenden Geldinstituten, auf die etwa die Hälfte aller Spareinlagen entfällt (die Ergebnisse für die übrigen Banken liegen noch nicht vor), nur noch um 13 Mill. DM gegen 67 Mill. DM im Juni zugenommen. In der zweiten Hälfte des Monats ist sogar ein geringfügiger Rückgang eingetreten, der allerdings in der ersten Hälfte des August wieder von einem leichten Anstieg abgelöst wurde. Ob bei den befristeten Einlagen eine ähnliche Entwick-

lung zu verzeichnen war, läßt sich noch nicht feststellen. Im Juni hatten die Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten noch sehr beachtlich, nämlich um 261 Mill. DM auf 1 757 Mill. DM zugenommen, während diejenigen öffentlicher Stellen erwartungsgemäß leicht abnahmen (von 1 493 auf 1 405 Mill. DM). Besonders bemerkenswert ist dabei, daß 60 vH der Zunahme der befristeten Einlagen von Wirtschaft und Privaten im Juni auf Gelder mit einer Laufzeit von 90 Tagen und mehr entfielen, und ferner, daß nicht weniger als 30 vH des Gesamtbestandes privater befristeter Einlagen Ende Juni auf 360 Tage und länger festgelegt waren.

Der Wertpapierabsatz blieb im Juni und — im Gegensatz zur Entwicklung der Spareinlagen — auch im Juli relativ stabil, allerdings auf anhaltend niedrigem Niveau. Er betrug im Juni 36 Mill. DM und im Juli 43 Mill. DM. Von der Gesamtsumme der beiden Monate entfielen 52 Mill. DM auf Schuldverschreibungen von Geldinstituten (Pfandbriefe und Kommunalobligationen) und 27 Mill. DM auf Titel der Industrie (Schuldverschreibungen und Aktien). Zur Förderung des Marktes war von verschiedenen Seiten schon seit längerem eine Erhöhung der Nominalverzinsung der festverzinslichen Werte empfohlen worden. Der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder hat sich diesen Vorschlag jedoch nicht zu eigen gemacht, sondern sich in seiner Sitzung vom 28./29. Juli für die Beibehaltung des bisherigen Zinssatzes von 5% für den Normaltyp des Pfandbriefes ausgesprochen. Die Regierung ist diesem Beschluß beigetreten, und der Kapitalverkehrsausschuß hat daraufhin bekanntgegeben, daß er Emissionen auch in Zukunft nur zulassen würde, wenn die Zinssätze bei Pfandbriefen und Kommunalobligationen 5% und bei sonstigen Obligationen $6\frac{1}{2}\%$ nicht übersteigen. Der Zentralbankrat ging bei seinem Beschluß von der Ansicht aus, daß eine irgendwie beträchtliche Auflockerung des Marktes der festverzinslichen Wertpapiere durch eine Zinserhöhung nicht erreicht werden würde, da der Grund für die Abneigung gegen das Sparen in Wertpapierform vor allem in dem Kursrisiko liege, mit dem eine Wertpapieranlage behaftet sei. Es käme daher mehr darauf an, das Vertrauen in die Kursbeständigkeit der festverzinslichen Wertpapiere zu festigen. Zu diesem

Zweck wurde beschlossen, vom Zentralbanksystem aus die Kurspflege für bereits begebene und an der Börse eingeführte Pfandbriefe und Kommunalobligationen zu unterstützen. Tatsächlich sind hierfür in den letzten Wochen Zentralbankmittel zum Einsatz gelangt, wenngleich nur geringfügige Aufwendungen erforderlich waren. Zwecks Förderung des Wertpapierabsatzes wurden ferner durch Beschluß des Ausschusses für Kapitalverkehr vom 26. Juli 1950 alle festverzinslichen Wertpapiere, deren Begebung bis zum 31. Dezember 1950 nach den Vorschriften des Gesetzes über den Kapitalverkehr vom 2. September 1949 genehmigt ist oder noch genehmigt wird, als zum Erwerb aus Guthaben auf Anlagekonten geeignet erklärt. Die Anlagekonten machten Ende Juni noch rund 290 Mill. DM aus.

Für Kredite zu Investitionszwecken wurden an Gegenwertmitteln im Juli 350 Mill. DM freigegeben¹⁾, während 188 Mill. DM bei den zentralen Weiterleitungsinstituten tatsächlich abgerufen worden sind. In dieser Summe der Abrufe sind 20 Mill. DM enthalten, die der Vertriebenen-Bank zur Stärkung ihres Garantiefonds dienen, und 20 Mill. DM, um die sich das ERP-Sonderkonto Berliner Industriebank bei der Bank deutscher Länder vermindert hat.

Der Stand der Gegenwertkonten der Bundesregierung betrug am 7. August 1950 rd. 1 Mrd. DM, wovon rd. 0,6 Mrd. DM auf das ERP-Sonderkonto und der Rest auf das GARIOA-Sonderkonto entfielen. Es steht zu erwarten, daß in den nächsten Monaten die restlichen 0,7 Mrd. DM aus der Zweiten ERP-Tranche freigegeben werden, während 0,3 Mrd. DM GARIOA-Mittel von der ECA zunächst als Reserve zurückgehalten werden. Wie die ECA mitgeteilt hat, soll diese Reservebildung der Ansammlung von Mitteln für die weitere Durchführung der Programme für Dollar-Exporte und Dollar-Einsparungen wie auch für die Erweiterung des Kraftwerke-Programms und für besondere Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Schumann-Plan auftreten könnten, dienen. Bezüglich der Freigabe der für das Investitionsprogramm 1950/51 bestimmten counterpart funds besteht gegenwärtig weder hinsichtlich der

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juni 1950. S. 10.

Summe noch hinsichtlich der Aufteilung Klarheit. Das Investitionsprogramm der Bundesregierung für 1950/51 hatte entsprechend dem vorausgeschätzten Anfall von Gegenwertmitteln eine Summe von 1,825 Mrd. DM vorgesehen und auf bestimmte Branchen aufgeteilt. Nach einer kürzlichen Mitteilung der ECA wird jedoch der für Investitionszwecke aus Gegenwertmitteln zur Verfügung stehende Betrag 1,5 Mrd. DM nicht überschreiten, wovon die obengenannte Reserve noch abzusetzen ist. Höhe und Aufteilung der Gegenwertmittel für 1950/51 ist augenblicklich Gegenstand von Verhandlungen zwischen Bundesregierung und ECA.

von Seiten der Kapitalsammelstellen (Sparkassen, Hypothekenbanken, öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, Bausparkassen und Versicherungen) sowie der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgenommenen Refinanzierungskredite Ende Juli fast unverändert 95 Mill. DM betrug. Die Ausnutzung der Refinanzierungszusagen, welche der Bundesbahn und der Bundesregierung gegeben wurden, läßt sich schwer von der Kreditaufnahme dieser Stellen für andere Zwecke trennen. Eine Gesamtübersicht über die Inanspruchnahme der Refinanzierungszusagen des Zentralbanksystems im Rahmen der genannten Programme kann daher nicht ge-

Die Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds¹⁾
Stand am Monatsende, in Mill. DM

Freigaben	1949	1950						
		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Summe der Freigaben	470,0	993,0	1 050,0	1 200,0	1 400,0	1 506,0	1 580,0	1 930,0
davon in Anspruch genommen insgesamt	452,5	622,7	800,3	1 042,6	1 159,0	1 246,8	1 411,4	1 599,7
davon über die:								
Kreditanstalt für Wiederaufbau für:								
Energie (Elektrizitätswirtschaft)	110,0	184,2	246,5	274,5	313,9	316,5	348,8	417,7
Kohlenbergbau	185,0	185,0	231,1	289,7	291,7	298,8	317,8	330,5
Sonstige Industrie	35,0	69,2	95,4	143,7	162,5	181,6	201,5	217,0
Landwirtschaft	5,0	28,9	33,2	46,9	59,4	76,3	93,2	102,4
Wohnungsbau	0,0	20,8	23,7	53,9	62,7	67,4	99,4	114,0
Seeschifffahrt	—	10,0	18,8	49,6	49,8	49,9	49,9	71,9
Gas und Wasser	—	0,4	10,0	16,8	22,7	30,4	32,3	35,0
Straßenbahnen	—	0,4	1,2	1,7	3,7	5,6	6,4	6,9
Fischdampfer	—	—	—	3,6	3,7	4,6	4,8	5,0
Eisen und Stahl	—	—	—	6,6	17,8	25,1	36,5	37,0
Fremdenverkehr	—	—	—	—	—	—	—	1,1
Kleininvestitionen, Flüchtlingsbetriebe	—	—	—	—	—	—	—	20,0
Bewag (Berlin)	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0
Besatzungsbau	30,1	30,1	30,6	31,6	32,6	33,1	34,0	34,0
Finanzierungs-AG. für:								
Südwestdeutsche Eisenbahnen	30,0	35,0	35,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Energie (Elektrizitätswirtschaft)	13,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Gaswirtschaft	0,2	0,3	0,4	0,4	0,5	1,0	1,0	1,0
Wasserwirtschaft	0,2	0,4	0,8	1,2	1,4	1,5	1,5	1,8
Industriebank AG. Berlin für:								
Verschiedene Zwecke	—	—	15,6	24,4	38,6	57,0	86,3	106,4
Noch nicht in Anspruch genommen	17,5	370,3	249,7	157,4	241,0	259,2	168,6	330,3

¹⁾ Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen durch Abrundungen.

Die von der Bank deutscher Länder im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs- und Wohnbauprogramms gewährte Refinanzierungshilfe hat sich per Saldo auch im Juli nur geringfügig erhöht. Die Neubeauftragungen wurden fast vollständig durch Rückzahlungen (von der Kreditanstalt für Wiederaufbau) kompensiert, so daß der Gesamtbetrag der

geben werden. Sicher ist jedoch, daß die Kredite, die von Kapitalsammelstellen und der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen der Programme bisher gegeben wurden, ganz beträchtlich über die beanspruchte Refinanzierungshilfe hinausgehen. Bereits Ende Juni hatten sie zusammen rd. 524 Mill. DM betragen; die Ziffern für Ende Juli sind einstweilen noch

nicht bekannt. Die Kapitalsammelstellen allein hatten Ende Juni 1950 rd. 1,3 Mrd. DM Hypothekendarlehen zugesagt, davon aber erst 0,4 Mrd. DM ausgezahlt. Da das Arbeitsbeschaffungs- und Wohnbauprogramm in voller Durchführung begriffen ist, dürfte sich der Krediteinsatz hierfür in der nächsten Zeit beträchtlich erhöhen. Dabei liegt es nicht außerhalb des Bereichs des Möglichen, daß der Krediteinsatz im Rahmen der für die Durchführung der Programme gegebenen Zusagen zunächst schneller steigt als die endgültigen Finanzierungsmittel aufkommen.

Im Juli wurde die rechtliche Möglichkeit geschaffen, dem deutschen Kapitalmarkt Mittel zuzuführen, die bisher auf gesperrten Ausländerkonten bei deutschen Geldinstituten festlagen. Die ausländischen Inhaber gesperrter Konten dürfen gemäß allgemeiner Genehmigung Nr. 42/50 vom 20. Juli 1950 zu den Militärregie-

rungsgesetzen Nr. 52 und 53 (Neufassung) und der Verordnung Nr. 235 der französischen Militärregierung nunmehr über ihre Guthaben zum Zwecke des Erwerbs amtlich gehandelter Wertpapiere oder von Grundbesitz verfügen. Auf Antrag kann die Bank deutscher Länder außerdem den Erwerb von nicht amtlich gehandelten Wertpapieren und Beteiligungen sowie die Gewährung von Darlehen, den Verkauf von Grundstücken und Vermögenswerten ausländischer Eigentümer und schließlich auch die Einfuhr von Vermögenswerten aus dem Ausland zum Zwecke der Kapitalanlage im Bundesgebiet genehmigen. Die gesperrten DM-Guthaben ausländischer Gläubiger betragen nach bisherigen Feststellungen¹⁾ rd. 188 Mill. DM. Die Sperrguthaben dürften sich mit der Erfüllung von Restitutionsansprüchen noch erhöhen. Es bleibt abzuwarten, ob und in welchem Umfange diese Gelder dem Kapitalmarkt zugute kommen werden.

¹⁾Vgl. die monatliche Bankenstatistik für Juni 1950 im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes

Öffentliche Finanzen

Über die öffentlichen Haushalte hat in den letzten Wochen weiter eine beträchtliche Vermehrung der aktiven Geldmenge stattgefunden, da im ganzen die Einnahmen der Haushalte wesentlich hinter ihren Ausgaben zurückblieben und die Differenz durch die Aufnahme von Krediten und den Einsatz bisher zum großen Teil ruhender Reserven wettgemacht werden mußte. Das gilt insbesondere für die Haushalte des Bundes, der Länder und der Soforthilfebehörden, während nur bei den Sozialversicherungen und neuerdings auch wieder bei der Arbeitslosenversicherung gewisse Überschüsse zu verzeichnen waren.

Die Bundesfinanzen

Unter den Gebietskörperschaften wies namentlich der Bund einen erheblichen Kreditbedarf auf, und zwar auch für Zwecke der laufenden Haushaltsrechnung. Der im Juni 1950 bei den Landeszentralbanken aufgenommene Lombardkredit in Höhe von 147 Mill. DM wurde im Juli zwar wieder abgedeckt, ebenso wie vereinbarungsgemäß von der Mitte Juni an die Bank deutscher Länder veräußerten Bundesbahnan-

leihe im Betrage von 360 Mill. DM zum 15. Juli 100 Mill. DM wieder zurückerworben wurden. Dafür aber sind die Kassenkredite und die Schatzwechselkredite von Ende Juni bis Ende Juli um 286 Mill. DM gewachsen. Unter Einschluß der beim Hauptamt für Soforthilfe aufgenommenen Kredite hat sich damit die ausstehende Bundesschuld bis Ende Juli (ohne die längerfristige Rückkaufverpflichtung für die noch im Portefeuille der Bank deutscher Länder befindlichen Stücke der Bundesbahnanleihe) auf rd. 1455 Mill. DM erhöht. An außerordentlichen Deckungsmitteln sind dem Bund im Juli weiter 74 Mill. DM vom ECA-Abwicklungskonto auf Grund von Zinseingängen für im Besitz des Sondervermögens (Gegenwerte für gestundete Einfuhren) befindliche Anleihen und nachträgliche Einzahlungen, die der Bund bereits kreditmäßig bevorschußt hatte, zugeflossen. Insgesamt nahm der Bund damit per Saldo allein im Juli 113,1 Mill. DM an zusätzlichen Krediten und sonstigen außerordentlichen Deckungsmitteln in Anspruch. Wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, war dieser Betrag

zwar bedeutend geringer als in den ersten drei Monaten des laufenden Rechnungsjahres, besonders auch als im Juni. Aber wenn man berücksichtigt, daß im Juni der bei weitem größte Teil der damals aufgenommenen Kredite und sonstigen außerordentlichen Deckungsmittel den im letzten Monatsbericht erwähnten Glattstellungen der Gegenwertkonten diene, ergibt sich, daß im Juli der Zuschußbedarf für die laufenden Haushaltsausgaben etwas größer war als im vorangegangenen Monat, wenn er auch weiter erheblich hinter dem der beiden ersten Monate des laufenden Rechnungsjahres zurückblieb.

Die vom Bund in den Monaten April bis Juli 1950 aufgenommenen (+) bzw. abgedeckten (-) außerordentlichen Deckungsmittel und ihre Verwendung in Mill. DM

Art der Mittel	April	Mai	Juni	Juli	insges.
Kassenkredite	+ 204,2	+ 439,8	- 11,8	+ 116,0	+ 748,2
Schatzwechsel	+ 49,5	+ 38,1	+ 12,8	+ 170,1	+ 270,5
Kredite vom Soforthilfeamt	+ 100,0	—	+ 100,0	—	+ 200,0
Lombardkredite	—	—	+ 147,0	- 147,0	—
Verkauf von Anleihen	—	—	+ 360,0	- 100,0	+ 260,0
Überweisung vom ECA-Abwicklungskonto	—	—	—	+ 74,0	+ 74,0
insgesamt	+ 353,7	+ 477,9	+ 608,0	+ 113,1	+ 1 552,7
davon verwendet für Sonderzwecke	—	—	527,0 ¹⁾	—	527,0
für allgemeine Haushaltszwecke	353,7	477,9	81,0	113,1	1 025,7

¹⁾ Abdeckung des suspense account-Kredits und rückständige Einzahlungen auf die GARIOA-Gegenwertkonten.

Diese Entwicklung ist um so auffälliger als die übrigen Einnahmen des Bundes im Juli aller Wahrscheinlichkeit nach wesentlich höher waren als in den drei vorangegangenen Monaten. Genaue Angaben hierüber stehen zwar noch nicht zur Verfügung, jedoch kann mit Sicherheit angenommen werden, daß einmal das Aufkommen aus den Bundessteuern weiter gewachsen ist und den im Juni erreichten Stand von 703,5 Mill. DM übertroffen hat. Namentlich die Umsatzsteuer dürfte erheblich mehr als im Juni (341 Mill. DM) erbracht haben, da die Umsätze sich seit dem Mai in einer deutlichen Aufwärtsbewegung befinden und im Juli überdies die Quartalszahlungen der kleinen Gewerbetreibenden

(mit Jahresumsätzen bis zu 20 000 DM) fällig waren. Außerdem hat der Bund im Juli nach dem Inkrafttreten des Münzgesetzes die erste Zahlung auf den bis dahin fällig gewordenen Münzgewinn in Höhe von 125 Mill. DM erhalten.

Wenn sich trotzdem das Defizit der laufenden Haushaltsrechnung gegenüber Juni nicht weiter vermindert, sondern sogar wieder leicht erhöht hat (vgl. die nebenstehende Übersicht), so liegt das einmal daran, daß die Übergangsschwierigkeiten, die sich aus der Neuregelung der Bundes- und Länderfinanzen ergeben haben, noch immer nicht vollständig überwunden sind. Die von den Finanz- und Zollkassen bzw. den Oberfinanzkassen erhobenen Bundessteuern scheinen in den letzten Monaten zwar prompter als zu Beginn des Rechnungsjahres an die Bundeshauptkasse überwiesen worden zu sein, da sie zum großen Teil nun nicht mehr den Umweg über die Landeshauptkasse machen. Die Ablieferungsrückstände an Bundessteuern sind infolgedessen im Juli nicht mehr gewachsen, sondern eher sogar geringer geworden, wenn sie auch nach wie vor noch beträchtlich sind. Auf der anderen Seite werden jedoch die Länder-Beiträge zur Finanzierung bestimmter Bundesausgaben noch nicht in der Höhe geleistet, die sie auf Grund des — noch immer nicht verabschiedeten — Überleitungsgesetzes erreichen sollen. Nach dem Überleitungsgesetz wird nämlich die sogenannte „Interessenquote“ der Länder im Durchschnitt etwa 12 vH der über die Länderkassen zur Auszahlung kommenden Kriegsfolge- und Soziallasten betragen, während sich die bisher vereinbarten Leistungen nur auf höchstens 10 vH, ja bei den finanzschwachen Ländern sogar auf noch weniger stellen. Im Juli war der Gesamtbetrag dieser Beiträge überdies wieder niedriger als im Juni. Im Juni hatten nämlich die finanzstarken Länder rückwirkend auch die Beiträge für April und Mai geleistet, da die Vereinbarung über die vorläufige Entrichtung der „Interessenquoten“ erst verhältnismäßig spät zustande gekommen war, so daß im Juni die Länderbeiträge zu den Bundesausgaben relativ groß gewesen waren.

Unter den Ausgaben für Juli befanden sich ferner eine Reihe wichtiger Posten, die in dieser Höhe haushaltsmäßig nicht allein dem Juli zu-

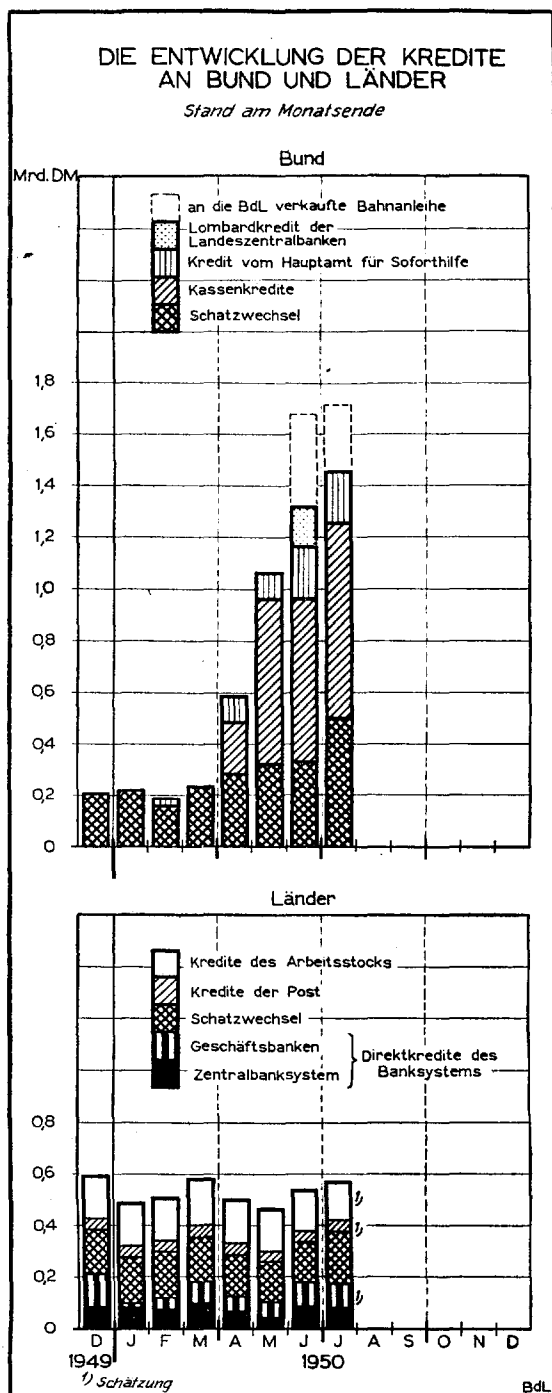
zurechnen waren. So hat der Bund im Juli 60 Mill. DM an Berlin überwiesen, obwohl die Julirate nur mit 30 Mill. DM festgesetzt worden war. Die Mehrüberweisung erklärt sich zum Teil aus einer Vorauszahlung für August, zum Teil aus einer Nachzahlung für den April. Außerdem sind im Juli die an sich schon Ende Juni fällig gewesenen Zinsen auf die vom Bund zu bedienenden Ausgleichsforderungen in Höhe von 49,3 Mill. DM entrichtet worden, ebenso wie den Gegenwertkonten rückständige Subventionen im Betrage von 60 Mill. DM zugeführt wurden.

Aber auch unter Berücksichtigung all dieser Umstände ist es bemerkenswert, daß selbst im vierten Monat des Rechnungsjahres die laufende Haushaltsrechnung noch mit einem Defizit von über 100 Mill. DM abgeschlossen haben dürfte, nachdem sich schon in den ersten drei Monaten ein Fehlbetrag von reichlich 900 Mill. DM (ohne die zur Glattstellung der Gegenwertkonten getätigten Ausgaben in Höhe von 527 Mill. DM) ergeben hatte. Das zeigt klar, welche Schwierigkeiten der Bund noch zu überwinden haben wird, wenn sich die Haushaltsgebarung im gesamten Rechnungsjahr 1950/51 etwa in dem Rahmen bewegen soll, den der Bundesfinanzminister in dem soeben fertiggestellten Entwurf des Haushaltsplans gezogen hat. Danach soll nämlich der ordentliche Etat mit je rd. 11,7 Mrd. DM Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein, während nur für den außerordentlichen, die wichtigsten Investitionsausgaben des Bundes umfassenden Etat in Höhe von knapp 400 Mill. DM eine Kreditfinanzierung vorgesehen ist. Um diesen Plan innezuhalten, müßten in den restlichen acht Monaten des laufenden Rechnungsjahres kassenmäßig Überschüsse in Höhe von über 600 Mill. DM erzielt werden.

Ob dem Bund die Erfüllung dieser Aufgabe gelingen wird, läßt sich im Augenblick noch in keiner Weise übersehen. In mancher Hinsicht wird sich die Lage der Bundesfinanzen in den nächsten Monaten sicher bessern. Wie oben erwähnt, haben die Länder zu den Bundesausgaben, zu denen sie bestimmte „Interessenquoten“ leisten sollen, bisher erheblich geringere Beiträge beigesteuert als das in Beratung befindliche

Überleitungsgesetz vorsieht. Tritt das Überleitungsgesetz in seiner jetzigen Form in Kraft, so hätte der Bund für eine Reihe wichtiger Ausgaben den Ländern gegenüber nicht nur höhere laufende Beiträge zu fordern, sondern auch noch erhebliche Erstattungsansprüche für die zurückliegenden Monate. Ebenso ist mit einer anhaltenden Erhöhung der Steuereinnahmen zu rechnen. Ob noch nennenswerte Einnahmen aus bereits fällig gewesenen Steuern zu erwarten sind, ist zwar ungewiß, nachdem die sogenannten „Ablieferungsrückstände“ bereits in den letzten Wochen offenbar stark gesunken sind. Wohl aber dürften bei fortwährendem Konjunkturanstieg die Steuereinnahmen der Grundtendenz nach beträchtlich zunehmen, zumal die wichtigste Bundessteuer, nämlich die Umsatzsteuer, eine besonders konjunkturresistente Steuer ist. Schließlich sind gewisse, wenn auch voraussichtlich nur bescheidene zusätzliche Einnahmen zu erwarten, wenn die vom Bundesfinanzminister vorgesehenen Steuern (Aufwandsteuer und Steuer auf künstliches Mineralwasser) beschlossen werden sollten.

Auf der anderen Seite können freilich auch die Ausgabeverpflichtungen noch erheblich wachsen. Wenn z. B. die zur Zeit in Beratung befindlichen Gesetze über die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen und über die Versorgung der verdrängten Beamten in der vorliegenden Form angenommen werden, ist mit einer stärkeren Steigerung der Sozillasten zu rechnen als sie bisher erwartet wird, selbst wenn ein Teil der zusätzlichen Ausgaben für verdrängte Beamte durch die vom Bundesfinanzminister vorgeschlagene 30/oige Gehaltskürzung für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes finanziert werden sollte. Ein weiteres Problem bildet die Aufbringung der Mittel für die Einfuhrsubventionen, die in gewissem Umfang auch fernerhin beibehalten werden sollen. Eine Prognose über die künftige Entwicklung der Bundesfinanzen ist daher im Augenblick nicht möglich. Auf jeden Fall aber wird es große Anstrengungen bedürfen, um im Rest des Haushaltsjahres auch nur ein Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben zu erreichen oder sogar den bereits aufgelaufenen Fehlbetrag zu vermindern.



Die Länderfinanzen

Auch die Kassenlage der Länder war im Juli 1950 wieder ziemlich angespannt. Die Verschuldung der Länder ist insgesamt um schätzungsweise 35 Mill. DM gewachsen, so daß sie am Ende des Monats mit rd. 575 Mill. DM um etwas mehr als 100 Mill. DM über ihrem diesjährigen Tiefstand von Ende Mai lag. Auch die im Zen-

Verschuldung der Länder

Stand am Monatsende; in Mill. DM

Zeit	Direktkredite des Banksystems		Schatzwechsel	Kredite der Post	Kredite des Arbeitsstocks	insgesamt
	insgesamt	davon Zentralbank-system Geschäfts-banken				
1950						
31. März	184,5	101,9	82,6	173,3	42,5	182,3
30. April	129,2	69,9	59,3	161,0	42,5	170,1
31. Mai	107,2	48,7	58,5	156,8	41,5	164,9
30. Juni	181,8	87,4	94,4	157,9	41,5	158,4
31. Juli	176,4 ¹⁾	81,4	95,0 ¹⁾	206,5	41,5	150,0 ¹⁾
Veränderung Juli gegen März	- 8,1	- 20,5	+ 12,4	+ 32,2	- 1,0	- 32,3

¹⁾ Schätzung.

tralbanksystem unterhaltenen Reserven der Länder haben weiter abgenommen, wengleich der Rückgang im Vergleich zu den beiden Vormonaten nur gering war. Er belief sich nämlich auf nur 17 Mill. DM, während im Mai und Juni die Zentralbankguthaben der Länder insgesamt (einschließlich der zeitweilig zurückerworbenen Ausgleichsforderungen) um 77 bzw. 75 Mill. DM gesunken waren. Allerdings ist nicht bekannt, wie sich in den gleichen Zeiträumen die Länder-einlagen bei den Geschäftsbanken entwickelt haben, die nach der letzten hierüber angestellten Erhebung — nämlich am 31. August 1949 — immerhin zwei Drittel der gesamten Kassenreserven der Länder betragen hatten.

Falls die Länderhaushalte insgesamt im Juli mit einem kassenmäßigen Defizit abgeschlossen haben sollten, so dürfte hierfür in erster Linie die Einnahmeentwicklung verantwortlich gewesen sein. Die Ländereinnahmen stehen zur Zeit noch stark unter dem Einfluß der im Mai mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1950 erfolgten Senkung der Einkommensteuer, die nicht nur die laufenden Steuerverpflichtungen erheblich verringert, sondern neuerdings auch zu beträchtlichen zusätzlichen Ausfällen auf Grund der Anrechnung der in den Monaten Januar bis Mai zuviel bezahlten Steuern geführt hat. Im Juni — dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen — ist diese Entwicklung noch weitgehend dadurch kompensiert worden, daß erstens der nach dem bisherigen Zahlungsrhythmus erst im Juli liegende Quartalstermin für die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer

um einen Monat vorgezogen wurde und überdies nunmehr in allen Ländern die Zahlungen auf diese beiden Steuern zu den jeweiligen Quartalterminen fällig sind, während zuvor neben den vierteljährlichen Zahlungen in einigen Ländern auch noch monatliche Abschlagszahlungen fällig waren. So erklärt es sich, daß das Aufkommen aus der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer im Juni insgesamt sogar noch höher war als im April (obwohl auch hier schon teilweise die erwartete Steuersenkung eskomptiert worden zu sein scheint) und nur das Aufkommen aus der Lohnsteuer gegenüber den beiden Vormonaten einen starken Absturz aufwies. Im Juli dürfte dementsprechend aber dann das Steueraufkommen besonders niedrig gewesen sein, und auch für den August ist infolge des neuen Zahlungsrhythmus für die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer nur mit sehr geringen Steuererträgen zu rechnen.

Das Aufkommen aus den wichtigsten Steuern der Länder in der Zeit vom April bis Juni 1950

Steuerart	April	Mai	Juni	Summe	April/Juni
	Mill. DM			Mill. DM	1949 = 100
Lohnsteuer	172,2	155,8	76,4	404,4	81,0
Veranlagte Einkommensteuer	207,2	109,0	217,5	533,7	77,4
Körperschaftsteuer	127,7	56,9	191,0	375,6	97,4

Auf der anderen Seite waren die Länder in den letzten Wochen kassenmäßig dadurch begünstigt, daß sie — wie bei der Darstellung der

Bundesfinanzen erwähnt — zunächst nur verhältnismäßig geringe Beiträge zur Finanzierung der Bundesausgaben geleistet haben. Tritt hierin ein Wandel ein, so wird sich die Kassenlage der Länder natürlich entsprechend verschlechtern. Immerhin sind die Länder in ihrer Gesamtheit dem Bund gegenüber in einer in vieler Hinsicht wesentlich günstigeren Position. Was zunächst die Verschuldung der Länder anbelangt, so ist aus der Übersicht auf S. 16 zu ersehen, daß sie trotz des Anstiegs in den Monaten Juni und Juli insgesamt noch immer etwas niedriger ist als am Ende des letzten Haushaltsjahres. Eine Reihe von Ländern weisen dabei auch heute noch keine Verschuldung auf, sondern besitzen im Gegenteil noch erhebliche Reserven, während der Bund über keinerlei Kassenbestände mehr verfügt. Dem entspricht es, daß der Kassenkreditspielraum, der den Ländern bei den Landeszentralbanken offen steht, insgesamt nur zum kleineren Teil ausgenutzt ist. Wie die folgende Übersicht zeigt, waren die Plafonds Ende Juli 1950 sogar weniger in Anspruch genommen als am Ende des vergangenen Etatjahres. Allerdings ist die Lage der einzelnen Länder dabei nach wie vor unterschiedlich: Während die finanzschwachen Länder im allgemeinen kaum über nennenswerte Kassenreserven verfügen, sondern im Gegenteil teilweise nicht unbeträchtlich verschuldet sind, dürften andere Länder auf Grund ihrer Kassenbestände und ihrer sonstigen liquiden Mittel eine erhebliche Verschlechterung der Haushaltslage aushalten, ehe sie auch nur zur

Die Höhe des Kassenkreditspielraums der Länder bei den Landeszentralbanken und seine Ausnutzung

a) Kassenkreditspielraum b) In Anspruch genommene Kassenkredite

in Mill. DM

Länder	1950, Stand am:									
	31. März		30. April		31. Mai		30. Juni		31. Juli	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
Bayern	35,1	30,5	38,7	—	42,8	—	44,4	31,3	41,2	31,0
Hessen	44,5	21,1	39,4	21,0	47,0	21,2	46,6	19,3	35,0	—
Württemberg-Baden	32,6	—	37,9	—	33,9	—	30,1	—	36,3	—
Bremen	27,0	—	27,4	—	22,5	—	24,4	—	23,2	—
Nordrhein-Westfalen	100,5	—	125,6	—	127,2	—	121,5	—	102,4	—
Niedersachsen	26,2	13,8	27,2	16,7	33,3	14,0	29,3	12,3	23,2	19,7
Schleswig-Holstein	8,1	1,5	7,8	5,4	11,2	1,6	8,2	7,3	9,4	7,9
Hamburg	26,1	—	28,5	—	30,8	—	33,9	—	35,0	—
Rheinland-Pfalz	26,6	17,9	28,8	11,7	25,0	7,8	24,6	12,7	23,9	16,9
Baden	13,6	13,0	15,0	9,5	15,4	4,1	17,9	4,5	17,1	5,0
Württbg.-Hohenzollern	6,5	4,2	6,5	5,6	7,1	—	8,4	—	6,9	0,9
Bundesgebiet	346,7 ¹⁾	102,0	382,8	69,9	396,1 ¹⁾	48,7	389,3	87,4	353,4 ¹⁾	81,4

¹⁾ Differenz durch Abrunden.

Inanspruchnahme ihrer Kreditfazilitäten gezwungen wären. Eine restlose Ausnutzung der „Polster“, die die Länderfinanzen bei einer globalen Betrachtung zu bieten scheinen, würde also einen noch viel weitergehenden horizontalen Finanzausgleich voraussetzen als er bisher erzielt werden konnte.

Allerdings liegen auch in den den Ländern verbliebenen Ausgaben gewisse Reserven, mit denen einer defizitären Entwicklung der Länderhaushalte entgegengewirkt werden könnte. So betrogen beispielsweise die Investitionsausgaben, die die Länder im vergangenen Haushaltsjahr (ohne Nachbuchungen) aus eigenen Mitteln finanzierten, rd. 1,7 Mrd. DM. Mehr als 1 Mrd. DM sind in der Form von Darlehen und verlorenen Zuschüssen in den sozialen Wohnungsbau geflossen. Für das laufende Jahr haben sich dagegen die Länder und Gemeinden zusammen nur mit einem Betrage von insgesamt 400 Mill. DM zur Finanzierung des Wohnungsbaus bereit erklärt. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die Neuverteilung der Finanzmasse zwischen Bund und Ländern auf der Grundlage des Überleitungsgesetzes nach neueren Berechnungen doch zu Ungunsten der Länder gehen wird und daß die Länder sich außerdem noch mit dem Steuerausfall infolge der Einkommensteuersenkung abzufinden haben. Um einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu erzielen, wird die Verminderung der den Ländern verbliebenen Ausgaben gegenüber ihrem vorjährigen Stand also unter Umständen ziemlich drastisch sein müssen, auch wenn sich die Steuereinnahmen unter dem Einfluß der Konjunkturbelebung verhältnismäßig rasch wieder von ihrem gegenwärtigen Tiefstand erholen.

Übrige öffentliche Haushalte

Über die Haushalte der Soforthilfebehörden sind im Verlauf der letzten Wochen ebenfalls mehr Mittel in den Verkehr geflossen als vereinnahmt wurden. Das hing damit zusammen, daß der letzte Zahlungstermin für die Soforthilfeabgaben der 20. Mai 1950 war und demgemäß im Juli — ebenso wie schon im Juni und wahrscheinlich auch in den ersten Augustwochen — nur noch Nachzahlungen eingingen. Im gesamten Bundesgebiet betragen jedenfalls die Einnahmen der Soforthilfe-

Das Aufkommen aus den Soforthilfeabgaben im Bundesgebiet
in Mill. DM

Zeit	Soforthilfeabgaben insgesamt	davon	
		Allgemeine Soforthilfeabgabe	Soforthilfe-sonder-abgabe
1949 Oktober	84,4	82,5	1,9
November	321,1	252,8	68,3
Dezember	237,2	221,1	16,1
1950 Januar	179,8	105,5	74,3
Februar	280,6	262,9	17,7
März	196,9	116,0	80,9
Rechnungsjahr 1949/50	1 300,0	1 040,8	259,2
1950 April	74,3	57,7	16,6
Mai	226,4	213,7	12,7
Juni	91,2	80,4	10,8
Juli ¹⁾	69,5	59,0	10,5
Summe Okt. 49/Juli 50	1 761,4	1 451,6	309,8
darunter: Ver. Wirtschaftsgebiet	1 555,1	1 277,4	277,7

¹⁾ Vorläufig.

behörden im Juli nur knapp 70 Mill. DM gegen 227 Mill. DM im Mai und 91 Mill. DM im Juni. Über die Ausgaben liegen für das gesamte Bundesgebiet allerdings keine Zahlen vor. Im Vereinigten Wirtschaftsgebiet, auf das gut 90 vH der Gesamtausgaben entfallen dürften, beliefen sich jedoch die Auszahlungsanweisungen in der Zeit vom 30. Juni bis 5. August 1950 auf über 98 Mill. DM, während die Einnahmen hier im Juli nur 59 Mill. DM betragen hatten. Die tatsächlichen Ausgaben dürften zwar wiederum etwas hinter den Auszahlungsanweisungen zurückgeblieben sein, doch war die Differenz zwischen den beiden Posten in den letzten Monaten nicht mehr sehr hoch, so daß auch der effektive Abfluß der Mittel in den letzten Wochen wesentlich höher gewesen sein dürfte als der Eingang an neuen Einnahmen. Bestätigt wird diese Annahme dadurch, daß die fast ausschließlich im Zentralbanksystem unterhaltenen Mittel der Soforthilfebehörden von Ende Juni bis Ende Juli um 56 Mill. DM und in der ersten Augushälfte um weitere 9 Mill. DM abgenommen haben. Immerhin sind die noch vorhandenen Mittel (einschließlich der dem Bund zur Verfügung gestellten Kredite) nach wie vor sehr beträchtlich, da es bei der ganzen Anlage der Soforthilfeaktion zunächst unvermeidlich war, daß die Mittel wesentlich langsamer verausgabt als vereinnahmt wurden. Über die eingehenden Be-

träge konnte nämlich erst disponiert werden, wenn ungefähr ein Überblick über das Aufkommen bestand, und auch dann dauerte es zwangsläufig eine gewisse Zeit bis die für die längerfristigen Verwendungszwecke, wie etwa für Investitionen, bereitgestellten Mittel abberufen wurden.

Nachdem nun das Aufkommen einigermaßen zuverlässig beurteilt werden kann, geht jedoch das Bestreben der Soforthilfebehörden dahin, die Frist zwischen Eingang und Verwendung der Mittel nach Möglichkeit abzukürzen, indem über die Verausgabung der Fonds teilweise bereits vor deren Eingang disponiert wird. So wurden im Vereinigten Wirtschaftsgebiet bis zum 5. August 1950 aus dem Soforthilfefonds bereits 1,7 Mrd. DM bereitgestellt, d. h. für verschiedene Verwendungszwecke zugesagt, obwohl bis Ende Juli erst 1,56 Mrd. DM eingegangen waren. Da gleichzeitig die Mittelabrufe für Investitionszwecke allmählich stärker werden, hofft man, im Laufe der Zeit einen besseren Gleichtakt zwischen Eingängen und Ausgängen zu erzielen und damit die beträchtlichen Geldstillegungen zu verringern, die bisher mit der Abwicklung der Soforthilfeaktion verbunden waren.

Der einzige Bereich der öffentlichen Finanzen, in dem in den letzten Wochen Überschüsse zu verzeichnen waren, sind die Sozialversicherungen und die Arbeitslosenversicherung. Über die Sozialversicherungen liegt zwar gegenüber dem letzten Monatsbericht kein neueres Material vor. Da ihr Status

Bereitstellungen, Auszahlungen und noch nicht zur Auszahlung angewiesene Soforthilfemittel im Vereinigten Wirtschaftsgebiet

Stand vom 5. August 1950

in Mill. DM

Art der Verwendung	Bereitstellungen	zur Auszahlung angewiesen	noch nicht angewiesen
Unterhaltshilfe	701,4	701,4	—
Hausratshilfe	360,0	254,6	105,4
Wohnungsbau	270,0	147,2	122,8
Flüchtlingsiedlungshilfe	40,0	30,0	10,0
Ausbildungshilfe	57,0	20,0	37,0
Existenzaufbauhilfe	180,0	40,0	140,0
Gemeinschaftshilfe	20,0	20,0	—
Aktion Reinschulen und Schlüchtern	3,0	2,2	0,8
Altersheime	20,0	—	20,0
Mieterzuschüsse	40,0	—	40,0
LINICEP ¹⁾	5,0	5,0	—
zusammen	1 696,4	1 220,4	476,0

¹⁾ United Nations International Childrens Emergency Fund; nur Transport- und Verarbeitungskosten im Inland.

jedoch kaum kurzfristigen Schwankungen unterliegt, ist anzunehmen, daß sie auch in den letzten Monaten Überschüsse erzielt haben, und zwar auf Grund der steigenden Lohnsummen wahrscheinlich sogar etwas höhere als im ersten Quartal dieses Jahres. Die Lage der Arbeitslosenversicherung hat sich seit April 1950 eindeutig verbessert: Im Juni wies sie bereits wieder einen Überschuß von 23,1 Mill. DM auf. Unter den Einnahmen hat sich vor allem das Beitragsaufkommen auf Grund der gestiegenen Beschäftigung stark erhöht. Auf der Ausgabenseite verminderten sich vornehmlich die Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung. Infolge des Rückgangs der Arbeitslosigkeit sanken die Aus-

Der finanzielle Status der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet
in Mill. DM

Zeit	Einnahmen		Ausgaben		Überschuß (+) oder Fehlbetrag (—)	Fonds (ohne Erstattungsrückstände der Länder ¹⁾)	Zahl der Unterstützungsempfänger ¹⁾
	insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	darunter Arbeitslosenunterstützung			
1949 April bis Dezember	1 196,0	899,2	1 094,3	459,3	+ 101,7	555,6	513 962
1950 Januar	155,8	86,4	161,3	71,1	— 5,5	550,1	664 134
Februar	147,8	73,0	176,1	83,2	— 28,3	521,8	765 791
März	166,9	87,9	216,1	94,0	— 49,2	472,7	650 385
Nachtrag	17,4	1,3	30,7	9,4	— 13,3	459,4	
Rechnungsjahr 1949/50	1 684,0²⁾	1 147,7²⁾	1 678,5	716,9²⁾	+ 5,4	459,4	650 385
1950 April ³⁾	76,9	72,8	71,1	55,4	+ 5,8	465,6 ³⁾	541 047
Mai ³⁾	89,8	83,6	78,2	58,5	+ 11,6	477,2	468 257
Juni ³⁾	97,9	90,0	74,8	51,6	+ 23,1	500,2	410 579

¹⁾ Stand am Ende der Berichtszeit. — ²⁾ Differenz durch Abrundung. — ³⁾ Erstmals einschließlich Lindau.

zahlungen an Unterstützungsberechtigte auf 51,6 Mill. DM. Sie waren damit niedriger als in jedem der vorangegangenen sechs Monate. Es ist anzunehmen, daß sich diese Ausgaben inzwischen weiter verringert haben.

Im Verlauf des ersten Rechnungsvierteljahrs 1950/51 hat sich der Fonds des Arbeitsstocks durch die in dieser Zeit gebildeten Überschüsse wieder um 40,5 auf fast genau 500 Mill. DM erhöht. Darin sind nicht enthalten die Forderungen, die der Arbeitsstock gegenüber einzelnen Ländern aus der von diesen noch nicht erstatteten Arbeitslosenfürsorge hat. Bis Ende März hatten sich diese auf 182,3 Mill. DM er-

höht, wovon jedoch bis zum 30. Juni 1950 rd. 24 Mill. DM erstattet worden sind. Mit dem neuen Rechnungsjahr muß an Stelle der Länder der Bund für die Arbeitslosenfürsorge aufkommen, und zwar ist er nicht, wie es bisher die Länder waren, nachträglich erstattungspflichtig, sondern er muß im Gegenteil die Mittel für die Arbeitslosenfürsorge von ihrer Verausgabung bereitstellen. Die Arbeitslosenversicherung braucht also nun nicht mehr einen Teil der Sozialausgaben der Gebietskörperschaften zu kreditieren, was ihren laufenden finanziellen Status gegenüber dem Vorjahr wesentlich verbessert.

Produktion, Absatz, Beschäftigung

Gewerbliche Wirtschaft

Im Bereich der Güterwirtschaft haben die Auftriebstendenzen in den letzten Wochen angehalten, ja sich teilweise noch verstärkt. Deutliche Anzeichen hierfür sind die erhöhten Umsätze, die ständig wachsenden Auftragseingänge, der eher noch beschleunigte Lagerumschlag bei teilweise erheblich abgeschmolzenen Beständen, die verbesserte Liquidität, der stark verminderte Preisdruck und die hier und da einsetzende Ten-

denz zu Preiserhöhungen und nicht zuletzt die weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit.

In der industriellen Produktion ist der anhaltende konjunkturelle Auftrieb in den letzten Wochen allerdings nur noch auf Teilgebieten zum Ausdruck gekommen. Insgesamt hatte sich schon im Juni die Indexziffer der Industrieproduktion nach der nunmehr vorliegenden endgültigen Berechnung im Vergleich zu den Vormonaten nur noch wenig erhöht. Im Juli ist

Indexziffern der Industrieproduktion im Bundesgebiet

arbeitstäglich; 1936 = 100

(Fettgedruckte Ziffern bisheriger Höchststand; Kursivziffern (unterstrichen) Höchststand im Vorjahr)

Zeit	Gesamt	ohne Baugewerbe u. Genußmittel- industrien	Investitionsgüter			Allgemeine Produktionsgüter	Ver- brauchs- güter	Bau- wirtschaft
			Gesamt	Rohstoffe	Fertig- waren			
1949 Januar	78	80	74	63	81	101	68	71
Februar	81	84	78	67	86	104	72	68
März	81	84	78	67	84	104	74	66
April	84	86	80	71	85	103	75	77
Mai	86	88	81	75	85	105	80	83
Juni	87	88	83	76	87	105	79	90
Juli	86	86	81	76	83	104	74	91
August	87	87	81	<u>78</u>	83	106	78	94
September	92	92	86	77	91	108	87	<u>98</u>
Oktober	94	95	87	75	95	111	90	98
November	<u>97</u>	<u>99</u>	<u>92</u>	77	<u>101</u>	<u>115</u>	<u>96</u>	96
Dezember	93	96	88	73	97	113	92	84
1950 Januar	89	95	85	73	93	115	90	65
Februar	92	98	90	74	99	117	94	64
März	96	101	93	79	101	120	96	77
April	102	104	99	83	109	120	96	94
Mai ¹⁾	105	107	104	89	113	121	97	103
Juni ¹⁾	107	108	107	93	117	121	94	107
Juli ²⁾	107	107	106	93	114	123	90	.

¹⁾ Teilweise berichtet. — ²⁾ Vorläufig.

dann — nach den vorläufigen Ergebnissen — lediglich der Vormonatsstand wieder erreicht worden, und auch dies ist nur dem weiteren Anstieg der Bauwirtschaft zu danken, während die Indexziffer für die Industrieproduktion i. e. S. des Wortes (also ohne die Bauwirtschaft und die Genußmittelindustrien) einen geringen Rückgang aufweist. Diese Entwicklung erklärt sich im wesentlichen aus den in den Sommermonaten vielfach üblich gewordenen Betriebsferien, in denen die Produktion teilweise gänzlich stillgelegt wird, schon um in dieser Zeit die erforderlichen Umstellungen für die Produktionsprogramme des Herbstes und Winters vorzunehmen. Es handelt sich hier um eine Saisonbewegung, die bereits in den Vorkriegsjahren deutlich ausgeprägt war und im vergangenen Jahr im Juli sogar zu einem noch stärkeren Produktionsrückschlag geführt hatte.

Besonders in den Verbrauchsgüterindustrien, in denen es ja kaum Produktionsprozesse gibt, die schon aus technischen Gründen nicht unterbrochen werden können, hat sich dieser Rhythmus bemerkbar gemacht. Der Produktionsindex für die Gesamtheit dieser Industrien ist von 97 (1936 = 100) im Mai auf 94 im Juni und auf 90 im Juli gesunken. In einzelnen Zweigen, wie namentlich in der Schuhindustrie und in der Textilindustrie (ohne die Kunstfasererzeugung) war der Rückgang sogar noch schärfer. Allerdings ist es möglich, daß hier zu den Saisoneinflüssen teilweise auch das Bestreben hinzutrat, die Produktion, die in vielen Industrien im vergangenen Jahr außerordentlich stark zugenommen hatte, wieder in besseren Einklang mit den Absatzverhältnissen zu bringen und die hier und da recht beträchtlichen Lagervorräte etwas abzubauen.

Diesen Bemühungen ist in letzter Zeit freilich auch die Absatzentwicklung stark entgegen gekommen. Wie im letzten Monatsbericht dargelegt, sind die Einzelhandelsumsätze seit dem Mai unter dem Einfluß der wachsenden Einkommen, der Steuersenkung und Steuerrückerstattungen, der Soforthilfeauszahlungen und der besonders nach dem Beginn des Korea-Konflikts in Erscheinung tretenden erhöhten Ausgabebeigung wesentlich gewachsen. Im Juli waren die Einzelhandelsumsätze nach vorläufigen Ermittlungen dem Werte nach um 15 vH höher als im gleichen Vorjahrsmonat, und dies obwohl die Preise teilweise erheblich niedriger liegen und dieses Jahr im Gegensatz zum Vorjahr nur der erste Tag der Sommerschlußverkäufe in den Juli fiel. Die Hortungskäufe, die mit den Verwicklungen im Fernen Osten eingesetzt hatten, sind inzwischen zwar schon deshalb wieder etwas abgeklungen, weil dem größten Teil der Bevölkerung nur begrenzte Kaufkraftreserven zur Verfügung standen; aber im Rahmen der Sommerschlußverkäufe mit ihren teilweise beträchtlich gesenkten Preisen hat sich nochmals eine starke, in ihrer Wirkung wahrscheinlich wesentlich breitere Umsatzwelle ergeben, die die Läger des Einzelhandels weitgehend gelichtet hat. Da sich gleichzeitig infolge der Entwicklung an den Weltmärkten die Preisexpectationen völlig gewandelt haben, ist der Handel in bezug auf seine Einkaufsdispositionen nunmehr aus der bisherigen Reserve herausgetreten, so daß die Auftragseingänge bei den meisten Verbrauchsgüterindustrien beträchtlich gestiegen sind und zu weiteren Produktionseinschränkungen deshalb in der Regel kein Anlaß mehr besteht. In der Mehrzahl der Fälle dürfte die Industrie vielmehr auch bei völ-

Zur Umsatzbewegung im Einzelhandel des Bundesgebiets im Jahre 1950

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH
(nach Angaben des Instituts für Handelsforschung, Köln)

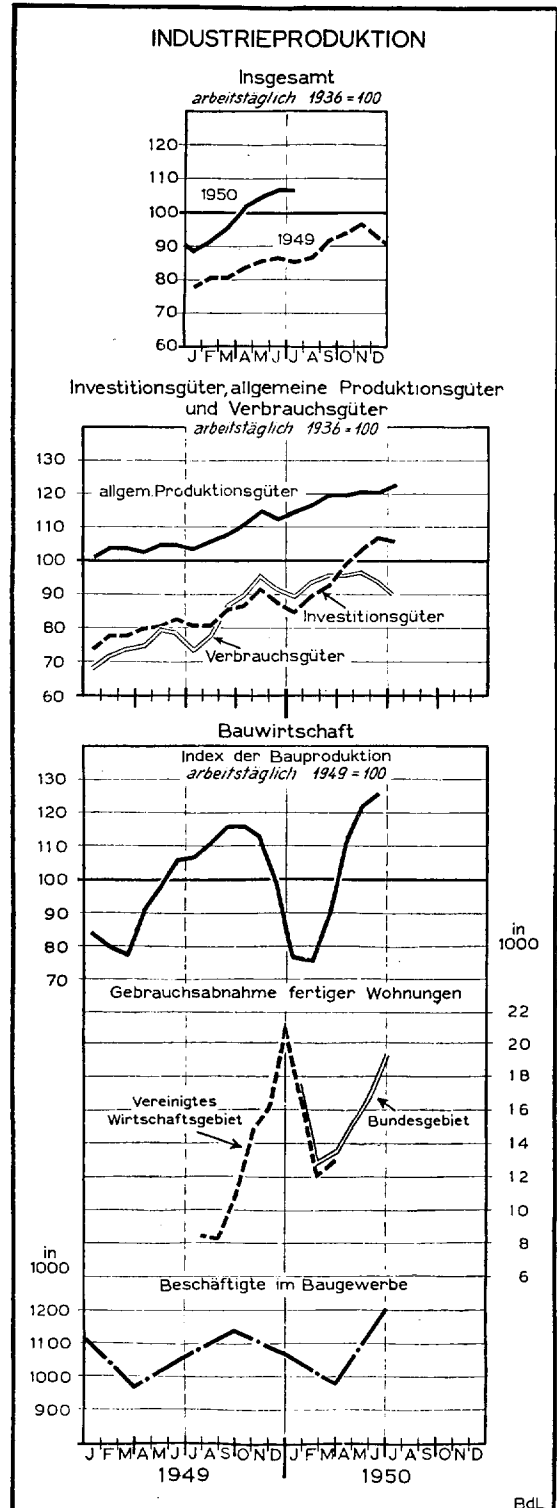
Gruppe	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli ¹⁾
Nahrungs- und Genußmittel	+ 6,7	— 1,9	— 5,9	— 9,9	— 4,0	— 10,1	.
Textilien und Bekleidung	+ 27,0	+ 18,1	+ 18,5	+ 6,1	+ 28,5	+ 11,7	+ 20
Hausrat und Wohnbedarf	+ 9,8	+ 9,1	+ 20,2	+ 17,2	+ 21,6	+ 25,9	.
darunter:							
Möbel	+ 33,6	+ 37,8	+ 52,3	+ 48,0	+ 48,5	+ 48,3	+ 55
Sonstiges	— 3,6	— 6,2	+ 0,4	+ 2,8	+ 10,6	+ 10,3	.
Insgesamt	+ 10,7	+ 4,2	+ 4,5	— 1,1	+ 10,6	+ 2,4	+ 15

¹⁾ Vorläufig; Schätzungen.

ligem Abklingen der Hortungskäufe gezwungen sein, ihre Produktion wieder zu erhöhen, um der mit den zunehmenden Einkommen auch der Grundtendenz nach wachsenden Nachfrage zu genügen.

In den Investitionsgüterindustrien hat die Produktion im Juli infolge von Betriebsferien teilweise ebenfalls abgenommen, so vor allem im Fahrzeug- und Maschinenbau. Auf die Ausfälle in diesen beiden Industrien ist es vornehmlich zurückzuführen, daß der Produktionsindex für die Gruppe Investitionsgüter-Fertigwaren von 117 vH des Standes von 1936 im Juni auf 114 vH im Juli gesunken ist, während sich der Index der Gruppe Investitionsgüter-Rohstoffe, in der die Industrien mit zwangsläufig kontinuierlichem Produktionsprozeß eine große Rolle spielen, mit 93 vH auf dem Stand des Vormonats behauptet hat. In fast allen Investitionsgüterindustrien sind jedoch die Aufträge weiter gewachsen, was sowohl mit den allmählich stärker werdenden Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungs- und des Wohnungsbauprogramms wie vor allem mit der anhaltend guten Exportkonjunktur zusammenhängt, deren Einfluß auf den gegenwärtigen Aufschwung im letzten Monatsbericht eingehender geschildert wurde. In einigen typischen Investitionsgüterindustrien und zwar auch in solchen, in denen die Produktion im Juli saisonmäßig abnahm, war der Auftragseingang bereits im Juni erheblich höher als der Umsatz, so etwa bei den Stahlwalzwerken um 45,5 vH, bei den Ziehereien und Kaltwalzwerken um 25,9 vH, im Maschinenbau um 13,5 vH, in der Chemischen Industrie um 11,4 vH, in der NE-Halbzeug-Industrie um 11,1 und in der elektrotechnischen Industrie um 4,2 vH. In allen diesen Industrien ist also für die nächste Zeit mit anhaltend steigender Produktion zu rechnen.

Teilweise ist die Nachfrage von Seiten des Inlandes und des Auslandes bereits so stark, daß partielle Versorgungsklemmen in den Bereich des Möglichen rücken. In besonderem Maße gilt das für die Stahlerzeugung, zumal diese auf alliierte Anordnung 11,1 Mill. t im Jahr nicht übersteigen darf, im Juli mit 1.05 Mill. t aber ein Niveau erreichte, das auf Jahresrate umgerechnet bereits um 13 vH über dem zugelassenen Kontingent liegt, aber trotzdem der erhöhten Inlands- und Auslandsnachfrage kaum zu genü-



gen vermochte, da namentlich die Auslandsaufträge stark zugenommen haben. Im Interesse der Sicherung des Fertigwarenexports sind die Werke daher aufgefordert worden, den Lieferungen an die verarbeitende Industrie vor dem Export von

Rohstahl unbedingte Priorität zu geben, obwohl der Auslandsabsatz teilweise außerordentlich lukrativ ist. Auch für den Kohlenbergbau hat sich die Marktlage weiter gebessert. Unmittelbar nach dem Ausbruch des Korea-Konflikts setzte sowohl vom Inland als auch vom Ausland eine starke Nachfrage ein, so daß die vordem beträchtlich erhöhten Haldenbestände an Koks bereits wesentlich zurückgegangen sind. Die Förderung ist im Juli wieder gewachsen, doch lag sie mit knapp 353 000 t arbeitstäglich noch um etwa 10 000 t unter dem Stand von März/April 1950. Nach Beendigung der Urlaubszeit wird es zwar ohne weiteres möglich sein, sie auf mindestens 375 000 t pro Tag zu steigern, aber bei der zu erwartenden Nachfrage wird auch dann die Marktlage ziemlich angespannt bleiben, zumal es fraglich ist, ob die Bahn imstande sein wird, die geförderten Mengen pünktlich abzufahren.

Anhaltend stark war auch im Juli der Aufschwung der Bauwirtschaft. Hier ist nun namentlich der Wohnungsbau in voller Entfaltung begriffen, aber auch der gewerbliche Bau und der Tiefbau, die lange Zeit hinter dem Anstieg der sonstigen Bautätigkeit erheblich zurückgeblieben waren, sind neuerdings stärker in Gang gekommen. Im Juni (dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen) hatte der Index der Bauproduktion mit 107 vH des Standes von 1936 das Vorjahrsniveau um 20 vH überschritten. Bis zum saisonmäßigen Höhepunkt im Spätherbst ist mit einem ziemlich kräftigen weiteren Anstieg zu rechnen, da die Baugenehmigungen noch zunehmen. In der ersten Jahreshälfte 1950 wurden Baugenehmigungen für rd. 250 000 Wohnungen erteilt gegenüber 142 000 in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß im Vorjahr die Berichterstattung noch Lücken aufwies. Wenn auch ein Teil der genehmigten Bauten vielleicht nicht zur Ausführung kommen wird — man rechnet gegenwärtig mit einer Differenz von 20 bis 25 vH zwischen Baugenehmigungen und tatsächlichen Ausführungen gegenüber nur etwa 10 vH in früheren Jahren — so ist es doch schon sicher, daß, unter Einrechnung des Überhangs an unfertigen Wohnungen bei Beginn der Bausaison, das Ziel, das sich die Bundesregierung für den diesjährigen Woh-

nungsbau gesteckt hatte (250- bis 300 000 Wohnungen), bequem erreicht und vielleicht sogar überschritten werden wird. Allein im Juni sind im Bundesgebiet wieder rd. 20 000 fertiggestellte Wohnungen abgenommen worden, während sich die entsprechende Ziffer im Vorjahr auf kaum mehr als 8 000 gestellt haben dürfte. In verschiedenen Teilen Westdeutschlands ist unter dem Einfluß der regen Baukonjunktur bereits ein Mangel an Baufacharbeitern eingetreten. Ebenso stellt der Transport der Baumaterialien neuerdings bereits erhebliche Anforderungen an die Verkehrsmittel, zumal der (im Vergleich zum Vorjahr gesunkene) Bestand an betriebsfähigen Güterwagen der Bahn in wachsendem Maß für die Bewältigung der Ernte eingesetzt werden muß.

Landwirtschaft

Der Umfang der Ernte läßt sich nun einigermaßen übersehen. Die Brotgetreideernte wird bei im ganzen gleich großer Erntefläche auf etwa 5,8 Mill. t gegenüber 6,0 Mill. t im Vorjahr geschätzt, während die Futtergetreideernte dank der leichten Ausweitung der Anbaufläche das Vorjahrsergebnis von 4,2 Mill. t leicht übertreffen dürfte. Berücksichtigt man, daß die vorjährige Ernte außergewöhnlich günstig war — die Hektarerträge lagen mit insgesamt 24,1 dz je ha um etwa 3,8 dz je ha über den Erträgen der Jahre 1935/38 —, so kann man also wieder von einer Rekordernte sprechen. Das Gesamtergebnis der Getreideernte wird freilich infolge der gesunkenen Anbaufläche — 1935/38 wurden 5,14 Mill. ha, 1950 nur 4,36 Mill. ha mit Getreide bestellt — mit 10,15 Mill. t auch in diesem Jahr noch nicht ganz an den Vorkriegsdurchschnitt (1935/38 = 10,4 Mill. t) heranreichen. Bei einem Getreidebedarf von schätzungsweise 15 bis 15,5 Mill. t wird die Einfuhr auch kaum geringer sein können als im Vorjahr, da dem (infolge des abnehmenden Verbrauchs) verringerten Bedarf an Brotgetreide ein erhöhter Bedarf an Futtergetreide gegenübersteht, wenn der Wiederaufbau der Viehbestände nicht unterbrochen werden soll. Allerdings ist dabei in Rechnung gestellt, daß die im abgelaufenen Wirtschaftsjahr um etwa 1 Mill. t gewachsenen Getreidevorräte (einschließlich der Bestände in der Landwirtschaft) nicht vermindert werden.

Die westdeutsche Getreidebilanz¹⁾

in Mill. t

Versorgung und Verbrauch	1948/49	1949/50	1950/51 ²⁾
Getreideernte insgesamt	7,9	10,2	10,15
darunter:			
Brotgetreide	4,8	6,0	5,8
Futtergetreide	3,1	4,2	4,35
Getreideeinfuhr insgesamt	5,2	5,1	5,0
darunter:			
Brotgetreide	3,6	3,35	.
Futtergetreide	1,6	1,75	.
Vorratsveränderungen insgesamt	+ 0,6 ³⁾	+ 1,0 ⁴⁾	.
darunter:			
Brotgetreide	.	+ 0,8 ⁴⁾	.
Futtergetreide	.	+ 0,2 ⁴⁾	.
Getreideverbrauch insgesamt	12,5	14,3	.
davon für:			
Saat und Schwund	1,1	1,2	.
menschliche Ernährung	7,5	7,2	.
Futterzwecke	3,9	5,9	.

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. — ²⁾ Ernteziffern: erste offizielle Schätzung. — ³⁾ Ohne Vorräte in der Landwirtschaft. Die Zunahme dürfte hier gering gewesen sein. — ⁴⁾ Einschließlich Vorräte in der Landwirtschaft.

Die Hackfruchternte wird voraussichtlich sogar günstiger ausfallen als im Vorjahr. Die Kartoffelanbaufläche war etwa gleich groß wie im Vorjahr. Da die Wachstumsbedingungen kaum schlechter waren, ist also damit zu rechnen, daß das Vorjahresergebnis (20,9 Mill. t) ungefähr wieder erreicht wird, wenn sich in diesem Jahr nicht stärkere Schäden durch den Kartoffelkäferbefall ergeben. Die Zuckerrüben-ernte wird dagegen die vorjährige bestimmt übertreffen. Infolge der durch die Senkung der Zuckersteuer ohne Verbrauchsbelastung ermög-

lichten Heraufsetzung der diesjährigen Erzeugerpreise ist die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahr um etwa 14 vH erweitert worden. Da gleichzeitig die Hektarerträge günstiger zu werden versprochen, wird mit einer Ernte von ungefähr 5,7 Mill. t gegen 4,7 Mill. t im Vorjahr gerechnet. Bei normalem Zuckergehalt würde das einer Zunahme der heimischen Zuckerproduktion um 150- bis 200 000 t (Weißzuckerwert) auf 700- bis 750 000 t entsprechen. Die Zuckereinfuhr, die im laufenden Zuckerjahr (Oktober 1949 bis September 1950) mit schätzungsweise 540 000 t beinahe die Höhe der heimischen Zuckererzeugung erreichen dürfte, wird daher im nächsten Jahr auf 450- bis 500 000 t gesenkt werden können, wobei der Verbrauch mit rd. 1,2 Mill. t gegen 1,1 Mill. t im Vorjahr geschätzt wird.

Der Viehbestand ist nach den nunmehr vorliegenden Ergebnissen der Viehzählung vom 3. Juni 1950 nach wie vor im Wachsen begriffen. Über Einzelheiten unterrichtet die folgende Übersicht. Bei der Entwicklung des Schweinebestandes ist die Zunahme der Zahl der Zuchtsauen besonders bemerkenswert, zumal sie sich weitgehend auf jüngere Tiere erstreckt. Der im ersten Halbjahr 1950 zu verzeichnende Rückgang der Relation zwischen Schweine- und Futtermittelpreisen hat also die Ausweitung der Produktion bisher nicht aufzuhalten vermocht, da die Relation noch immer über der Rentabilitätsschwelle liegt. Nach der Zahl der Zuchtsauen, besonders der trächtigen, zu urteilen, ist für die nächsten

Entwicklung der Viehbestände im Bundesgebiet¹⁾

	Bestand jeweils im Juni						Veränderungen 1950 gegenüber 1949 in vH
	1935/38	1946	1947	1948	1949	1950 ²⁾	
	1000 Stück						
Schweine insgesamt	11 144	5 784	5 291	4 878	7 403	9 114	+ 23
darunter:							
Ferkel und Jungschweine unter 1/2 Jahr alt	8 131	4 009	3 761	3 538	5 397	6 490	+ 20
Zuchtsauen insgesamt	1 083	867	842	706	939	1 120	+ 19
davon trächtig	664	457	494	398	522	679	+ 30
Schlachtschweine	1 883	853	640	579	1 011	1 439	+ 42
Rinder insgesamt	12 544 ³⁾	11 545	11 144	10 501	11 003	11 281	+ 2
darunter:							
Milchkühe	6 241 ³⁾	5 873	5 608	5 181	5 384	5 676	+ 5
Schafe insgesamt	2 400 ⁴⁾	2 737	2 649	2 940	2 955	2 307	- 22

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. — ²⁾ Vorläufige Ergebnisse der Zählung vom 3. Juni 1950. — ³⁾ 1944. — ⁴⁾ 1936/38.

Monate mit einer wesentlichen weiteren Zunahme der Schweinebestände zu rechnen. Gegen Ende des Jahres dürfte bei normaler Futtermittellieferung etwa der Vorkriegsstand erreicht werden.

Der Fleischanfall (ohne Schlachtfette) wird auf Grund der erhöhten Rinder- und Schweinebestände im Wirtschaftsjahr 1950/51 mit annähernd 1,5 Mill. t den des Vorjahres um etwa 200 000 t übertreffen. Diese Zunahme wird ausreichen, um einer nicht unbedeutenden Ausdehnung des Verbrauchs zu genügen, der 1949/50 erst etwa die Hälfte seines Vorkriegsumfanges erreicht hatte. Unter Umständen wird

Schweinebestände und Schweineschlachtungen im Bundesgebiet (einschließlich Westberlin)¹⁾
in Mill. St.

Zeit	Bestände	Schlachtungen		
		gewerbliche	Haus-	zusammen
1933/38 J. D.	12,5	7,0	5,0	12,0
1949 ²⁾	6,8—(7,5) ³⁾	1,6—(2,7)	3,2—(3,8)	4,8—(6,5)
1950	9,7 ²⁾	5,7	3,9	9,6
Dezember 1949 bis Mai 1950	—	2,8	3,0	5,8
Juni 1950 bis November 1950 ⁴⁾	11,0 ⁵⁾	2,9	0,9	3,8
Dezember 1950 bis Mai 1951 ⁴⁾	—	3,3	3,2	6,5

¹⁾ Nach Angaben des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig. — ²⁾ () durch Schätzungen berichtete offizielle Angaben. — ³⁾ Dezember des Vorjahres. — ⁴⁾ Vorschätzungen. — ⁵⁾ Dezember 1950.

auch die Einfuhr, die sich 1949/50 nur auf etwa 122 000 t stellte, etwas mehr zur Deckung des westdeutschen Fleischverbrauchs beisteuern können, obwohl bei normaler Verbrauchsentwicklung hierzu keinerlei Anlaß vorläge. Ebenso sind die Aussichten für die Fettversorgung günstig, wenn die vorgesehenen Einfuhren an Futtermitteln und Fettrohstoffen nicht auf Schwierigkeiten stoßen. Die Eigenerzeugung an Butter hat im Sommer zwar nicht die erwartete Saisonspitze erreicht, doch war sie dank der günstigen Futterverhältnisse bis in den August hinein relativ hoch, und der vermehrte Bestand an Milchkühen läßt erwarten, daß sie bei Aufrechterhaltung einer ausreichenden Futtermittellieferung auch in den Wintermonaten wesentlich höher sein wird als im Vorjahr. Hinzu kommt, daß neuerdings die in den Sommermonaten stark eingeschränkte Buttereinfuhr wieder erhöht worden ist. Auf Grund des wachsenden Schweinebestandes kann für die Herbstmonate ferner mit einem stark er-

Butterversorgung im Bundesgebiet einschließlich Westberlin¹⁾

Zeit	Erzeugung der Molkeereien	Einfuhr	Für den Verbrauch verfügbar	
			insgesamt ²⁾	je Kopf der Bevölkerung
		1 000 t	1 000 t	kg
1935/38 J. D.	285 ³⁾	65	350	8,5
1949 Jan. bis Juni	111	—	118	2,4
Juli bis Dez.	126	3	129	2,6
1950 Jan. bis Juni	124	21	145 ⁴⁾	2,9

¹⁾ Nach Angaben des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig. — ²⁾ Ohne Berücksichtigung der Vorratsbewegung. — ³⁾ Einschließlich Direktabsatz der Erzeuger an Trinkmilch, Vollmilchverarbeitung zu Landbutter bzw. Landbuttererzeugung. Diese Arten der Milchverwertung verloren ab 1933 mit der fortschreitenden molkereiwirtschaftlichen Erfassung der Milchproduktion an Bedeutung. — ⁴⁾ Hiervon wurden rd. 13 000 t eingelagert.

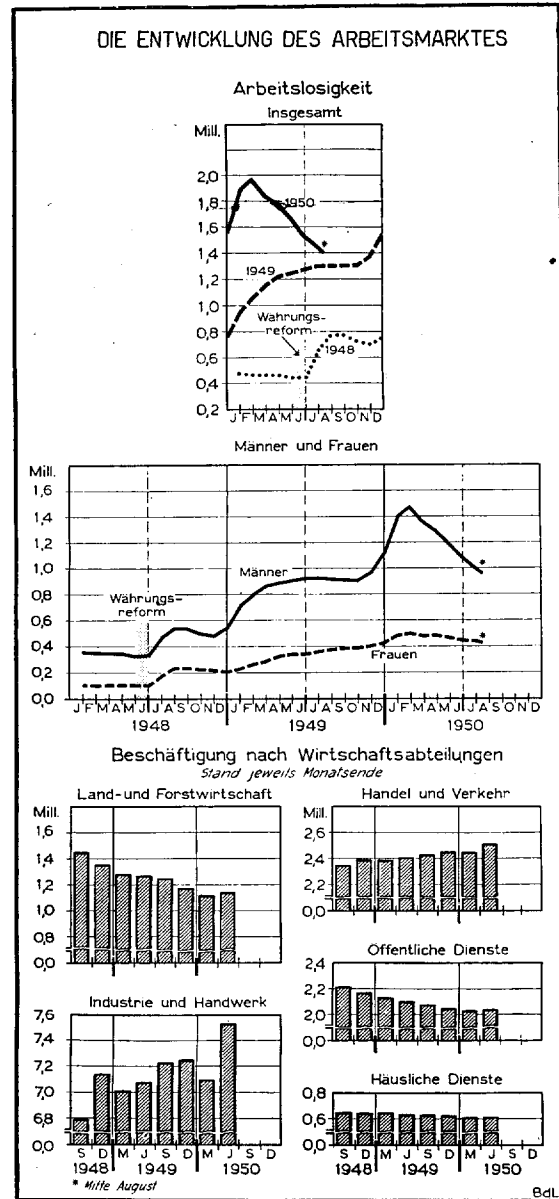
weiterten Angebot an deutschem Schmalz gerechnet werden. Wenn es nicht zu unerwarteten Einfuhreinschränkungen besonders bei Margarinerohstoffen kommt, kann daher angenommen werden, daß sich bei einer normalen Zunahme des Fettverbrauchs (der Mitte 1950 etwa 1,4 bis 1,5 kg je Kopf und Monat betrug) kaum Versorgungsschwierigkeiten ergeben werden.

Trotz dieser relativ günstigen Entwicklung des Angebots an landwirtschaftlichen Erzeugnissen kam es jedoch in den letzten Wochen teilweise zu gewissen Marktversteifungen, als sich unter dem Einfluß der politischen Entwicklung im Fernen Osten und der Preiserhöhungen an den Weltmärkten die Nachfrage nach einigen Produkten sprunghaft erhöhte und vielleicht auch der Handel hier und da Ware in der Erwartung stärkerer Preissteigerungen zurückzuhalten begann. Am ausgeprägtesten waren die Verknappungserscheinungen bei Zucker, obwohl die für Juli und August freigegebenen Zuckermengen, auch unter Berücksichtigung des um diese Zeit auftretenden Einmachbedarfs, unter normalen Umständen die Nachfrage voll gedeckt hätten. Bei Öl ergaben sich nur bei Büchsenöl Schwierigkeiten und bei Fleisch kam es vorläufig zu teilweise fühlbaren Preiserhöhungen, jedoch nicht zu Belieferungsstockungen. Wesentlich zur Dämpfung der Preisauftriebstendenzen hat die in den letzten Monaten wieder zunehmende Einfuhr von tierischen Veredelungserzeugnissen, besonders an Fleisch, beigetragen; auch in Zukunft soll durch Offenhaltung der Einfuhrmöglichkeiten den Haussetendenzen entgegengewirkt werden. Darüber hinaus wird durch eine entsprechende Kreditpolitik dafür gesorgt werden,

daß spekulative Warezurückhaltungen auf große Schwierigkeiten stoßen, aber andererseits durch behördliche Einlagerungen eine möglichst ökonomische Verwendung der anfallenden Produktion gesichert wird. So ist im Interesse der reibungslosen Aufnahme des in diesen Wochen zu erwartenden Getreideangebots — im August und September 1949 wurden 663 500 t Roggen und 321 000 t Weizen auf den Markt gebracht — ein Bankenkonsortium unter Führung der Landwirtschaftlichen Rentenbank in Bildung begriffen, das für die Einlagerungen bei der staatlichen Vorratsstelle bis zu 600 Mill. DM als Wechselkredit zur Verfügung stellen wird. Das Zentralbanksystem hat sich dabei bereit erklärt, die Einlagerungswechsel im Bedarfsfall zu rediskontieren. Diese Aktion ist besonders deshalb wichtig, weil im Hinblick auf die Entwicklung der Weltgetreidemärkte, die die Einfuhr an Brotgetreide zunehmend erschwert und verteuert, unter allen Umständen verhindert werden muß, daß Roggen verfüttert wird, eine Gefahr, die angesichts des hohen Bedarfs an Futtermitteln, die zur Zeit teilweise weit über Mindestpreisen gehandelt werden, besonders groß erscheint.

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt hat sich trotz der in einzelnen Bereichen stagnierenden oder gar rückläufigen Industrieproduktion auch in den letzten Wochen recht günstig entwickelt und bestätigt damit die These, daß die Produktionsausfälle in der Hauptsache nur mit vorübergehenden Betriebseinschränkungen zusammenhängen. Beschäftigungsziffern liegen für die Zeit nach dem 30. Juni zwar noch nicht vor, aber die Arbeitslosigkeit ist seitdem abermals beachtlich zurückgegangen. Im Juli allein betrug die Abnahme 86 000 (gegen 130 000 im Juni) und für die erste August-Hälfte ist ein weiterer Rückgang um etwa 43 000 zu verzeichnen. Seit Mitte Februar ist die Zahl der Arbeitslosen damit um über 600 000 gesunken, so daß sie mit 1,4 Millionen nun nur noch um etwa 100 000 über dem Stand von Juli bis Oktober vorigen Jahres liegt und damit den größten Teil der in den Wintermonaten eingetretenen Zunahme wieder aufgeholt hat. In Bayern, Württemberg-Baden und Schleswig-Holstein ist die Arbeitslosigkeit bis



Mitte August d. J. sogar schon unter den entsprechenden Vorjahrsstand gesunken.

Die Beschäftigungsentwicklung war dabei zweifellos noch günstiger. Es ist nämlich mit Sicherheit anzunehmen, daß die Zahl der Erwerbspersonen auch in den letzten Monaten weiter gewachsen ist, wenngleich die Zuwanderung in diesem Jahr nicht mehr die gleiche Rolle zu spielen scheint wie im letzten. Außerdem ist die durchschnittliche Wochenarbeitszeit wahrscheinlich noch immer in einer leichten Ausdehnung begriffen. Bereits im März d. J. stellte sie sich in der Industrie auf 47,3 Stunden gegen nur 45,3 Stunden im ent-

sprechenden Vorjahrsmonat und inzwischen ist sie, wie Teilberichte erkennen lassen, sicher noch weiter gestiegen. Viele Betriebe befriedigen also ihren erhöhten Arbeitsbedarf zum Teil durch Verlängerung der Arbeitszeit und nicht durch Neueinstellungen, was freilich nicht etwa nur auf eine einseitige Begünstigung der vorhandenen Belegschaften, sondern auch auf technische Zwangsläufigkeiten und die Schwierigkeit, geeignete neue Arbeitskräfte zu finden und unterzubringen, zurückzuführen ist.

Im übrigen geht noch immer eine starke Umlenkung von Arbeitskräften von weniger

produktiven Beschäftigungen an produktivere Arbeitsplätze vor sich. So zeigten etwa die nunmehr vorliegenden Beschäftigungsziffern für die großen Wirtschaftsabteilungen nach dem Stande vom 30. Juni, daß gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Beschäftigten in Industrie und Handwerk um 461 000 gestiegen ist, während sie im öffentlichen Dienst um 61 000, in den häuslichen Diensten um 25 000 und in der Landwirtschaft, die teilweise mit Arbeitskräften noch immer übersetzt ist, um 130 000 zurückgegangen ist. Allerdings ist auch in Handel und Verkehr eine Zunahme um etwa 113 000 zu verzeichnen.

Preise und Löhne

Die Preise waren in den letzten Wochen, teils infolge der mit Wirkung vom 1. Juli 1950 ab erfolgten Erhöhung der Getreidepreise, teils infolge der durch den Korea-Konflikt geschaffenen Unruhe, etwas stärker im Fluß, aber, abgesehen von einzelnen Nahrungsmittelmärkten, hielten sich die Veränderungen, sowohl was ihre Zahl als auch ihre Stärke anbelangt, bisher in bemerkenswert engen Grenzen. Von einer allgemeinen Tendenz zur Erhöhung der Preise kann daher noch kaum die Rede sein. Vor allem sind im Sektor der industriellen Fertigwaren bisher nur ganz vereinzelt Preissteigerungen zu verzeichnen. In einigen Bereichen hat hier die Tendenz zur Preissenkung sogar bis in die neueste Zeit hinein angehalten. So fanden im Rahmen der Sommerschlußverkäufe u. a. auch für Textilien Preisherabsetzungen um 30 bis 40 vH statt, wengleich sich diese auf ausgesprochen modische Artikel und ältere Waren beschränkten. Es zeigt sich eben, daß das Angebot stark genug war, um der in den letzten Wochen in Erscheinung getretenen regeren Nachfrage in vollem Umfang zu genügen, da im allgemeinen genügend Vorräte und Produktionsreserven vorhanden sind und die Liquiditätsslage es den meisten Betrieben bisher nicht gestattet, übermäßige Warenbestände zurückzuhalten. Jedenfalls erweist sich nun, wie gut es war, daß die latenten Angebotsreserven bisher noch nicht in dem Umfang in Anspruch genommen waren, da die regere Nachfrage der letzten Wochen sofort zu Knappheitserscheinungen geführt hätte, die un-

ter den gegenwärtigen Umständen leicht hätten gefährlich werden können.

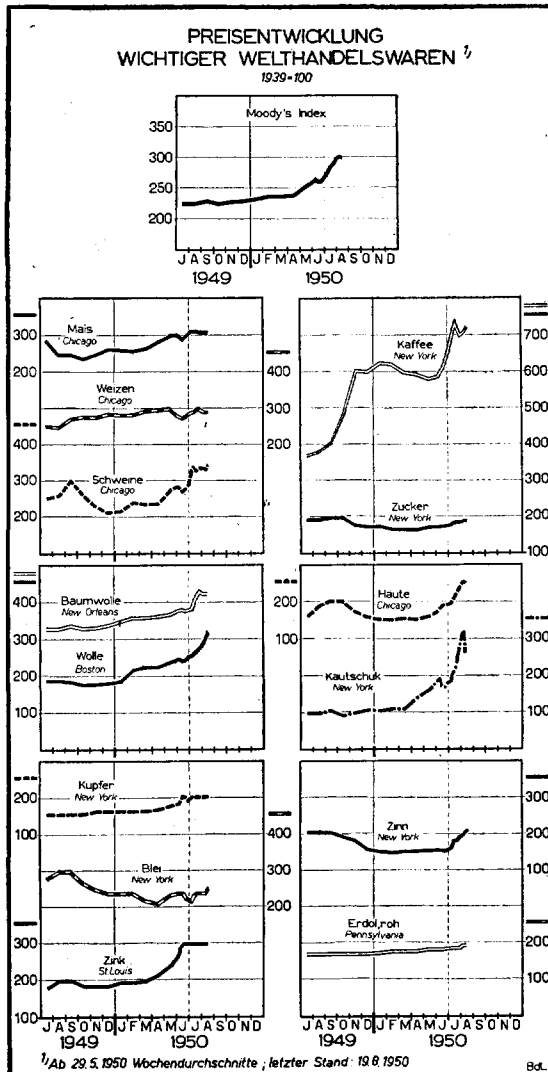
Die relative Stabilität der Fertigwarenpreise in Westdeutschland ist um so bemerkenswerter, als sich die Hausse auf den internationalen Rohstoffmärkten zumindest bis in die erste August-Dekade fortgesetzt hat und sich damit die Rohstoffkosten vieler Produkte erhöhen. Moody's Index der Rohstoffpreise, der sich auf mehrere hundert Preisnotierungen an den amerikanischen Warenbörsen stützt, ist von Mitte Juli bis Mitte August abermals um 4 vH gestiegen; er liegt damit um etwa 13 vH über dem Stand vor Ausbruch des Korea-Konflikts und um etwa 34 vH über seinem vorjährigen Tiefpunkt im Oktober. Im Mittelpunkt der Hausse stehen weiter die aus Südostasien kommenden Rohstoffe Kautschuk und Zinn, deren Preise sich seit Ende Juni um über 100 bzw. über 30 vH erhöht haben, aber auch Häute, Wolle und Baumwolle sind im Preise weiter beträchtlich gestiegen. Selbst die Zuckerpreise, die bis vor kurzem unter dem Druck der hohen kubanischen Vorräte standen, sind in den letzten Wochen um ungefähr 8 vH gestiegen, da von Seiten einiger Länder erhebliche Vorratskäufe getätigt wurden und eine Verringerung der südostasiatischen Zuckerausfuhren befürchtet wird. Ferner sind Kaffee und Weizen weiter im Preis gestiegen, wenn die Preissteigerungen hier auch — ebenso wie bei Zucker — bei weitem nicht an die Preiserhöhungen für solche Rohstoffe heranreichen, die von einer Rüstungskonjunktur wesentlich stärker

profitieren würden als Lebens- und Genußmittel. Nur wenig berührt worden von der Preishausse der letzten Wochen sind dagegen weiter Kupfer, Zink, Blei sowie Roheisen und Stahl, was, besonders bei den NE-Metallen, darauf zurückzuführen ist, daß hier die Preise durch feste Produzentenorganisationen kontrolliert werden, die

handelt, wie sie in einer Hausse schon aus markttechnischen Gründen von Zeit zu Zeit vorzukommen pflegen.

An den westdeutschen Rohstoffmärkten hat sich die internationale Preishausse nicht nur in einer Verteuerung wichtiger Einfuhrgüter ausgewirkt, sondern auch inländische Rohstoffe sind unter dem Einfluß der Weltmarktentwicklung teilweise gestiegen. So haben insbesondere inländische Wolle und Häute bei den Juli-Versteigerungen beträchtlich angezogen, nachdem sie in den Vormonaten, im Gegensatz zur Preisentwicklung an den Weltmärkten, eher eine leicht fallende Preistendenz aufgewiesen hatten. Hinzu kommt die mit Wirkung vom 1. Juli 1950 ab erfolgte Heraufsetzung der Preise für eine Reihe von Roheisensorten und für Gußeisen und die durch eine Verordnung des Bundeswirtschaftsministeriums vom 20. Juli 1950 verfügte Preiserhöhung für gewisse Kohlsorten um etwa 50 Dpf je t, durch die die Spanne zwischen Export- und Inlandspreisen für Kohle gemäß den Anfang Juli getroffenen Vereinbarungen weiter verringert werden soll. Der Index der industriellen Grundstoffpreise (1938 = 100) ist daher von 218 im Juni auf 222 im Juli gestiegen, nachdem er sich bereits von April bis Juni um vier Punkte erhöht hatte. Nur der anhaltenden Rationalisierung in der Industrie und dem Verzicht auf eine Übersteigerung der inneren Nachfrage ist es zu danken, wenn trotz dieser Tendenzen das Niveau der Fertigwarenpreise bisher im wesentlichen stabil gehalten und damit eine Schmälerung der Realkaufkraft breiter Volksschichten und eine Beeinträchtigung des Exports vermieden werden konnte.

Das bei Abschluß des letzten Berichts noch völlig im Fluß befindliche Problem der Regelung der Agrarpreise ist inzwischen einer Lösung näher gebracht worden, doch kann von einer definitiven Entscheidung, schon mit Rücksicht auf die nach wie vor ungewisse Entwicklung der Weltmarktpreise, auch heute noch nicht die Rede sein. Wichtig ist zunächst, daß Bundestag und Bundesrat die Erhöhung der inländischen Getreidepreise inzwischen sanktioniert haben, und zwar etwa in dem Umfang, den die Bundesregierung vorgeschlagen und durch entsprechende Festsetzung der Preise für die Abgaben aus der Bundesgetreidereserve ab



eine Ausnutzung der Marktlage vorläufig scheuen, zumal für einige Produkte, wie Kupfer und Zink, schon vor dem Ausbruch des Korea-Konflikts erhebliche Preiserhöhungen vorgenommen worden waren. Mitte August 1950 sind zwar auch auf einigen Märkten, auf denen bisher recht lebhaft Preissteigerungen zu verzeichnen waren — besonders auf dem Kautschukmarkt —, wieder gewisse Rückschläge eingetreten, aber es bleibt abzuwarten, ob es sich dabei nicht nur um vorübergehende Korrekturen

1. Juli 1950 praktisch bereits verwirklicht hatte. Die Preise werden sich danach im Durchschnitt des Erntejahres für Weizen auf etwa 320 DM (gegen bisher 260 DM) je t, für Roggen auf etwa 280 DM (gegen bisher 240 DM) je t und für Futtergetreide auf etwa 240 DM (gegen bisher 210 DM frei Verbraucherstation) je t stellen. Bei Futtergetreide ist die Preisfestsetzung des Bundestags und Bundesrats zwar um rd. 20 DM je t hinter dem Vorschlag der Bundesregierung zurückgeblieben, doch handelt es sich hierbei nur um einen Mindestpreis, da die Transportkosten und die Handelsspannen nach oben nicht begrenzt sind.

Allerdings ist auch mit der neuen Preisregelung das Subventionsproblem nicht aus der Welt geschafft worden, da die Entwicklung der Weltmarktpreise ganz anders verläuft als noch vor kurzem erwartet. Hätten sich die Weltmarktpreise, die seit Jahr und Tag unter dem Druck der wachsenden nordamerikanischen Getreidevorräte standen und deshalb langsam, aber ständig nachgaben, in den letzten Monaten in der gleichen Richtung weiter entwickelt, so hätten die neuen Getreidepreise wahrscheinlich schon jetzt oder doch zumindest in Kürze den Beschaffungskosten für Auslandsgetreide entsprochen. Infolge der seit Ausbruch des Korea-Konflikts eingetretenen Preissteigerungen reichen jedoch auch die neuen Inlandspreise nicht ganz an die Einfuhrpreise heran. Nach dem derzeitigen Stand der Preisrelationen und Bewegungskosten ist vielmehr bei Weizen ein Zuschuß von 40 bis 50 DM je t (je nachdem ob der Weizen innerhalb oder außerhalb des Internationalen Weizenabkommens bezogen wird), bei Roggen ein solcher von etwa 20 DM je t und bei Futtergetreide ein Betrag von 30 bis 50 DM je t erforderlich, um die Einfuhrpreise (einschließlich der Bewegungskosten) auf den Paritätsstand herabzuschleusen. Bei einem Getreide-Einfuhrbedarf von schätzungsweise 5 Mill. t für das laufende Wirtschaftsjahr würde sich also nach den gegenwärtigen Preisverhältnissen ein Subventionsbedarf in der Größenordnung von 170 bis 200 Mill. DM ergeben. Steigen die Weltmarktpreise weiter oder verteuern sich die Frachten, so würde dieser Betrag natürlich noch entsprechend wachsen. Zu berücksichtigen ist bei einer Schätzung des voraussichtlichen Subventionsbedarfs für das

laufende Wirtschaftsjahr aber auch noch, daß der seit dem 1. Juli 1950 in den Verbrauch fließende Weizen aus der Bundesgetreidereserve, soweit er aus der Einfuhr des letzten Jahres stammt, zu einem höheren Preise als dem jetzt maßgebenden Höchstpreis des IWA erworben wurde und demgemäß höhere Subventionsbeträge erfordert. Man kann annehmen, daß hierfür neben den oben erwähnten ~~150~~ Mill. DM noch etwa weitere 30 Mill. DM aufzubringen sein werden. Endlich ist in Betracht zu ziehen, daß zur Milderung der sozialen Auswirkungen der inländischen Getreidepreiserhöhung die Abgabe eines zu 80 vH aus Roggen- und zu 20 vH aus Weizenmehl hergestellten „Konsumbrots“ zum bisherigen Preis für Mischbrot (48 Dpf je kg) beschlossen wurde und zur Verbilligung der hierfür benötigten Mehlmengen ebenfalls ein gewisser Subventionsbetrag unentbehrlich sein wird.

Dabei sind die Getreidesubventionen nicht einmal die einzigen Einfuhrverbilligungsbeträge, mit denen für die Zukunft zu rechnen ist. So ist einmal beschlossen worden, im Interesse der landwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung an den bisherigen Preisen für Phosphatdüngemittel festzuhalten. Der hieraus sich ergebende Subventionsbedarf stellt sich auf 70 bis 80 Mill. DM jährlich. Außerdem ist nunmehr die Frage einer eventuellen Subventionierung der Zuckereinfuhr akut geworden. Während nämlich bisher die Einfuhrpreise sich ungefähr auf der Höhe der deutschen Inlandspreise gehalten hatten, sind sie seit dem Ausbruch des Korea-Konflikts eindeutig über die Inlandspreise gestiegen, so daß eine preismäßige Herabschleusung der Einfuhr unumgänglich ist, wenn die Inlandspreise nicht ebenfalls erhöht werden sollen. Es wird geschätzt, daß nach dem augenblicklichen Stand der Preise hierfür etwa 50 bis 60 Mill. DM im Jahr benötigt werden dürften.

Wie diese verschiedenen Subventionsbedürfnisse finanziell gedeckt werden sollen, ist vorläufig noch Gegenstand von Beratungen. Für die erste Zeit hat sich der Bundesfinanzminister bereit erklärt, die für das zweite Vierteljahr 1950 für Subventionszwecke etatisierten, aber nicht abgerufenen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Möglicherweise wird aber auch die Aufbringung weiterer Mittel den Bundeshaushalt bela-

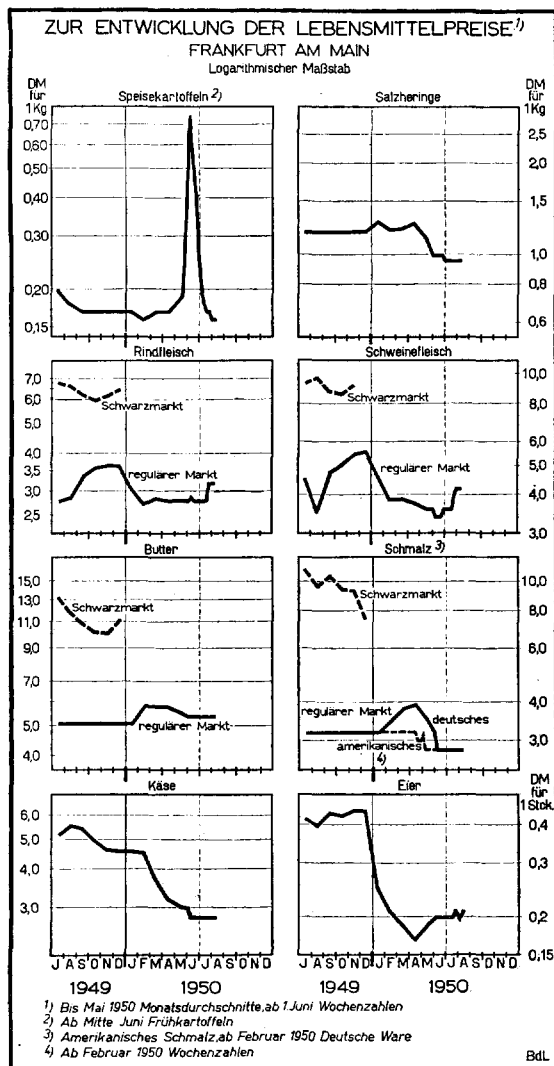
170 - 200

sten. Die Länder haben sich jedenfalls bisher außerstande erklärt, sich an ihr zu beteiligen, und der Rückgriff auf „Abschöpfungsbeiträge“ aus der Einfuhr von Lebensmitteln, die im Ausland billiger sind, wird im Gegensatz zum Vorjahr schon deshalb nicht wieder in Frage kommen, weil mit dem Ablauf des Importausgleichsgesetzes am 30. Juni 1950 die rechtliche Grundlage für ihre Erhebung fehlt, ganz abgesehen davon, daß mit dem Preisanstieg im Ausland ein derartiges Preisgefälle heute auf den wichtigsten Gebieten nicht mehr besteht. So ist insbesondere mit der Preissteigerung für ausländische Öle und Ölsaaten die Möglichkeit, auf die Einfuhr oder die Verarbeitung von ausländischen Fettrohstoffen eine Abgabe zu erheben oder Margarine und Speiseöle mit einer Verbrauchssteuer zu belegen, ohne den bisherigen Höchstpreis für Margarine zu gefährden, fortgefallen, ja es muß sogar damit gerechnet werden, daß die billigeren Margarinesorten, die in letzter Zeit teilweise nicht unbeträchtlich unter dem Höchstpreis abgegeben wurden, auf Grund der verteuerten Rohstoffeinfuhr wieder etwas im Preise steigen werden.

Die Brotpreise sind auf Grund der Erhöhung der inländischen Getreidepreise — abgesehen von dem aus besonderen Mehlsorten hergestellten „Konsumbrot“, das, wie erwähnt, weiter zum alten Mischbrotpreis abgegeben wird — in den letzten Wochen um etwa 4 Dpf je kg Roggenbrot und etwa 6 bis 8 Dpf je kg Weizenbrot gestiegen. Die Getreidepreiserhöhung hat sich also bei den bisher handelsüblichen Brotsorten ziemlich in vollem Umfang ausgewirkt. Auch hierin ist weitgehend ein Reflex der seit einiger Zeit zum Teil bestehenden Neigung zu Preiserhöhungen zu erblicken. Unter normaleren Umständen hätte die Konkurrenz der Müller und Bäcker wahrscheinlich zur Folge gehabt, daß die Verteuerung des Getreides zum großen Teil in den Verarbeitungsspannen aufgefangen worden wäre, da der Brotkonsum seit geraumer Zeit erheblich zurückgeht und die Betriebe infolgedessen abnehmende Umsätze verzeichnen. Die Unsicherheit, die die Preissteigerungen an den Weltmärkten hervorgerufen haben, hat jedoch den Durchbruch jener inneren Preisverbilligungstendenzen bisher verhindert. Immerhin ist die Belastung des Verbrauchers relativ bescheiden. Legt man die Erhöhung des Mischbrotpreises um

etwa 5 Dpf je kg zugrunde, so ergibt sich bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 10 kg je Kopf und Monat eine Mehrbelastung von rd. 50 Dpf je Monat, wozu noch Mehraufwendungen von ungefähr 18 Dpf für Nahrungsmittel (bei einem Durchschnittsverbrauch von etwa 3 Pfund im Monat) kommen. Aber auch dieser Mehrbelastung kann sich der Konsument weitgehend entziehen, indem er statt Weizenbrot mehr Roggenbrot als bisher verzehrt oder auf das „Konsumbrot“ ausweicht, das bisher allerdings nur wenig Anklang gefunden zu haben scheint.

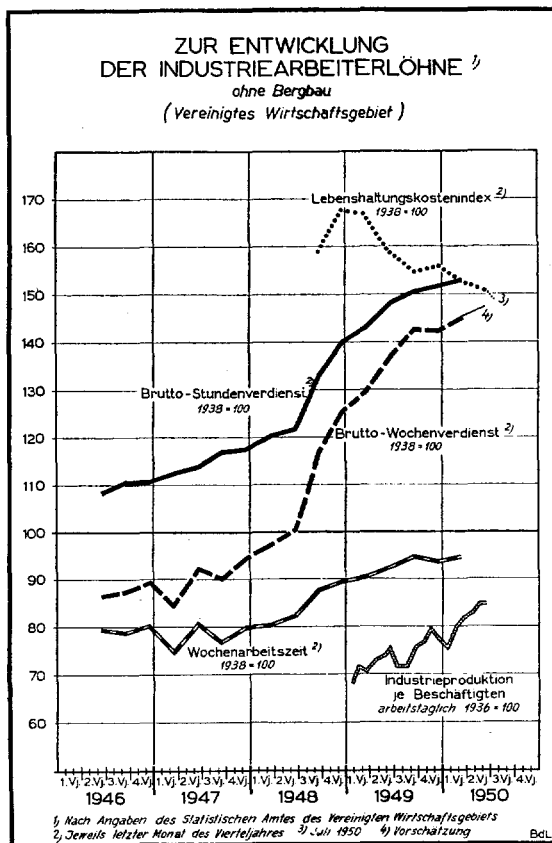
Neben den Preisen für Getreideerzeugnisse haben in den letzten Wochen jedoch auch einige andere Nahrungsmittelpreise nicht unbeträchtlich angezogen. Das gilt insbesondere für die Fleischpreise, wobei bezeichnenderweise die Einzelhandelspreise den Viehpreisen teilweise vorangingen. Eine ungefähre Vorstellung von der Entwicklung vermittelt das folgende Schaubild. Bei fast all diesen Preissteigerungen spielen spekulative Einflüsse, insbesondere Hortungskäufe von Seiten der Konsumenten, die entscheidende Rolle, denn ohne die spekulative Nachfrage gäbe die Marktlage bisher wohl in kaum einem Falle zu Preiserhöhungen Anlaß. Wie im Abschnitt über die landwirtschaftliche Produktion (S. 24 f.) dargelegt, sind die Schweine- und Rinderbestände in anhaltendem Anstieg begriffen. Mit der fortschreitenden Liberalisierung des Außenhandels ist überdies gerade auch auf dem Gebiete der tierischen Veredelungserzeugnisse mit einer eher wieder verstärkten Ergänzung der heimischen Versorgung durch Einfuhren zu rechnen. Wenn sich die Einfuhr von Futtermitteln nicht verringert und eine besondere Zurückhaltung der Exportländer oder verstärkte Käufe von Seiten anderer Einfuhrländer nicht einen wesentlichen Einfluß auf die Importe gewisser tierischer Veredelungserzeugnisse ausüben, ist also bestimmt ein Angebot zu erwarten, das auch mit einer stetig steigenden Nachfrage durchaus Schritt halten könnte. Die Preiserhöhungen entspringen also nur der Befürchtung, daß die Kontinuität der Entwicklung unterbrochen werden könnte. Daß das ungesund ist, liegt auf der Hand, und es wird deshalb auch von der Landwirtschaft nur gewünscht, daß die Verbraucher ihre Eindeckungen nicht über das normale Maß steigern. Selbstverständlich muß



ebenso mit allen Mitteln, besonders auch mit einer Knapphaltung des Kredits, für alle nicht behördlich angeordneten Einlagerungen dafür gesorgt werden, daß das Marktgleichgewicht auch nicht von Seiten der Produzenten oder des Handels gestört wird. Ein künstliches Hochtreiben der Preise könnte sich übrigens gerade für die Produzenten bitter rächen, weil dadurch der Einfuhrsog wesentlich verstärkt werden würde. Die Regierung hat jedenfalls angesichts der steigenden Nahrungsmittelpreise im In- und Ausland bereits beschlossen, beim Inkrafttreten der von der Alliierten Hochkommission nunmehr genehmigten Zollbegünstigungsliste am 1. September 1950 die für lebende Schweine und Rinder, Schweinefleisch und Schweineschmalz sowie Rindfleisch und Eier vorgesehenen Zölle vorübergehend auszusetzen, um den inneren Preis-

auftriebenden nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Ebenso wird durch umfangreichere Zuckereinfuhren versucht, die durch die Hortungstendenzen vorübergehend entstandene Zuckerknappheit nach Möglichkeit schon vor der nächsten Ernte zu mildern.

Die teilweisen Preiserhöhungen auf den Lebensmittelmärkten haben, obwohl sie auch im Juli den Rückgang der Lebenshaltungskosten nicht aufzuhalten vermochten, offenbar mit dazu beigetragen, daß in den letzten Wochen von den Gewerkschaften verstärkt Lohnforderungen angekündigt wurden. Nach der zum 31. Juli 1950 erfolgten Kündigung der Bauarbeitertarife im gesamten Bundesgebiet — die sicher in engem Zusammenhang mit der guten Baukonjunktur steht — sind neuerdings auch in zahlreichen anderen Wirtschaftszweigen die bisherigen Lohnsätze von Arbeitnehmerseite gekündigt worden. Es wird deshalb für die nächste Zeit mit umfassenden Bestrebungen zur Erhöhung der Löhne gerechnet. Wirft man einen Blick auf die Lohnstatistik, deren wichtigste Ergebnisse in dem folgenden Bild (S. 32) dargestellt sind, so zeigt sich allerdings, daß das Lohnniveau seit der Währungsreform eigentlich ständig gestiegen ist, und zwar auch in der Zeit als die Preise ziemlich stark zurückgingen, besonders wenn dabei auch die Schwarzmarktpreise in Betracht gezogen werden. Ende März 1950, dem letzten Termin, für den Angaben vorliegen, waren die durchschnittlichen Stundenverdienste der Industriearbeiter um rd. 25 vH, die durchschnittlichen Wochenverdienste um 44 vH höher als im Juni 1948. Der offizielle Lebenshaltungskostenindex war dagegen — trotz der ziemlich starken Steigerung im Winter 1948/49 — um 6 vH niedriger. Der hieraus berechneten Realkaufkraft nach waren die durchschnittlichen Wochenverdienste von Mitte 1948 bis März 1950 um etwa 50 vH gestiegen. Bis Juni hat sich diese Zunahme sicher fortgesetzt. Wie das Schaubild zeigt, dürfte sich damit im Vergleich zu 1938 die bisher noch bestehende Lohn-Preis-Schere nahezu vollständig geschlossen haben, wengleich das, allein schon wegen der höheren Steuern und Sozialabgaben, noch keineswegs bedeutet, daß die Arbeiter den Vorkriegs-Lebensstandard wieder erreicht haben. Die Produktivität der Arbeit (berechnet



als Quotient zwischen dem Index der Industrie-
produktion und der Zahl der in der Industrie

Beschäftigten) liegt dagegen im großen Durch-
schnitt noch um etwa 15 vH unter dem Stand
von 1936, obwohl ihre Erhöhung seit dem ver-
gangenen Herbst im allgemeinen stärker war als
die der Wochenverdienste. Wenn nunmehr die
Löhne stärker steigen würden, würde das natür-
lich verhindern, daß sich die Rationalisierungs-
fortschritte im gleichen Maß wie bisher, wenn
überhaupt noch, in einer Senkung der Preise
auswirken. Verbindet sich die Lohnsteigerung
mit einer weiteren Erhöhung der Rohstoffpreise,
so könnte sie sogar den Preisauftriebendenzen
zum Durchbruch verhelfen. Im Hinblick auf den
Exportzwang, unter dem Westdeutschland steht,
wäre das nicht ungefährlich, weil der Bund den
großen Vorsprung, den andere Länder in den
letzten Jahren auf den Weltmärkten erzielt
haben, nur aufholen kann, wenn es nicht nur
relativ prompt, sondern auch mindestens ebenso
billig wie andere, in ihrer Kapitalausrüstung
besser dastehende Länder liefert. Vor allem im
Interesse des Exports und der gerade durch ihn
so wirksam gesteigerten Beschäftigung darf da-
her durch die Preisentwicklung der Arbeiter-
schaft kein Anlaß gegeben werden, durch ab-
rupte Lohnforderungen die bisherige stetige
Linie der Erhöhung des Lohnniveaus zu ver-
lassen.

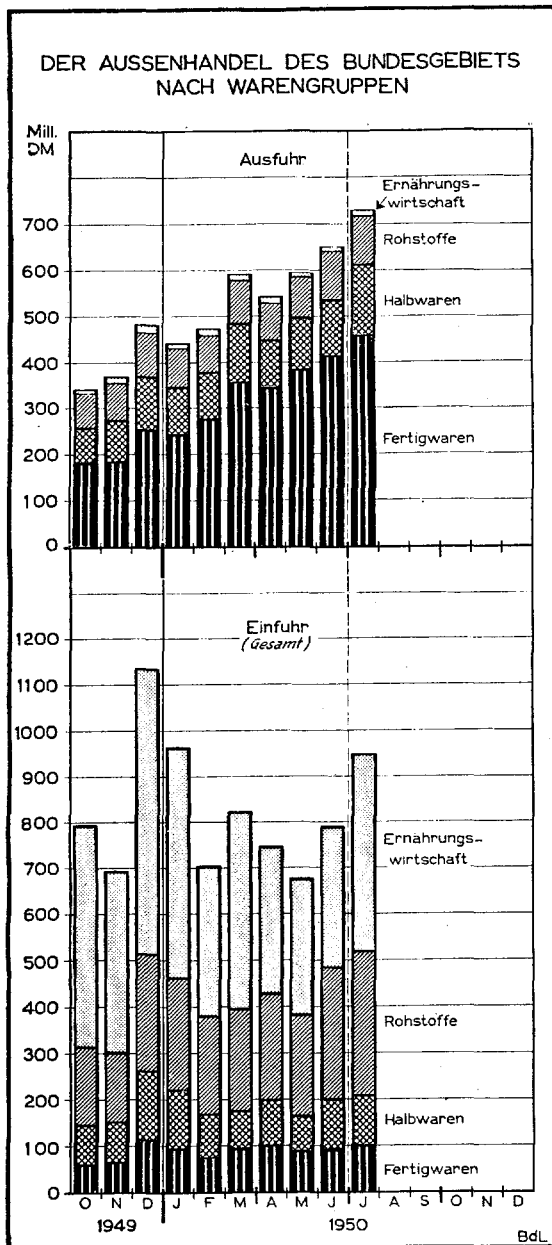
Außenwirtschaft

Der seit Beginn dieses Jahres in Gang befind-
liche starke Anstieg der A u s f u h r hat sich in
den letzten Monaten fortgesetzt. Im Juni 1950
war die Ausfuhr mit 652 Mill. DM um 57 Mill.
DM höher als im Mai, und im Juli war wiederum
eine Zunahme um 78 Mill. DM auf 730 Mill.
DM zu verzeichnen. Gegenüber dem Stande von
Oktober bis November 1949 haben sich damit
die Exportziffern mehr als verdoppelt. Gegen-
über dem Stande von 1936 bleiben sie allerdings
nach Ausschaltung der Preisveränderungen noch
immer um 5 bis 10 vH zurück, was gesamtwirt-
schaftlich um so schwerer wiegt, als gleichzeitig
die Bevölkerung des heutigen Bundesgebiets
und Westberlins um 23 vH gewachsen ist.

Hauptstützen des Ausfuhrschwungs waren
bisher die Eisen- und Stahlindustrie, der Maschi-
nenbau, der Fahrzeugbau und die sonstige me-

tallverarbeitende Industrie. Der Anteil dieser
Industriezweige am Gesamtexport hat seit Ende
des vorigen Jahres nahezu im gleichen Umfang
zugenommen, wie der Anteil der Kohlen- und
Koksexporte abgenommen hat, d. h. er ist von
44 vH im vierten Vierteljahr 1949 auf 51 vH im
zweiten Vierteljahr 1950 gestiegen. Dagegen
haben sich die Ausfuhrleistungen der übrigen
Industrien in der Regel ungefähr im gleichen
Maß erhöht wie die Gesamtausfuhr. Im Juni und
Juli ist im industriellen Export die Ausfuhr von
Rohstoffen und Halbwaren wieder stärker in den
Vordergrund getreten, obwohl auch die Fertig-
warenausfuhr besonders im Juli noch gewachsen
ist. Das hängt einmal damit zusammen, daß die
Preise für Rohstoffe und Halbwaren gestiegen
sind und die Ausfuhrerlöse hier deshalb stärker
zunahmen als die Ausfuhrmengen, erklärt sich

zum Teil aber auch aus den besonders günstigen Absatzchancen, die zur Zeit für einzelne Rohstoffe bestehen. Um durch übermäßige Ausfuhr von Rohstoffen nicht die Versorgung der einheimischen eisen- und stahlverarbeitenden Industrie und deren eigene Exportentwicklung zu gefährden, hat die Regierung, wie bereits in anderem Zusammenhang erwähnt, die Eisen- und Stahlindustrie aufgefordert, der Nachfrage von Seiten der einheimischen verarbeitenden Industrie eine gewisse Priorität vor dem Export einzuräumen.



Noch bemerkenswerter als die anhaltende Zunahme der Ausfuhr ist jedoch, daß in den letzten beiden Monaten auch die *E i n f u h r* wieder beträchtlich gestiegen ist. Im Juni betrug sie 791 Mill. DM gegen 678 Mill. DM im Mai, und im Juli hat sie sich um weitere 158 Mill. DM erhöht. Sie hat damit den Monatsdurchschnitt des vierten Vierteljahrs 1949 bereits wieder übertroffen, wenn sie auch mit 949 Mill. DM noch immer unter ihrem bisherigen Höchststand von Dezember 1949 (1 137 Mill. DM) liegt. Zugenommen haben im Juni vor allem die gewerblichen Importe, während die Agrareinfuhren im Juli zum ersten Mal seit geraumer Zeit wieder beträchtlich gestiegen sind. Ein erheblicher Teil der Zunahme hängt mit den Preiserhöhungen für wichtige Rohstoffe und Nahrungsmittel zusammen. Im Juni erklärte sich z. B. die Erhöhung der Rohstoffeinfuhren um 66 Mill. DM zu etwa einem Viertel aus Preissteigerungen. Das ist nicht nur ein interessantes Symptom für die in Gang befindliche Verschlechterung der „terms of trade“ zwischen Westdeutschland und dem Weltmarkt, sondern ist auch vom prognostischen Standpunkt beachtlich. Mengenmäßig waren nämlich die Einfuhren in den Monaten April und Mai auf einen Stand gesunken, der dem Zuschußbedarf an Nahrungsmitteln und dem Rohstoffbedarf der in einem starken Produktionsaufschwung befindlichen Industrie kaum mehr entsprach. Soweit die Erhöhung der Einfuhrwerte der letzten beiden Monate nur preisbedingt war, hat sie nun nichts dazu beigetragen, jenen Mehrbedarf an Rohstoffen zu decken. Es ist also mit einem weiteren starken Einfuhrbedarf allein im Bereich der Rohstoffe und Halbwaren zu rechnen, wozu dann in den nächsten Monaten noch der saisonmäßige Anstieg der bis Juni relativ niedrigen Agrareinfuhren kommen wird.

Infolge des über die Exporterhöhung hinausgehenden Einfuhranstiegs hat sich der *P a s s i v*-saldo der westdeutschen Handelsbilanz nach einem ständigen Rückgang seit Februar 1950 in den letzten beiden Monaten wieder erhöht. Im Juni stellte er sich auf fast 139 Mill. DM (gegen 83 Mill. DM im Mai), im Juli auf 218 Mill. DM. Die Verschlechterung beruht zwar in erster Linie auf der Wiedezunahme der devisenmäßig ge-

Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland
in Mill. DM

Warengruppen	1949			1950						
	Okt.	Nov.	Dez.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
I. Ausfuhr, gesamt	342,2	370,2	485,4	442,8	473,7	590,5	542,1	594,9	651,9	730,2
davon:										
Ernährungswirtschaft	9,0	15,9	17,3	9,4	11,6	11,8	13,4	8,3	8,5	10,2
Gewerbliche Wirtschaft	333,2	354,3	468,1	433,4	462,1	578,7	528,7	586,6	643,4	720,0
davon:										
Rohstoffe	73,4	78,9	96,8	84,6	80,6	91,9	78,9	87,7	105,8	108,4
Halbwaren	76,9	90,2	115,8	104,9	103,1	127,4	104,9	111,4	125,0	151,4
Fertigwaren	182,9	185,2	255,5	243,9	278,4	359,4	344,9	387,5	412,6	460,2
II. Einfuhr, gesamt	796,5	694,1	1 136,7	966,6	708,3	822,6	747,5	678,2	790,5	948,5
davon:										
Ernährungswirtschaft	478,6	388,3	617,0	503,3	324,3	423,6	317,1	291,4	302,8	427,2
Gewerbliche Wirtschaft	317,9	305,8	519,7	463,3	384,0	399,0	430,4	386,8	487,7	521,3
davon:										
Rohstoffe	171,4	153,9	254,5	240,8	214,0	220,4	230,7	220,0	286,0	311,3
Halbwaren	85,8	85,8	150,8	125,0	90,6	82,2	98,0	76,5	105,6	107,9
Fertigwaren	60,7	66,1	114,4	97,5	79,4	96,4	101,7	90,3	96,1	102,1
III. Saldo, gesamt ¹⁾	- 454,3	- 323,9	- 651,3	- 523,8	- 234,5	- 232,1	- 205,4	- 83,3	- 138,6	- 218,3
IV. Einfuhren auf Grund von Auslandshilfe ²⁾	378,7	243,4	352,5	241,9	142,9	155,0	140,1	135,9	162,6	250,9
V. Einfuhren gegen Devisen	417,8	450,7	784,2	724,7	565,4	667,6	607,4	542,3	627,9	697,6
VI. Saldo des „kommerziellen“ Außenhandels ¹⁾²⁾	- 75,6	- 80,5	- 298,8	- 281,9	- 91,7	- 77,1	- 65,3	+ 52,6	+ 24,0	+ 32,6

¹⁾ Einfuhrüberschuß = —, Ausfuhrüberschuß = +. — ²⁾ Gegenüber früheren Veröffentlichungen teilweise revidiert. — *) Überschuß der Einfuhr gegen Devisen über die Ausfuhr.

stundeten Einfuhr und ist insofern devisenpolitisch irrelevant, aber auch im kommerziellen Außenhandel ist die Handelsbilanz wieder ungünstiger geworden, da sich der — zum ersten Mal seit längerer Zeit im Mai wieder erreichte — Aktivsaldo von 53 Mill. DM im Mai auf 24 Mill. DM im Juni und 33 Mill. DM im Juli vermindert hat. Die Handelsbilanz mit den ERP-Ländern allein bildete dabei zwar im Juni eine Ausnahme. Im Juli ist jedoch der Aktivsaldo hier wieder fast verschwunden. Die Abnahme des Gesamtsaldos ergab sich also hauptsächlich im Verkehr mit den überseeischen Ländern, was u. a. damit zusammenhängt, daß sich die von dort bezogenen Rohstoffe und Nahrungsmittel nicht unerheblich verteuert haben.

Das Absinken des Ausfuhrüberschusses im kommerziellen Außenhandel hat wesentlich dazu beigetragen, daß auch die günstige Entwicklung, die die internationale Zahlungssituation der Bundesrepublik bis zum Juni aufgewiesen hatte, in der Folgezeit unterbrochen wurde. Die Deviseneingänge sind zwar infolge der zunehmenden Exporte auch in den letzten Wochen noch gewachsen, aber die Steigerung reichte nicht aus, um die gleichzeitige Erhöhung der

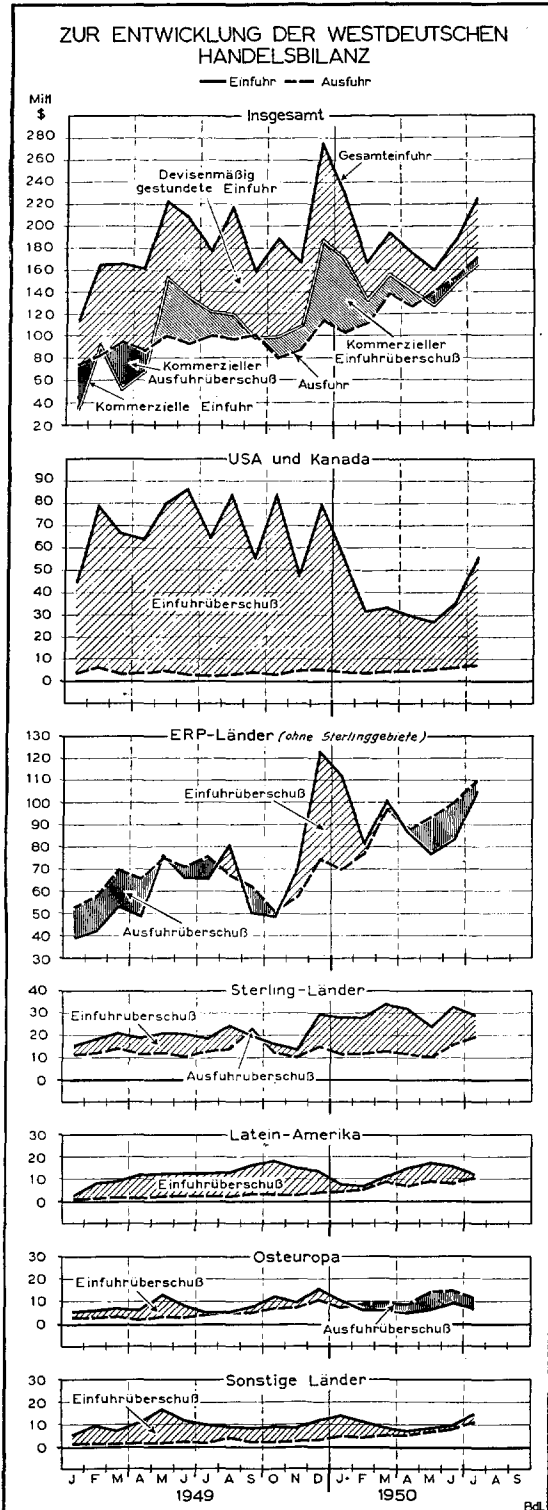
Devisenausgänge wettzumachen, so daß sich die Devisenposition seit Ende Juni wieder etwas verschlechtert hat.

Diese Entwicklung kam keineswegs überraschend. In den letzten Monatsberichten ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Verbesserung, die die westdeutsche Zahlungsbilanz seit Beginn des Jahres aufgewiesen hatte, in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden dürfe, da sie teilweise auf nur vorübergehenden Einflüssen beruhe und bis zu einem gewissen Grade der Entwicklung der Handelsbilanz sogar vorangeeilt sei. Tatsächlich sind nun die erwarteten Rückschläge eingetreten. Neben dem bereits geschilderten Anstieg der Einfuhr, der sich auf der Passivseite der Devisenbilanz übrigens viel rascher niederschlägt als im allgemeinen die Zunahme der Ausfuhr auf der Aktivseite, ist hier vor allem die Wirkung gewisser Exportvorauszahlungen zu nennen. In den letzten Monaten hatten bekanntlich einzelne Teilnehmerländer am Marshallplan in nicht unbedeutendem Umfang Vorauszahlungen auf ihre künftigen Einfuhren aus Westdeutschland geleistet, um infolge der damit verbundenen Passivierung ihres Kontenstandes bis zum Ablauf

des zweiten Marshallplan-Jahres noch die ihnen zugesprochenen Ziehungsrechte gegenüber der Bundesrepublik ausnutzen zu können. Die Deviseneingänge Deutschlands hatten sich damit, unabhängig von der faktischen Ausfuhr, erheb-

lich erhöht. Nach dem Ende des zweiten Marshallplan-Jahres, also ab Juli, haben jedoch diese Vorauszahlungen wesentlich nachgelassen, ja in der ersten Augustdekade waren die Exporte gegen früher geleistete Vorauszahlungen sogar bereits höher als die neuen Vorauszahlungen. Die Bundesrepublik muß also nun in nennenswertem Umfang Exporte tätigen, für die Devisenerlöse nicht mehr zu erwarten sind. Insgesamt hatten die Vorauszahlungen bis Ende Juli 1950 etwa 250 Mill. DM betragen. Das ist im Vergleich zur derzeitig nahezu 500 Mill. DM pro Monat ausmachenden Gesamtausfuhr Westdeutschlands nach den Marshallplan-Ländern nicht wenig, selbst wenn man in Betracht zieht, daß sich der Abbau dieses Betrages voraussichtlich über einen längeren Zeitraum erstrecken wird.

Endlich rührt die neuerliche Verschlechterung der Devisenposition bis zu einem gewissen Grade daher, daß die Bundesrepublik bei der im Juli für den Monat Juni durchgeführten Baseler Kompensation im Rahmen des Europa-Clearing — der letzten, die nach dem bisherigen Verrechnungsschema durchgeführt wurde, da sich in Zukunft die Verrechnungen über die Europäische Zahlungs-Union abspielen werden — Ziehungsrechte in Höhe von 14,3 Mill. \$ zu gewähren hatte, selber aber keine Ziehungsrechte mehr ausüben konnte, da sie die ihr zugeteilten Ziehungsrechte bereits im Mai erschöpft hatte und Anträge auf die Einräumung weiterer bilateraler Ziehungsrechte zum Ausgleich der gegen einzelne Partnerländer bestehenden Verschuldung nicht zum Ziele geführt haben. Für das gesamte zweite Marshallplan-Jahr hat Westdeutschland damit Ziehungsrechte an andere Länder in Höhe von 121,2 Mill. \$ abgegeben und selbst solche in Höhe von 72 Mill. \$ in Anspruch genommen, wovon der überwiegende Teil noch aus dem ersten Marshallplan-Jahr stammte. Für die Bundesrepublik ist damit der Sinn der Ziehungsrechte eigentlich in sein Gegenteil verkehrt worden. An sich sollte nämlich die Institution der Ziehungsrechte dazu dienen, die Defizite im Europahandel auszugleichen, wie es bei einer Reihe von Ländern auch tatsächlich geschehen ist. Für Westdeutschland aber ist das Jahresdefizit in Höhe von 146,9 Mill. \$, das es im intereuropäischen Zahlungsverkehr an Stelle des bei der



Aufstellung des Zahlungsplanes für 1949/50 erwarteten Überschusses in Höhe von 73,8 Mill. \$ aufwies, durch den Saldo zwischen gegebenen und empfangenen Ziehungsrechten, statt vermindert zu werden, noch um 48,9 Mill. \$ auf insgesamt 195,8 Mill. \$ vergrößert worden.

Aber auch in bezug auf die weitere Entwicklung sind die Zahlungsbilanzaussichten der Bundesrepublik keineswegs günstig, wenn nicht die bestehende Exportchance mit aller Energie genutzt und jede inflatorische Verstärkung des Einfuhrbedarfs vermieden wird. Wie an dieser Stelle schon wiederholt ausgeführt, sind einmal die künftigen Ausfuhrerlöse — ganz abgesehen davon, daß ein Teil der in nächster Zeit zu tätigen Exporte durch die oben erwähnten Vorauszahlungen bereits bezahlt ist und die betreffenden Einnahmen schon verbraucht wurden — durch die relativ hohen Rückzahlungsverpflichtungen auf die im vergangenen Marshallplan-Jahr aufgelaufenen Außenhandelsschulden belastet. Zwar ist es teilweise gelungen, die Abdeckung dieser Schulden auf einen längeren Zeitraum zu verteilen, aber die Anerkennung der Tatsache, daß die betreffenden Verpflichtungen weitgehend durch Vorleistungen bei der Liberalisierung entstanden sind, ist Westdeutschland versagt geblieben: die beantragte „initial position“, d. h. ein aus ECA-Mitteln finanziertes Anfangsguthaben, das die Abdeckung der alten Schulden erleichtert hätte, wurde der Bundesrepublik nicht zugestanden.

Von besonderer Bedeutung ist ferner, daß Westdeutschland im laufenden Marshallplan-Jahr voraussichtlich erheblich weniger an Auslandshilfe erhalten wird als noch im letzten, so daß es einen wesentlich größeren Teil seines Einfuhrbedarfs mit Devisen bestreiten muß. Für das Jahr 1949/50 war eine GARIOA- und ERP-Hilfe in Höhe von 730,8 Mill. \$ brutto und, nach Abzug der von Deutschland zu gewährenden Ziehungsrechte, von 566,9 Mill. \$ netto vorgesehen. Durch verschiedene Änderungen, über die die folgende Tabelle Aufschluß gibt, ist der Brutto-Betrag dann praktisch auf 687,5 Mill. \$ vermindert, aber der Netto-Betrag auf 638,3 Mill. \$ erhöht worden. Demgegenüber ist für das laufende Jahr gemäß den geplanten Zuteilungen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß ein Teil der gesamten Mar-

Die GARIOA- und ERP-Hilfe für Westdeutschland
(einschl. Westberlin) im zweiten Marshallplan-Jahr
in Mill. \$

Plan und Änderungen	Brutto-Hilfe	Empfang von Ziehungsrechten	Gewährung von Ziehungsrechten	Netto-Hilfe
Vorgesehener Umfang zu Beginn des Jahres	730,8		163,9	566,9
Veränderungen:				
Kürzung der Mittel für Agrateinfuhren	- 35,0			- 35,0
Verfall von conditional aid durch die Nichtausnutzung von Ziehungsrechten	- 22,0		- 22,0	
Zuteilung von Ziehungsrechten an andere Teilnehmerländer	+ 13,7		+ 13,7	
Zuteilung von Ziehungsrechten an die Bundesrepublik		+ 12,0		+ 12,0
Übertragung von Ziehungsrechten aus dem Vorjahr		+ 60,0		+ 60,0
Umwandlung von conditional aid in direkte Hilfe nach Löschung von Ziehungsrechten			- 34,4	+ 34,4
Veränderungen insgesamt	- 43,3	+ 72,0	- 41,7	+ 71,4
Ergebnis	687,5	72,0	121,2	638,3

shallplan-Hilfe für Europa für die EZÜ und Sonderhilfen außerhalb der EZU abgezweigt werden soll, nur mit einem um etwa ein Drittel niedrigeren Betrag zu rechnen. Auch der durch Lieferrückstände entstandene „Überhang“ aus der Hilfe der beiden ersten Marshallplan-Jahre im Umfang von rd. 275 Mill. \$ wird den Spielraum voraussichtlich nicht wesentlich erweitern. Derartige Überhänge sind nämlich — wie auch die Erfahrungen anderer Teilnehmerländer zeigen — bis zu einem gewissen Grade zwangsläufig mit der Planung und Abwicklung der Hilfslieferungen verbunden, und es ist in Anbetracht der Verknappungserscheinungen an den Weltmärkten auch kaum wahrscheinlich, daß sich hieran in absehbarer Zeit etwas ändern wird. Würden aus der Auslandshilfe aber nur rund 400 bis 450 Mill. \$ zur Verfügung stehen, so würden damit nur etwa 15 vH des Umfanges finanziert werden können, den die Einfuhr, auf Jahresrate umgerechnet, bereits im Juli 1950 erreicht hatte, während im vergangenen Marshallplan-Jahr immerhin noch rd. 30 vH der Gesamteinfuhr auf GARIOA- und ERP-Lieferungen entfielen.

Auch die Kreditmöglichkeiten bei der EZU dürfen nicht überschätzt werden. Im ersten Monat ihres Bestehens hat Westdeutschland gegenüber der EZU einen nicht unerheblichen Debitsaldo aufgewiesen. Würde diese Entwicklung anhalten, so wäre in verhältnismäßig kurzer Zeit die erste (64 Mill. \$ betragende) Tranche der westdeutschen EZU-Quote ausgenutzt. Weitere Defizite hätten dann zwangsläufig zur Folge, daß zugleich mit der Kreditnahme Gold- oder Dollarzahlungen geleistet werden müssen, die sich Westdeutschland mit Rücksicht auf seine überaus knappen Reserven an freien Dollars nur schwer leisten könnte, ohne seine mit der Auslandshilfe vielleicht ohnehin sinkenden Einkaufsmöglichkeiten im Dollarraum noch weiter zu reduzieren.

Auf der anderen Seite jedoch ist die Einfuhr nun wieder deutlich im Anstieg begriffen. Einmal waren die Importe in den letzten Monaten, wie hier verschiedentlich dargelegt, relativ niedrig, so daß wahrscheinlich schon bei nahezu unverändertem Produktionsstand eine gewisse Zunahme eingetreten wäre. Der starke Produktionsanstieg verstärkt diese Tendenz natürlich noch erheblich. Hinzu werden in Kürze die Wirkungen weiterer Liberalisierungsmaßnahmen kommen. Die unilaterale Freiliste ist bereits um eine Reihe weiterer Waren verlängert und durch Aufhebung der im Verkehr mit einigen Ländern bisher noch bestehenden Devisenplafonds in ihrer regionalen Geltung erweitert worden. Dabei hat die Erteilung von Importlizenzen im liberalisierten Einfuhrverfahren bereits seit Monaten zugenommen.

Einfuhrbewilligungen im liberalisierten Einfuhrverfahren
in Mill. \$

Dekadendurchschnitt			Dekaden			
Mai	Juni	Juli	1.-10.7.	11.-20.7.	21.-31.7.	1.-10.8.
42,0	57,1	82,8	60,4	88,6	99,3	104,2

Die ganze Entwicklung wird neuerdings überdies noch durch den starken Preisanstieg an den

Weltmärkten akzentuiert. Denn einmal sind die Importeure begreiflicherweise bestrebt, den erwarteten weiteren Preiserhöhungen durch möglichst hohe Voreindeckungen zu entgehen, und zum anderen treiben die höheren Preise, wie wir oben sahen, schon seit geraumer Zeit die Einfuhrwerte beträchtlich in die Höhe. Allein schon auf Grund der Preisentwicklung ist also mit wesentlich höheren Einfuhren als bisher zu rechnen.

Es wird demnach weiterhin einer erheblichen Exportausdehnung bedürfen, um lediglich dem wachsenden Einfuhrbedarf zu genügen und erst recht, um die Abdeckung der alten Verpflichtungen zu ermöglichen oder gar die Devisenreserven der Bundesrepublik zu erhöhen, deren völlig unzureichender Stand sich gerade in diesen Monaten als ein schweres Handicap der gesamten westdeutschen Wirtschaftspolitik erweist. Nun kann es zwar als sicher gelten, daß die gleichen Faktoren, die durch ihre Wirkung auf die Weltmarktpreise wichtiger Rohstoffe und die damit verbundene Verteuerung der Einfuhr den deutschen Außenhandel zunächst überwiegend ungünstig beeinflussen, auf die Dauer auch dem Export ein weiteres Feld eröffnen werden. Aber damit diese Chancen auch wirklich in dem Maße ausgenutzt werden, das im Interesse der Beschäftigungspolitik, des Zahlungsbilanzausgleichs und der Erhöhung der devisenpolitischen Freiheit der Bundesrepublik unerlässlich ist, muß durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik — in der wieder nach übereinstimmender Ansicht der Bundesregierung und der Bank deutscher Länder der Kreditpolitik eine besondere Verantwortung zufällt — dafür gesorgt werden, daß die westdeutsche Industrie weiter in starkem Maße am Export interessiert bleibt und in Bezug auf Preise, Lieferfristen, Zahlungsbedingungen und Warensortimente konkurrenzfähig ist. In vielen Fällen gilt es dabei freilich noch immer, den Vorsprung anderer Länder erst einmal aufzuholen.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Zentralbankausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	40
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	42
3. Zahlungsmittelumlauf	43
4. Monatsausweise der Landeszentralbanken	44
II. Mindestreservenstatistik	
1. Reserveguthaben der Geldinstitute, aufgegliedert nach Bankengruppen	46
2. Mindestreservesätze	46
*) III. Halbmonatliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	
Kreditvolumen und Einlagen	47
*) IV. Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	
1. Geschäftsbanken	48
a) Zwischenausweise	48
zusammengefaßt nach:	
Bundesgebiet	48
Länder	50
Bankengruppen	58
b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit	62
c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr	64
2. Postscheckämter und Postsparkasse	65
Einlagen und Vermögenswerte	65
3. Bausparkassen	66
Einlagen, aufgenommene Gelder und Vermögenswerte	66
V. Kreditvolumen	
1. Kurzfristige Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems	67
2. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken	68
zusammengefaßt nach:	
a) Bundesgebiet	68
b) Länder	70
c) Bankengruppen	74
3. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Finanzierungs-AG.	76
4. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen (Geschäftsbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Finanzierungs-AG.)	76
VI. Geldvolumen	
Entwicklung und Struktur des Geldvolumens	77
VII. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	
1. Zinskonditionen	78
2. Festverzinsliche Wertpapiere (Durchschnittskurse und Indizes)	82
3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	82
4. Wechselproteste	83
VIII. Öffentliche Finanzen	
Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern, Monopolabgaben und Zöllen	83
IX. Außenhandel	
1. Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets bzw. Bundesgebiets nach Warengruppen	84
2. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	86
X. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	88
2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	89
3. Eisen- und Stahlerzeugung	89
4. Arbeitsmarkt	89
5. Verkehr	90
6. Indexziffer der Grundstoffpreise	91
7. Indexziffer der Lebenshaltungskosten	91
XI. Internationale Übersichten	
1. Wechselkurse in US-Cents	92
2. Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder	94
3. Moody's Index für USA-Rohstoffpreise	94
4. Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren	95

*) Die bankstatistischen Erhebungen der Bank deutscher Länder sind ab Juni in mancher Hinsicht umgestaltet worden. An die Stelle der früheren wöchentlichen Repräsentativ-Statistik (für die 112 Geldinstitute berichtet hatten) ist eine halbmonatliche Statistik getreten, für die 480 Geldinstitute berichten. Die monatliche Bankenstatistik wurde zu einem Zwischenausweis erweitert. Die Einzelheiten dieser Umgestaltungen können aus Erläuterungen ersehen werden, die den Empfängern der „Monatsberichte“ auf Wunsch von der Bank deutscher Länder zugesandt werden.

I. Zentralbank-

1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher

in

Datum	Aktiva								
	Guthaben in ausländischer Währung ^{*)}	Sorten, ausländ. Wechsel und Schecks ²⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Postscheck-Guthaben	Inlandswechsel	Schatzwechsel	Deutsche Scheidemünzen	Lombardforderungen	
								insgesamt	darunter gegen Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1949 31. Dezember	833,9	(11,7)	(755,2)	33,4	(3 225,7)	233,7	Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand des Zentralbanksystems befindlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 1950 aktiviert.	357,6	302,3
1950 31. Januar	724,6	(13,1)	(913,3)	32,3	(3 246,3)	235,1		305,3	275,5
28. Februar	642,5	(14,4)	(528,5)	29,1	(3 231,0)	246,6		384,2	354,1
31. März	657,6	(16,0)	(519,5)	28,5	(3 310,0)	228,3		258,8	241,4
30. April	803,4	(17,6)	(482,9)	25,1	(3 171,9)	214,7		254,8	224,9
31. Mai	892,7	(19,6)	(417,6)	30,9	(3 007,5)	198,5		286,4	257,2
Im Juni 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Die nicht mehr vergleichbaren Zahlenreihen									
30. Juni	1 161,5	55,7	20,9	28,7	2 874,2	218,3	.	431,3	252,5
31. Juli	1 317,8	53,7	19,6	27,8	2 776,1	179,7	21,7	240,9	231,2
Datum	Passiva								
	Zahlungsmittel-umlauf	Einlagen							
		insgesamt	von Spalte 22 entfallen						
			Kreditinstitute (einschl. Postscheck- u. Postsparkassenämter)	öffentlich-rechtlichen Körperschaften					
ab 31. 7. 50 nur Banknoten-umlauf	(Spalte 23, 24, 29 und 30)	insgesamt		insgesamt	Hohe Kommissare und sonstige alliierte Dienststellen	Bund und Länder	Gemeinden und Gemeindeverbände	sonstige öffentl. Körperschaften	
21	22	23	24	25	26	27	28		
1949 31. Dezember	(7 737,5)	(2 480,2)	1 268,5	(1 000,5)	(462,2)	(173,0)	11,4	353,9	
1950 31. Januar	(7 609,7)	(2 695,9)	1 013,0	(1 142,5)	(466,1)	(291,1)	12,3	373,0	
28. Februar	(7 689,8)	(2 682,6)	956,9	(1 293,4)	(468,6)	(386,2)	12,0	426,6	
31. März	(7 828,3)	(2 347,0)	866,8	(1 140,8)	(438,3)	(246,9)	14,2	441,4	
30. April	(7 981,1)	(2 575,2)	961,8	(1 199,0)	(447,5)	(343,7)	17,9	389,9	
31. Mai	(7 936,4)	(2 719,1)	1 087,0	(1 169,3)	(445,3)	(220,2)	12,4	491,4	
Im Juni 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Die nicht mehr vergleichbaren Zahlenreihen									
30. Juni	(8 160,0)	4 248,6	1 014,3	2 854,8	1 194,3	1 294,9	13,7	351,9	
31. Juli	8 100,8	4 076,7	1 036,4	2 502,0	964,9	1 119,7	9,9	407,5	

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. Bank deutscher Länder, Januar 1949. — 2) Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — 3) Sowohl Rücklagen als auch Rückstellungen der Bank deutscher Länder in den „Sonstigen Passiven“ enthalten.

Ausweise

Länder und der Landeszentralbanken +) 1)

Mill. DM

Aktiva										
Vorschüsse und kurzfristige Kredite					Wertpapiere		Be- teiligungen an der BdL	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Ver- mögens- werte
insgesamt	davon an				insgesamt	darunter angekaufte Ausgleichs- forderungen gegen die öffentliche Hand		insgesamt	darunter Ausgleichs- forderungen gegen die öffentliche Hand	
	Bund und Bundes- ver- waltungen	Länder	sonstige öffentliche Stellen	Besatzungs- mächte						
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
148,3	—	86,5	61,5	0,3	228,4	228,1	100,0	8 129,7	7 490,5	230,8
84,9	—	80,5	4,1	0,3	266,4	266,0	100,0	7 995,8	7 356,6	182,5
81,5	—	77,7	3,5	0,3	286,8	285,4	100,0	8 060,8	7 421,6	190,2
129,3	—	101,9	27,1	0,3	325,2	323,5	100,0	7 920,1	7 280,9	206,7
301,8	(274,0)		27,8	—	346,4	344,6	100,0	8 050,4	7 411,2	208,7
738,6	(692,7)		45,9	—	364,3	361,4	100,0	7 978,6	7 339,4	224,1
sind durch () gekennzeichnet. Vgl. Hinweise im Ausweis der Bank deutscher Länder										
841,5	632,2	87,4	121,9	—	745,8	382,2	100,0	8 003,4	7 364,2	279,4
945,7	748,2	81,4	116,1	—	658,3	394,9	100,0	8 137,2	7 498,0	264,9
Passiva										
Einlagen		Verbindlich- keiten aus der Abwicklung des Auslands- geschäfts	Grundkapital der BdL und der LZB'en	Rücklagen und Rückstellungen ⁸⁾	Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbank- systems	sonstige Verbindlich- keiten	Bilanz- summe			
auf Einlagen der										
sonstigen inländischen Einleger	aus- ländischen Einleger									
29	30	31	32	33	34	35	36			
204,3	6,9	(2 975,9)	385,0	(35,0)	208,7	(466,1)	14 288,4			
534,8	5,6	(2 861,5)	385,0	(45,3)	89,4	(412,8)	14 099,6			
426,8	5,5	(2 476,5)	385,0	(49,2)	74,9	(437,6)	13 795,6			
334,0	5,4	(2 485,2)	385,0	(51,9)	142,9	(459,7)	13 700,0			
409,9	4,5	(2 510,3)	385,0	(54,7)	—	(471,4)	13 977,7			
458,5	4,3	(2 657,8)	385,0	(64,7)	1,9	(493,9)	14 258,8			
sind durch () gekennzeichnet. Vgl. Hinweise im Ausweis der Bank deutscher Länder										
375,6	3,9	1 231,6	385,0	289,1	86,3	360,1	14 760,7			
534,3	4,0	1 392,3	385,0	312,7	65,1	410,8	14 743,4			

— 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen s. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in: Monatsberichte der
lungen der Bank deutscher Länder sind ab 30. 6. 1950 in diese Position einbezogen. Im BdL-Ausweis sind die Rückstellun-

2. Ausweis der Bank deutscher Länder ¹⁾

in Mill. DM

Datum	Aktiva												
	Guthaben in ausländischer Währung ²⁾	Sorten, ausländische Wechsel und Schecks ²⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Postscheckguthaben ³⁾	Inlandswechsel	Schatzwechsel der Bundesverwaltungen	Deutsche Scheidemünzen	Lombardforderungen	Vorschüsse und kurzfristige Kredite an die öffentl. Hand	Wertpapiere	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Aktiva ³⁾
											Ausgleichsforderungen	unverzinsl. Schuldverschreibungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1949													
31. 12. 1949	833,9	(11,7)	755,2	31,7	(2 820,5)	—	Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand	1 463,9	61,0	—	5 236,5	639,2	112,5
1950													
31. 1. 1950	724,6	(13,1)	913,3	30,5	(2 946,6)	3,0		1 491,8	2,5	0,0	5 137,0	639,2	67,4
28. 2.	642,5	(14,4)	528,5	27,8	(2 883,0)	27,1		1 618,1	1,0	0,1	5 198,0	639,2	70,9
31. 3.	657,6	(16,0)	519,5	27,0	(3 139,8)	19,4		1 458,4	24,0	0,2	5 057,2	639,2	75,2
30. 4.	803,4	(17,6)	482,9	23,4	(3 010,9)	34,0		1 152,7	228,7	0,3	5 168,9	639,2	71,8
31. 5.	892,7	(19,6)	417,6	28,9	(2 850,1)	29,8		1 098,6	686,5	0,3	5 165,4	639,2	79,5
Am 7. 6. 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet.													
		einschließlich ausländische Wechsel und Schecks (bisher in Spalte 5)	siehe Anmerkung ⁴⁾		ohne Auslandswechsel und Schecks (vgl. Spalte 2)		des Zentralbanksystems befindlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 50 aktiviert						
30. 6.	1 161,5	55,7	20,9	26,2	2 739,1	56,9		1 533,0	753,8	360,7	5 137,3	639,2	156,8
7. 7.	1 200,3	57,6	40,5	40,4	2 751,9	26,7		1 192,4	933,9	365,2	5 218,1	639,2	160,0
15. 7.	1 257,3	57,1	33,2	35,9	2 666,5	12,6		989,5	864,0	267,5	5 224,8	639,2	162,5
23. 7.	1 273,8	55,9	49,9	33,3	2 626,6	17,2		887,9	730,9	269,7	5 224,1	639,2	165,0
31. 7.	1 317,8	53,7	19,6	26,0	2 667,8	0,7	21,7	1 417,2	863,9	260,0	5 272,4	639,2	118,8
7. 8.	1 285,4	54,1	32,8	35,3	2 575,2	30,2	22,7	1 137,2	863,5	260,0	5 286,2	639,2	122,9
Datum	Passiva												
	Zahlungsmittel-umlauf ab 31. 7. 1950 nur Banknoten-umlauf	Einlagen							Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	sonstige Passiva	Grundkapital	gesetzliche und sonstige Rücklagen	Bilanzsumme
		insgesamt (Spalte 16 bis 21)	aufgegliedert in Einlagen					sonstige					
14	15	16	der Dienststellen des Bundes		der Hohen Kommissare ⁵⁾	sonstiger alliierter Dienststellen	21	22	23	24	25	26	
			Sonderkonten des Bundes	sonstige Guthaben									
1949													
31. 12. 1949	(7 737,5)	(860,0)	426,3	—	75,3	323,3	—	35,1	(2 975,9)	(292,7)	100,0	—	11 966,1
1950													
31. 1. 1950	(7 609,7)	(1 151,0)	304,4	—	117,0	300,9	—	428,7	(2 861,5)	(246,8)	100,0	—	11 969,0
28. 2.	(7 689,8)	(1 123,3)	320,2	—	212,4	301,0	—	289,7	(2 476,5)	(261,0)	100,0	—	11 650,6
31. 3.	(7 828,3)	(955,9)	308,7	—	150,8	301,1	—	195,3	(2 485,2)	(264,1)	100,0	—	11 633,5
30. 4.	(7 981,1)	(779,5)	100,8	—	120,8	301,1	—	256,8	(2 510,3)	(262,9)	100,0	—	11 633,8
31. 5.	(7 936,4)	(949,4)	193,5	—	170,9	301,3	—	283,7	(2 657,8)	(264,6)	100,0	—	11 908,2
Am 7. 6. 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet.													
				GARIOA/ERP-Gegenwert-mittel (bisher in Spalte 22)			JEIA, STEG und ERP-Verwaltung (bisher in Spalte 22)	zum Teil ab 7. 6. in den Einlagen (vergleiche Spalte 17 und 20)	vergleiche Spalte 25		bis zum 31. 5. 50 in den sonstigen Passiven enthalten		
30. 6.	(8 160,0)	2 791,7	342,9	1 097,8	173,6	301,8	694,8	180,8	1 231,6	287,8	100,0	70,0	12 641,1
7. 7.	(8 048,6)	2 831,5	412,7	727,9	166,0	301,8	700,4	522,7	1 274,5	301,6	100,0	70,0	12 626,2
15. 7.	(7 843,5)	2 684,1	262,3	771,3	169,2	301,8	701,5	478,0	1 220,4	292,1	100,0	70,0	12 210,1
23. 7.	(7 518,0)	2 697,4	345,5	916,6	114,9	251,7	631,2	437,5	1 285,8	302,3	100,0	70,0	11 973,5
31. 7.	8 100,8	2 674,3	355,6	951,1	196,1	251,8	566,0	353,7	1 392,3	341,4	100,0	70,0	12 678,8
7. 8.	7 853,4	2 631,5	357,0	1 002,0	144,3	251,8	575,4	301,0	1 349,1	340,7	100,0	70,0	12 344,7

¹⁾ Differenzen in der Kommastrichstelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. — ²⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen s. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — ³⁾ Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — ⁴⁾ Die Postscheckguthaben, die bis zum 31. 5. 1950 unter „Sonstige Aktiva“ erfaßt waren, wurden rückwirkend ausgegliedert. — ⁵⁾ Ohne DM 400,1 Mill. ERP-Vorlagen, die am 7. 6. 1950 auf die Kassenvorschüsse des Bundes (Spalte 9) übertragen, dann jedoch durch eine Wertpapierübernahme abgelöst wurden. — ⁶⁾ Bis zum 31. 5. 1950 „Einlagen der Besatzungsmächte“.

3. Zahlungsmittelumlauf

in Mill. DM

I. Zentralbank-
Ausweise

Stand	Im Bundesgebiet ausgegebene Zahlungsmittel	Im Bundesgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel
1949		
7. 7.	6 576	6 999
15. 7.	6 409	6 828
23. 7.	6 179	6 586
31. 7.	6 688	7 107
7. 8.	6 674	7 113
15. 8.	6 520	6 947
23. 8.	6 278	6 693
31. 8.	6 815	7 222
7. 9.	6 844	7 279
15. 9.	6 740	7 177
23. 9.	6 541	6 967
30. 9.	7 029	7 453
7. 10.	7 002	7 417
15. 10.	6 794	7 198
23. 10.	6 524	6 947
31. 10.	7 060	7 477
7. 11.	6 966	7 405
15. 11.	6 731	7 159
23. 11.	6 386	6 801
30. 11.	6 978	7 386
7. 12.	7 018	7 423
15. 12.	6 943	7 363
21. 12.	6 852	7 266
31. 12.	7 330	7 738
1950		
7. 1.	7 169	7 570
15. 1.	6 972	7 365
23. 1.	6 643	7 038
31. 1.	7 199	7 609
7. 2.	7 066	7 472
15. 2.	6 860	7 260
23. 2.	6 684	7 080
28. 2.	7 290	7 690
7. 3.	7 210	7 607
15. 3.	7 012	7 405
23. 3.	6 727	7 116
31. 3.	7 420	7 828
7. 4.	7 429	7 834
15. 4.	7 043	7 445
23. 4.	6 761	7 158
30. 4.	7 560	7 981
7. 5.	7 399	7 817
15. 5.	7 141	7 544
23. 5.	6 802	7 206
31. 5.	7 509	7 937
7. 6.	7 342	7 767
15. 6.	7 168	7 575
23. 6.	6 940	7 338
30. 6.	7 728	8 160
7. 7.	7 620	8 049
15. 7.	7 418	7 844
23. 7.	7 107	7 518
31. 7.	7 681	8 238
	Banknoten und Kleingeld- zeichen	Scheide- münzen des Bundes

	Baden	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen
Aktiva:					
Guthaben bei der BdL	22,8	24,6	24,9	21,1	19,6
Postscheckguthaben	0,1	1,4	0,0	0,1	0,0
Wechsel und Schecks	0,7	21,1	44,1	0,5	4,6
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	5,8	73,0	12,5	—	—
Wertpapiere	—	0,6	—	—	—
Ausgleichsforderungen	86,0	524,3	46,5	202,5	245,6
davon: aus der eigenen Umstellung	(80,1)	(407,3)	(40,8)	(177,9)	(217,1)
angekaufte	(5,9)	(117,0)	(5,7)	(24,6)	(28,5)
Lombardforderungen	7,7	32,5	0,6	6,9	49,1
darunter gegen Ausgleichsforderungen	(7,7)	(31,9)	(0,6)	(5,8)	(43,7)
Kassenkredite	5,0	31,0	—	—	—
davon: an Landesregierung	(5,0)	(31,0)	(—)	(—)	(—)
sonstige öffentliche Stellen	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
Beteiligung an der BdL	2,5	17,5	3,0	8,0	8,5
Sonstige Vermögenswerte	2,4	9,2	4,8	10,5	31,0
Interimsforderungen aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Aktiva	133,0	735,2	136,4	249,6	358,4
Passiva:					
Grundkapital	10,0	50,0	10,0	10,0	30,0
Rücklagen und Rückstellungen	4,1	15,6	0,1	6,8	12,8
Einlagen	85,3	205,8	115,8	175,1	175,2
davon: Kreditinstitute innerhalb des Landes					
(einschl. Postscheck- u. Postsparkassenämter)	(38,6)	(145,0)	(49,8)	(102,2)	(96,3)
Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern	(0,2)	(1,0)	(1,0)	(4,3)	(2,5)
öffentliche Verwaltungen	(7,6)	(35,0)	(42,9)	(31,2)	(17,6)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(28,0)	(4,0)	(2,3)	(23,8)	(46,6)
sonstige inländische Einleger	(8,6)	(12,6)	(19,0)	(11,6)	(17,1)
ausländische Einleger	(0,2)	(0,1)	(—)	(2,0)	(0,7)
zwischen den Niederlassungen der LZB unter-					
wegs befindliche Giroübertragungen	(2,1)	(8,1)	(0,8)	(—)	(/ 5,6)
Lombardverpflichtungen gegenüber der BdL	28,2	430,0	—	32,2	121,9
Sonstige Verbindlichkeiten	5,4	33,8	10,5	25,5	18,5
Interimsverbindlichkeiten aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Passiva	133,0	735,2	136,4	249,6	358,4
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	72,6	526,1	50,2	402,5	194,8
darunter Auslandswechsel	(1,3)	(3,6)	(0,7)	(1,5)	(1,9)

*) Differenzen in der Kommastriche gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

nach dem Stand vom 31. Juli 1950*)

I. Zentralbank-
Ausweise

Mill. DM

Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Schleswig- Holstein	Württem- berg- Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
						31. Juli	30. Juni	31. Mai
15,0	125,2	14,3	5,9	21,8	4,1	299,3	274,4	208,7
0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	1,8	2,5	1,9
7,7	7,9	1,4	0,1	18,0	2,3	108,4	135,1	157,7
0,8	74,5	1,4	10,2	—	0,9	179,1	161,3	168,8
0,3	—	0,7	—	1,6	0,2	3,4	2,9	2,5
346,6	513,0	122,1	167,3	300,8	65,8	2 620,5	2 609,0	2 535,4
(305,3)	(454,9)	(98,3)	(125,5)	(254,9)	(63,5)	(2 225,6)	(2 226,9)	(2 174,0)
(41,3)	(58,1)	(23,8)	(41,8)	(45,9)	(2,3)	(394,9)	(382,1)	(361,4)
28,4	33,4	37,1	11,7	24,7	8,7	240,8	417,1	286,3
(26,8)	(33,2)	(37,0)	(11,5)	(24,5)	(8,5)	(231,2)	(238,3)	(257,1)
19,7	—	17,0	7,9	0,3	0,9	81,8	87,8	52,1
(19,7)	(—)	(16,9)	(7,9)	(—)	(0,9)	(81,4)	(87,4)	(48,7)
(—)	(—)	(0,1)	(—)	(0,3)	(—)	(0,4)	(0,4)	(3,4)
11,5	28,0	5,5	4,5	9,0	2,0	100,0	100,0	100,0
13,3	41,3	14,5	9,6	7,9	1,7	146,2	122,6	144,5
—	—	0,0	—	—	—	0,0	—	—
443,4	823,3	214,1	217,2	384,1	86,6	3 781,3	3 912,7	3 657,9
40,0	65,0	20,0	10,0	30,0	10,0	285,0	285,0	285,0
17,2	7,0	5,6	—	17,0	3,0	89,2	65,7	64,8
116,1	511,9	119,3	46,8	181,3	34,5	1 767,1	1 817,5	1 980,3
(87,2)	(276,1)	(40,4)	(25,0)	(110,6)	(26,2)	(997,4)	(984,4)	(1 044,1)
(1,4)	(0,1)	(0,5)	(3,2)	(1,6)	(0,3)	(16,1)	(17,6)	(18,3)
(22,1)	(130,9)	(31,2)	(14,1)	(51,9)	(5,4)	(389,9)	(389,3)	(552,9)
(1,0)	(9,5)	(29,6)	(0,1)	(1,1)	(1,0)	(147,0)	(197,8)	(143,9)
(14,6)	(88,1)	(10,7)	(4,1)	(16,1)	(1,0)	(203,5)	(206,8)	(199,5)
(0,0)	(0,1)	(1,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(4,1)	(3,9)	(4,3)
(/ 10,2)	(7,1)	(5,9)	(0,3)	(—)	(0,6)	(9,1)	(17,7)	(17,3)
250,2	191,8	56,1	128,3	144,3	34,1	1 417,1	1 518,6	1 098,7
19,9	47,6	13,1	32,1	11,5	5,0	222,9	225,9	229,1
—	—	—	—	—	—	—	0,0	—
443,4	823,3	214,1	217,2	384,1	86,6	3 781,3	3 912,7	3 657,9
209,7	595,5	167,0	181,5	279,7	68,2	2 747,8	2 761,8	2 834,3
(1,4)	(7,8)	(1,1)	(—)	(2,9)	(0,4)	(22,6)	(20,0)	(15,1)

II. Mindestreservenstatistik

1. Reserveguthaben der Geldinstitute, aufgegliedert nach Bankengruppen ^{†)}

Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken

Bankengruppen	1950					1950				
	März	April	Mai	Juni	Juli	März	April	Mai	Juni	Juli
	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM					Überschußreserven (Reservefehlbeträge —) in Mill. DM				
1. Kreditbanken	368,1	384,9	399,8	414,1	429,0	34,4	24,3	23,2	20,9	27,0
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(225,0)	(234,6)	(243,8)	(253,6)	(262,8)	(17,9)	(9,9)	(6,1)	(9,4)	(12,4)
b) Regionalbanken	(113,5)	(119,4)	(124,5)	(127,6)	(130,9)	(13,4)	(11,6)	(13,7)	(7,2)	(9,4)
c) Privatbanken	(29,6)	(30,9)	(31,5)	(32,9)	(35,3)	(3,1)	(2,8)	(3,4)	(4,3)	(5,2)
2. Girozentralen	80,8	76,3	84,5	83,7	76,2	23,1	54,9	40,3	23,9	37,2
3. Sparkassen	314,1	321,4	334,5	343,1	346,9	10,4	11,2	11,3	11,2	12,0
4. Hypothekenbanken	0,7	0,8	1,9	1,3	1,3	0,8	0,9	1,1	1,4	0,9
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	69,3	69,2	69,9	70,8	73,3	1,9	1,8	1,3	2,0	1,9
6. Gewerbl. Zentralkassen	1,3	1,2	1,3	1,3	1,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5
7. Gewerbl. Kredit- genossenschaften	56,4	57,4	58,7	60,2	61,4	1,3	2,3	2,3	2,2	3,3
8. Sonstige Geldinstitute	75,2	80,6	81,5	80,9	84,1	6,0	4,0	4,1	3,5	4,0
Bankengruppen insgesamt	965,9	991,8	1 032,1	1 055,4	1 073,6	78,3	99,8	84,0	65,6	86,8
	Anteil der Überschußreserven									
	in v. H. der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)					in v. H. der Gesamtsumme der Über- schußreserven aller Bankengruppen				
1. Kreditbanken	9,3	6,3	5,8	5,0	6,3	43,9	24,4	27,6	31,9	31,1
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(8,0)	(4,2)	(2,5)	(3,7)	(4,7)	(22,9)	(9,9)	(7,3)	(14,3)	(14,3)
b) Regionalbanken	(11,8)	(9,7)	(11,0)	(5,6)	(7,2)	(17,1)	(11,7)	(16,3)	(11,0)	(10,8)
c) Privatbanken	(10,5)	(9,1)	(10,8)	(13,1)	(14,7)	(3,9)	(2,8)	(4,0)	(6,6)	(6,0)
2. Girozentralen	28,6	72,0	47,7	28,6	48,8	29,5	55,0	48,0	36,4	42,9
3. Sparkassen	3,3	3,5	3,4	3,3	3,5	13,3	11,2	13,5	17,1	13,8
4. Hypothekenbanken	114,3	112,5	57,9	107,7	69,2	1,0	0,9	1,3	2,1	1,0
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	2,7	2,6	1,9	2,8	2,6	2,4	1,8	1,5	3,0	2,2
6. Gewerbl. Zentralkassen	30,8	33,3	30,8	38,5	35,7	0,5	0,4	0,5	0,8	0,6
7. Gewerbl. Kredit- genossenschaften	2,3	4,0	3,9	3,7	5,4	1,7	2,3	2,7	3,4	3,8
8. Sonstige Geldinstitute	8,0	5,0	5,0	4,3	4,8	7,7	4,0	4,9	5,3	4,6
Bankengruppen insgesamt	8,1	10,1	8,1	6,2	8,1	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

^{†)} Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

2. Mindestreservesätze

in v. H. der reservspflichtigen Einlagen¹⁾

Gültig ab:	Sichteinlagen		Termineinlagen (einschließlich Spareinlagen)
	an Bank- plätzen ²⁾	an Nichtbank- plätzen	
1948 1. Juli	10	10	5
1. Dezember	15	10	5
1949 1. Juni	12	9	5
1. September	10	8	4

¹⁾ Reservepflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto. Abgesetzt werden die Einlagen solcher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken oder bei der Berliner Zentralbank verpflichtet sind. Als Termineinlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat, alle Spareinlagen und die Einlagen auf Anlagekonto. Sichteinlagen sind alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Halbmonatliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)

Kreditvolumen und Einlagen *)

Repräsentativerhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 480 Kreditinstituten des Bundesgebiets
in Mill. DM

a) Kreditvolumen (nur kurzfristige Kredite)

Stand	Kurzfristige Kredite an Nichtbanken												Kurzfristige Kredite an Kreditinstitute insgesamt
	insgesamt	davon			Wirtschaftsunternehmen und Private	Spalte 1 gliedert sich in kurzfristige Kredite an							
		Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		Wechselobligo d. Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen		davon		Wechselobligo der Kundschaft	öffentl. rechtl. Körperschaften	davon			
		insgesamt	darunter Akzeptkredite			Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate	darunter Akzeptkredite			Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate	Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen, sonstige Wechsel		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1950													
31. 5.	7 703,9	4 943,3	1 587,3	2 760,6	7 173,8	4 773,4	1 583,7	2 400,4	530,1	169,9	3,6	360,2	1 610,3
30. 6.	7 836,8	5 018,5	1 538,6	2 818,3	7 277,3	4 844,7	1 538,5	2 432,6	559,5	173,8	0,1	385,7	1 586,1
15. 7.	7 931,3	5 065,2	1 536,5	2 866,1	7 358,6	4 902,1	1 536,4	2 456,5	572,7	163,1	0,1	409,6	1 594,8
31. 7.	7 942,0	5 062,8	1 526,9	2 879,2	7 413,8	4 888,0	1 526,7	2 525,8	528,2	174,8	0,2	353,4	1 614,1
15. 8.	7 911,6	5 058,9	1 499,1	2 852,7	7 415,7	4 905,7	1 498,9	2 510,0	495,9	153,2	0,2	342,7	1 607,2

b) Einlagen

Stand	Nichtbanken insgesamt	davon sind			Einlagen von Kreditinstituten insgesamt
		Sicht- u. Termineinlagen			
		Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentl. rechtl. Körperschaften	Spareinlagen	
1	2	3	4	5	
1950					
31. 5.	9 591,5	5 335,6	2 437,1	1 818,8	1 388,5
30. 6.	9 620,0	5 514,3	2 219,8	1 885,9	1 487,9
15. 7.	9 954,7	5 703,2	2 291,8	1 899,7	1 436,4
31. 7.	9 985,9	5 919,7	2 167,7	1 898,5	1 418,7
15. 8.	10 393,2	6 241,1	2 246,1	1 906,0	1 450,8

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen.

IV. Monatliche Bankenstatistik

1. Geschäfts-

a) Zwischenausweis:

Monatliche Bankenstatistik*)¹⁾²⁾; Gesamterhebung³⁾ der Bank deutscher Länder

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel		Schatz-wechsel und unverzinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder ⁸⁾	Wert- und Kon-beteili- ins-gesamt	
			ins-gesamt ⁵⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	darunter			Handels-wechsel ⁷⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1949															
Jan.	3 557	.	1 488,0	1 232,8	56,1	1 200,1	(1 200,1)	.	.	.	1 257,7	1 139,8	63,0	13,4	.
März	3 555	.	1 511,7	1 264,8	52,2	1 342,1	(1 342,1)	.	.	.	1 415,0	1 277,8	86,2	20,4	.
Juni	3 550	.	1 348,3	1 093,0	53,3	1 628,7	(1 577,6)	.	.	.	1 868,3	1 609,3	162,2	62,9	.
Juli	3 548	.	1 192,6	932,5	48,9	1 576,6	(1 517,0)	.	.	.	1 918,0	1 593,3	224,1	73,2	.
Aug.	3 552	.	1 249,9	981,6	47,2	1 627,5	(1 561,1)	155,1	.	.	1 911,0	1 589,6	215,0	134,9	.
Sept.	3 555	.	1 034,8	779,7	44,7	1 707,6	(1 631,8)	259,7	.	.	1 909,8	1 614,7	188,8	117,7	.
Okt.	3 556	.	1 129,1	848,8	47,1	1 504,5	(1 426,7)	410,7	.	.	1 674,3	1 395,4	179,2	128,6	.
Nov.	3 556	.	1 115,9	819,1	46,5	1 547,2	(1 354,7)	505,5	.	.	1 538,8	1 297,9	147,7	186,6	.
Dez.	3 556	.	1 388,2	1 128,8	80,6	1 557,8	(1 412,8)	440,7	.	.	1 672,8	1 418,9	154,2	169,2	.
1950															
Jan.	3 561	.	1 099,9	814,0	47,6	1 544,3	(1 367,2)	328,6	.	.	1 662,1	1 403,0	164,4	176,7	.
Febr.	3 562	.	1 035,6	757,2	45,1	1 628,0	(1 414,1)	204,3	.	.	1 726,3	1 463,4	166,3	185,5	.
März	3 566	.	936,3	676,8	46,7	1 709,7	(1 480,6)	119,5	.	.	1 818,0	1 548,8	162,5	280,3	.
April	3 567	.	1 012,7	744,7	47,6	1 846,5	(1 643,2)	102,4	.	.	1 928,2	1 680,7	137,8	334,7	.
Mai	3 567	.	1 220,7	893,9	58,9	2 076,3	(1 858,0)	88,5	.	.	2 089,3	1 814,9	161,5	363,1	.
Juni	3 571	25 198,6	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	278,5

Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)							aufgenommene Gelder ¹⁰⁾				
			Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:		Sicht- und Termin-einlagen	davon		Einlagen von Spar-einlagen	Einlagen von Kredit-instituten	Einlagen auf Fest-konto	ins-gesamt	darunter		
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten		Wirtschafts- unternehmen und Private	öffentlich-rechtliche Körperschaften					für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ¹⁷⁾	
														insgesamt
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1949														
Jan.	3 557	.	10 235,6	9 104,4	7 381,5	5 270,8	329,9	2 110,7	1 722,9	1 131,2	298,5	642,9	.	.
März	3 555	.	11 317,7	10 046,6	8 008,5	5 750,0	376,9	2 258,5	2 038,1	1 271,1	146,0	674,1	.	.
Juni	3 550	.	12 819,8	11 222,3	8 829,6	6 389,2	383,5	2 440,4	2 392,7	1 597,5	46,3	796,6	(46,2)	.
Juli	3 548	.	12 820,0	11 328,9	8 827,3	6 335,8	352,7	2 491,5	2 501,6	1 491,1	36,7	906,7	(44,2)	.
Aug.	3 552	.	13 309,5	11 749,0	9 152,5	6 573,8	347,6	2 578,7	2 596,5	1 560,5	30,9	1 172,7	(46,0)	.
Sept.	3 555	.	13 529,4	11 988,4	9 328,2	6 794,0	343,0	2 534,2	2 660,2	1 541,0	24,6	1 153,1	(52,3)	.
Okt.	3 556	.	13 747,2	12 422,9	9 693,9	7 135,8	335,6	2 558,1	2 729,0	1 324,3	20,4	1 290,2	(70,1)	.
Nov.	3 556	.	13 797,4	12 541,4	9 733,6	7 061,1	327,9	2 672,5	2 807,8	1 256,0	17,5	1 555,8	(77,6)	.
Dez.	3 556	.	14 106,1	12 752,3	9 786,1	7 105,8	318,9	2 680,3	2 966,2	1 353,8	14,6	1 462,4	(77,6)	.
1950														
Jan.	3 561	.	13 932,4	12 668,9	9 532,0	6 794,2	316,8	2 737,8	3 136,9	1 263,5	13,8	1 535,5	(90,8)	.
Febr.	3 562	.	14 176,5	12 848,4	9 581,4	6 750,4	314,1	2 831,0	3 267,0	1 328,1	11,2	1 619,7	(94,0)	.
März	3 566	.	14 493,8	13 095,0	9 712,2	6 919,5	312,0	2 792,7	3 382,8	1 398,8	10,2	1 495,7	(102,6)	.
April	3 567	.	15 023,5	13 560,0	10 068,7	7 212,4	310,4	2 856,3	3 491,3	1 463,5	9,3	1 515,5	(109,7)	.
Mai	3 567	.	15 707,5	14 151,6	10 572,8	7 538,8	308,8	3 034,0	3 578,8	1 555,9	9,1	1 657,6	(116,2)	.
Juni	3 571	25 198,6	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	22)	1 752,7	275,7	9,3

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf die im Juni 1950 vorgenommene Umgestaltung der Statistik zurückzuführen. — sichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil zeichnet. — ³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr erfaßt. Die vor-reich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß sich kleine Abweichungen von tiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁵⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁶⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. wechsel erfaßt. — ⁹⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ¹⁰⁾ Bis Mai 1950 einschließlich enthalten die Debitoren auch langfristige Aus-Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹²⁾ Erstmals enthalten 267 Mill. DM Valutaforderungen aus zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen. — ¹⁵⁾ Ein effektiver Rückgang in Höhe von 18,5 Mill. DM wurde überdeckt durch ausgewiesen. — ¹⁶⁾ Ab August 1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. — ¹⁷⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ¹⁸⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des derten Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften betragen im Juni 1950 rd. 100 Mill. DM. — ²²⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto je nach

(Bilanzstatistik)

banken

Bundesgebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ¹⁰⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ¹¹⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁹⁾	Be- stand laut Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	öffentl. rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
			4 318,0	(3 914,2)	(3 312,5)	(157,7)	(444,0)								1949
			4 501,0	(4 554,9)	(3 906,9)	(166,7)	(481,3)								Jan.
		4 920,7		(4 855,1)	(4 135,2)	(170,9)	(549,0)	(800,4)	685,8	114,6	454,8				März
		4 919,2		(5 269,2)	(4 504,1)	(187,9)	(577,2)	(848,9)	720,7	128,2	379,0				Juni
		4 901,8		(5 997,1) ¹²⁾	(5 221,9)	(180,8)	(594,4)	(901,1)	765,1	136,0	238,8 ¹³⁾				Juli
		4 999,8		(6 387,7)	(5 606,4)	(199,7)	(581,6)	(962,6)	820,1	142,5	284,6				Aug.
		5 172,8		(7 232,1)	(6 314,5)	(212,5)	(705,1)	(1 039,2)	889,6	149,6	343,6				Sept.
		5 221,4		(7 837,8)	(6 749,0)	(315,4)	(773,4)	(1 120,3)	956,9	163,4	382,0				Okt.
		5 138,6		(7 859,5)	(6 658,7)	(489,9)	(710,9)	(1 270,3)	1 074,5	195,8	434,3				Nov.
															Dez.
															1950
		5 230,3 ¹⁴⁾		(8 234,0)	(7 130,4)	(339,2)	(764,4)	(1 442,1)	1 212,3	229,8	480,9				Jan.
		5 253,3		(8 589,8)	(7 366,5)	(420,6)	(802,7)	(1 549,0)	1 277,3	271,7	514,8				Febr.
		5 204,9		(8 818,6)	(7 482,8)	(531,9)	(803,9)	(1 703,5)	1 369,6	333,9	561,5				März
		5 242,7		(8 894,2)	(7 606,5)	(476,2)	(811,5)	(1 834,3)	1 466,5	367,8	596,5				April
		5 266,0		(8 993,0)	(7 649,9)	(475,8)	(867,3)	(2 004,0)	1 596,9	407,1	607,5				Mai
44,8	25,8	5 269,8 ¹⁵⁾	5 600,1	8 789,7	7 693,7	395,9	700,1	2 861,2	1 723,9	452,9	621,0	77,2	376,9	964,2	Juni

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuld- verschrei- bungen	aufge- nommene lang- fristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durch- laufende Kredite (nur Treuh- hand- geschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG		sonstige Passiva ¹⁷⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48 z. T. Sp. 33) ²⁰⁾ (ohne Zahlen d. ländl. Kreditgenoss.) ²¹⁾				Verbind- lichkeiten aus Bürg- schaften u. a.	eigene Zieh- ungen im Umlauf	Indossea- ments- verbind- lichkeiten	Stand am Mo- nats- ende	
				insgesamt	darunter Neu- bildung seit dem 21. 6. 1948 ¹⁸⁾		Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Kredit- institute (ohne Sp. 52)	öffent- liche Stellen	sonstige					
															45
517,3															1949
641,3												33,5	1 350,9	Jan.	
661,8	726,4	200,9	483,3	313,2								35,8	1 368,4	März	
810,2	753,2	252,0	404,3	339,6								403,4	54,9	1 138,7	Juni
1 000,1	775,0	315,6	268,2 ¹³⁾	487,8	143,1							437,2	62,2	1 291,9	Juli
1 191,1	807,0	371,1	302,3	676,4	145,0							639,1	69,3	1 426,4	Aug.
1 498,4	826,7	427,9	356,4	771,1	263,1							854,1	71,1	1 518,3	Sept.
1 783,0	839,1	478,5	418,5	797,8	260,0							1 114,1	85,2	1 832,1	Okt.
1 850,6	901,4	526,0	467,9	816,9	278,9							1 121,1	101,2	1 952,9	Nov.
												1 120,8	112,7	2 197,9	Dez.
1 802,2	1 067,3 ¹⁴⁾	625,5	511,9	851,2 ¹⁴⁾	281,5							1 285,3	118,2	2 372,5	Jan.
1 733,4	1 100,1	714,0	547,6	858,1	284,9							1 481,4	127,0	2 434,4	Febr.
1 729,3	1 137,5	919,1	598,2	878,0	299,1							884,3	141,6	2 473,4	März
1 598,3	1 159,7	1 036,1	576,2	954,0	369,8							848,5	148,4	2 393,4	April
1 509,3	1 188,5	1 172,9	608,2	965,5	369,1							816,3	149,5	2 348,2	Mai
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 043,3	404,3 ¹⁵⁾	1 679,8	679,0	545,0	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	Juni	

1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KiW und Finag. Weiterhin sind unberück- an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — 2) Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekenn- liegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — 3) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Be- nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Die bis Mai 1950 getrennt erfassten der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflich- — 7) Bis einschließlich Mai 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. — 8) Bis einschließlich Mai 1949 sind nur Schatz- leihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — 11) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene der RM-Zeit. — 13) Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsschulden bedingt. — 14) Die Zunahme ist einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill. DM. Z. B. haben einige als verlagert anerkannte Institute im Juni 1950 erstmalig Ausgleichsforderungen 15) In der Neubildung enthaltene Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeskreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — Landes. — 20) Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — 21) Die nicht aufgeglie- dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten.

Monatliche Bankenstatistik*) 1) 2); Gesamterhebung³⁾ der Bank deutscher Länder

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel		Schatz-wechsel und unverzinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beteili-	
			ins-gesamt ⁵⁾	darunter Giro-guthaben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	Hand-wechsel			Bank-akzpte
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1950															
Bundesgebiet															
Febr.	3 562	.	1 035,6	757,2	45,1	1 628,0	(1 414,1)	204,3	.	.	1 726,3	1 463,4	166,3	185,5	.
März	3 566	.	936,3	676,8	46,7	1 709,7	(1 480,6)	119,5	.	.	1 818,0	1 548,8	162,5	280,3	.
April	3 567	.	1 012,7	744,7	47,6	1 846,5	(1 643,2)	102,4	.	.	1 928,2	1 680,7	137,8	334,7	.
Mai	3 567	.	1 220,7	893,9	58,9	2 076,3	(1 858,0)	88,5	.	.	2 089,3	1 814,9	161,5	363,1	.
Juni	3 571	25 198,6	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	278,5
Baden															
Febr.	169	.	33,7	26,6	1,4	68,6	(38,1)	3,8	.	.	23,3	17,3	1,5	7,3	.
März	169	.	36,9	30,4	1,3	68,3	(36,2)	2,9	.	.	25,0	18,1	2,5	7,2	.
April	170	.	34,0	27,4	1,8	65,6	(38,2)	2,1	.	.	24,5	19,0	1,1	6,3	.
Mai	170	.	37,6	29,0	1,9	74,7	(39,3)	1,7	.	.	25,0	20,1	0,5	7,7	.
Juni	170	614,9	36,7	29,6	1,9	37,8	36,4	1,6	0,0	2,4	26,4	20,8	0,8	7,0	6,2
Bayern															
Febr.	577	.	172,2	117,7	9,2	139,5	(130,1)	10,2	.	.	156,6	121,9	8,9	0,0	.
März	577	.	151,1	99,6	8,9	167,6	(158,7)	10,7	.	.	164,9	129,7	6,6	0,0	.
April	577	.	174,1	124,2	8,3	172,1	(162,6)	15,9	.	.	169,4	133,7	6,5	0,0	.
Mai	577	.	180,0	116,0	9,6	206,2	(197,5)	9,4	.	.	202,4	161,4	11,3	—	.
Juni	578	4 068,4	173,4	121,0	7,2	214,8	163,7	8,4	0,5	22,9	206,5	154,2	18,2	—	46,1
Bremen															
Febr.	29	.	30,3	24,2	1,1	43,5	(29,7)	17,1	.	.	37,6	33,4	4,0	1,0	.
März	29	.	36,3	31,0	1,0	50,2	(30,7)	7,4	.	.	37,8	34,7	2,9	1,0	.
April	29	.	36,9	31,1	1,0	52,0	(40,2)	8,0	.	.	42,8	39,5	3,1	3,9	.
Mai	29	.	47,6	39,8	1,2	53,6	(41,5)	9,0	.	.	45,1	43,1	1,8	5,9	.
Juni	28	771,5	51,6	45,3	1,6	57,0	47,5	4,9	0,0	4,6	50,8	49,4	1,3	5,9	6,5
Hamburg															
Febr.	54	.	78,7	61,7	3,3	100,9	(57,0)	83,7	.	.	116,2	113,0	2,5	2,8	.
März	54	.	55,0	38,8	2,7	138,9	(101,1)	38,7	.	.	128,2	119,9	7,9	12,8	.
April	54	.	75,4	57,7	2,3	159,2	(111,2)	32,5	.	.	158,0	148,7	8,6	2,8	.
Mai	54	.	86,5	66,5	2,5	158,3	(108,7)	31,2	.	.	176,6	161,8	13,9	12,8	.
Juni	54	1 858,5	84,7	69,7	1,6	143,9	127,1	20,0	0,0	9,3	195,4	179,7	13,5	12,8	22,9
Hessen															
Febr.	306	.	101,9	77,1	4,0	158,9	(150,9)	20,6	.	.	186,6	141,1	35,1	8,6	.
März	307	.	82,6	61,1	4,2	190,5	(178,0)	12,9	.	.	208,5	148,8	50,0	6,6	.
April	306	.	80,1	57,9	5,5	182,5	(169,8)	10,8	.	.	219,5	166,2	41,4	8,1	.
Mai	306	.	102,3	74,3	5,9	211,5	(198,3)	11,9	.	.	224,1	172,8	38,5	13,0	.
Juni	308	2 179,4	107,6	82,6	5,2	247,7	243,3	9,4	0,2	19,9	243,3	188,6	39,4	18,0	37,0
Niedersachsen															
Febr.	612	.	102,9	69,3	5,4	125,1	(122,2)	4,6	.	.	135,0	117,0	7,5	2,1	.
März	612	.	101,3	69,7	5,9	122,4	(119,8)	3,6	.	.	153,2	133,3	8,4	4,6	.
April	612	.	117,5	84,0	5,5	156,0	(152,9)	3,4	.	.	160,4	141,8	6,9	7,5	.
Mai	612	.	132,2	92,0	6,8	189,3	(185,2)	2,5	.	.	168,1	153,2	4,1	10,7	.
Juni	611	2 427,6	100,4	66,7	5,3	159,1	141,2	1,5	0,1	17,9	194,7	178,7	3,6	20,6	22,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf die im Juni 1950 vorgenommene Umgestaltung der Statistik zurückzuführen. — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanz-Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind reihen ebenfalls nur als e in Institut eingesetzt, so daß sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden In- und Landeszentralbankguthaben. — ⁶⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁷⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ⁸⁾ Bis ⁹⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außer- Z. B. haben einige als verlagert anerkannte Institute im Juni 1950 erstmalig Ausgleichsforderungen ausgewiesen.

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papieresortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁸⁾				langfristige Ausleihungen		durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁹⁾	Stand am Mo- nats- ende	
		gegen- wärtiger Be- stand ⁷⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	öffentl. rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	gegen Grund- pfand- rechte						gegen Kom- munal- dek- kung
darunter Anleihen und ver- zinsliche Schatzan- weisungen des Bundes und der Länder		18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Bundesgebiet															
		5 253,3		(8 589,8)	(7 366,5)	(420,6)	(802,7)	(1 549,0)	1 277,3	271,7	514,8				Febr.
		5 204,9		(8 818,6)	(7 482,8)	(531,9)	(803,9)	(1 703,5)	1 369,6	333,9	561,5				März
		5 242,7		(8 894,2)	(7 606,5)	(476,2)	(811,5)	(1 834,3)	1 466,5	367,8	596,5				April
		5 266,0		(8 993,0)	(7 649,9)	(475,8)	(867,3)	(2 004,0)	1 596,9	407,1	607,5				Mai
44,8	25,8	5 269,8 ¹⁰⁾	5 600,1	8 789,7	7 693,7	395,9	700,1	2 861,2	1 723,9	452,9	621,0	77,2	376,9	964,2	Juni
Baden															
		175,9		(209,3)	(183,2)	(8,3)	(17,8)	(12,0)	9,6	2,4	2,1				Febr.
		175,9		(215,9)	(191,0)	(7,4)	(17,5)	(13,6)	10,4	3,2	2,0				März
		176,3		(224,7)	(196,6)	(8,2)	(19,9)	(14,5)	11,0	3,5	2,7				April
		175,0		(228,0)	(198,4)	(9,0)	(20,6)	(15,5)	11,9	3,6	2,8				Mai
1,9	0,3	174,2	177,3	235,2	207,0	9,9	18,3	21,2	15,2	3,3	2,1	1,2	9,3	51,4	Juni
Bayern															
		974,1		(1 497,3)	(1 279,6)	(44,5)	(173,2)	(343,1)	292,9	50,2	82,5				Febr.
		959,9		(1 515,0)	(1 267,9)	(79,8)	(167,3)	(365,3)	307,0	58,3	93,3				März
		964,3		(1 542,7)	(1 291,8)	(74,2)	(176,7)	(377,7)	322,0	55,7	102,0				April
		964,1		(1 540,5)	(1 287,4)	(69,6)	(183,5)	(398,3)	338,2	60,1	113,5				Mai
0,4	10,3	956,4	1 062,6	1 539,2	1 275,3	107,9	156,0	521,6	360,6	66,1	118,7	13,2	84,4	144,8	Juni
Bremen															
		131,4		(295,2)	(264,2)	(2,0)	(29,0)	(67,1)	60,6	6,5	4,1				Febr.
		131,1		(295,5)	(269,2)	(2,0)	(24,3)	(82,4)	63,6	18,8	4,3				März
		132,3		(296,3)	(273,7)	(1,6)	(21,0)	(85,7)	67,0	18,7	4,9				April
		132,4		(292,0)	(271,7)	(1,5)	(18,8)	(102,2)	71,8	30,4	5,1				Mai
0,1	1,4	129,9	132,8	298,8	282,9	0,5	15,4	122,8	68,6	34,1	4,2	2,0	11,2	18,3	Juni
Hamburg															
		277,0		(973,0)	(895,5)	(33,1)	(44,4)	(66,4)	66,2	0,2	28,7				Febr.
		273,8		(938,1)	(859,2)	(35,8)	(43,1)	(80,4)	80,1	0,3	27,8				März
		274,3		(879,7)	(818,7)	(22,7)	(38,3)	(87,3)	87,0	0,3	29,2				April
		279,0		(886,1)	(818,8)	(20,8)	(46,5)	(93,0)	92,7	0,3	30,3				Mai
1,0	0,7	275,6	309,7	850,8	809,1	5,8	35,9	122,9	102,1	0,3	32,1	3,7	25,1	57,0	Juni
Hessen															
		461,9		(712,8)	(629,7)	(12,0)	(71,1)	(99,1)	83,1	16,0	36,3				Febr.
		449,6		(729,7)	(642,9)	(13,4)	(73,4)	(103,3)	87,3	16,0	36,7				März
		459,3		(720,1)	(638,7)	(15,5)	(65,9)	(129,9)	108,5	21,4	38,2				April
		459,6		(733,6)	(649,5)	(13,0)	(71,1)	(134,8)	112,2	22,6	40,5				Mai
2,9	2,0	458,3	483,5	736,9	666,0	8,9	62,0	162,0	123,2	23,9	21,8	11,6	35,9	62,6	Juni
Niedersachsen															
		696,9		(697,3)	(572,7)	(36,9)	(87,7)	(253,9)	190,1	63,8	16,3				Febr.
		697,8		(706,9)	(583,0)	(38,3)	(85,6)	(282,8)	208,0	74,8	17,0				März
		702,1		(696,0)	(590,2)	(27,8)	(78,0)	(301,9)	219,1	82,8	19,0				April
		696,8		(700,5)	(589,5)	(29,7)	(81,3)	(331,3)	239,9	91,4	22,6				Mai
6,7	2,6	691,0	724,9	696,9	601,0	19,8	76,1	389,3	264,0	98,2	26,7	3,4	38,7	56,5	Juni

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt summe aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — ³⁾ Die alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlen- institute" ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁵⁾ Kasse einschließlich Mai 1950 enthalten die Debitoren auch langfristige Ausleihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — halb des Landes. — ¹⁰⁾ Ein effektiver Rückgang in Höhe von 18,5 Mill. DM wurde überdeckt durch einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill. DM.

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividen- schein	Schecks und Inkasso- wechsel	Wechsel		Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatz- anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon- beteili- gesamt	
			ins- gesamt ⁵⁾	darunter Giro- gut- haben bei der LZB		ins- gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins- gesamt	Hand- els- wechsel			Bank- akzepte
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1950															
Nordrhein-Westfalen															
Febr.	834	.	283,3	208,7	11,7	546,7	(463,5)	37,0	.	.	773,0	663,3	82,7	144,0	.
März	837	.	253,6	185,0	12,5	506,1	(409,9)	25,2	.	.	813,1	709,8	67,5	228,7	.
April	837	.	281,3	206,8	13,0	577,2	(504,7)	20,6	.	.	854,4	763,3	55,3	284,0	.
Mai	837	.	361,6	274,1	20,4	619,9	(540,6)	14,9	.	.	915,6	806,4	71,6	262,7	.
Juni	838	6 600,9	297,8	222,5	17,1	614,7	447,9	17,0	0,0	57,8	893,1	798,4	63,5	282,0	81,6
Rheinland-Pfalz															
Febr.	277	.	46,7	34,7	2,1	41,1	(36,0)	8,8	.	.	46,6	41,1	0,6	8,0	.
März	277	.	42,3	30,7	2,2	40,0	(36,6)	6,3	.	.	52,5	47,6	0,5	7,9	.
April	278	.	46,3	34,7	2,3	44,9	(42,1)	2,2	.	.	51,9	47,5	0,4	7,8	.
Mai	278	.	57,2	43,2	2,1	50,6	(47,4)	1,5	.	.	52,1	48,1	0,2	9,4	.
Juni	278	1 115,3	49,8	37,8	2,4	49,0	44,1	1,5	0,0	6,6	58,8	53,9	0,6	8,6	8,9
Schleswig-Holstein															
Febr.	185	.	34,6	22,3	1,4	20,6	(18,3)	1,1	.	.	26,1	23,5	0,3	—	.
März	185	.	33,3	20,7	1,7	24,5	(23,0)	1,0	.	.	24,4	21,9	0,1	—	.
April	185	.	32,8	20,4	1,8	26,3	(25,0)	0,9	.	.	31,4	28,5	0,3	—	.
Mai	185	.	43,9	29,6	1,8	24,6	(23,4)	0,8	.	.	33,4	30,6	0,2	—	.
Juni	185	850,1	34,4	22,2	1,8	24,1	21,3	1,3	—	5,1	34,1	30,6	0,4	—	2,8
Württemberg-Baden															
Febr.	363	.	108,5	81,5	3,8	272,2	(259,5)	15,1	.	.	166,3	145,6	13,1	8,1	.
März	363	.	104,5	79,5	4,9	249,0	(236,8)	9,3	.	.	149,2	133,3	9,0	7,9	.
April	363	.	99,0	73,2	4,8	265,6	(255,4)	5,2	.	.	155,0	142,1	6,2	10,7	.
Mai	363	.	121,5	89,7	5,1	330,9	(321,4)	5,0	.	.	180,3	160,9	12,5	38,7	.
Juni	363	2 930,2	113,5	87,2	3,9	301,6	222,6	3,9	0,3	12,7	186,2	163,7	15,3	40,7	37,6
Württemberg-Hohenzollern															
Febr.	146	.	31,4	22,4	0,8	74,0	(72,7)	2,0	.	.	17,6	13,5	2,0	3,6	.
März	146	.	31,0	22,2	0,7	89,3	(88,1)	0,9	.	.	18,3	15,0	1,2	3,6	.
April	146	.	30,8	23,0	0,8	87,1	(84,4)	0,9	.	.	19,7	15,4	2,1	3,6	.
Mai	146	.	35,4	25,2	0,9	91,7	(90,6)	0,5	.	.	20,9	16,6	1,8	2,1	.
Juni	146	578,6	32,0	23,2	1,0	57,4	46,5	0,2	0,0	1,1	21,3	17,3	1,5	3,5	4,1
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Febr.	10	.	11,4	10,9	1,0	36,8	(36,1)	0,4	.	.	41,4	32,9	8,0	—	.
März	10	.	8,6	8,1	0,8	62,6	(61,5)	0,7	.	.	43,1	36,5	6,2	—	.
April	10	.	4,5	4,1	0,6	58,1	(56,8)	0,1	.	.	41,4	35,0	6,2	—	.
Mai	10	.	14,9	14,3	0,8	65,1	(64,2)	0,0	.	.	45,8	39,8	5,1	—	.
Juni	12	1 203,2	11,5	10,7	1,2	76,2	69,9	0,1	0,4	1,0	65,5	51,1	13,1	—	1,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf die im Juni 1950 vorgenommene Umgestaltung der Statistik zurückzuführen. — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der
³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfasst. Die vorliegenden Reihen sind bank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berich-
⁵⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁶⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁷⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen.
— ⁹⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außer-

banken

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Aktiva

papieresortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ¹⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treu- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ²⁾	Stand am Mo- nats- ende	
		gegen- wärtiger Be- stand ³⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter							
					Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- institute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung						
darunter Anleihen und verzinsliche Schatzan- weisungen des Bundes und der Länder																
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30		
Nordrhein-Westfalen																
.	.	1 207,0	.	(1 896,3)	(1 758,7)	(27,2)	(110,4)	(325,3)	251,7	73,6	150,8	.	.	.	Febr.	
.	.	1 205,2	.	(1 952,3)	(1 811,5)	(30,0)	(110,8)	(356,3)	268,5	87,8	169,9	.	.	.	März	
.	.	1 226,3	.	(1 999,2)	(1 862,6)	(31,7)	(104,9)	(396,0)	289,0	107,0	181,6	.	.	.	April	
.	.	1 249,5	.	(2 028,5)	(1 877,0)	(30,2)	(121,3)	(415,2)	300,4	114,8	197,3	.	.	.	Mai	
26,7	3,5	1 224,9	1 266,6	1 979,4	1 854,9	19,9	104,6	600,2	319,1	105,6	219,6	21,7	83,7	206,8	Juni	
Rheinland-Pfalz																
.	.	302,1	.	(429,7)	(346,3)	(11,5)	(71,9)	(45,9)	37,1	8,8	12,4	.	.	.	Febr.	
.	.	301,3	.	(435,9)	(350,7)	(10,7)	(74,5)	(50,2)	40,5	9,7	13,0	.	.	.	März	
.	.	287,6	.	(457,0)	(366,5)	(12,2)	(78,3)	(54,0)	43,1	10,9	13,1	.	.	.	April	
.	.	287,3	.	(459,7)	(367,8)	(8,6)	(83,3)	(59,1)	48,0	11,1	14,2	.	.	.	Mai	
3,7	0,6	288,1	306,3	466,1	372,6	9,1	84,4	77,1	50,8	12,6	12,5	0,5	18,7	66,1	Juni	
Schleswig-Holstein																
.	.	210,5	.	(344,8)	(290,3)	(16,0)	(38,5)	(55,9)	38,2	17,7	24,4	.	.	.	Febr.	
.	.	200,1	.	(455,9)	(297,6)	(23,9)	(34,4)	(66,5)	40,0	26,5	34,7	.	.	.	März	
.	.	198,2	.	(359,9)	(308,6)	(13,2)	(38,1)	(65,8)	41,2	24,6	37,1	.	.	.	April	
.	.	197,0	.	(367,8)	(317,9)	(15,6)	(34,3)	(68,4)	42,5	25,9	38,7	.	.	.	Mai	
0,3	0,3	193,7	225,1	371,5	320,5	14,6	36,4	97,3	45,3	22,5	43,7	2,6	18,0	19,4	Juni	
Württemberg-Baden																
.	.	595,0	.	(991,5)	(871,9)	(54,6)	(65,0)	(235,2)	209,1	26,1	67,3	.	.	.	Febr.	
.	.	588,6	.	(1 035,1)	(904,2)	(59,4)	(71,4)	(256,3)	224,6	31,7	71,2	.	.	.	März	
.	.	592,4	.	(1 063,2)	(925,4)	(61,3)	(76,5)	(273,9)	238,2	35,7	75,7	.	.	.	April	
.	.	592,0	.	(1 049,0)	(917,9)	(61,3)	(69,8)	(336,5)	297,3	39,2	44,9	.	.	.	Mai	
0,1	3,7	578,3	609,2	1 005,4	905,0	31,3	69,1	447,5	325,5	57,9	48,7	10,6	42,3	93,3	Juni	
Württemberg-Hohenzollern																
.	.	145,7	.	(191,3)	(159,0)	(3,7)	(28,6)	(17,3)	14,6	2,7	0,9	.	.	.	Febr.	
.	.	145,9	.	(195,7)	(165,6)	(4,1)	(26,0)	(18,8)	15,6	3,2	1,1	.	.	.	März	
.	.	146,9	.	(203,1)	(171,6)	(4,1)	(27,4)	(20,1)	16,5	3,6	1,1	.	.	.	April	
.	.	147,1	.	(204,6)	(172,1)	(4,2)	(28,3)	(22,1)	18,2	3,9	2,3	.	.	.	Mai	
0,8	0,0	148,3	149,7	216,2	181,2	4,8	30,2	27,8	20,0	4,4	1,8	0,8	7,6	55,5	Juni	
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																
.	.	75,9	.	(351,0)	(115,3)	(170,6)	(65,1)	(27,8)	24,2	3,6	89,0	.	.	.	Febr.	
.	.	75,9	.	(442,7)	(140,0)	(227,1)	(75,6)	(27,6)	24,0	3,6	90,8	.	.	.	März	
.	.	82,8	.	(452,5)	(162,3)	(203,8)	(86,4)	(27,5)	23,9	3,6	92,1	.	.	.	April	
.	.	86,1	.	(502,7)	(181,9)	(212,3)	(108,5)	(27,4)	23,8	3,6	95,2	.	.	.	Mai	
0,2	0,4	151,0	152,3	393,3	218,1	163,6	11,6	271,4	29,4	24,0	89,1	5,9	1,8	132,5	Juni	

1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — 2) Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — 3) für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — 4) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung tendente Institute“ ergeben. Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 5) Bis einschließlich Mai 1950 enthalten die Debitoren auch langfristige Ausleihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren) halb des Landes.

Monatliche Bankenstatistik*)¹⁾2): Gesamterhebung³⁾ der Bank deutscher Länder

Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)								Einlagen auf Festkonto	aufgenommene Gelder ⁵⁾		
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten		insgesamt	darunter	
					Sicht- und Termineinlagen	davon		Spar-einlagen	für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder				seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ⁶⁾	
						Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentlich-rechtliche Körperschaften							
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
Bundesgebiet														
Febr.	3 562	.	14 176,5	12 848,4	9 581,4	6 750,4	314,1	2 831,0	3 267,0	1 328,1	11,2	1 619,7	(94,0)	.
März	3 566	.	14 493,8	13 095,0	9 712,2	6 919,5	312,0	2 792,7	3 382,8	1 398,8	10,2	1 495,7	(102,6)	.
April	3 567	.	15 023,5	13 560,0	10 068,7	7 212,4	310,4	2 856,3	3 491,3	1 463,5	9,3	1 515,5	(109,7)	.
Mai	3 567	.	15 707,5	14 151,6	10 572,8	7 538,8	308,8	3 034,0	3 578,8	1 555,9	9,1	1 657,6	(116,2)	.
Juni	3 571	25 198,6	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	11)	1 752,7	275,7	9,3
Baden														
Febr.	169	.	469,2	434,6	291,9	189,5	11,5	102,4	142,7	34,6	0,5	28,1	(0,3)	.
März	169	.	478,8	444,7	296,5	198,7	11,4	97,8	148,2	34,1	0,3	24,9	(0,5)	.
April	170	.	484,8	448,2	296,4	195,6	11,4	100,8	151,8	36,6	0,3	22,5	(0,5)	.
Mai	170	.	501,4	472,5	318,4	204,2	11,3	114,2	154,1	28,9	0,3	24,2	(0,6)	.
Juni	170	614,9	514,4	477,1	319,3	209,5	10,7	109,8	157,8	37,3	11)	22,0	2,4	0,0
Bayern														
Febr.	577	.	2 143,2	2 000,7	1 456,3	1 069,0	59,6	387,3	544,4	142,5	0,8	295,3	(33,4)	.
März	577	.	2 238,7	2 074,9	1 508,7	1 096,8	59,0	411,9	566,2	163,8	0,8	265,3	(44,2)	.
April	577	.	2 289,7	2 123,1	1 541,4	1 135,6	58,2	405,8	581,7	166,6	0,8	298,4	(51,7)	.
Mai	577	.	2 399,3	2 208,8	1 616,0	1 174,8	57,8	441,2	592,8	190,5	0,7	303,2	(53,1)	.
Juni	578	4 068,4	2 435,7	2 227,8	1 613,2	1 189,7	48,0	423,5	614,6	207,9	11)	273,4	48,0	0,5
Bremen														
Febr.	29	.	377,0	344,8	301,0	190,2	4,5	110,8	43,8	32,2	0,1	40,8	(1,9)	.
März	29	.	359,9	328,2	282,7	181,4	4,4	101,3	45,5	31,7	0,0	32,1	(1,9)	.
April	29	.	373,9	326,2	279,3	185,6	4,5	93,7	46,9	47,7	0,0	27,5	(1,9)	.
Mai	29	.	402,8	352,4	304,1	190,4	4,4	113,7	48,3	50,4	0,0	28,1	(0,3)	.
Juni	28	771,5	395,6	343,2	293,3	186,4	3,4	106,9	49,9	52,4	11)	45,0	0,1	1,0
Hamburg														
Febr.	54	.	1 054,7	972,3	861,8	631,5	12,8	230,3	110,5	82,4	0,7	129,6	(6,8)	.
März	54	.	1 044,3	958,2	842,6	592,6	12,5	250,0	115,6	86,1	0,6	123,6	(6,5)	.
April	54	.	1 091,5	996,7	877,0	629,7	12,4	247,3	119,7	94,8	0,5	117,9	(7,1)	.
Mai	54	.	1 130,5	1 024,3	900,8	664,7	12,4	236,1	123,5	106,2	0,5	136,6	(9,0)	.
Juni	54	1 858,5	1 162,8	1 053,4	925,0	749,4	12,3	175,6	128,4	109,4	11)	110,3	11,2	2,8
Hessen														
Febr.	306	.	1 281,8	1 128,9	851,8	661,9	26,6	189,9	277,1	152,9	0,7	170,2	(2,7)	.
März	307	.	1 344,7	1 155,5	868,3	688,6	26,8	179,7	287,2	189,2	0,6	148,7	(4,7)	.
April	306	.	1 356,1	1 174,9	878,0	708,9	26,6	169,1	296,9	181,2	0,6	163,0	(5,2)	.
Mai	306	.	1 443,5	1 246,1	941,9	756,6	26,6	185,3	304,2	197,4	0,5	159,5	(5,1)	.
Juni	308	2 179,4	1 504,9	1 322,7	1 007,3	826,4	26,2	180,9	315,4	182,2	11)	182,1	3,8	1,9
Niedersachsen														
Febr.	612	.	1 444,0	1 316,0	882,6	685,7	44,2	196,9	433,4	128,0	0,8	146,7	(3,3)	.
März	612	.	1 475,5	1 335,4	890,1	713,2	44,0	176,9	445,3	140,1	0,7	131,5	(3,2)	.
April	612	.	1 544,2	1 406,0	948,6	739,8	44,0	208,8	457,4	138,2	0,7	121,2	(3,4)	.
Mai	612	.	1 611,7	1 470,5	1 001,0	780,8	44,0	220,2	469,5	141,2	0,6	133,4	(4,1)	.
Juni	611	2 427,6	1 609,4	1 473,0	993,9	798,6	42,7	195,3	479,1	136,4	11)	135,0	6,9	0,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf die im Juni 1950 vorgenommene Umgestaltung der Statistik zurückzuführen. — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der
³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind bank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben.
⁵⁾ Ab August 1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. — ⁶⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁷⁾ In der Neu- lichen „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — der ländlichen Kreditgenossenschaften betragen im Bundesgebiet im Juni 1950 rd. 100 Mill. DM. — ¹¹⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto

banken

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebietes

Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG		sonstige Passiva ⁸⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ⁹⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften) ¹⁰⁾				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾		Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	öffentliche Stellen	sonstige				
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Bundesgebiet														1950
1 733,4	1 100,1	714,0	547,6	858,1	284,9	1 481,4	127,0	2 434,4	Febr.
1 729,3	1 137,5	919,1	598,2	878,0	299,1	884,3	141,6	2 473,4	März
1 598,3	1 159,7	1 036,1	576,2	954,0	369,8	848,5	148,4	2 393,4	April
1 509,3	1 188,5	1 172,9	608,2	965,5	369,1	816,3	149,5	2 348,2	Mai
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 043,3	404,3 ⁷⁾	1 679,8	679,0	545,0	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	Juni
Baden														
34,9	0,0	0,1	2,1	17,2	2,0	19,5	2,1	35,9	Febr.
39,5	0,0	1,0	2,0	17,4	2,0	14,6	2,4	39,7	März
38,6	0,0	1,2	2,7	17,6	2,1	10,7	3,1	41,8	April
41,1	0,0	1,4	2,8	17,7	2,2	9,8	3,0	40,6	Mai
34,5	0,0	2,4	2,1	16,0	2,3	23,5	1,4	4,7	0,4	0,8	9,6	3,0	41,7	Juni
Bayern														
356,9	362,9	11,0	83,5	125,7	31,5	141,3	43,4	324,2	Febr.
348,1	376,5	13,6	94,2	134,5	38,8	125,8	49,0	345,5	März
316,3	383,0	17,6	102,2	134,9	39,7	124,6	51,0	340,5	April
294,9	390,5	19,2	113,7	135,2	39,2	106,5	52,3	314,4	Mai
299,1	316,1	187,8	118,7	129,2	42,8	308,4	131,2	89,2	127,6	17,5	134,7	39,4	333,1	Juni
Bremen														
45,6	102,1	33,9	3,8	20,8	2,9	100,6	0,7	44,7	Febr.
59,5	110,1	60,9	4,0	20,8	2,9	51,2	0,8	56,4	März
56,9	112,0	65,4	4,2	20,6	2,9	48,3	0,9	54,6	April
45,1	112,3	70,5	4,3	20,6	2,7	48,7	1,0	55,9	Mai
44,2	107,6	106,0	4,2	20,0	1,7	48,9	56,3	31,0	24,0	2,1	45,2	1,2	53,9	Juni
Hamburg														
345,0	35,4	30,6	28,8	57,6	21,3	334,3	2,4	269,4	Febr.
312,0	35,8	44,0	27,8	57,8	21,2	196,4	2,4	277,8	März
264,4	36,5	49,7	29,3	58,7	21,3	183,5	2,1	252,7	April
248,9	37,6	51,6	30,3	61,6	21,3	163,6	1,9	247,0	Mai
215,5	40,5	64,3	32,1	62,5	21,9	170,5	44,5	6,3	33,1	24,1	176,5	2,0	224,6	Juni
Hessen														
124,5	83,7	31,8	36,3	60,4	6,7	110,7	9,7	153,9	Febr.
126,4	86,2	36,2	36,7	61,9	6,9	84,8	11,8	155,3	März
109,0	88,1	43,3	38,2	64,2	7,3	73,3	11,6	145,2	April
113,1	90,7	47,3	40,5	64,6	7,3	70,1	11,0	156,1	Mai
106,0	87,8	61,5	21,8	71,4	10,6	143,9	36,1	23,4	22,4	7,9	78,0	11,8	143,3	Juni
Niedersachsen														
83,1	143,6	159,3	16,3	71,5	6,7	49,7	18,3	181,8	Febr.
80,9	146,6	181,0	17,0	72,5	7,0	39,6	20,5	172,9	März
71,9	152,0	193,0	19,0	72,4	10,0	41,5	21,2	164,6	April
65,1	153,1	209,1	22,6	73,5	7,1	40,7	21,4	161,9	Mai
56,1	141,0	235,7	26,7	82,1	9,9	141,6	40,2	65,2	147,4	18,0	46,2	19,6	151,4	Juni

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung tendente Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — bildung enthaltene Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeskreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁸⁾ Einschließ- ⁹⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — ¹⁰⁾ Die nicht aufgegliederten Zahlen je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten.

Monatliche Bankenstatistik*) 1) 2); Gesamterhebung³⁾ der Bank deutscher Länder
noch: Passiva Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)								aufgenommene Gelder ⁵⁾			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten	Einlagen auf Festkonto	insgesamt	darunter	
					Sicht- und Termineinlagen	Wirtschaftsunternehmen und Private		öffentlich-rechtliche Körperschaften	Spareinlagen				für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ⁶⁾
						insgesamt	darunter Anlagekonto							
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1950														
Nordrhein-Westfalen														
Febr.	834	.	4 165,6	3 756,2	2 856,0	1 939,1	73,2	916,9	900,2	409,4	6,3	315,4	(9,8)	.
März	837	.	4 273,8	3 862,0	2 923,7	2 041,0	72,6	882,7	938,3	411,8	6,0	305,6	(10,2)	.
April	837	.	4 514,3	4 051,4	3 073,0	2 150,5	72,3	922,5	978,4	462,9	5,6	306,8	(10,0)	.
Mai	837	.	4 693,7	4 235,2	3 226,0	2 246,7	71,8	979,3	1 009,2	458,5	5,5	338,8	(12,2)	.
Juni	838	6 600,9	4 753,8	4 220,7	3 164,4	2 325,3	71,5	839,1	1 056,3	533,1	11)	427,8	118,4	2,0
Rheinland-Pfalz														
Febr.	277	.	645,6	607,8	384,1	282,2	20,6	101,9	223,7	37,8	0,7	149,9	(11,7)	.
März	277	.	652,4	613,5	385,3	286,2	20,5	99,1	228,2	38,9	0,6	156,5	(10,4)	.
April	278	.	661,0	624,1	391,3	295,6	20,7	95,7	232,8	36,9	0,5	163,7	(11,8)	.
Mai	278	.	691,2	649,9	411,6	306,9	20,6	104,7	238,3	41,3	0,5	166,0	(13,2)	.
Juni	278	1 115,3	725,9	659,5	415,7	312,3	18,4	103,4	243,8	66,4	11)	133,1	10,3	—
Schleswig-Holstein														
Febr.	185	.	391,2	369,5	256,0	195,9	14,2	60,1	113,5	21,7	0,2	115,6	(9,6)	.
März	185	.	396,1	371,8	255,2	199,7	14,2	55,5	116,6	24,3	0,2	111,3	(10,1)	.
April	185	.	419,7	393,5	273,2	218,0	14,1	55,2	120,3	26,2	0,2	83,4	(5,4)	.
Mai	185	.	412,9	387,0	264,1	218,7	14,1	45,4	122,9	25,9	0,2	101,3	(5,4)	.
Juni	185	850,1	436,8	410,6	284,2	215,9	13,9	68,3	126,4	26,2	11)	95,1	20,1	—
Württemberg-Baden														
Febr.	363	.	1 647,9	1 454,2	1 095,3	680,3	35,1	415,0	358,9	193,7	0,3	142,6	(6,1)	.
März	363	.	1 621,2	1 446,6	1 077,2	693,5	34,9	383,7	369,4	174,6	0,2	132,0	(4,4)	.
April	363	.	1 667,9	1 497,2	1 116,8	719,9	34,3	396,9	380,4	170,7	0,2	143,1	(4,8)	.
Mai	363	.	1 810,4	1 603,7	1 214,8	759,8	34,1	455,0	388,9	206,7	0,2	143,6	(5,2)	.
Juni	363	2 930,2	1 793,6	1 572,5	1 179,5	764,0	33,0	415,5	393,0	221,1	11)	152,1	26,9	1,1
Württemberg-Hohenzollern														
Febr.	146	.	414,0	353,0	234,1	157,9	11,1	76,2	118,9	61,0	0,1	33,7	(2,0)	.
März	146	.	429,0	359,6	237,3	159,1	11,1	78,2	122,3	69,4	0,1	26,5	(2,4)	.
April	146	.	433,5	363,4	238,4	160,9	11,1	77,5	125,0	70,1	0,1	31,3	(2,6)	.
Mai	146	.	446,7	372,1	245,1	167,2	11,0	77,9	127,0	74,6	0,0	31,0	(2,8)	.
Juni	146	578,6	445,7	368,5	238,1	168,8	11,0	69,3	130,4	77,2	11)	40,2	2,0	0,1
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
Febr.	10	.	142,8	110,6	110,5	67,4	0,7	43,1	0,1	32,2	0,0	51,9	(6,3)	.
März	10	.	179,7	144,7	144,6	68,8	0,7	75,8	0,1	35,0	0,0	37,7	(3,9)	.
April	10	.	186,9	155,2	155,1	72,1	0,7	83,0	0,1	31,7	0,0	36,4	(5,2)	.
Mai	10	.	163,3	129,0	128,9	68,0	0,7	60,9	0,1	34,3	0,0	91,8	(5,3)	.
Juni	12	1 203,2	236,8	177,0	176,9	84,3	0,6	92,6	0,1	50,8	11)	126,4	25,6	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf die im Juni 1950 vorgenommene Umgestaltung der Statistik zurückzuführen. — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der
³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind bank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben.
⁵⁾ Ab August 1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. — ⁶⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁷⁾ In der Neuzählung „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — der ländlichen Kreditgenossenschaften betragen im Bundesgebiet im Juni 1950 rd. 100 Mill. DM. — ¹¹⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto

banken

Länder

IV. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG		sonstige Passiva ⁸⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ⁹⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften) ¹⁰⁾				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾		Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	öffentliche Stellen	sonstige				
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Nordrhein-Westfalen														1950
255,7	123,6	237,8	150,8	161,4	8,1	428,4	18,3	735,0	Febr.
265,7	129,1	276,6	169,9	163,4	10,2	232,5	19,0	701,3	März
258,4	134,9	314,3	181,6	166,5	10,5	240,1	17,2	681,8	April
246,2	143,4	345,6	197,3	168,5	10,8	254,2	15,3	655,9	Mai
219,4	144,5	295,9	219,7	176,7	12,1	363,1	81,4	208,0	368,2	25,5	279,3	13,1	672,7	Juni
Rheinland-Pfalz														
75,5	26,5	2,7	13,4	27,0	2,4	55,5	5,9	107,5	Febr.
73,2	26,8	3,0	13,5	28,3	2,4	35,8	7,0	108,0	März
71,8	26,6	6,0	13,8	29,4	2,6	31,2	7,6	108,6	April
68,2	26,9	6,2	15,0	29,5	2,8	36,5	6,9	114,1	Mai
63,6	28,6	14,9	12,5	31,3	3,6	105,4	9,2	14,9	13,9	1,9	33,8	8,1	111,6	Juni
Schleswig-Holstein														
91,6	17,1	33,6	24,4	27,4	5,8	36,9	8,9	102,0	Febr.
93,3	17,7	49,3	34,7	27,8	6,1	24,4	10,4	111,9	März
91,6	17,7	61,2	37,1	28,2	5,9	18,4	11,6	120,2	April
95,1	18,2	64,8	38,7	28,3	6,0	18,5	11,7	128,0	Mai
96,1	18,2	81,3	43,7	29,8	6,2	49,1	45,9	38,0	53,0	8,0	18,9	11,3	126,0	Juni
Württemberg-Baden														
211,5	151,3	79,0	98,3	131,5	51,4	145,9	15,3	192,6	Febr.
226,0	154,5	100,6	106,7	135,7	55,1	66,9	15,7	223,4	März
215,4	154,7	112,3	55,0	203,7	120,4	64,5	18,7	209,4	April
185,2	157,2	149,1	45,3	208,1	123,3	56,1	21,8	191,8	Mai
167,5	165,4	173,9	48,7	214,7	136,5 ⁷⁾	214,3	43,4	41,4	142,4	24,9	66,1	23,4	205,7	Juni
Württemberg-Hohenzollern														
25,8	—	5,8	0,9	12,6	2,4	56,1	2,0	25,4	Febr.
31,4	—	5,9	1,1	12,7	2,6	9,0	2,7	31,4	März
32,4	—	6,0	1,1	12,8	3,2	8,9	3,2	32,8	April
32,2	—	7,2	2,3	12,9	2,6	8,3	3,2	32,2	Mai
31,7	—	6,3	1,8	12,2	3,5	40,7	1,0	8,6	0,3	—	9,1	3,0	34,2	Juni
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
83,4	54,0	88,4	89,0	144,8	143,7	2,5	0,1	262,1	Febr.
73,8	54,2	146,8	90,8	145,0	143,9	3,3	0,1	249,7	März
71,4	54,3	166,1	92,1	145,0	143,9	3,5	0,1	241,2	April
74,3	58,5	200,9	95,2	145,0	143,9	3,4	0,1	250,5	Mai
116,4	146,2	210,6	89,1	197,4	153,4	70,3	188,7	14,2	101,4	28,3	10,0	0,2	219,8	Juni

1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — 2) Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — 4) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung tendente Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — bildung enthaltene Kapitalbeteiligung des Landes an zwei Landeskreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — 8) Einschließ- 9) Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — 10) Die nicht aufgegliederten Zahlen je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten.

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel		Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beteili-	
			ins-gesamt ⁵⁾	darunter Giro-guthaben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	darunter			Handelswechsel
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1950															
Alle Banken															
Febr.	3 562	.	1 035,6	757,2	45,1	1 628,0	(1 414,1)	204,3	.	.	1 726,3	1 463,4	166,3	185,5	.
März	3 566	.	936,3	676,8	46,7	1 709,7	(1 480,6)	119,5	.	.	1 818,0	1 548,8	162,5	280,3	.
April	3 567	.	1 012,7	744,7	47,6	1 846,5	(1 643,2)	102,4	.	.	1 928,2	1 680,7	137,8	334,7	.
Mai	3 567	.	1 220,7	893,9	58,9	2 076,3	(1 858,0)	88,5	.	.	2 089,3	1 814,9	161,5	363,1	.
Juni	3 571	25 198,6	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	278,5
Kreditbanken															
Febr.	251	.	372,8	285,9	19,2	443,5	(301,7)	187,4	.	.	843,6	738,0	70,9	5,1	.
März	252	.	313,3	226,7	21,5	476,5	(343,9)	105,1	.	.	967,5	827,2	94,0	44,6	.
April	252	.	372,1	282,8	21,9	487,2	(353,2)	92,2	.	.	1 044,2	922,3	74,1	41,7	.
Mai	252	.	433,5	326,6	25,2	589,1	(445,7)	79,3	.	.	1 124,4	997,0	78,3	39,0	.
Juni	256	8 925,1	413,0	324,2	19,6	554,9	541,5	62,9	0,9	116,6	1 189,6	1 040,9	93,1	56,5	111,1
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
Febr.	38	.	2,2	1,6	0,4	133,9	(133,6)	.	.	.	0,5	0,1	.	.	.
März	38	.	3,7	3,0	0,5	156,4	(155,1)	.	.	.	0,5	0,1	.	.	.
April	38	.	2,3	1,8	0,4	168,8	(168,1)	.	.	.	0,5	0,1	.	0,9	.
Mai	38	.	3,3	2,7	0,4	171,6	(171,1)	.	.	.	0,5	0,1	.	0,9	.
Juni	38	1 664,0	7,9	7,1	0,5	196,8	120,3	.	0,0	0,1	0,5	0,1	.	0,9	6,4
Girozentralen															
Febr.	18	.	60,6	52,2	4,3	402,0	(349,6)	6,6	.	.	476,1	400,3	70,7	143,8	.
März	18	.	81,6	72,7	3,8	340,7	(266,9)	5,1	.	.	435,6	381,9	48,3	190,3	.
April	18	.	97,3	88,4	3,1	410,6	(363,3)	3,6	.	.	455,5	408,9	41,6	223,6	.
Mai	18	.	124,0	112,9	6,3	453,2	(399,0)	4,8	.	.	508,4	442,9	60,1	243,4	.
Juni	18	3 425,0	97,1	87,3	5,4	373,9	259,2	3,6	0,2	10,6	496,3	440,5	50,2	260,6	59,3
Sparkassen															
Febr.	886	.	428,8	291,2	11,4	438,9	(427,8)	1,2	.	.	213,1	188,5	8,7	34,4	.
März	885	.	375,6	254,2	11,4	495,9	(485,9)	0,6	.	.	224,6	201,0	7,2	43,2	.
April	885	.	394,0	265,4	12,1	536,7	(525,9)	0,6	.	.	232,7	209,8	7,3	66,3	.
Mai	885	.	467,1	311,3	15,4	599,6	(589,0)	0,3	.	.	241,8	220,2	5,8	77,8	.
Juni	884	6 819,3	413,0	280,5	13,3	599,7	444,7	0,2	0,1	18,3	248,4	231,9	5,4	80,2	77,6
Zentralkassen															
Febr.	32	.	49,9	45,4	1,6	36,7	(35,8)	2,2	.	.	51,2	32,1	7,0	0,9	.
März	32	.	48,5	44,7	1,7	39,2	(37,4)	1,0	.	.	41,0	25,3	5,5	0,9	.
April	32	.	39,4	35,6	1,9	38,2	(37,2)	0,8	.	.	43,9	24,0	7,4	0,8	.
Mai	32	.	51,3	46,3	2,5	56,4	(55,6)	0,7	.	.	48,9	25,9	10,4	0,6	.
Juni	32	738,3	42,1	38,0	2,3	33,6	33,4	0,2	0,0	3,2	53,6	30,5	7,4	0,7	4,7
Kreditgenossenschaften															
Febr.	2 292	.	103,6	64,7	6,6	111,2	(107,3)	0,4	.	.	73,0	45,9	0,2	1,3	.
März	2 293	.	99,6	63,2	6,5	107,8	(103,9)	0,2	.	.	72,9	46,5	0,0	1,3	.
April	2 294	.	95,1	59,6	7,1	113,4	(109,8)	0,1	.	.	75,6	48,4	0,2	1,3	.
Mai	2 294	.	119,8	74,0	7,6	110,7	(106,9)	0,1	.	.	81,0	53,6	0,0	1,3	.
Juni	2 295	2 115,9	102,0	64,7	7,1	114,9	109,8	0,1	0,0	11,1	80,5	53,3	0,4	0,1	12,7
Sonstige Kreditinstitute															
Febr.	35	.	6,4	5,4	0,4	25,0	(22,1)	6,1	.	.	27,5	25,7	0,9	.	.
März	38	.	5,3	4,2	0,5	30,4	(25,8)	6,8	.	.	32,9	30,3	1,4	.	.
April	38	.	7,9	7,0	0,5	33,4	(28,8)	4,9	.	.	34,4	32,2	1,1	.	.
Mai	38	.	6,8	5,7	0,6	30,7	(26,5)	3,4	.	.	38,6	35,4	1,8	.	.
Juni	36	307,8	6,6	5,8	0,6	33,4	32,6	2,8	.	0,4	41,6	38,2	1,4	.	4,8
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Febr.	10	.	11,4	10,9	1,0	36,8	(36,1)	0,4	.	.	41,4	32,9	8,0	.	.
März	10	.	8,6	8,1	0,8	62,6	(61,5)	0,7	.	.	43,1	36,5	6,2	.	.
April	10	.	4,5	4,1	0,6	58,1	(56,8)	0,1	.	.	41,4	35,0	6,2	.	.
Mai	10	.	14,9	14,3	0,8	65,1	(64,2)	0,0	.	.	45,8	39,8	5,1	.	.
Juni	12	1 203,2	11,5	10,7	1,2	76,2	69,9	0,1	0,4	1,0	65,5	51,1	13,1	.	1,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf die im Juni 1950 vorgenommene Umgestaltung der Statistik zurückzuführen. —
 — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der
 — Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind
 bank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist,
 Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der bericht-
 5) Kasse und Landeszentralbankguthaben. — 6) Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — 7) Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen.
 — 9) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außer-
 Z. B. haben einige als verlagert anerkannte Institute im Juni 1950 erstmalig Ausgleichsforderungen ausgewiesen.

banken

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ¹⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Gebä- ude	son- stige Aktiva ⁹⁾	Stand am Mo- nats- ende	
		gegen- wärtiger Be- stand ⁷⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter							
					Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung						
darunter Anleihen und ver- zinsliche Schatzan- weisungen des Bundes und der Länder																
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30		
Alle Banken																1950
.	.	5 253,3	.	(8 589,8)	(7 366,5)	(420,6)	(802,7)	(1 549,0)	1 277,3	271,7	514,8	.	.	.	Febr.	
.	.	5 204,9	.	(8 818,6)	(7 482,8)	(531,9)	(803,9)	(1 703,5)	1 369,6	333,9	561,5	.	.	.	März	
.	.	5 242,7	.	(8 894,2)	(7 606,5)	(476,2)	(811,5)	(1 834,3)	1 466,5	367,8	596,5	.	.	.	April	
.	.	5 266,0	.	(8 993,0)	(7 649,9)	(475,8)	(867,3)	(2 004,0)	1 596,9	407,1	607,5	.	.	.	Mai	
44,8	25,8	5 269,8 ¹⁰⁾	5 600,1	8 789,7	7 693,7	395,9	700,1	2 861,2	1 723,9	452,9	621,0	77,2	376,9	964,2	Juni	
Kreditbanken																
.	.	1 276,6	.	(4 404,9)	(4 245,1)	(62,1)	(97,7)	(141,9)	134,3	7,6	26,5	.	.	.	Febr.	
.	.	1 264,8	.	(4 404,4)	(4 207,7)	(91,3)	(105,4)	(153,0)	140,9	12,1	26,4	.	.	.	März	
.	.	1 290,2	.	(4 433,3)	(4 236,8)	(87,3)	(109,2)	(153,3)	144,7	8,6	29,5	.	.	.	April	
.	.	1 294,5	.	(4 389,2)	(4 201,0)	(77,3)	(110,9)	(159,7)	150,6	9,1	32,7	.	.	.	Mai	
0,6	5,5	1 292,1	1 368,6	4 353,3	4 140,9	104,6	107,8	341,3	162,0	8,8	31,2	41,2	126,0	209,4	Juni	
Hypothekendarlehen und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																
.	.	379,1	.	(51,4)	(33,7)	(9,2)	(8,5)	(584,0)	544,2	39,8	133,3	.	.	.	Febr.	
.	.	370,9	.	(55,1)	(35,2)	(10,8)	(9,1)	(627,0)	573,6	53,4	146,2	.	.	.	März	
.	.	370,9	.	(56,4)	(35,3)	(11,4)	(9,7)	(659,8)	604,9	54,9	157,6	.	.	.	April	
.	.	363,3	.	(55,4)	(33,1)	(12,4)	(9,9)	(757,6)	683,4	74,2	133,2	.	.	.	Mai	
0,1	14,5	353,4	418,9	45,5	40,3	1,5	3,7	844,3	734,8	85,4	147,2	1,3	14,1	30,6	Juni	
Girozentralen																
.	.	270,5	.	(898,2)	(427,7)	(115,8)	(354,7)	(316,0)	142,6	173,4	212,7	.	.	.	Febr.	
.	.	263,8	.	(926,0)	(456,0)	(136,4)	(333,6)	(370,8)	161,8	209,0	237,8	.	.	.	März	
.	.	262,1	.	(865,1)	(442,5)	(105,4)	(317,2)	(430,1)	192,2	237,9	253,2	.	.	.	April	
.	.	268,2	.	(902,2)	(457,6)	(105,0)	(339,6)	(448,9)	196,6	252,3	275,4	.	.	.	Mai	
36,2	5,4	262,1	285,6	861,5	491,3	76,1	294,1	571,4	195,0	256,0	292,0	1,8	21,4	102,4	Juni	
Sparkassen																
.	.	2 447,2	.	(1 529,5)	(1 446,5)	(58,6)	(24,4)	(459,3)	412,6	46,7	41,9	.	.	.	Febr.	
.	.	2 425,6	.	(1 602,1)	(1 516,3)	(61,6)	(24,2)	(501,9)	447,2	54,7	41,9	.	.	.	März	
.	.	2 431,5	.	(1 664,5)	(1 575,5)	(63,2)	(25,8)	(538,6)	476,8	61,8	44,3	.	.	.	April	
.	.	2 453,7	.	(1 704,0)	(1 614,0)	(63,1)	(26,9)	(584,0)	517,3	66,7	46,4	.	.	.	Mai	
5,1	—	2 412,2	2 542,7	1 700,3	1 644,1	43,4	12,8	739,4	578,0	77,4	40,4	5,9	143,5	326,8	Juni	
Zentralkassen																
.	.	60,8	.	(430,4)	(191,1)	(1,1)	(238,2)	(0,0)	0,0	—	3,4	.	.	.	Febr.	
.	.	62,7	.	(428,1)	(183,0)	(1,1)	(244,0)	(0,7)	0,7	—	4,7	.	.	.	März	
.	.	60,8	.	(432,4)	(177,9)	(1,1)	(253,4)	(0,8)	0,8	—	5,2	.	.	.	April	
.	.	60,4	.	(428,3)	(167,7)	(1,3)	(259,3)	(0,9)	0,9	—	8,6	.	.	.	Mai	
0,3	—	57,9	62,7	394,9	134,6	1,1	259,2	39,9	6,2	—	4,8	3,9	10,8	85,7	Juni	
Kreditgenossenschaften																
.	.	717,7	.	(777,2)	(766,9)	(3,2)	(7,1)	(19,1)	18,5	0,6	7,1	.	.	.	Febr.	
.	.	715,7	.	(807,0)	(797,6)	(3,6)	(5,8)	(21,4)	20,3	1,1	8,9	.	.	.	März	
.	.	715,7	.	(835,3)	(827,9)	(3,7)	(3,7)	(23,3)	22,1	1,2	9,5	.	.	.	April	
.	.	714,3	.	(847,3)	(839,0)	(4,2)	(4,1)	(24,5)	23,3	1,2	11,3	.	.	.	Mai	
2,2	0,0	714,2	742,0	887,2	876,4	5,7	5,1	48,0	13,3	1,3	11,8	5,8	52,1	68,3	Juni	
Sonstige Kreditinstitute																
.	.	25,5	.	(147,2)	(140,2)	(0,1)	(6,9)	(0,8)	0,8	—	1,0	.	.	.	Febr.	
.	.	25,5	.	(153,2)	(146,8)	(0,1)	(6,3)	(1,1)	1,1	—	4,8	.	.	.	März	
.	.	28,7	.	(154,8)	(148,6)	(0,4)	(5,8)	(1,0)	1,0	—	5,1	.	.	.	April	
.	.	25,6	.	(163,9)	(155,7)	(0,3)	(7,9)	(1,0)	1,0	—	4,8	.	.	.	Mai	
0,3	—	26,8	27,2	153,8	147,9	0,0	5,9	5,5	5,1	—	4,6	11,3	7,3	8,3	Juni	
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																
.	.	75,9	.	(351,0)	(115,3)	(170,6)	(65,1)	(27,8)	24,2	3,6	89,0	.	.	.	Febr.	
.	.	75,9	.	(442,7)	(140,0)	(227,1)	(75,6)	(27,6)	24,0	3,6	90,8	.	.	.	März	
.	.	82,8	.	(452,5)	(162,3)	(203,8)	(86,4)	(27,5)	23,9	3,6	92,1	.	.	.	April	
.	.	86,1	.	(502,7)	(181,9)	(212,3)	(108,5)	(27,4)	23,8	3,6	95,2	.	.	.	Mai	
0,2	0,4	151,0	152,3	393,3	218,1	163,6	11,6	271,4	29,4	24,0	89,1	5,9	1,8	132,5	Juni	

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der tendenden Institute ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁸⁾ Bis einschließlich Mai 1950 enthalten die Debitoren auch langfristige Ausleihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). halb des Landes. — ¹⁰⁾ Ein effektiver Rückgang in Höhe von 18,5 Mill. DM wurde überdeckt durch einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill. DM.

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)								Einlagen auf Festkonto	aufgenommene Gelder ⁵⁾		
			mit Kreditinstituten	ohne Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten		insgesamt	darunter	
					Sicht- und Termineinlagen	Wirtschaftsunternehmen und Private		Spar-einlagen	öffentlich-rechtliche Körperschaften				für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ⁶⁾
						insgesamt	darunter Anlagekonto							
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1950														
Alle Banken														
Febr.	3 562	.	14 176,5	12 848,4	9 581,4	6 750,4	314,1	2 831,0	3 267,0	1 328,1	11,2	1 619,7	(94,0)	.
März	3 566	.	14 493,8	13 095,0	9 712,2	6 919,5	312,0	2 792,7	3 382,8	1 398,8	10,2	1 495,7	(102,6)	.
April	3 567	.	15 023,5	13 560,0	10 068,7	7 212,4	310,4	2 856,3	3 491,3	1 463,5	9,3	1 515,5	(109,7)	.
Mai	3 567	.	15 707,5	14 151,6	10 572,8	7 538,8	308,8	3 034,0	3 578,8	1 555,9	9,1	1 657,6	(116,2)	.
Juni	3 571	25 198,6	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	11)	1 752,7	275,7	9,3
Kreditbanken														
Febr.	251	.	5 174,7	4 739,6	4 392,6	3 723,8	47,5	668,8	347,0	435,1	2,0	594,1	(31,1)	.
März	252	.	5 342,8	4 868,2	4 506,3	3 802,7	45,9	703,6	361,9	474,6	1,8	513,8	(45,9)	.
April	252	.	5 560,6	5 068,1	4 692,6	3 977,0	45,0	715,6	375,5	492,5	1,6	515,1	(51,8)	.
Mai	252	.	5 871,7	5 322,1	4 933,9	4 192,2	44,1	741,7	388,2	549,6	1,5	519,4	(53,5)	.
Juni	256	8 925,1	6 028,5	5 451,9	5 041,8	4 385,8	39,7	656,0	410,1	576,6	11)	549,0	67,3	8,4
Hypothekendarlehen und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten														
Febr.	38	.	12,8	10,8	10,6	4,1	0,1	6,5	0,2	2,0	0,0	16,3	(2,8)	.
März	38	.	13,9	12,0	11,7	4,3	0,1	7,4	0,3	1,9	0,0	15,7	(3,0)	.
April	38	.	15,9	14,4	14,1	5,6	0,1	8,5	0,3	1,5	0,0	16,4	(3,4)	.
Mai	38	.	20,2	19,3	19,0	5,4	0,1	13,6	0,3	0,9	0,0	20,1	(4,4)	.
Juni	38	1 664,0	25,7	23,7	23,4	5,6	0,0	17,8	0,3	2,0	11)	32,3	12,0	—
Girozentralen														
Febr.	18	.	1 873,1	1 286,2	1 243,0	186,8	7,3	1 056,2	43,2	586,9	0,2	193,5	(8,2)	.
März	18	.	1 832,4	1 220,0	1 175,2	209,2	7,6	966,0	44,8	612,4	0,2	196,3	(6,2)	.
April	18	.	1 902,0	1 247,4	1 200,6	217,6	7,5	983,0	46,8	654,6	0,1	201,5	(1,8)	.
Mai	18	.	2 008,0	1 324,6	1 276,6	234,8	7,4	1 041,8	48,0	683,4	0,1	244,8	(3,2)	.
Juni	18	3 425,0	1 999,0	1 238,6	1 188,9	283,3	7,5	905,6	49,7	760,4	11)	267,8	98,5	0,2
Sparkassen														
Febr.	886	.	5 130,0	5 086,9	2 790,1	1 794,9	197,2	995,2	2 296,8	43,1	6,9	316,6	(21,6)	.
März	885	.	5 262,6	5 212,8	2 833,0	1 850,3	196,6	982,7	2 379,8	49,8	6,3	291,5	(20,5)	.
April	885	.	5 459,4	5 402,1	2 944,5	1 935,1	195,8	1 009,4	2 457,6	57,3	5,9	284,6	(23,7)	.
Mai	885	.	5 690,3	5 633,7	3 113,3	1 999,3	195,0	1 114,0	2 520,4	56,6	5,7	295,4	(23,3)	.
Juni	884	6 819,3	5 749,3	5 677,1	3 078,0	2 027,0	186,2	1 051,0	2 599,1	72,2	11)	301,6	43,4	0,0
Zentralkassen														
Febr.	32	.	324,1	109,9	100,7	83,5	3,4	17,2	9,2	214,2	0,0	174,2	(3,8)	.
März	32	.	320,1	110,3	100,8	84,2	3,4	16,6	9,5	209,8	0,0	171,2	(4,0)	.
April	32	.	323,4	112,5	102,9	86,2	3,4	16,7	9,6	210,9	0,0	179,1	(4,4)	.
Mai	32	.	334,7	118,7	109,0	89,3	3,4	19,7	9,7	216,0	0,0	203,7	(7,0)	.
Juni	32	738,3	355,2	130,4	120,5	102,8	3,1	17,7	9,9	224,8	11)	153,2	2,5	—
Kreditgenossenschaften														
Febr.	2 292	.	1 432,6	1 422,8	860,5	820,2	55,6	40,3	562,3	9,8	1,8	227,3	(16,2)	.
März	2 293	.	1 447,3	1 437,3	858,9	822,3	55,5	36,6	578,4	10,0	1,7	223,5	(15,3)	.
April	2 294	.	1 473,6	1 463,0	869,8	833,3	55,7	36,5	593,2	10,6	1,4	228,1	(15,5)	.
Mai	2 294	.	1 514,2	1 504,9	900,8	861,9	55,9	38,9	604,1	9,3	1,3	224,3	(15,3)	.
Juni	2 295	2 115,9	1 535,4	1 526,2	907,9	871,3	52,6	36,6	618,3	9,2	11)	246,3	16,8	—
Sonstige Kreditinstitute														
Febr.	35	.	86,2	81,3	73,3	69,8	2,3	3,5	8,0	4,9	0,3	45,9	(3,9)	.
März	38	.	95,1	89,9	81,8	77,7	2,2	4,1	8,1	5,2	0,3	46,1	(3,8)	.
April	38	.	101,8	97,3	89,1	85,6	2,3	3,5	8,2	4,5	0,3	54,3	(3,9)	.
Mai	38	.	105,3	99,4	91,4	88,0	2,3	3,4	8,0	5,9	0,3	58,0	(4,1)	.
Juni	36	307,8	85,6	81,1	73,4	70,4	1,9	3,0	7,7	4,5	11)	66,0	9,7	0,7
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
Febr.	10	.	142,8	110,6	110,5	67,4	0,7	43,1	0,1	32,2	0,0	51,9	(6,3)	.
März	10	.	179,7	144,7	144,6	68,8	0,7	75,8	0,1	35,0	0,0	37,7	(3,9)	.
April	10	.	186,9	155,2	155,1	72,1	0,7	83,0	0,1	31,7	0,0	36,4	(5,2)	.
Mai	10	.	163,3	129,0	128,9	68,0	0,7	60,9	0,1	34,3	0,0	91,8	(5,3)	.
Juni	12	1 203,2	236,8	177,0	176,9	84,3	0,6	92,6	0,1	59,8	11)	136,4	25,6	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf die im Juni 1950 vorgenommene Umgestaltung der Statistik zurückzuführen. — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanz-Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für bank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist. Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden“ Ab August 1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. — ⁶⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁷⁾ In der Neubildung stige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ⁹⁾ Einbezogen Kreditgenossenschaften betragen bei allen Banken im Juni 1950 rd. 100 Mill. DM. — ¹¹⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto je nach dem

banken

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG		sonstige Passiva ⁸⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ⁹⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften) ¹⁰⁾				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾		Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	öffentliche Stellen	sonstige				
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Alle Banken														
1 733,4	1 100,1	714,0	547,6	858,1	284,9	1 481,4	127,0	2 434,4	Febr.
1 729,3	1 137,5	919,1	598,2	878,0	299,1	884,3	141,6	2 473,4	März
1 598,3	1 159,7	1 036,1	576,2	954,0	369,8	848,5	148,4	2 393,4	April
1 509,3	1 188,5	1 172,9	608,2	965,5	369,1	816,3	149,5	2 348,2	Mai
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 043,3	404,3 ⁷⁾	1 679,8	679,0	545,0	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	Juni
Kreditbanken														
1 352,6	183,8	89,5	26,5	185,8	8,7	1 259,0	28,4	1 499,7	Febr.
1 351,6	189,7	109,1	26,4	186,7	9,1	718,0	35,6	1 445,8	März
1 240,1	194,4	119,5	29,5	186,2	9,1	687,5	37,1	1 375,3	April
1 158,8	198,0	134,0	32,5	189,4	8,9	651,0	36,6	1 314,3	Mai
1 059,7	185,0	211,5	31,2	197,0	15,1	663,2	136,5	90,5	38,2	50,5	705,8	25,5	1 298,3	Juni
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten														
—	672,5	146,2	163,8	160,5	75,1	0,1	—	—	Febr.
—	691,3	179,5	173,4	173,4	85,7	0,1	—	—	März
—	701,9	200,3	136,0	241,9	153,7	0,1	—	—	April
—	710,0	246,4	133,4	246,7	153,8	0,1	—	—	Mai
—	689,3	341,6	147,2	250,9	157,6 ⁷⁾	177,0	119,1	55,5	309,3	27,3	2,2	—	—	Juni
Girozentralen														
13,1	189,8	259,0	212,7	53,2	18,9	41,6	0,6	89,9	Febr.
7,5	202,3	325,5	237,8	53,7	18,9	28,9	0,8	126,8	März
8,4	209,2	374,7	253,2	54,6	19,0	25,0	1,1	105,6	April
7,7	222,0	396,6	275,4	55,4	18,9	24,9	1,3	87,0	Mai
7,2	174,8	449,8	292,0	54,3	18,7	180,1	220,0	140,4	499,8	28,5	36,3	1,7	76,8	Juni
Sparkassen														
32,8	—	119,8	44,1	198,2	—	30,0	7,3	112,1	Febr.
39,9	—	139,6	43,4	198,1	—	32,4	9,4	122,7	März
36,5	—	155,5	45,0	202,8	1,2	34,9	9,9	125,8	April
32,1	—	172,0	47,1	203,9	0,1	35,9	10,3	137,9	Mai
36,3	0,0	179,6	40,4	187,0	11,9	325,1	9,9	189,8	69,9	9,3	39,2	10,4	146,3	Juni
Zentralkassen														
114,9	—	3,9	3,4	18,3	3,7	65,5	23,9	276,5	Febr.
114,1	—	6,7	4,7	19,1	3,6	51,2	23,8	316,7	März
102,6	—	7,5	5,2	19,3	3,7	51,6	27,1	325,4	April
95,9	—	9,2	8,6	19,1	3,7	52,8	29,5	330,0	Mai
87,5	0,5	26,6	4,8	18,6	4,0	91,9	2,6	30,0	0,7	1,4	58,8	28,8	332,9	Juni
Kreditgenossenschaften														
98,7	—	3,4	7,1	76,6	27,1	55,2	46,5	144,7	Febr.
106,2	—	3,9	8,9	78,8	28,7	32,9	52,5	157,9	März
106,0	—	4,4	10,1	80,8	29,6	32,8	55,1	162,0	April
105,7	—	5,4	11,3	82,4	30,6	34,5	54,4	163,8	Mai
105,1	0,0	16,3	11,8	109,5	36,7	91,5	2,1	19,1	6,2	9,1	39,5	53,9	174,0	Juni
Sonstige Kreditinstitute														
38,0	0,1	3,8	1,0	20,7	7,8	27,5	20,2	49,4	Febr.
36,3	—	8,1	4,8	23,2	9,1	17,6	19,4	53,9	März
33,3	—	8,1	5,1	23,4	9,7	13,0	18,0	58,1	April
34,9	—	8,4	4,8	23,5	9,2	13,7	17,3	64,6	Mai
37,8	—	4,4	4,6	28,6	6,8	80,8	—	5,8	8,4	4,5	15,8	15,5	69,9	Juni
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
83,4	54,0	88,4	89,0	144,8	143,7	2,5	0,1	262,1	Febr.
73,8	54,2	146,8	90,8	145,0	143,9	3,3	0,1	249,7	März
71,4	54,3	166,1	92,1	145,0	143,9	3,5	0,1	241,2	April
74,3	58,5	200,9	95,2	145,0	143,9	3,4	0,1	250,5	Mai
116,4	146,2	210,6	89,1	197,4	153,4	70,3	188,7	14,2	101,4	28,3	10,0	0,2	219,8	Juni

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt summe aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — ³⁾ Die alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank sind jedoch alle Institute stets nur als ein Institut gezählt. Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Institute "ergeben". — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — enthaltene Kapitalbeteiligungen eines Landes an zwei Landeskreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁵⁾ Einschließlich „Sonstige“ sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — ¹⁰⁾ Die nicht aufgegliederten Zahlen der ländlichen Charakter der ursprünglichen DM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten.

b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach

(ohne

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder

in

Stand am Monatsende	Einlagen von Nichtbanken (ohne Spareinlagen)					
	insgesamt ³⁾	davon				
		Sichteinlagen (bis weniger als 30 Tage)		befristete Einlagen ⁵⁾		
		Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	Wirtschaftsunternehmen und Private		Öffentliche Hand
insgesamt	darunter Anlagekonten					
	1	2	3	4	5	6
1949						
Januar	7 381,5	4 653,3	1 347,9	617,5	329,9	762,8
März	8 008,5	4 943,8	1 331,0	806,2	376,9	927,5
Juni	8 829,6 ⁶⁾	5 464,7 ⁶⁾	1 598,9	924,5 ⁶⁾	383,5	841,5
Juli	8 827,3 ⁶⁾	5 392,5 ⁶⁾	1 545,2	943,3 ⁶⁾	352,7	946,3
August	9 152,5	5 557,4	1 657,2	1 016,4	347,6	921,5
September	9 328,2	5 767,1	1 641,5	1 026,9	343,0	892,7
Oktober	9 693,9	6 090,0	1 650,2	1 045,8	335,6	907,9
November	9 733,6	6 068,8	1 623,6	992,3	327,9	1 048,9
Dezember	9 786,1	6 013,9	1 685,5	1 091,9	318,9	994,8
1950						
Januar	9 532,0	5 632,2	1 660,2	1 162,0	316,8	1 077,6
Februar	9 581,4	5 529,2	1 567,5	1 221,2	314,1	1 263,5
März	9 712,2	5 610,3	1 542,1	1 309,2	312,0	1 250,6
April	10 068,7	5 789,2	1 506,6	1 423,2	310,4	1 349,7
Mai	10 572,8	6 042,5	1 540,9	1 496,3	308,8	1 493,1
Juni	10 611,0	6 073,6	1 375,2	1 757,0	291,7	1 405,2

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf die im Juni 1950 vorgenommene Umgestaltung Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni nigt. — ³⁾ Bis einschließlich Mai 1950 ohne Festkonto. — ⁴⁾ Ohne die in den Spalten 1 und 4 enthaltenen Einlagen der fristeten Einlagen ist im Gegensatz zu bisherigen Publikationen auch das Anlagekonto mit erfaßt. — ⁶⁾ Die hierin ent- weise zu 99 vH den Sichteinlagen und zu 1 vH den befristeten Einlagen zugeschlagen.

banken

Fristigkeit bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet

Spareinlagen)

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

die Spalten 4 und 6 ⁴⁾ gliedern sich in Einlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von:								Stand am Monatsende
30 Tagen bis 89 Tage		90 Tagen bis 179 Tage		180 Tagen bis 359 Tage		360 Tagen und darüber (einschl. Anlagek.)		
Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentliche Hand	
7	8	9	10	11	12	13	14	
.	1949
203,0	371,5	182,8	209,8	82,6	206,3	453,4	53,9	Januar
233,4	455,2	179,0	211,9	99,2	222,5	429,0	56,7	März
273,3	434,7	197,7	175,4	102,4	249,6	435,6	61,8	Juni
257,0	452,3	200,8	140,9	121,9	235,4	441,5	64,1	Juli
272,4	465,5	199,7	137,7	129,3	231,0	438,0	73,7	August
237,3	551,6	188,6	160,3	137,1	231,7	422,6	105,3	September
295,4	505,1	210,3	175,1	141,8	199,4	437,2	115,2	Oktober
306,9	563,0	243,5	174,7	160,9	226,2	445,8	113,7	November
310,5	662,8	267,8	207,5	178,2	261,9	457,3	131,3	Dezember
328,1	637,8	296,6	227,6	202,2	232,8	475,7	152,4	1950
374,7	734,5	317,3	209,8	232,2	247,8	492,3	157,6	Januar
421,8	785,0	312,6	248,9	246,0	272,2	510,0	187,0	Februar
497,1	641,5	409,1	323,8	285,5	295,0	531,7	144,9	März
								April
								Mai
								Juni

der Statistik zurückzuführen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und institute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre-1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereiländlichen Kreditgenossenschaften, für die eine Aufgliederung auf die Spalten 7 bis 14 nicht vorliegt. — ⁵⁾ In den behaltenen Einlagen der ländlichen Kreditgenossenschaften (Juni 267,7 Mill. DM, Juli 270,9 Mill. DM) sind schätzungs-

noch: 1. Geschäftsbanken

c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Kreditinstituten

Monatliche Bankenstatistik*)¹⁾: Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

in Mill. DM

Zeit	Spar- einlagen- bestand am Monats- anfang ⁴⁾	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo der Ein- und Aus- zahlungen	Zugänge aus Zinsen	Sonstige ³⁾ Veränderungen (z. B. Um- stellung, Zu- bzw. Abgang) an Instituten usw.	Spareinlagenbestand am Monatsende	
							insgesamt ⁴⁾	darunter steuer- begünstigte Spar- einlagen
	1	2	3	4	5	6	7	8
1949								
Januar	1 560,1	1 722,9	.
März	1 873,8	2 038,1	.
Juni	2 294,3	207,3	147,2	+ 60,1	0,8	+ 37,5	2 392,7	13,8
Juli	2 393,1	236,8	153,2	+ 83,6	1,3	+ 23,6	2 501,6	20,6
Aug.	2 501,6	221,2	142,2	+ 79,0	0,5	+ 15,4	2 596,5	25,1
Sept.	2 596,4	222,6	171,3	+ 51,3	0,4	+ 12,1	2 660,2	32,8
Okt.	2 659,9	225,2	165,5	+ 59,7	0,3	+ 9,1	2 729,0	48,2
Nov.	2 729,0	234,0	163,7	+ 70,3	0,4	+ 8,1	2 807,8	60,4
Dez.	2 807,3	309,5	189,7	+ 119,8	32,9	+ 6,2	2 966,2	89,9
1950								
Jan.	2 967,3	309,0	158,3	+ 150,7	15,9	+ 3,0	3 136,9	103,9
Febr.	3 136,9	265,1	147,6	+ 117,5	8,2	+ 4,4	3 267,0	112,2
März	3 267,2	286,6	178,2	+ 108,4	4,5	+ 2,7	3 382,8	122,6
April	3 382,7	278,5	173,8	+ 104,7	2,0	+ 1,9	3 491,3	132,2
Mai	3 491,2	272,6	187,4	+ 85,2	1,4	+ 1,0	3 578,8	142,3
Juni	3 566,9	303,4	189,4	+ 114,0	1,4	+ 12,8	3 695,1	172,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf die im Juni 1950 vorgenommene Umgestaltung der Statistik zurückzuführen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfasst. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ³⁾ Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung. — ⁴⁾ Bis Mai 1950 auftretende Differenzen gegenüber dem Endbestand des Vormonats erklären sich aus Umbuchungen verschiedener Institute, die ab Juni 1950 in einer Sonderposition erfasst werden (Spalte 6).

2. Postscheckämter und Postsparkasse

IV. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

Einlagen und Vermögenswerte
in Mill. DM

Stand am Monats- ende	Einlagen der Postscheck- und Postsparkassenämter ¹⁾										Vermögenswerte ²⁾							
	Einlagen (einschl. Anlagekonto) insgesamt		Spalte 1 gliedert sich in:							Einlagen auf Festkonto bei den		Kasse und Bank- gut- haben	Schatz- wechsel des Bundes und der Länder	Verzins- liche Wert- papiere	Aus- gleichs- forde- rungen (einschl. ange- kaufte)	mittel- und langfrist. Ausleihungen		
			Einlagen auf Postscheckkonto			Einlagen auf Postsparkassenkonto		Einlagen auf Kredit- in- stituten	ins- gesamt							dar. An- lage- konto	davon	
	davon Einlagen von Nichtbanken		ins- gesamt (Spalte 4+6)	davon		ins- gesamt	dar. Anl.- konto			Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	öffentl. rechtl. Körper- schaften	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	öffentl. Hand	Kredit- institute				
	mit Einlagen von Kreditinstituten (Sp. 3 + 7 + 8)	ohne (Sp. 3 + 8)		ins- gesamt	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private			öffentl. rechtl. Körper- schaften										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1949																		
Jan.	812,4	653,3	604,9	481,0	7,4	123,9	159,1	48,4	3,9	15,0	12,2	—	—	—	—	—	—	
März	840,9	673,4	608,7	487,2	8,7	121,5	167,5	64,7	5,8	5,2	7,1	—	—	—	—	—	—	
Juni	792,6	679,2	595,1	493,4	8,6	101,7	113,4	84,1	7,6	2,3	1,9	—	—	—	—	—	—	
Juli	793,5	684,1	594,1	497,9	6,8	96,2	109,4	90,0	7,2	2,0	1,6	—	—	—	—	—	—	
Aug.	782,5	676,7	581,2	475,2	6,3	106,0	105,8	95,5	7,4	1,7	1,4	—	—	—	—	—	—	
Sept.	812,3	699,3	600,7	498,4	6,1	102,3	113,0	98,6	7,5	1,6	1,2	—	—	—	—	—	—	
Okt.	837,0	721,7	623,1	505,4	5,6	117,7	115,3	98,6	6,5	1,4	1,1	—	—	—	—	—	—	
Nov.	836,6	720,1	619,9	506,1	5,3	113,8	116,5	100,2	6,5	1,3	1,0	—	—	—	—	—	—	
Dez.	874,1	746,3	645,5	525,1	5,1	120,4	127,8	100,8	6,4	1,3	0,9	—	—	—	—	—	—	
1950																		
Jan.	811,7	699,3	589,7	475,1	5,0	114,6	112,4	109,6	6,3	1,2	1,1	161,7	107,7	136,0	308,8	—	67,8	32,0
Febr.	818,0	704,8	588,8	474,0	5,0	114,8	113,2	116,0	6,5	1,1	0,9	154,4	112,7	136,0	308,9	—	74,0	34,0
März	827,7	713,7	591,7	474,6	5,0	117,1	114,0	122,0	6,5	1,1	0,9	175,2	112,7	136,0	308,9	—	61,8	35,1
April	858,1	743,7	617,8	500,2	4,9	117,6	114,4	125,9	6,5	1,1	0,8	208,4	112,7	136,0	306,0	—	62,3	34,6
Mai	903,4	767,9	637,9	522,3	4,1	115,6	135,5	130,0	6,5	0,7	0,7	239,2	112,7	136,0	336,1	—	50,7	30,1
Juni	899,7	783,6	645,6	527,8	.	117,8	116,1	138,0	.	.	.	158,5	112,7	137,0	319,2	—	142,2	30,1

¹⁾ Lt. Meldungen der Postscheck- und Postsparkassenämter zur Bankenstatistik. — ²⁾ Lt. Angaben des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen.

3. Zur Entwicklung der Bausparkassen im Bundesgebiet

in Mill. DM

Bestand am Monatsende	Ausleihungen		Ausgleichsforderungen		Einlagen und aufgenommene Gelder		
	Hypo- theken	Zwischen- kredite	Ausgleichs- forderungen im Bestand	verkaufte Ausgleichs- forderungen	Spareinlagen		auf- genommene Fremdmittel
					Gesamtbestand	darunter umgestellte RM-Spareinlagen	
	1	2	3	4	5	6	7
Bausparkassen insgesamt							
1949 Oktober
November
Dezember
1950 Januar	75,1	57,5	56,8	4,2	230,5	80,6	23,6
Februar	79,6	64,3	56,6	5,4	246,9	79,5	24,8
März	85,1	73,2	54,7	7,1	277,5	77,9	25,2
April	91,1	77,6	53,4	9,5	299,9	77,1	25,2
Mai	99,9	91,8	52,8	10,2	323,0	76,3	22,8
Juni	113,2	103,9	52,4	10,6	351,8	75,5	26,8
Juli	122,4	121,2	52,3	10,5	378,6	75,0	27,2
Private Bausparkassen							
1949 Oktober	32,2	8,5	46,8	—	114,4	.	0,6
November	36,1	9,4	46,3	0,4	119,6	62,7	0,6
Dezember	40,6	10,6	44,5	3,2	135,0	62,0	0,7
1950 Januar	43,2	10,9	44,3	3,4	145,3	61,5	0,4
Februar	47,4	12,5	43,0	4,6	152,5	60,4	0,4
März	52,4	11,7	41,0	5,8	168,7	58,8	0,3
April	57,7	12,1	38,6	8,2	176,7	58,0	0,1
Mai	64,9	14,7	37,9	8,9	185,4	57,2	0,4
Juni	72,4	18,3	37,4	9,3	197,0	56,4	0,4
Juli	77,9	20,4	37,5	9,2	208,8	55,9	0,9
Öffentl. Bausparkassen							
1949 Oktober
November
Dezember
1950 Januar	31,9	46,6	12,5	0,8	85,2	19,1	23,2
Februar	32,2	51,8	13,6	0,8	94,4	19,1	24,4
März	32,7	61,5	13,7	1,3	108,8	19,1	24,9
April	33,4	65,5	14,8	1,3	123,2	19,1	25,1
Mai	35,0	77,1	14,9	1,3	137,6	19,1	22,4
Juni	40,8	85,6	15,0	1,3	154,8	19,1	26,4
Juli	44,5	100,8	14,8	1,3	169,8	19,1	26,3

V. Kreditvolumen

1. Kurzfristige Kredite¹⁾ der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems

in Mill. DM

Stand: Ende	Geschäftsbanken ²⁾				Zentralbank- system (BdL und LZB) ⁴⁾	insgesamt
	nach der monatlichen Bankenstatistik		Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ³⁾	insgesamt		
	insgesamt	darunter Valutaforde- rungen aus der RM-Zeit				
1949						
Januar	4 901 ⁵⁾		45	4 946	87	5 033
Februar	5 265	bis einschl.	48	5 313	69	5 382
März	5 551	Juli 1949	51	5 602	172	5 774
April	5 887	statistisch	54	5 941	342	6 283
Mai	6 124	nicht erfaßt	56	6 180	311	6 491
Juni	6 407 ⁶⁾		59	6 466	401	6 867
Juli	6 823		62	6 885	314	7 199
August	7 625 ⁷⁾	267	67	7 692	239	7 931
September	8 060	267	72	8 132	264	8 396
Oktober	8 872	269	150 ⁸⁾	9 022	259	9 281
November	9 502	271	155	9 657	232	9 889
Dezember	9 848	276	158	10 006	447	10 453
1950						
Januar	10 218	275	161	10 379	374	10 753
Februar	10 604	281	165	10 769	388	11 157
März	10 986	282	169	11 155	420	11 575
April	11 128	284	171	11 299	601	11 900
Mai	11 222 ⁹⁾	285	172	11 394 ⁹⁾	1 028	12 422 ⁹⁾
Juni	11 406		175	11 641	1 670 ¹⁰⁾	13 311 ¹⁰⁾

1) Ohne Kredite an Geldinstitute. — 2) Kontokorrent-, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite. — 3) Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. — 4) Schatzwechsel, Kassenvorschüsse, Lombardkredite an die öffentliche Hand, Wertpapiere (einschl. der von Versicherungsunternehmen und Bausparkassen angekauften Ausgleichsforderungen) und Direktkredite an Wirtschaft und Private (letztere nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone). — 5) Ab Januar einschließlich Schatzwechsel. — 6) Ab Juni einschließlich unverzinsliche Schatzanweisungen. — 7) Ab August einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. — 8) Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkend Berichtigung unterblieben. — 9) Berichtigte Zahlen. — 10) Zunahme in Höhe von 400 Mill. DM bedingt durch die Übertragung des „suspense account-Kredits“.

Stand am Monats- ende	I. Kredite an														
	insgesamt						von den Spalten 1								
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis zu 6 Mo- naten)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- ende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaftsunternehmen und Private					mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite				kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite		Wechsel- obligo der Kund- schaft	Debi- toren	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
1949															
Jan.	4 900,6	2 855,6	.	2 045,0	614,6	4 623,6	2 788,4	.	1 835,2			524,1			
März	5 551,2	3 368,3	.	2 182,9	705,3	5 234,9	3 299,8	.	1 935,1			607,1			
Juni	6 406,7	4 088,4	1 082,2	2 318,3	1 420,1	6 017,1	3 932,6	1 081,4	2 084,5			1 270,4			
Juli	6 823,1	4 421,3	1 184,8	2 401,8	1 435,5	6 447,0	4 269,4	1 179,2	2 177,6			1 250,5			
Aug.	7 624,5 ⁷⁾	5 069,0	1 388,1	2 555,5	1 401,3 ³⁾	7 238,4 ⁸⁾	4 943,4	1 387,7	2 295,0			1 194,4 ¹⁰⁾			
Sept.	8 060,1	5 436,3	1 567,6	2 623,8	1 530,2	7 673,3	5 292,8	1 567,2	2 380,5			1 314,6			
Okt.	8 871,9	6 114,0	1 868,1	2 757,9	1 693,1	8 468,8	5 961,8	1 865,2	2 507,0			1 465,6			
Nov.	9 501,7	6 617,4	2 073,2	2 884,3	1 840,8	8 931,0	6 346,0	2 005,9	2 585,0			1 615,3			
Dez.	9 848,2	6 653,2	2 063,8	3 195,0	2 085,5	9 120,9	6 215,1	1 982,1	2 905,8			1 817,8			
1950															
Jan.	10 217,6	6 911,8	2 020,7	3 305,8	2 370,9 ¹¹⁾	9 614,7	6 626,1	1 944,0	2 988,6			2 067,8 ¹¹⁾			
Febr.	10 604,1	7 156,0	1 968,6	3 448,1	2 578,4	9 904,6	6 794,3	1 863,0	3 110,3			2 226,4			
März	10 986,3	7 276,1	2 139,4	3 710,2	2 879,9	10 078,4	6 799,4	2 038,4	3 279,0			2 463,5			
April	11 127,7	7 281,6	2 076,1	3 846,1	3 105,2	10 249,9	6 862,6	1 973,5	3 387,3			2 652,3			
Mai	11 221,9 ¹²⁾	7 261,5	2 027,0	3 960,4 ¹²⁾	3 326,9	10 315,6	6 845,8	1 924,6	3 469,8			2 836,8			
Juni	11 465,9	7 426,5	2 001,8	4 039,4	737,6	2 947,9	10 595,4	7 073,5	2 000,4	3 521,9	689,5	620,8	68,7	2 518,7	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf die im Juni 1950 vorgenommene Umgestaltung der Statistik zurückzuführen. — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ³⁾ Einschließlich mittelfristige Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Bis einschließlich Mai 1949 ohne unverzinsliche Schatzanweisungen. — ⁷⁾ Erstmals enthalten 267 Mill. DM Valutaforderungen grundsulden. — ¹⁰⁾ Vgl. Anmerkung ⁹⁾. — ¹¹⁾ Die Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen. — ¹²⁾ Nachträglicher Schatzwechsel). — ¹³⁾ Vgl. Anmerkung ¹²⁾.

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets.

Mill. DM

Nichtbanken							II. Kredite an Kreditinstitute							Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:														
Öffentliche Hand							davon			davon			lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristig durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristig durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis zu 6 Monat- en)	Debitoren		Wech- sel- obligo der Kund- schaft	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		
15	Debitoren	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatz- an- weisung, sonstige Wechsel ⁶⁾	18	Debitoren	durch- lau- fende Kredite	21	ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- Kredite	25	26	Debi- toren	durch- lau- fende Kredite	29	
277,0	67,2	209,8		90,5			1 049,4	388,3	661,1			55,7		1949
316,3	68,5	247,8		98,2			1 122,7	411,8	710,9			69,5		Jan.
389,6	155,8	233,8		149,7			1 375,1	478,8	896,3			123,0		März
376,1	151,9	224,2		185,0			1 543,3	506,8	1 036,5			133,5		Juni
386,1 ⁸⁾	125,6	260,5		206,9 ¹⁰⁾			1 593,3	528,5	1 064,8			138,2		Juli
386,8	143,5	243,3		215,6			1 560,5	495,9	1 064,6			172,5		Aug.
403,1	152,2	250,9		227,5			1 685,2	624,1	1 061,1			183,7		Sept.
570,7	271,4	299,3		225,5			1 638,6	675,0	963,6			206,9		Okt.
727,3	438,1	289,2		267,7			1 618,3	609,7	1 008,6			215,7		Nov.
														Dez.
602,9	285,7	317,2		303,1 ¹¹⁾			1 730,2	656,0	1 074,2			218,3		1950
699,5	361,7	337,8		352,0			1 758,9	678,9	1 080,0			240,3		Jan.
907,9	476,7	431,2		416,4			1 732,8	664,8	1 068,0			262,8		Febr.
877,8	419,0	458,8		452,9			1 703,2	664,9	1 038,3			273,3		März
906,3 ¹²⁾	415,7	490,6 ¹²⁾		490,1			1 762,2 ¹³⁾	684,5	1 077,7 ¹³⁾			331,6		April
870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 733,4	662,4	1 071,0	41,0	37,2	3,8	456,5	Mai
														Juni

1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt summe aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erst- „durchlaufende Kredite“. — 4) Hypotheken, Kommundarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — 5) Vgl. aus der RM-Zeit. — 6) Vgl. Anmerkung 7). — 7) Im August wurden ausgebucht rd. 130 Mill. DM für Rechnung der Länder verwaltete Umstellungs- Zugang in Höhe von 25 Mill. DM durch Korrekturmeldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten an Kreditinstitute und Erhöhung der

Stand am Monatsende	Kredite an von den Spalten 1													
	insgesamt						Wirtschaftsunternehmen und Private							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
		insgesamt	darunter Akzeptkredite					insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1950 Bundesgebiet														
Febr.	10 604,1	7 156,0	1 968,6	3 448,1	2 578,4	9 904,6	6 794,3	1 863,0	3 110,3			2 226,4		
März	10 986,3	7 276,1	2 139,4	3 710,2	2 879,9	10 078,4	6 799,4	2 038,4	3 279,0			2 463,5		
April	11 127,7	7 281,6	2 076,1	3 846,1	3 105,2	10 249,9	6 862,6	1 973,5	3 387,3			2 652,3		
Mai	11 221,9 ⁶⁾	7 261,5	2 027,0	3 960,4 ⁶⁾	3 326,9	10 315,6	6 845,8	1 924,6	3 469,8			2 836,8		
Juni	11 465,9	7 426,5	2 001,8	4 039,4	737,6	2 947,9	10 595,4	7 073,5	2 000,4	3 521,9	689,5	620,8	68,7	2 518,7
Baden														
Febr.	234,8	184,4	38,3	50,4	21,2	220,6	177,7	38,3	42,9			16,7		
März	241,2	189,0	50,5	52,2	25,0	228,1	183,3	50,5	44,8			19,6		
April	248,6	194,1	50,0	54,5	27,9	236,2	188,2	50,0	48,0			21,6		
Mai	254,9	195,6	48,4	59,3	30,1	240,2	188,8	48,4	51,4			24,1		
Juni	258,3	199,2	49,1	59,1	18,5	21,5	244,2	192,3	49,1	51,9	15,5	14,7	0,8	18,1
Bayern														
Febr.	1 670,7	1 252,6	441,8	418,1	496,8	1 626,1	1 209,2	441,6	416,9			435,8		
März	1 715,0	1 264,4	434,1	450,6	541,6	1 634,4	1 185,8	434,0	448,6			471,3		
April	1 742,7	1 275,4	431,8	467,3	570,0	1 668,5	1 202,9	431,6	465,6			501,0		
Mai	1 736,0	1 257,9	416,3	478,1	607,5	1 667,4	1 190,2	416,2	477,2			534,4		
Juni	1 768,1	1 290,6	404,3	477,5	109,4	583,9	1 662,9	1 185,9	404,2	477,0	101,6	89,5	12,1	510,9
Bremen														
Febr.	334,2	262,5	43,3	71,7	74,9	331,9	261,2	43,3	70,7			67,7		
März	349,5	267,0	69,8	82,5	90,9	347,2	265,7	69,8	81,5			71,4		
April	359,3	270,8	66,3	88,5	95,1	354,5	269,9	66,3	84,6			75,7		
Mai	362,8	268,4	61,6	94,4	112,1	356,1	267,6	61,6	88,5			81,0		
Juni	375,9	275,8	67,3	100,1	8,1	98,8	369,5	275,3	67,3	94,2	8,1	7,6	0,5	94,7
Hamburg														
Febr.	1 235,5	888,0	301,1	347,5	134,5	1 199,8	855,1	299,6	344,7			134,0		
März	1 229,5	856,3	373,6	373,2	145,7	1 181,1	820,7	372,1	360,4			145,1		
April	1 169,1	798,9	324,8	370,2	157,4	1 144,0	776,6	323,3	367,4			156,6		
Mai	1 178,3	795,6	311,7	382,7	165,3	1 145,1	775,2	310,2	369,9			164,5		
Juni	1 150,3	770,4	298,0	379,9	46,9	143,3	1 131,9	764,8	298,0	367,1	46,7	44,3	2,4	142,8
Hessen														
Febr.	826,2	588,8	139,6	237,4	186,9	806,5	578,2	136,2	228,3			168,3		
März	860,9	599,7	148,4	261,2	195,2	841,8	587,9	145,2	253,9			176,4		
April	885,8	611,3	136,0	274,5	209,6	863,5	597,7	132,7	265,8			185,8		
Mai	903,3	612,7	138,9	290,6	223,6	878,9	601,9	136,6	277,0			197,6		
Juni	931,8	622,8	134,3	309,0	57,2	172,3	907,2	616,5	134,0	290,7	54,6	49,6	5,0	151,5
Niedersachsen														
Febr.	843,0	591,8	95,7	251,2	288,0	808,5	560,0	95,7	248,5			219,1		
März	858,0	598,0	96,8	260,0	323,1	819,8	565,3	96,8	254,5			242,7		
April	855,6	592,6	94,7	263,0	346,3	825,0	570,6	94,7	254,4			257,6		
Mai	864,6	591,3	89,8	273,3	381,8	829,7	568,2	89,8	261,5			283,8		
Juni	893,0	597,6	79,4	295,4	31,7	374,4	852,3	578,5	79,4	273,8	31,0	22,7	8,3	290,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf die im Juni 1950 vorgenommene Umgestaltung der Statistik zurückzuführen. — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ³⁾ Einschließlich mittelfristige Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Nachträglicher Zugang in Höhe von 25 Mill. DM durch Korrekturmeldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten)

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute												Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							davon												
Öffentliche Hand							Debitoren						mittel- fristige Kredite		davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite	Wech- sel- obligo der Kund- schaft	(Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	Debi- toren	durch- lau- fende Kredite	lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾					
	Debi- toren	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisung., sonstige Wechsel		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite										ins- gesamt	Debi- toren	durch- lau- fende Kredite		
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29					
Bundesgebiet															1950				
699,5	361,7	337,8	352,0			429,2	1 758,9	678,9	22,2	1 080,0	41,0	37,2	3,8	456,5	Febr.				
907,9	476,7	431,2	416,4				1 732,8	664,8	19,7	1 068,0					März				
877,8	419,0	458,8	452,9				1 703,2	664,9	21,2	1 038,3					April				
906,3 ⁶⁾	415,7	490,6 ⁶⁾	490,1				1 762,2 ⁷⁾	684,5	17,0	1 077,7 ⁷⁾			331,6		Mai				
870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 733,4	662,4	20,7	1 071,0	41,0	37,2	3,8	456,5	Juni				
Baden																			
14,2	6,7	7,5	4,5				37,0	17,8	0,1	19,2					Febr.				
13,1	5,7	7,4	5,4				39,9	16,7	0,0	23,2			0,8		März				
12,4	5,9	6,5	6,3				41,5	19,0	—	22,5			0,9		April				
14,7	6,8	7,9	6,0				37,9	19,7	—	18,2			0,9		Mai				
14,1	6,9	7,2	3,0	3,0	—	3,4	38,5	18,2	—	20,3	0,1	0,1	—	1,0	Juni				
Bayern																			
44,6	43,4	1,2	61,0				261,9	152,2	4,3	109,7			21,3		Febr.				
80,6	78,6	2,0	70,3				259,4	145,9	4,0	113,5			21,7		März				
74,2	72,5	1,7	69,0				250,5	153,5	5,6	97,0			23,5		April				
68,6	67,7	0,9	73,1				254,8	157,8	5,0	97,0			29,1		Mai				
105,2	104,7	0,5	7,8	3,1	4,7	73,0	255,5	148,9	3,0	106,6	7,1	7,1	0,0	39,6	Juni				
Bremen																			
2,3	1,3	1,0	7,2				40,5	28,8	—	11,7			0,2		Febr.				
2,3	1,3	1,0	19,5				37,1	24,1	—	13,0			0,2		März				
4,8	0,9	3,9	19,4				34,2	20,9	—	13,3			0,1		April				
6,7	0,8	5,9	31,1				31,6	18,7	—	12,9			0,1		Mai				
6,4	0,5	5,9	—	—	—	4,1	25,5	14,4	—	11,1	1,0	1,0	—	27,7	Juni				
Hamburg																			
35,7	32,9	2,8	0,5				87,2	40,6	3,5	46,6			5,0		Febr.				
48,4	35,6	12,8	0,6				88,7	38,2	3,1	50,5			6,1		März				
25,1	22,3	2,8	0,8				83,3	32,9	3,1	50,4			7,0		April				
33,2	20,4	12,8	0,8				99,9	40,5	3,5	59,4			8,0		Mai				
18,4	5,6	12,8	0,2	0,2	—	0,5	94,6	33,3	3,1	61,3	4,9	2,6	2,3	7,0	Juni				
Hessen																			
19,7	10,6	9,1	18,6				197,3	67,3	7,4	130,0			5,2		Febr.				
19,1	11,8	7,3	18,8				203,1	69,8	6,0	133,3			5,0		März				
22,3	13,6	8,7	23,8				185,8	61,1	5,9	124,7			6,2		April				
24,4	10,8	13,6	26,0				192,4	66,1	3,0	126,3			6,5		Mai				
24,6	6,3	18,3	2,6	2,6	0,0	20,8	176,9	58,0	0,6	118,9	3,9	3,9	—	6,5	Juni				
Niedersachsen																			
34,5	31,8	2,7	68,9				167,3	77,7	0,1	89,6			10,0		Febr.				
38,2	32,7	5,5	80,4				171,2	75,0	0,1	96,2			10,6		März				
30,6	22,0	8,6	88,7				163,6	66,7	0,1	96,9			11,3		April				
34,9	23,1	11,8	98,0				164,8	69,6	0,0	95,2			11,7		Mai				
40,7	19,1	21,6	0,7	0,7	0,0	84,0	170,1	73,2	0,0	96,9	2,7	2,7	—	33,3	Juni				

1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite — 4) Vgl. an Kreditinstitute und Erhöhung der Schatzwechsel. — 5) Vgl. Anmerkung 6).

Stand am Monatsende	Kredite an von den Spalten 1															
	insgesamt						Wirtschaftsunternehmen und Private									
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre ³⁾)	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)	davon						langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁵⁾)		
		Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft				mittelfristige Kredite	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)		davon	
		insgesamt	darunter Akzeptkredite							insgesamt	darunter Akzeptkredite				Debitoren	durchlaufende Kredite
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14			
1950																
Nordrhein-Westfalen																
Febr.	2 865,8	1 590,6	321,9	1 275,2	584,6	2 691,5	1 565,6	318,9	1 125,9			508,4				
März	3 021,4	1 614,1	354,9	1 407,3	659,6	2 761,6	1 586,9	351,9	1 174,7			568,2				
April	3 145,8	1 649,1	355,6	1 496,7	726,5	2 831,6	1 620,5	352,6	1 211,1			615,3				
Mai	3 142,0	1 644,9	349,1	1 497,1	772,4	2 851,2	1 618,4	346,1	1 232,8			652,6				
Juni	3 212,8	1 682,5	343,4	1 530,3	210,5	643,5	2 914,8	1 667,4	342,4	1 247,4	205,7	187,5	18,2	546,0		
Rheinland-Pfalz																
Febr.	467,3	336,9	93,3	130,4	73,8	447,5	326,0	93,1	121,5			63,3				
März	471,0	335,8	95,1	135,2	83,3	452,8	325,8	94,9	127,0			71,6				
April	479,2	347,5	92,9	131,7	92,4	459,9	336,4	92,8	123,5			80,0				
Mai	477,7	342,1	89,0	135,6	101,1	460,6	334,6	89,0	126,0			88,6				
Juni	484,5	346,8	84,7	137,7	35,5	81,1	468,2	339,7	84,7	128,5	33,5	33,1	0,4	69,0		
Schleswig-Holstein																
Febr.	372,1	283,9	94,0	88,2	101,5	356,2	269,6	94,0	86,6			82,1				
März	381,2	287,3	96,4	93,9	134,2	358,1	265,0	96,4	93,1			106,1				
April	376,2	269,5	94,5	106,7	154,0	363,1	257,1	94,5	106,0			128,4				
Mai	395,7	278,8	97,5	116,9	160,6	379,9	264,2	97,5	115,7			133,7				
Juni	411,2	293,4	98,4	117,8	51,4	129,8	397,5	280,2	98,4	117,3	50,0	40,3	9,7	107,0		
Württemberg-Baden																
Febr.	1 119,3	835,0	270,3	284,3	393,4	1 088,2	812,2	270,3	276,0			332,9				
März	1 161,1	856,7	290,3	304,4	434,0	1 129,2	832,9	290,3	296,3			359,7				
April	1 182,5	874,4	293,9	308,1	461,5	1 146,8	849,8	293,9	297,0			380,9				
Mai	1 193,6 ⁶⁾	864,0	285,5	329,6 ⁶⁾	487,1	1 130,8	840,3	285,5	290,5			407,1				
Juni	1 176,7	834,8	261,8	341,9	111,0	455,3	1 125,7	824,8	261,8	300,9	89,1	80,2	8,9	362,2		
Württemberg-Hohenzollern																
Febr.	192,8	156,0	27,4	36,8	24,5	185,7	152,6	27,4	33,1			21,5				
März	204,7	162,6	32,0	42,1	26,6	197,0	158,7	32,0	38,3			23,2				
April	213,4	168,1	32,6	45,3	28,4	205,8	164,2	32,6	41,6			24,6				
Mai	212,8	168,5	33,6	44,3	30,8	206,5	164,5	33,6	42,0			26,7				
Juni	225,0	178,4	35,5	46,6	7,8	26,2	216,6	173,7	35,5	42,9	7,7	7,5	0,2	21,8		
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																
Febr.	442,2	185,6	102,0	256,6	197,8	142,0	27,0	4,7	115,0			176,5				
März	492,8	245,3	97,4	247,5	220,8	127,3	21,4	4,4	105,9			208,3				
April	469,8	230,0	103,2	239,8	236,4	151,2	28,7	8,7	122,5			224,9				
Mai	500,3	241,8	105,6	258,5	254,0	169,4	32,0	10,2	137,4			242,5				
Juni	578,3	334,3	145,5	244,0	49,6	217,8	304,6	174,3	145,5	130,3	46,0	43,8	2,2	204,4		

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf die im Juni 1950 vorgenommene Umgestaltung der Statistik zurückzuführen. — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ³⁾ Einschließlich mittelfristige Anmerkung 4). — ⁶⁾ Nachträglicher Zugang in Höhe von 25 Mill. DM durch Korrekturmeldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute								Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristig durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	
Öffentliche Hand								Debitoren		Wech- sel- obligo der Kund- schaft		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite		
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristig durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- Kredite						
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
Nordrhein-Westfalen															1950
174,3	25,0	149,3			76,2		519,3	98,1	2,0	421,2			99,1	Febr.	
259,8	27,2	232,6			91,4		483,2	98,3	2,2	384,9			106,5	März	
314,2	28,6	285,6			111,2		481,4	102,1	2,5	379,3			99,1	April	
290,8	26,5	264,3			119,8		506,4	106,6	1,7	399,8			117,1	Mai	
298,0	15,1	282,9	4,8	4,8	—	97,5	468,0	96,3	3,1	371,7	9,0	8,3	0,7	157,4	Juni
Rheinland-Pfalz															
19,8	10,9	8,9			10,5		110,4	70,8	—	39,6			6,5	Febr.	
18,2	10,0	8,2			11,7		115,8	73,4	—	42,4			6,6	März	
19,3	11,1	8,2			12,4		124,1	77,1	—	47,0			7,1	April	
17,1	7,5	9,6			12,5		131,4	81,9	—	49,5			7,9	Mai	
16,3	7,1	9,2	2,0	2,0	—	12,1	134,9	82,7	—	52,2	1,6	1,5	0,1	8,0	Juni
Schleswig-Holstein															
15,9	14,3	1,6			19,4		86,5	37,5	0,1	49,0			2,2	Febr.	
23,1	22,3	0,8			28,1		86,2	33,1	0,1	53,1			2,5	März	
13,1	12,4	0,7			25,6		93,2	36,3	0,1	56,9			3,0	April	
15,8	14,6	1,2			26,9		88,9	32,4	0,1	56,5			3,1	Mai	
13,7	13,2	0,5	1,4	1,4	—	22,8	89,4	35,6	0,1	53,8	0,8	0,8	—	1,5	Juni
Württemberg-Baden															
31,1	22,8	8,3			60,5		163,3	59,3	3,3	104,0			6,3	Febr.	
31,9	23,8	8,1			74,3		160,6	62,8	2,9	97,8			9,1	März	
35,7	24,6	11,1			80,6		158,5	66,5	2,6	92,0			10,4	April	
62,8 ⁶⁾	23,7	39,1 ⁶⁾			80,0		168,4 ⁷⁾	58,5	2,8	109,9 ⁷⁾			20,8	Mai	
51,0	10,0	41,0	21,9	21,3	0,6	93,1	188,5	68,0	9,9	120,5	1,5	1,1	0,4	31,0	Juni
Württemberg-Hohenzollern															
7,1	3,4	3,7			3,0		35,5	22,9	0,9	12,6			6,1	Febr.	
7,7	3,9	3,8			3,4		34,8	20,3	1,3	14,5			6,1	März	
7,6	3,9	3,7			3,8		36,7	21,6	1,3	15,1			6,2	April	
6,3	4,0	2,3			4,1		37,5	22,4	0,9	15,1			7,3	Mai	
8,4	4,7	3,7	0,1	0,1	—	4,4	41,3	25,1	0,9	16,2	5,1	5,1	—	3,2	Juni
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
300,2	158,6	141,6			21,3		53,0	5,9	0,5	47,1			78,5	Febr.	
365,5	223,9	141,6			12,5		52,8	7,3	—	45,5			87,7	März	
318,6	201,3	117,3			11,5		50,0	7,0	—	43,0			98,7	April	
330,9	209,8	121,1			11,5		48,2	10,2	—	38,0			119,3	Mai	
273,7	160,0	113,7	3,6	3,6	—	13,4	50,5	8,8	—	41,7	3,1	2,8	0,3	140,2	Juni

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt summe aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erst-
„durchlaufende Kredite“. — ⁴⁾ Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl.
an Kreditinstitute und Erhöhung der Schatzwechsel). — ⁷⁾ Vgl. Anmerkung ⁶⁾.

Stand am Monats- ende	Kredite an													
	insgesamt												von den Spalten 1	
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis zu 6 Mo- naten)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- ende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaftsunternehmen und Private						langfristige Kredite einschließ- lich lang- fristige durchlauf- Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁵⁾)	
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite				kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon			langfristige Kredite (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁵⁾)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		11	12	13	
1950	Alle Banken													
Febr.	10 604,1	7 156,0	1 968,6	3 448,1	2 578,4	9 904,6	6 794,3	1 863,0	3 110,3					2 226,4
März	10 986,3	7 276,1	2 139,4	3 710,2	2 879,9	10 078,4	6 799,4	2 038,4	3 279,0					2 463,5
April	11 127,7	7 281,6	2 076,1	3 846,1	3 105,2	10 249,9	6 862,6	1 973,5	3 387,3					2 652,3
Mai	11 221,9 ⁶⁾	7 261,5	2 027,0	3 960,4 ⁶⁾	3 326,9	10 315,6	6 845,8	1 924,6	3 469,8					2 836,8
Juni	11 465,9	7 426,5	2 001,8	4 039,4	737,6	2 947,9	10 595,4	7 073,5	2 000,4	3 521,9	689,5	620,8	68,7	2 518,7
	Kreditbanken													
Febr.	6 298,0	4 200,1	1 562,9	2 097,9	273,9	6 225,9	4 138,3	1 555,1	2 087,6					263,6
März	6 403,0	4 159,8	1 724,7	2 243,2	317,1	6 263,9	4 068,8	1 717,0	2 195,1					302,0
April	6 447,0	4 159,1	1 672,3	2 287,9	345,8	6 316,3	4 073,0	1 664,6	2 243,3					333,7
Mai	6 404,9	4 092,5	1 624,3	2 312,4	375,0	6 287,3	4 016,4	1 617,7	2 270,9					362,4
Juni	6 525,1	4 169,4	1 568,0	2 355,7	98,6	346,6	6 363,3	4 065,2	1 567,0	2 298,1	96,6	75,7	20,9	339,3
	Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
Febr.	34,2	33,8	—	0,4	724,9	33,6	33,2	—	0,4					668,9
März	36,4	35,9	—	0,5	781,8	35,3	34,8	—	0,5					706,0
April	37,2	35,8	—	1,4	826,8	35,3	34,8	—	0,5					747,3
Mai	34,9	33,6	—	1,3	908,5	33,1	32,7	—	0,4					810,9
Juni	34,4	33,0	—	1,4	19,0	932,0	32,3	31,8	—	0,5	17,2	8,6	8,6	812,4
	Girozentralen													
Febr.	684,7	388,6	27,7	296,1	590,8	453,8	302,2	27,7	151,6					384,5
März	783,2	431,2	21,0	352,0	670,9	487,9	327,1	21,0	160,8					425,8
April	783,8	387,6	19,0	396,2	742,4	486,3	314,7	19,0	171,6					468,6
Mai	821,8 ⁶⁾	401,3	19,7	420,5 ⁶⁾	777,3	505,2	329,2	19,7	176,0					487,1
Juni	868,1	429,4	20,4	438,7	162,0	611,3	378,0	20,4	176,8	135,2	113,3	21,9		404,7
	Sparkassen													
Febr.	1 703,6	1 352,2	39,9	351,4	654,1	1 613,2	1 300,5	39,5	312,7					598,8
März	1 794,0	1 406,7	40,3	387,3	715,0	1 692,4	1 352,8	40,0	339,6					650,7
April	1 876,1	1 452,6	40,0	423,5	769,0	1 752,5	1 397,7	39,7	354,8					697,0
Mai	1 921,9	1 476,7	40,2	445,2	830,8	1 788,0	1 423,1	39,9	364,9					753,2
Juni	1 924,4	1 462,7	42,3	461,7	231,8	759,9	1 807,8	42,0	379,4	222,7	215,7	7,0		679,1
	Zentralkassen													
Febr.	267,9	181,8	121,3	86,1	12,4	266,0	180,8	121,3	85,2					12,3
März	264,7	170,9	114,3	93,8	16,2	262,8	169,9	114,3	92,9					16,1
April	261,6	165,2	103,5	96,4	17,1	259,8	164,2	103,5	95,6					17,0
Mai	258,4	153,9	97,1	104,5	18,7	256,6	152,7	97,1	103,9					18,6
Juni	242,4	134,2	87,8	108,2	1,6	18,5	240,7	133,2	87,8	107,5	1,5	1,4	0,1	18,5
	Kreditgenossenschaften													
Febr.	952,6	688,3	95,8	264,3	108,0	949,5	686,7	95,7	262,8					105,4
März	987,5	705,4	101,9	282,1	126,1	984,1	703,6	101,9	280,5					122,7
April	1 023,3	731,7	98,9	291,6	132,7	1 020,1	730,1	98,8	290,0					128,8
Mai	1 035,5	737,0	99,7	298,5	142,0	1 032,1	735,2	99,6	296,9					137,7
Juni	1 046,0	740,0	98,1	306,0	147,3	55,2	1 044,7	739,1	98,0	305,6	142,5	137,9	4,6	53,8
	Sonstige Geldinstitute													
Febr.	220,8	125,6	19,0	95,2	16,4	220,5	125,6	19,0	94,9					16,3
März	224,7	120,8	39,7	103,9	32,0	224,6	120,8	39,7	103,8					31,9
April	229,0	119,9	39,2	109,1	35,1	228,6	119,6	39,2	109,0					35,0
Mai	244,3	124,8	40,4	119,5	36,9	244,0	124,6	40,4	119,4					36,8
Juni	247,3	123,6	39,8	123,7	27,8	6,6	247,3	123,6	39,8	123,7	27,8	24,3	3,5	6,6
	Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Febr.	442,2	185,6	102,0	256,6	197,8	142,0	27,0	4,7	115,0					176,5
März	492,8	245,3	97,4	247,5	220,8	127,3	21,4	4,4	105,9					208,3
April	469,8	230,0	103,2	239,8	236,4	151,2	28,7	8,7	122,5					224,9
Mai	500,3	241,8	105,6	258,5	254,0	169,4	32,0	10,2	137,4					242,5
Juni	578,3	334,3	145,5	244,0	49,6	217,8	304,6	174,3	145,5	130,3	46,0	43,8	2,2	204,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf die im Juni 1950 vorgenommene Umgestaltung der Statistik zurückzuführen. — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ³⁾ Einschließlich mittelfristige Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Nachträglicher Zugang in Höhe von 25 Mill. DM durch Korrekturmeldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute											Stand am Monatsende	
bis 6 entfallen auf:							davon												
Öffentliche Hand							Debitoren					mittel-fristige Kredite			davon				lang-fristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
kurz-fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittel-fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	kurz-fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	Debitoren		Wechsel-obligo der Kundschaft	(Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	Debitoren	durchlaufende Kredite						
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29					
Alle Banken																1950			
699,5	361,7	337,8			352,0		1 758,9	678,9	22,2	1 080,0					240,3	Febr.			
907,9	476,7	431,2			416,4		1 732,8	664,8	19,7	1 068,0					262,8	März			
877,8	419,0	458,8			452,9		1 703,2	664,9	21,2	1 038,3					273,3	April			
906,3 ⁶⁾	415,7	490,6 ⁶⁾			490,1		1 762,2 ⁷⁾	684,5	17,0	1 077,7 ⁷⁾					331,6	Mai			
870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 733,4	662,4	20,7	1 071,0	41,0	37,2	3,8		456,5	Juni			
Kreditbanken																			
72,1	61,8	10,3			10,3		400,9	97,1	16,8	303,8					2,2	Febr.			
139,1	91,0	48,1			15,1		386,7	104,5	14,8	282,2					2,4	März			
130,7	86,1	44,6			12,1		355,2	108,3	16,5	246,9					2,9	April			
117,6	76,1	41,5			12,6		355,6	109,7	12,0	245,9					4,4	Mai			
161,8	104,2	57,6	2,0	0,4	1,6	7,3	360,8	107,0	14,1	253,8	3,4	0,8	2,6	0,8		Juni			
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																			
0,6	0,6	—			56,0		0,1	0,1	—	0,0					9,9	Febr.			
1,1	1,1	—			75,8		0,1	0,1	—	0,0					10,5	März			
1,9	1,0	0,9			79,5		0,1	0,1	—	0,0					11,1	April			
1,8	0,9	0,9			97,6		0,4	0,4	—	0,0					20,0	Mai			
2,1	1,2	0,9	1,8	0,2	1,6	119,6	0,2	0,2	—	0,0	3,5	3,5	0,0		49,3	Juni			
Girozentralen																			
230,9	86,4	144,5			206,3		755,6	322,0	3,3	433,6					125,5	Febr.			
295,3	104,1	191,2			245,1		722,2	297,4	3,2	424,8					135,1	März			
297,5	72,9	224,6			273,8		707,9	286,9	2,7	421,0					131,5	April			
316,6 ⁶⁾	72,1	244,5 ⁶⁾			290,2		746,9 ⁷⁾	295,3	2,5	451,6 ⁷⁾					152,6	Mai			
313,3	51,4	261,9	26,8	24,7	2,1	206,6	700,0	273,5	3,1	426,5	21,3	20,6	0,7		227,4	Juni			
Sparkassen																			
90,4	51,7	38,7			55,3		32,1	8,6	—	23,5					15,8	Febr.			
101,6	53,9	47,7			64,3		27,9	8,3	—	19,6					15,9	März			
123,6	54,9	68,7			72,0		29,8	9,8	—	20,0					16,0	April			
133,9	53,6	80,3			77,6		42,4	10,8	—	31,6					16,1	Mai			
116,6	34,3	82,3	9,1	9,1	0,0	80,8	41,5	8,8	—	32,7	4,1	4,0	0,1		12,8	Juni			
Zentralkassen																			
1,9	1,0	0,9			0,1		499,7	232,5	1,3	267,2					7,1	Febr.			
1,9	1,0	0,9			0,1		526,2	236,5	1,5	289,7					9,9	März			
1,8	1,0	0,8			0,1		546,1	243,9	1,6	302,2					12,2	April			
1,8	1,2	0,6			0,1		552,3	246,7	1,8	305,6					18,5	Mai			
1,7	1,0	0,7	0,1	0,1	—	—	567,2	257,9	3,1	309,3	1,4	1,3	0,1		26,0	Juni			
Kreditgenossenschaften																			
3,1	1,6	1,5			2,6		9,4	6,5	0,4	2,9					0,6	Febr.			
3,4	1,8	1,6			3,4		9,0	5,1	0,4	3,9					0,7	März			
3,2	1,6	1,6			3,9		7,0	3,1	0,4	3,9					0,6	April			
3,4	1,8	1,6			4,3		7,4	3,8	0,3	3,6					0,3	Mai			
1,3	0,9	0,4	4,8	4,8	0,0	1,4	4,9	1,3	0,3	3,6	3,2	3,2	—		—	Juni			
Sonstige Geldinstitute																			
0,3	—	0,3			0,1		8,2	6,2	—	2,0					0,8	Febr.			
0,1	—	0,1			0,1		7,8	5,5	—	2,3					0,8	März			
0,4	0,3	0,1			0,1		7,0	5,6	—	1,4					0,3	April			
0,3	0,2	0,1			0,1		8,9	7,6	0,3	1,3					0,4	Mai			
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	8,3	4,9	—	3,4	1,0	1,0	—		—	Juni			
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																			
300,2	158,6	141,6			21,3		53,0	5,9	0,5	47,1					78,5	Febr.			
365,5	223,9	141,6			12,5		52,8	7,3	—	45,5					87,7	März			
318,6	201,3	117,3			11,5		50,0	7,0	—	43,0					98,7	April			
330,9	209,8	121,1			11,5		48,2	10,2	—	38,0					119,3	Mai			
273,7	160,0	113,7	3,6	3,6	—	13,4	50,5	8,8	—	41,7	3,1	2,8	0,3		140,2	Juni			

1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt summe aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erst- „durchlaufende Kredite“. — 4) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — 5) Vgl. an Kreditinstitute und Erhöhung der Schatzwechsel. — 7) Vgl. Anmerkung 6).

3. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-Aktiengesellschaft

in Mill. DM

Stand am Monatsende	mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken			Kredite an Kreditinstitute
	insgesamt	davon an:		
		Wirtschaftsunternehmen und Private	Öffentliche Hand	
1949				
August	238,6	238,6	—	30,1
September	265,5	260,5	5,0	55,3
Oktober	374,3	359,2	15,1	67,8
November	419,7	399,8	19,9	81,8
Dezember	462,9	432,5	30,4	130,0
1950				
Januar	487,3	451,6	35,7	179,4
Februar	592,0	555,8	36,2	259,5
März	652,1	610,5	41,6	430,4
April	703,5	661,6	41,9	500,7
Mai	736,7	694,7	42,0	573,1
Juni	797,3	755,3	42,0	703,4
Juli	830,6	788,3	42,3	824,3

4. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen

in Mill. DM

Verwendungszweck bzw. Kreditnehmergruppen	Kurzfristige Kredite			Mittel- und langfristige Kredite					
	Repräsentativerhebung bei 586 Geldinstituten im Bundesgebiet*)			Gesamterhebung bei den Geschäftsbanken im Bundergebiet u. der KfW u. Finag					
				insgesamt			darunter Kredite aus Gegenwertmitteln		
	1949	1950		1949	1950		1949	1950	
31. 12.	31. 3.	30. 6.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	
1. Wohnungsbau	53,1	64,3	67,7	676,6	952,7	1 249,5	30,1	85,5	133,4
2. Industrie und Handwerk	3 891,1	4 372,9	4 578,0	749,5	1 164,9	1 570,0	387,2	866,8	1 135,2
3. Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Jagd, Fischerei	85,9	110,4	118,8	62,6	96,4	158,9	5,0	46,9	93,2
4. Handel	2 426,5	2 572,1	2 597,0	59,0	77,9	116,1	—	0,2	0,3
5. Fremdenverkehr	25,8	31,1	32,5	12,3	20,8	30,4	—	0,3	0,9
6. Verkehrsunternehmen und Nachrichtenwesen	84,6	102,5	119,9	48,0	72,9	91,1	30,0	41,7	46,4
7. Straßen, Straßenbrücken, Häfen, Wasserstraßen	3,8	5,5	4,7	2,6	5,5	4,9	0,2	1,2	1,5
8. Sonst. öffentl. Kreditnehmer (Städte, Kreise, Sozialversicherungen, Universitäten usw.)	204,6	192,9	165,2	86,8	151,4	227,5	—	—	0,5
9. Sonstige private Kreditnehmer	247,2	252,5	287,3	98,3	125,5	209,2	—	—	0,0
Kredite an Nichtbanken (Pos. 1 bis 9) darunter Kredite für Im- und Export	7 022,6	7 704,2	7 971,1	1 795,7	2 668,0	3 657,6	452,5	1 042,6	1 411,4
	1 243,1	1 199,6	1 182,1	—	—	—	—	—	—

*) Die kurzfristigen Ausleihungen der 586 Geldinstitute repräsentierten am 30. 6. 1950 69,5 vH des kurzfristigen Kreditvolumens.

VI. Geldvolumen

Entwicklung und Struktur des Geldvolumens im Bundesgebiet in Mill. DM

Stand Ende	Bargeld und private Sichteinlagen				Andere private Einlagen und öffentliche Einlagen										Zu- schlag für die Ein- lagen bei den sta- tistisch nicht er- faßten In- stituten (Schät- zung)	Ge- samtes Geld- volumen (Bargeld und Bank- einlagen)	
	ins- gesamt	Bargeld- umlauf ¹⁾	davon		ins- gesamt	davon								Gegenwertmittel			
			Sichteinlagen von Wirtschaft u. Privaten			Sichteinlagen der öffentlichen Hand				Private Termineinlagen (einschließlich Anlagekonten ⁴⁾ und Festkonten ⁴⁾ b. Geschäftsbanken	Öffentl. Spar- einlagen	Hohe Kommissare und sonstige alliierte Dienst- stellen	Sonder- konten des Bundes				Sonder- konten KfW, Ber- liner In- dustrie- bank
			bei Geschäfts- banken ²⁾	beim Zentral- bank- system ³⁾		bei Ge- schäfts- banken	beim Zentralbanksystem auf Giro- konto	jederzeit wider- rufflich in Aus- gleichs- forde- rungen angelegt									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
1948 Dez.	11 743	6 319	5 199	225	6 176	1 451	880	200	979	612	1 599	455	.	—	135	18 054	
1949 März	11 833	6 187	5 422	224	7 041	1 453	933	90	949	953	2 097	566	.	—	153	19 027	
Juni	12 776	6 553	5 949 ⁵⁾	274	7 574	1 701 ⁵⁾	702	191	991 ⁵⁾	842 ⁵⁾	2 469	592	.	86	170	20 520	
Sept.	13 225	7 029	6 010	186	8 073	1 744	605	411	1 068	892	2 751	486	.	116	182	21 480	
Dez.	13 646	7 330	6 109	207	8 389	1 806	539	402	1 120	995	3 061	462	.	4	504 ⁹⁾	22 539	
1950 März	13 569	7 420	5 965	184	9 662	1 659	703	625	1 333	1 251	3 498	438	.	155	513	23 744	
April	13 921	7 560	6 185	176	9 966	1 624	751	498	1 446	1 350	3 611	448	.	238	522	24 409	
Mai	14 188	7 509	6 474	205	10 377	1 657	724	580	1 518	1 493	3 702	445	.	258	532	25 097	
Juni	14 545	7 728	6 606 ⁶⁾	211	12 039	1 469	563	557	1 757	1 405	3 828	1 194 ⁷⁾	1 098 ⁸⁾	168	535	27 119	

1) Ohne „B“-Noten. — 2) August 1949 bis Mai 1950 gekürzt um die seinerzeit in der Monatlichen Bankenstatistik gesondert ausgewiesenen Währungsguthaben bei den Geschäftsbanken für durch die Bank deutscher Länder gestellte Akkreditive. — 3) Positionen des Zusammengefaßten Ausweises der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken „Sonstige inländische Einleger“ und „Ausländische Einleger“ abzüglich der Spalte 14 der obigen Übersicht. — 4) Die Festkonten sind ab Juni 1950 je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen auf Sicht- und Termineinlagen aufgeteilt. — 5) Festgelder und Gelder auf Kündigung (ohne Spareinlagen) mit weniger als 30 Tagen Laufzeit bzw. Kündigungsfrist sind im Gegensatz zu den bisherigen Veröffentlichungen — und zwar rückwirkend ab Juni 1949 — den Sichteinlagen, und nicht mehr den Termineinlagen zugerechnet. Die dadurch im Juni 1949 bewirkte Erhöhung der Sichteinlagen (Verminderung der Termineinlagen) beträgt 392 Mill. DM (Öffentliche Hand: 264 Mill. DM, Wirtschaft und Private: 128 Mill. DM). — 6) Zunahme z. T. bedingt durch Wegfall des Abzugs für die Währungsguthaben für durch die Bank deutscher Länder gestellte Akkreditive, die ab Juni nicht mehr besonders ausgewiesen werden. Vgl. Anm. 2). — 7) Zugang z. T. dadurch bedingt, daß bei der Bank deutscher Länder ab Juni 1950 die bisher in den „Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ enthaltenen Guthaben alliierter Dienststellen (Stand am 30. Juni 1950 695 Mill. DM) als „Einlagen“ ausgewiesen werden. — 8) Ab Juni 1950 erstmals unter „Einlagen“ ausgewiesen, bis dahin unter „Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“. — 9) Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben.

VII. Sonstige Geld-

1. Zusammenstellung der im Währungs- Sollzinsen.

	Bayern ²⁾	Hessen ³⁾	Württemberg-Baden ³⁾	Bremen ³⁾	Nordrhein-Westfalen ⁴⁾					
	Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 14. 7. 1949									
Diskontsatz	4	4	4	4	4					
Lombardsatz	5	5	5	5	5					
	Kreditkosten, gültig ab:									
	14. 7. 1949		1. 9. 1949		1. 9. 1949		14. 7. 1949		14. 7. 1949	
	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite										
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2%		Lombardsatz + 1/2%		Lombardsatz + 1%		Lombardsatz + 1/2%		Lombardsatz + 1/2%	
Kreditprovision	1/6% p. M.	8 1/2	1/4% p. M.	8 1/2	1/8% p. M.	8 2/5	1/4% p. M.	8 1/2	1/4% p. M.	8 1/2
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2%		Lombardsatz + 1/2%		Lombardsatz + 1%		Lombardsatz + 1/2%		Lombardsatz + 1/2%	
Überziehungsprovision	1/8% p. T.	11	1/8% p. T.	10	1/8% p. T.	10 1/2	1/8% p. T.	10	1/8% p. T.	10
2. Akzeptkredite (Normal-konditionen)										
Zinsen	Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1/2%	
Akzeptprovision	1/6% p. M.	7	1/4% p. M.	7 1/2	1/4% p. M.	7 1/2	1/4% p. M.	7 1/2	1/4% p. M.	7 1/2
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20 000 und höher										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1% p. M.	6 7/10	1/8% p. M.	6	1/12% p. M.	6	1/8% p. M.	6 - 6 1/2	1/24% p. M.	6
b) Abschnitte von DM 5 000 bis unter 20 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1% p. M.	6 7/10	1/6% p. M.	6 1/2	1/12% p. M.	6	1/5% p. M.	6 - 6 1/2	1/12% p. M.	6 1/2
c) Abschnitte von DM 1 000 bis unter 5 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1/8% p. M.	7	1/8% p. M.	7	1/8% p. M. ¹⁰⁾	6 1/2	1/6% p. M.	6 1/2 - 7	1/8% p. M.	7
d) Abschnitte unter DM 1 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1/6% p. M.	7 1/2	1/8% p. M.	7	1/6% p. M. ¹⁰⁾	7	1/4% p. M.	7 1/2 - 8	1/8% p. M.	7 ⁹⁾
4. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2%		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
Kreditprovision			1/4% p. M.	8 1/2						
Umsatzprovision	1/8% pr. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/8% mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe		1/2% d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens 1/2% pro Semest. a. Kreditbetrag		1/8% pro Semester	
Mindestdiskontspesen	DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	1/2% min. DM-.50		1/2% min. DM-.50		1/2% min. DM-.50		1/2% min. DM-.50		1/2% min. DM-.50	

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. Diskont- und Lombardsatz sind aus den Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — 2) Höchstsätze. — 3) Normalsätze, Überschreitung ist unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1.— bis DM 2.— in Ansatz zu bringen. 7 1/2—9%. — 9) Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. — 10) Einreichern aus kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen

und Kreditstatistik

gebiet geltenden Zinskonditionen¹⁾

in Prozenten jährlich

Niedersachsen		Schleswig-Holstein		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ³⁾		Baden ³⁾		Württemberg- ³⁾ Hohenzollern	
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 14. 7. 1949											
4		4		4		4		4		4	
5		5		5		5		5		5	
Kreditkosten, gültig ab:											
14. 7. 1949		1. 7. 1950		1. 10. 1949		14. 7. 1949		14. 7. 1949		14. 7. 1949	
im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M. ⁷⁾	8 ¹ / ₂	Lombardsatz 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 ⁶⁾
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. T.	10	Lombardsatz 1/8 ⁰ / ₀ p. T.	9 ¹ / ₂
Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/24 ⁰ / ₀ p. M.	6	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/24 ⁰ / ₀ p. M.	6	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6	Diskontsatz 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	5 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/12 ⁰ / ₀ p. M.	6 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/24 ⁰ / ₀ p. M.	6-6 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/12 ⁰ / ₀ p. M.	6
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7 min.	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7 min. DM 2.-	Diskontsatz + 1 ¹ / ₂ ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M. ⁴⁾	6 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	7 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 ⁵⁾ min. DM 2.-	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 min. DM 2.-	Diskontsatz + 1 ¹ / ₂ ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7 ⁶⁾	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M. ⁴⁾	7
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M. ⁷⁾	8 ¹ / ₂	nicht einheitlich geregelt	
keine Vereinbarung		Die Berechnung der Umsatzprovision hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. März 1942 zu erfolgen.		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen		1/8 ⁰ / ₀ v. d. größ. Seite mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1 ⁰ / ₀ a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 ¹ / ₂ fachen Höchstzoll per Quartal		1 ⁰ / ₀ vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr ⁸⁾	
DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀ min. DM - 50		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀ min. DM - 50		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀ min. DM - 50		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀ min. DM - 50	

geführten Zinssätzen der Landeszentralbanken zu ersehen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen tungen in begründeten Fällen zulässig. — ⁴⁾ Richtsätze. — ⁵⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — ⁶⁾ Bei Abschnitten unter DM 1 000.— — ⁷⁾ 1/8⁰/₀ per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsgebäuden. — ⁸⁾ Kredite bis DM 5 000.— netto gegenüber kann die Provision unabhängig von der Größe des Abschnittes auf 1/12⁰/₀ p. M. festgesetzt werden.

	Bayern ²⁾	Hessen ²⁾	Württemberg-Baden ²⁾	Bremen ²⁾	Nordrhein-Westfalen ²⁾
gültig ab:	1. 10. 1948	1. 7. 1950	1. 9. 1949	14. 7. 1949	1. 6. 1950
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
b 1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3	3	3	3	3
b 2) von 12 Monaten und darüber	4	4	4	4	4
3. für Kündigungsgelder		ab DM 50 000 Einlagebetrag		ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
a) 1 und weniger als 3 Monate	2 1/4	2 1/4 2 3/4	2 3/8	2 1/4	2 1/4 2 3/4
b) 3 und weniger als 6 Monate	2 1/2	2 1/2 3 1/4	2 5/8 ¹²⁾	2 1/2	2 1/2 3 1/4
c) 6 und weniger als 12 Monate	2 3/4	2 7/8 ⁹⁾ 4 ⁹⁾	2 7/8 ⁹⁾	2 7/8 ⁹⁾ 3 1/2 ⁹⁾	2 7/8 4
d) 12 Monate und darüber	3 3/4	3 3/4 ⁹⁾ 4 3/8 ⁹⁾	3 3/8 ⁹⁾	3 3/4 ⁹⁾ 4 ⁹⁾	3 3/4 4 3/8
4. für Festgelder					
a) 30 bis 89 Tage	2	2 1/4 2 3/4	2 1/4 ^{9) 12)}	2 1/4	2 1/4 2 3/4
b) 90 bis 179 Tage	2 1/4	2 1/2 3 1/4	2 1/2 ^{9) 12)}	2 1/2	2 1/2 3 1/4
c) 180 bis 359 Tage	2 1/2	2 3/4 3 3/4	2 3/4 ^{9) 12)}	2 3/4 3 1/4	2 3/4 3 3/4
d) 360 Tage und darüber	3 1/2	3 1/2 4 1/8	3 1/4 ^{9) 12)}	3 1/2 3 3/4	3 1/2 4 1/8
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Änderungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind.	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940. Bei der Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und darüber darf ein Zinsvoraus nicht vergütet werden.	1/4 höchstens	1/4 Durch seine Inanspruchnahme darf jedoch der derzeitige Höchstsatz von 4 3/8 % nicht überschritten werden.

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. — 2) Höchstsätze. — 3) Normalsätze. — 4) Im geldbeträgen von DM 100 000.— und mehr können die Kreditinstitute bei Vorliegen höherer Konkurrenzangebote aus anderen Ländern in die — 7) Der Bankierkundschaft 1 1/4 %, — 8) Der Bankierkundschaft 1 3/4 %. — 9) Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Andernfalls dürfen nur die Sätze für feste Gelder (4 c bzw. 4 d) vergütet werden. — 10) Bei Festgeldbeträgen von DM 100 000.— und mehr auf Grund unterschiedlicher Habenzinsfestsetzungen zu verhindern, können die Kreditinstitute a) gegenüber Kunden mit Sitz außerhalb des von Kreditinstituten eines anderen Landes bis zu den für dieses andere Land festgesetzten Höchstsätzen eintreten, sofern der Kunde nachweist, stehen keine Bedenken, wenn die Kreditinstitute in Württemberg-Baden für Fest- und Kündigungsgelder im Betrag von über DM 50 000.— DM 10 000.—. — 12) Diese Haben-Zinssätze sind zunächst bis zum 30. September 1950 befristet.

gebiet geltenden Zinskonditionen¹⁾
in Prozenten jährlich

VII. Sonstige Geld- und
Kreditstatistik

Niedersachsen	Schleswig-Holstein ^{4) 11)}	Hamburg ^{2) 11)}	Rheinland-Pfalz ³⁾	Baden ²⁾	Württemberg- ²⁾ Hohenzollern
1. 6. 1950	1. 7. 1950	1. 6. 1950	1. 6. 1950	1. 7. 1950	1. 8. 1949
1	1	1 ⁶⁾	1 ⁷⁾	1 ⁷⁾	1
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2 ⁸⁾	1 1/2	1 1/2
2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4
ab DM 50 000 Einlagebetrag		ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 ¹⁴⁾ Einlagebetrag	
2 1/4 2 3/4	2 1/4	2 1/4 2 3/4	2 1/4 2 3/4	2 1/4 2 3/4	2
2 1/2 3 1/4	2 1/2	2 1/2 3 1/4	2 1/2 3 1/4	2 1/2 3 1/4	2 1/4
2 7/8 ⁹⁾ 4 ⁹⁾	3 1/2 ⁹⁾	2 7/8 ⁹⁾ 4	2 7/8 ⁹⁾ 4 ⁹⁾	2 7/8 ⁹⁾ 4	2 1/2
3 3/4 ⁹⁾ 4 3/8 ⁹⁾	4 ⁹⁾	3 3/4 ⁹⁾ 4 3/8	3 3/4 ⁹⁾ 4 3/8 ⁹⁾	3 3/4 ⁹⁾ 4 3/8	3
2 1/4 2 3/4	2 1/4	2 1/4 2 3/4	2 1/4 2 3/4	2 1/4 2 3/4	2
2 1/2 3 1/4	2 1/2	2 1/2 3 1/4	2 1/2 3 1/4	2 1/2 3 1/4	2 1/4
2 3/4 3 3/4	3 1/4	2 3/4 3 3/4	2 3/4 3 3/4	2 3/4 3 3/4	2 1/2
3 1/2 4 1/8	3 3/4	3 1/2 4 1/8	3 1/2 4 1/8	3 1/2 4 1/8	3
1/4	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4 % — jedoch nicht über 4 % Gesamt-Zinsen — von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne von § 2 der Anweisung der Landeszentralbank von Schleswig-Holstein über Mindestreserven vom 20. 3. 1950) am 31. Dezember 1949 den Betrag von DM 1 000 000.— nicht überschritten haben.	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4 % von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindestreserven der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg vom 23. 12. 1948) am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1 000 000.— nicht überschritten haben	Abkommen gemäß Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen vom 22. 12. 1936 mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/10 ermäßigt werden. Bei Spareinlagen u. Kündigungsgeldern mit einer Verzinsung von 4 0/10 u. bei Kündigungsgeldern mit einer Verzinsung von 4 3/8 bzw. 4 1/8 % kommt kein Zinsvoraus in Betracht.	Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941 (Reichsanzeiger Nr. 64) Privatbankiers wird auch bei den erhöhten Sätzen die Aufrechterhaltung des Zinsvoraus bewilligt. Im übrigen darf jedoch ein Zinsvoraus bei Sätzen von 4 0/10 und mehr nicht mehr gewährt werden.	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind. Bei Hereinnahmen von Festgeldern im Betrage von DM 100 000.— und mehr darf ein Zinsvoraus nicht gewährt werden.

Geschäftsverkehr mit Versicherungsgesellschaften müssen die Konditionen für die Nichtbankierkundschaft eingehalten werden. — ⁵⁾ Bei Fest- in dem betr. Land festgesetzten Höchstsätze eintreten. — ⁶⁾ Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1/4 0/10. Kündigung bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. kann in besonderen Fällen von den festgesetzten Höchstzinssätzen abgewichen werden. — ¹¹⁾ Um ein Abfließen von Geldern in andere Länder Landes Hamburg die Höchstsätze anwenden, die im Land des Sitzes des Kunden gelten, b) unabhängig von dem Sitz des Kunden in Gebote daß ihm solche über den Höchstsätzen des eigenen Landes liegende Angebote vorliegen. — ¹²⁾ Gemäß Bekanntgabe des Finanzministeriums be- vom 1. Juni 1950 ab bis auf weiteres die gleichen Zinssätze berechnen wie sie in Nordrhein-Westfalen gelten. — ¹³⁾ Mindestbetrag

2. Festverzinsliche Wertpapiere

Bundesgebiet, Durchschnittskurse und Indizes, 4. Vierteljahr 1948 = 100

Zeit	Gesamtindex	darunter 4% ige Schuldverschreibungen					
		Pfandbriefe		Kommunalobligationen einschl. Stadtanleihen		Industrieobligationen	
		Durchschnittskurse	Indizes	Durchschnittskurse	Indizes	Durchschnittskurse	Indizes
1948							
3. Vj.-Durchschn.	121,5	9,17	122,1	8,26	116,2	7,57	122,9
4. Vj.-Durchschn.	100,0	7,51	100,0	7,11	100,0	6,16	100,0
1949							
Januar	102,5	7,76	103,3	7,15	100,7	6,15	99,8
Februar	109,1	8,22	109,4	7,73	108,7	6,71	108,9
März	104,4	7,86	104,6	7,54	106,2	6,32	102,6
April	104,4	7,89	105,1	7,54	106,1	6,13	99,5
Mai	101,7	7,58	100,9	7,50	105,6	6,36	103,2
Juni	102,5	7,61	101,3	7,51	105,7	6,50	105,6
Juli	103,3	7,66	101,9	7,58	106,7	6,56	106,5
August	106,3	7,85	104,5	7,80	109,8	6,94	112,7
September	107,2	7,91	105,3	7,84	110,3	7,07	114,8
Oktober	107,0	7,89	105,0	7,82	110,1	7,13	115,7
November	107,3	7,89	105,0	7,84	110,3	7,24	117,5
Dezember	107,1	7,89	105,0	7,82	110,1	7,17	116,4
1950							
Januar	107,1	7,88	104,8	7,80	109,8	7,22	117,2
Februar	107,2	7,87	104,7	7,78	109,5	7,32	118,9
März	106,6	7,82	104,0	7,75	109,0	7,29	118,3
April	106,0	7,76	103,2	7,72	108,6	7,30	118,6
Mai	106,1	7,74	103,0	7,71	108,5	7,41	120,4
Juni	105,8	7,71	102,6	7,70	108,4	7,41	120,2
Juli	105,2	7,69	102,4	7,66	107,8	7,27	118,0

3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien

Bundesgebiet, in Mill. DM

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere						Aktien		Summe	
	davon					monatlich insgesamt	seit der Währungsreform insgesamt (bis Ende des jeweiligen Monats)	monatlich	seit der Währungsreform insgesamt	seit der Währungsreform insgesamt
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen	Schuldverschreibungen von Kreditinstituten	Anleihen der öffentlich. Hand					
1948										
Seit der Währungsreform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	—	—	46,5
1949										
Januar	—	—	40,0	—	—	40,0	86,5	—	—	86,5
Februar	44,5	3,5	25,0	—	—	73,0	159,5	—	—	159,5
März	92,5	30,0	10,0	—	—	132,5	292,0	13,5	13,5	305,5
April	45,0	17,0	—	—	—	62,0	354,0	12,0	25,5	379,5
Mai	7,0	3,0	10,0	—	—	20,0	374,0	12,9	38,4	412,4
Juni	—	—	68,0	—	64,0 ²⁾	132,0	506,0	3,1	41,5	547,5
Juli	64,5	22,0	88,5	—	276,4 ²⁾	451,4	957,4	3,8	45,3	1 002,7
August	14,5	4,0	36,5	—	—	55,2	1 012,6	1,7	47,0	1 059,6
September	64,5	26,0	21,0	150,0	—	261,5	1 274,1	3,0	50,0	1 324,1
Oktober	—	—	1,5	—	—	1,5	1 275,6	1,0	51,0	1 326,6
November	—	5,0	—	—	—	5,0	1 280,6	1,6	52,6	1 333,2
Dezember	20,0	18,0	—	—	—	38,0	1 318,6	1,6	54,2	1 372,8
1950										
Januar	10,0	5,0	18,5	8,0	—	41,5	1 360,1	0,7	54,9	1 415,0
Februar	30,0	—	—	—	—	30,0	1 390,1	1,1	56,0	1 446,1
März	36,0	15,0	5,0	—	—	56,0	1 446,1	5,3	61,3	1 507,4
April	5,0	10,0	—	—	—	15,0	1 461,1	1,0	62,3	1 523,4
Mai	21,0	15,0	10,0	—	—	46,0	1 507,1	5,8	68,1	1 575,2
Juni	55,0	—	8,0	—	—	63,0	1 570,1	8,1	76,2	1 646,3
Juli	15,0	10,0	13,0	—	—	38,0	1 608,1	4,8	81,0	1 689,1
zusammen:	557,0	187,5	365,2 ³⁾	158,0	340,4 ²⁾	1 608,1	1 608,1 ¹⁾	81,0	81,0	1 689,1
davon waren am 31. Juli 1950 untergebracht:	334,6	72,6	129,2 ⁴⁾	98,2 ⁵⁾	340,4 ²⁾	—	975,0	—	79,8	1 054,8

¹⁾ Von den festverzinslichen Wertpapieren sind 8 Mill. DM mit 3 1/2%, 708,0 Mill. DM mit 5%, 150,0 Mill. DM mit 5 1/2%, 383,9 Mill. DM mit 6%, 358,2 Mill. DM mit 6 1/2% verzinslich. — ²⁾ Reichsbahnleihe. — ³⁾ Hiervon sind 171,4 Mill. DM zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen. — ⁴⁾ Die zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehenen Emissionsbeträge sind hierin nicht enthalten. — ⁵⁾ Davon 60 Mill. DM aus dem Arbeitsstock.

4. Wechselproteste
auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken und der Kreditinstitute

VII. Sonstige Geld- und Kreditstatistik
VIII. Öffentl. Finanzen

Zeit	Wechselproteste		Wechselfälligkeiten	Anteil der Wechselproteste an den fällig gewordenen Wechseln in vH
	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	
1949				
Januar	7,2	.	.	.
Februar	7,9	.	.	.
März	13,4	.	.	.
April	12,4	.	.	.
Mai	12,6	.	.	.
Juni	11,7	10 060	1 375,9	0,85
Juli	9,8	9 497	1 290,3	0,76
August	9,5	9 210	1 413,0	0,67
September	9,5	9 450	1 465,3	0,65
Oktober	9,4	9 908	1 629,2	0,58
November	10,6	10 772	1 954,9	0,54
Dezember	10,8	11 688	2 000,9	0,54
1950				
Januar	10,8	11 598	2 039,0	0,53
Februar	12,5	13 224	2 103,3	0,59
März	15,8	17 327	2 200,6	0,72
April	14,8	17 450	2 055,2	0,72
Mai	15,9	19 895	2 256,6	0,70
Juni	15,1	20 591	2 308,4	0,65

VIII. Öffentliche Finanzen

Aufkommen an Bundes- und Ländersteuern¹⁾
in Mill. DM

Steuerart	Rechnungsjahr 1949/50				Rechnungsjahr 1950/51		
	Insgesamt ²⁾	Jan.	Febr.	März	April ³⁾	Mai ³⁾	Juni
I. Besitz- und Verkehrssteuern							
Insgesamt	11 203,6	1 188,7	841,6	867,0	978,9	757,9	920,8
darunter:							
Lohnsteuer	2 113,2	200,6	183,2	181,8	172,2	155,8	76,4
Veranlagte Einkommensteuer	2 408,9	266,6	146,3	149,6	207,2	109,0	217,5
Körperschaftsteuer	1 448,1	145,6	79,5	108,1	127,7	56,9	191,0
Vermögenssteuer	115,2	2,8	16,7	3,8	2,8	20,0	3,2
Umsatzsteuer	3 991,1	427,7	323,6	321,8	358,6	329,5	340,9
Kraftfahrzeugsteuer							
einschl. Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	282,2	62,6	20,9	22,1	29,6	21,0	22,9
Wechselsteuer	33,9	3,3	3,3	3,3	3,8	3,2	3,1
Beförderungssteuer	261,7	20,6	18,0	28,1	20,4	15,3	8,9
Notopfer Berlin	325,7	34,8	23,4	24,3	33,3	24,3	35,8
II. Verbrauchssteuern und Zölle							
Insgesamt	4 205,9	362,2	322,0	405,9	234,9	341,5	352,8
darunter:							
Tabaksteuer	2 190,6	183,3	161,1	192,9	95,4	174,6	179,9
Kaffeesteuer	280,7	22,2	23,7	26,6	22,9	21,8	23,3
Zuckersteuer	378,1	28,6	27,5	40,4	6,7	24,8	20,4
Salzsteuer	36,3	3,4	3,7	3,2	2,1	2,7	2,9
Biersteuer	302,4	25,9	20,9	25,3	23,7	28,7	35,5
Aus dem Spiritusmonopol	502,0	49,7	34,6	62,8	23,7	36,1	30,4
Zündwarensteuer	53,1	3,1	5,8	4,8	5,0	4,0	4,8
Ausgleichssteuer auf Mineralöle	48,9	4,1	4,2	3,2	4,4	5,3	5,3
Zölle	346,5	35,3	34,3	40,3	45,0	38,8	44,8
Insgesamt	15 409,5	1 551,0⁴⁾	1 163,6	1 272,8⁴⁾	1 213,8	1 099,4	1 273,7⁴⁾
davon dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet bzw. dem Bund zuzurechnen	1 009,0	100,8	89,9	101,7	605,3	682,5	703,5

¹⁾ Darin Steuern, Monopolabgaben, Zölle und Notopfer Berlin. — ²⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1948/49. — ³⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1949/50. — ⁴⁾ Differenz durch Abrundung. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen

IX. Außen-

1. Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets

Spezial-

Zeit	Einfuhr (kommerziell und nicht kommerziell)							
	insgesamt	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeug- nisse	Enderzeug- nisse
Mill. DM								
1948 II. Halbjahr	1 993,1	1 079,6	913,5	496,2	304,9	112,4	65,2	47,2
1949 Januar	315,3	147,0	168,3	75,6	65,3	27,4	11,9	15,5
Februar	476,4	219,0	257,4	154,6	67,2	35,6	19,0	16,6
März	445,0	174,8	270,2	146,6	67,5	56,1	34,5	21,6
April	452,4	187,7	264,7	143,2	64,0	57,5	21,6	35,9
Mai	704,9	314,2	390,7	203,4	102,0	85,3	32,6	52,7
Juni	656,6	310,3	346,3	177,7	94,6	74,0	30,3	43,7
Juli	541,4	220,7	320,7	152,5	93,4	74,8	36,3	38,5
August	700,4	326,8	373,6	167,0	85,4	121,2	29,1	92,1
September	543,6	264,6	279,0	146,5	79,2	53,3	26,7	26,6
Oktober	769,1	465,1	304,0	166,4	81,3	56,3	23,7	32,6
November	643,9	364,6	279,3	143,9	77,5	57,9	29,1	28,8
Dezember	1 081,0	594,2	486,8	239,8	143,5	103,5	51,2	52,3
insgesamt	7 330,0	3 589,0	3 741,0	1 917,2	1 020,9	802,9	346,0	456,9
Oktober	796,5	478,6	317,9	171,4	85,8	60,7	26,1	34,6
November	694,1	388,3	305,8	153,9	85,8	66,1	33,2	32,9
Dezember	1 136,7	617,0	519,7	254,5	150,8	114,4	57,6	56,8
insgesamt	2 627,3	1 483,9	1 143,4	579,8	322,4	241,2	116,9	124,3
1950 Januar	966,6	503,3	463,3	240,8	125,0	97,5	49,8	47,7
Februar	708,3	324,3	384,0	214,0	90,6	79,4	41,8	37,6
März	822,6	423,6	399,0	220,7	82,2	96,4	49,0	47,4
April	747,5	317,1	430,4	230,7	98,0	101,7	47,4	54,3
Mai	678,2	291,4	386,8	220,0	76,5	90,3	43,9	46,4
Juni	790,5	302,8	487,7	286,0	105,6	69,1	43,0	53,1
Juli	948,5	427,2	521,3	311,3	107,9	102,1	51,1	51,0
Mill. \$								
1948 II. Halbjahr	757,6	479,8	277,8	148,8	93,4	35,6	21,4	14,2
1949 Januar	104,9	52,8	52,1	23,6	20,2	8,3	4,0	4,3
Februar	155,5	78,1	77,4	46,2	20,1	11,1	6,1	5,0
März	151,1	67,5	83,6	45,5	20,9	17,2	10,8	6,4
April	148,1	65,1	83,0	45,7	20,0	17,3	6,5	10,8
Mai	208,7	91,7	117,0	60,9	30,5	25,6	9,8	15,8
Juni	196,6	93,1	103,5	53,0	28,3	22,2	9,1	13,1
Juli	161,2	65,2	96,0	45,7	28,0	22,3	10,8	11,5
August	210,0	97,9	112,1	50,2	25,6	36,3	8,7	27,6
September	150,5	73,5	77,0	40,2	22,1	14,7	7,5	7,2
Oktober	184,2	111,6	72,6	39,6	19,6	13,4	5,6	7,8
November	156,0	87,6	68,4	35,3	19,1	14,0	7,0	7,0
Dezember	262,0	144,0	118,0	58,6	34,9	24,5	12,0	12,5
insgesamt	2 088,8	1 028,1	1 060,7	544,5	289,3	226,9	97,9	129,0
Oktober	190,7	114,8	75,9	40,8	20,6	14,5	6,2	8,3
November	169,0	94,1	74,9	37,8	21,1	16,0	8,0	8,0
Dezember	275,7	149,7	126,0	62,2	36,7	27,1	13,5	13,6
insgesamt	635,4	358,6	276,8	140,8	78,4	57,6	27,7	29,9
1950 Januar	230,2	120,0	110,2	57,3	29,8	23,1	11,8	11,3
Februar	168,3	77,1	91,2	50,9	21,5	18,8	9,9	8,9
März	195,6	100,8	94,8	52,4	19,6	22,8	11,6	11,2
April	177,7	75,4	102,3	54,9	23,3	24,1	11,2	12,9
Mai	161,1	69,3	91,8	52,3	18,2	21,3	10,4	10,9
Juni	187,9	72,0	115,9	68,0	25,1	22,8	10,2	12,6
Juli	225,4	101,6	123,8	74,0	25,6	24,2	12,1	12,1

¹⁾ Einschließlich West-Berlin. Die Ein- und Ausfuhrwerte in DM sind nicht miteinander vergleichbar, da die Be-
einigten Wirtschaftsgebiets.

handel

bzw. Bundesgebiets¹⁾ nach Warengruppen

handel

Ausfuhr									Zeit
insgesamt	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft							
		zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren				
					zusammen	Vorerzeug- nisse	Enderzeug- nisse		
Wirtschaftsgebiet ¹⁾									Mill. DM
1 332,3	21,2	1 311,1	326,3	400,8	584,0	306,4	277,6	1948 II. Halbjahr	
251,1	12,4	238,7	52,7	81,2	104,8	57,2	47,6	1949 Januar	
276,2	8,8	267,4	51,1	96,1	120,2	59,4	60,8	Februar	
305,5	8,2	297,3	59,2	106,2	131,9	64,9	67,0	März	
287,9	6,3	281,6	57,0	94,2	130,4	61,9	68,5	April	
332,4	2,8	329,6	63,6	106,0	160,0	69,5	90,5	Mai	
294,8	2,0	292,5	59,1	90,2	143,5	61,7	81,8	Juni	
308,0	2,3	305,7	68,2	84,3	153,2	70,4	82,8	Juli	
303,6	2,4	301,2	66,0	76,7	158,5	74,0	84,5	August	
335,1	2,0	333,1	69,3	92,5	171,3	70,9	100,4	September	
315,7	8,0	307,7	67,0	73,7	167,0	58,8	108,2	Oktober	
340,8	13,0	327,8	73,3	86,6	167,9	53,5	114,4	November	
454,5	16,6	437,9	91,4	111,6	234,9	80,4	154,5	Dezember	
3 805,6	84,8	3 720,8	777,9	1 099,3	1 843,6	782,6	1 061,0	insgesamt	
gebiet ¹⁾									
342,2	9,0	333,2	73,4	76,9	182,9	63,6	119,3	Oktober	
370,2	15,9	354,3	78,9	90,2	185,2	60,1	125,1	November	
485,4	17,3	468,1	96,8	115,8	255,5	88,2	167,3	Dezember	
1 197,8	42,2	1 155,6	249,1	282,9	623,6	211,9	411,7	insgesamt	
442,8	9,4	433,4	84,6	104,9	243,9	91,4	152,5	1950 Januar	
473,7	11,6	462,1	80,6	103,1	278,4	97,6	180,8	Februar	
590,5	11,8	578,7	91,9	127,4	359,4	123,1	236,3	März	
542,1	13,4	528,7	78,9	104,9	344,9	122,1	222,8	April	
594,9	8,3	586,6	87,7	111,4	387,5	132,3	255,2	Mai	
651,9	8,5	643,4	105,8	125,0	412,6	139,5	273,1	Juni	
730,2	10,2	720,0	108,4	151,4	460,2	159,0	301,2	Juli	
Wirtschaftsgebiet ¹⁾									Mill. \$
366,9	5,7	361,2	97,1	115,4	148,7	74,5	74,2	1948 II. Halbjahr	
70,0	3,4	66,6	15,7	23,7	27,2	14,2	13,0	1949 Januar	
78,7	2,5	76,2	15,4	28,4	32,4	15,1	17,3	Februar	
85,7	2,4	83,3	17,8	29,5	36,0	16,8	19,2	März	
82,1	1,8	80,3	17,1	27,3	35,9	16,5	19,4	April	
94,5	0,8	93,7	19,0	30,0	44,7	18,6	26,1	Mai	
84,2	0,6	83,6	17,7	25,7	40,2	17,0	23,2	Juni	
89,7	0,7	89,0	20,4	25,2	43,4	19,5	23,9	Juli	
88,3	0,7	87,6	19,8	22,9	44,9	20,4	24,5	August	
93,1	0,5	92,6	19,3	26,5	46,8	19,1	27,7	September	
74,6	1,9	72,7	16,0	17,8	38,9	13,2	25,7	Oktober	
80,9	3,1	77,8	17,6	21,1	39,1	12,2	26,9	November	
107,7	4,0	103,7	21,6	27,0	55,1	18,9	36,2	Dezember	
1 029,5	22,4	1 007,1	217,4	305,1	484,6	201,5	283,1	insgesamt	
gebiet ¹⁾									
80,9	2,1	78,8	17,6	18,6	42,6	14,3	28,3	Oktober	
87,9	3,8	84,1	18,9	22,0	43,2	13,8	29,4	November	
115,0	4,1	110,9	22,9	28,0	60,0	20,7	39,3	Dezember	
283,8	10,0	273,8	59,4	68,6	145,8	48,8	97,0	insgesamt	
104,4	2,3	102,1	20,1	25,2	56,8	21,6	35,2	1950 Januar	
112,3	2,8	109,5	19,2	24,8	65,5	23,2	42,3	Februar	
139,7	2,8	136,9	21,9	30,4	84,6	29,2	55,4	März	
127,7	3,1	124,6	18,8	25,0	80,8	28,9	51,9	April	
140,3	2,0	138,3	20,9	26,5	90,9	31,3	59,6	Mai	
153,9	2,0	151,9	25,2	29,8	96,9	33,0	63,9	Juni	
172,2	2,4	169,8	25,8	36,0	108,0	37,7	70,3	Juli	

wertung zum Teil nach Weltmarkt-, zum Teil nach Inlandspreisen erfolgte. — Quelle: Statistisches Amt des Ver-

Länder	1949						1950					
	Jan.-Sept. 1949 Monatsdurchschnitt			Okt.-Dez. 1949 Monatsdurchschnitt			Januar			Februar		
	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo ¹⁾	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
Mill. DM.												
1. USA	216,8	12,9	.	289,8	18,1	-271,7	232,3	18,4	-213,9	130,6	14,4	-116,1
2. Kanada	6,2	1,8	.	6,5	1,9	- 4,6	4,3	1,5	- 2,8	4,2	1,6	- 2,6
3. Lateinamerika	37,4	8,2	.	62,8	15,8	- 47,0	34,1	20,6	- 13,5	28,8	24,2	- 4,6
4. Sterling-Länder	67,1	52,2	.	84,2	55,6	- 28,6	118,8	51,3	- 67,5	118,8	50,6	- 68,2
davon:												
a) Teilnehmerländer ²⁾	32,1	41,3	.	41,2	44,3	+ 3,1	56,7	38,0	- 18,7	54,2	34,4	- 19,8
b) Nicht-Teilnehmerländer ²⁾	35,0	10,9	.	43,0	11,3	- 31,7	62,1	13,3	- 48,8	64,6	16,2	- 48,4
5. ERP-Länder ohne Sterling-Gebiet	192,9	230,4	.	338,7	259,0	- 79,7	473,4	297,9	-175,5	349,7	326,2	- 23,5
davon:												
a) Länder mit liberalisierten Handelsverträgen (Stand März 1950)	156,2	205,4	.	277,4	222,1	- 55,3	398,3	250,1	-148,2	298,0	273,1	- 24,9
Belgien-Luxemburg ³⁾	44,2	35,5	.	37,1	38,0	+ 0,9	44,8	42,3	- 2,5	38,9	41,0	+ 2,1
Frankreich ³⁾	23,0	66,0	.	46,9	62,5	+ 15,6	79,3	56,1	- 23,2	60,6	58,6	- 2,0
Niederlande ³⁾	27,2	35,4	.	94,6	34,5	- 60,1	105,4	54,5	- 50,9	84,3	71,9	- 12,4
Dänemark	11,3	4,9	.	23,2	5,9	- 17,3	47,5	8,7	- 38,8	24,3	12,7	- 11,6
Norwegen	8,9	5,8	.	6,0	7,3	+ 1,3	20,9	9,6	- 11,3	10,1	7,1	- 3,0
Schweden	23,6	20,3	.	28,5	20,5	- 8,0	52,9	34,2	- 18,7	43,3	29,2	- 14,1
Österreich	3,6	17,8	.	4,8	24,6	+ 19,8	7,9	22,0	+ 14,1	8,2	22,6	+ 14,4
Schweiz	14,4	19,7	.	36,3	28,8	- 7,5	39,6	22,7	- 16,9	28,3	30,0	+ 1,7
b) Übrige ERP-Länder	36,7	25,0	.	61,3	36,9	- 24,4	75,1	47,8	- 27,3	51,7	53,1	+ 1,4
davon:												
Griechenland	2,3	4,0	.	4,2	4,1	- 0,1	4,5	9,7	+ 5,2	2,5	10,9	+ 8,4
Italien	25,2	16,4	.	33,9	25,4	- 8,5	45,1	28,9	- 16,2	32,1	27,4	- 4,7
Portugal ³⁾	4,7	0,8	.	5,4	2,1	- 3,3	4,5	2,1	- 2,4	4,1	2,5	- 1,6
Türkei	4,5	3,8	.	17,8	5,3	- 12,5	21,0	6,1	- 14,9	13,0	12,0	- 1,0
Triest (Anglo-amerik. Zone)	—	—	.	—	—	—	0,0	1,0	+ 1,0	0,0	0,3	+ 0,3
6. Osteuropa	24,8	12,9	.	53,4	37,0	- 16,4	44,9	32,1	- 12,8	27,0	38,2	+ 11,2
7. Sonstige Länder	34,6	8,0	.	40,4	11,9	- 28,5	58,8	21,0	- 37,8	49,2	18,5	- 30,7
8. Alle Länder	579,8	326,4	.	875,8	399,3	-476,5	966,6	442,8	-523,8	708,3	473,7	-234,5
ERP-Länder insgesamt	225,0	271,7	.	379,9	303,3	- 76,6	530,1	335,9	-194,2	403,9	360,6	- 43,3
Nicht-Teilnehmerländer ²⁾	354,8	54,7	.	495,9	96,0	-399,9	436,5	106,9	-329,6	304,4	113,1	-191,2
Alle Länder	579,8	326,4	.	875,8	399,3	-476,5	966,6	442,8	-523,8	708,3	473,7	-234,5
Mill. US-\$												
1. USA	68,1	3,7	- 64,4	69,8	4,4	- 65,4	55,6	4,3	- 51,3	31,0	3,5	- 27,5
2. Kanada	1,8	0,5	- 1,3	1,5	0,4	- 1,1	1,0	0,3	- 0,7	1,0	0,4	- 0,6
3. Lateinamerika	11,3	2,3	- 9,0	16,0	3,7	- 12,3	8,2	4,7	- 3,5	6,8	5,6	- 1,2
4. Sterling-Länder	20,3	14,0	- 6,3	20,3	12,9	- 7,4	28,3	12,0	- 16,3	28,3	12,1	- 16,2
davon:												
a) Teilnehmerländer ²⁾	9,8	10,9	+ 1,1	9,8	10,2	+ 0,4	13,5	8,9	- 4,6	12,9	8,3	- 4,6
b) Nicht-Teilnehmerländer ²⁾	10,5	3,1	- 7,4	10,5	2,7	- 7,8	14,8	3,1	- 11,7	15,4	3,8	- 11,6
5. ERP-Länder ohne Sterling-Gebiet	58,6	66,7	+ 8,1	81,2	61,5	- 19,7	112,2	70,4	- 41,8	83,1	77,2	- 5,9
davon:												
a) Länder mit liberalisierten Handelsverträgen (Stand März 1950)	47,6	59,3	- 11,7	66,4	52,7	- 13,7	94,3	58,9	- 35,4	70,8	64,6	- 6,2
Belgien-Luxemburg ³⁾	13,5	10,3	- 3,2	8,9	8,9	± 0,0	10,7	10,0	- 0,7	9,2	9,6	+ 0,4
Frankreich ³⁾	7,0	19,4	+ 12,4	11,3	15,0	+ 3,7	18,4	13,3	- 5,1	14,4	13,9	- 0,5
Niederlande ³⁾	8,2	9,7	+ 1,5	22,6	8,1	- 14,5	25,0	12,7	- 12,3	20,1	17,0	- 3,1
Dänemark	3,4	1,4	- 2,0	5,6	1,4	- 4,2	11,3	2,0	- 9,3	5,8	3,0	- 2,8
Norwegen	2,9	1,6	- 1,3	1,5	1,7	+ 0,2	5,0	2,3	- 2,7	2,4	1,6	- 0,8
Schweden	7,2	5,9	- 1,3	6,8	4,9	- 1,9	12,6	8,1	- 4,5	10,3	6,9	- 3,4
Österreich	1,2	5,3	+ 4,1	1,1	5,9	+ 4,8	1,9	5,3	+ 3,4	1,9	5,4	+ 3,5
Schweiz	4,2	5,7	+ 1,5	8,6	6,8	- 1,8	9,4	5,2	- 4,2	6,7	7,2	+ 0,5
b) Übrige ERP-Länder	11,0	7,4	- 3,6	14,8	8,8	- 6,0	17,9	11,5	- 6,4	12,3	12,6	+ 0,3
davon:												
Griechenland	0,7	1,2	+ 0,5	1,0	1,0	± 0,0	1,1	2,3	+ 1,2	0,6	2,6	+ 2,0
Italien	7,4	4,9	- 2,5	8,1	6,0	- 2,1	10,7	7,0	- 3,7	7,6	6,5	- 1,1
Portugal ³⁾	1,5	0,2	- 1,3	1,4	0,5	- 0,9	1,1	0,5	- 0,6	1,0	0,6	- 0,4
Türkei	1,4	1,1	- 0,3	4,3	1,3	- 3,0	5,0	1,5	- 3,5	3,1	2,8	- 0,3
Triest (Anglo-amerik. Zone)	—	—	—	—	—	—	0,0	0,2	+ 0,2	0,0	0,1	+ 0,1
6. Osteuropa	7,6	3,8	- 3,8	13,0	8,9	- 4,1	10,7	7,7	- 3,0	6,4	9,1	+ 2,7
7. Sonstige Länder	10,2	2,2	- 8,0	10,0	2,8	- 7,2	14,2	5,0	- 9,2	11,7	4,4	- 7,3
8. Alle Länder	177,9	93,2	- 84,7	211,8	94,6	-117,2	230,2	104,4	-125,8	168,3	112,3	- 56,0
ERP-Länder insgesamt	68,4	77,6	+ 9,2	91,0	71,7	- 19,3	125,7	79,3	- 46,4	96,0	85,5	- 10,5
Nicht-Teilnehmerländer ²⁾	109,5	15,6	- 93,9	120,8	22,9	- 97,9	104,5	25,1	- 79,2	72,3	26,8	- 45,5
Alle Länder	177,9	93,2	- 84,7	211,8	94,6	-117,2	230,2	104,4	-125,8	168,3	112,3	- 56,0

¹⁾ Die Ein- und Ausfuhrwerte in DM sind nicht miteinander vergleichbar, da die Bewertung zum Teil nach Weltmarkt-, zum Teil nach Inlands-

1950															Länder
März			April			Mai			Juni			Juli			
Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	
Mill. DM.															
138,4	19,1	-119,3	124,0	18,6	-105,4	113,2	17,6	- 95,6	146,9	22,5	-124,4	233,3	29,6	-203,7	1. USA
3,3	1,7	- 1,6	1,9	2,2	+ 0,3	0,8	4,3	+ 3,5	3,0	3,1	+ 0,1	3,7	3,5	- 0,2	2. Kanada
47,8	38,9	- 8,9	65,0	31,9	- 33,1	73,2	39,7	- 33,5	66,7	36,0	- 30,7	52,7	47,9	- 4,8	3. Lateinamerika
144,4	54,8	- 89,6	129,0	49,8	- 79,2	101,7	46,4	- 55,3	139,3	67,9	- 71,4	127,4	84,1	- 43,3	4. Sterling-Länder
davon:															
58,4	39,6	- 18,8	54,5	30,4	- 24,1	47,1	29,8	- 17,3	68,0	43,3	- 24,7	64,8	56,4	- 8,4	a) Teilnehmerländer ²⁾
86,0	15,2	- 70,8	74,5	19,4	- 55,1	54,6	16,6	- 38,0	71,3	24,6	- 46,7	62,6	27,7	- 34,9	b) Nicht-Teilnehmerländer ²⁾
426,7	411,6	- 15,1	378,2	377,4	- 0,8	327,0	396,8	+ 69,8	352,1	424,3	+ 72,2	443,5	467,0	+ 23,5	5. ERP-Länder ohne Sterling-Gebiet
davon:															
a) Länder mit liberalisierten Handelsverträgen (Stand März 1950)															
370,3	349,3	- 21,0	333,8	309,0	- 24,8	291,2	319,5	+ 28,3	311,1	344,6	+ 33,5	402,2	370,3	- 31,9	Belgien-Luxemburg ^{*)}
35,6	-51,9	+ 16,3	33,2	50,0	+ 16,8	19,1	48,8	+ 29,7	23,2	56,8	+ 33,6	33,3	58,1	+ 24,8	Frankreich ^{*)}
72,0	65,8	- 6,2	84,5	57,7	- 26,8	75,8	63,0	- 12,8	89,0	67,9	- 21,1	114,5	64,5	- 50,0	Niederlande ^{*)}
119,6	107,1	- 12,5	99,9	91,8	- 8,1	91,0	93,1	+ 2,1	79,7	95,8	+ 16,1	99,6	96,0	- 3,6	Dänemark
42,9	19,3	- 23,6	21,7	16,9	- 4,8	25,7	17,2	- 8,5	28,6	28,6	+ 0,0	37,8	39,5	+ 1,7	Norwegen
12,1	8,5	- 3,6	22,3	8,5	- 13,8	10,0	9,4	- 0,6	13,6	8,0	- 5,6	19,5	10,0	- 9,5	Schweden
49,5	33,1	- 16,4	32,3	29,5	- 2,8	36,1	31,0	- 5,1	44,7	31,2	- 13,5	60,5	33,2	- 27,3	Österreich
10,4	31,0	+ 20,6	9,7	22,0	+ 12,3	11,3	23,7	+ 12,4	14,6	21,7	+ 7,1	13,7	27,4	+ 13,7	Schweiz
28,2	32,6	+ 4,4	30,2	32,6	+ 2,4	22,2	33,3	+ 11,1	17,7	34,6	+ 16,9	23,3	41,6	+ 18,3	b) Übrige ERP-Länder
56,4	62,3	+ 5,9	44,4	68,4	+ 24,0	35,8	77,3	+ 41,5	41,0	79,7	+ 38,7	41,3	96,7	+ 55,4	davon:
3,3	9,6	+ 6,3	3,4	10,1	+ 6,7	2,7	8,6	+ 5,9	2,8	8,2	+ 5,4	4,2	11,2	+ 7,0	Griechenland
29,1	35,4	+ 6,3	24,1	36,7	+ 12,6	26,0	46,1	+ 20,1	30,6	50,6	+ 20,0	26,9	44,4	+ 17,5	Italien
5,9	4,1	- 1,8	2,6	2,6	+ 0,0	2,3	4,0	+ 1,7	2,4	3,9	+ 1,5	4,3	5,2	+ 0,9	Portugal ^{*)}
18,1	12,7	- 5,4	14,3	18,4	+ 4,1	4,8	18,3	+ 13,5	5,2	16,4	+ 11,2	5,9	35,3	+ 29,4	Türkei
0,0	0,5	+ 0,5	-	0,6	+ 0,6	0,0	0,3	+ 0,3	-	0,6	+ 0,6	0,0	0,6	+ 0,6	Triest (Anglo-amerik. Zone)
25,2	41,5	+ 16,3	21,9	37,7	+ 15,8	26,3	59,6	+ 33,3	41,0	61,7	+ 20,7	28,2	48,4	+ 20,2	6. Osteuropa
36,8	22,9	- 13,9	27,5	24,5	- 3,0	36,0	30,5	- 5,5	41,5	36,4	- 5,1	59,7	49,7	- 10,0	7. Sonstige Länder
822,6	590,5	-232,1	747,5	542,1	-205,4	678,2	594,9	- 83,3	790,5	651,9	-138,6	948,5	730,2	-218,3	8. Alle Länder
485,1	451,2	- 33,9	432,7	407,8	- 24,9	374,1	426,6	+ 52,5	420,1	467,6	+ 47,5	508,3	523,4	+ 15,1	ERP-Länder insgesamt
337,5	139,3	-198,2	314,8	134,3	-180,5	304,1	168,3	-135,8	370,4	184,3	-186,1	440,2	206,8	-233,4	Nicht-Teilnehmerländer ²⁾
822,6	590,5	-232,1	747,5	542,1	-205,4	678,2	594,9	- 83,3	790,5	651,9	-138,6	948,5	730,2	-218,3	Alle Länder
Mill. US-\$															
32,9	4,5	- 28,4	29,5	4,4	- 25,1	26,9	4,2	- 22,7	34,9	5,4	- 29,5	55,5	7,0	- 48,5	1. USA
0,8	0,4	- 0,4	0,5	0,5	+ 0,0	0,2	1,0	+ 0,8	0,7	0,7	+ 0,0	0,9	0,8	- 0,1	2. Kanada
11,3	9,1	- 2,2	15,4	7,5	- 7,9	17,4	9,3	- 8,1	15,9	8,4	- 7,5	12,5	11,2	- 1,3	3. Lateinamerika
34,3	13,1	- 21,2	30,6	11,8	- 18,8	24,2	10,9	- 13,3	33,1	16,0	- 17,1	29,5	19,8	- 9,7	4. Sterling-Länder
davon:															
13,9	9,5	- 4,4	12,9	7,2	- 5,7	11,2	7,0	- 4,2	16,1	10,2	- 5,9	15,4	13,3	- 2,1	a) Teilnehmerländer ²⁾
20,4	3,6	- 16,8	17,7	4,6	- 13,1	13,0	3,9	- 9,1	17,0	5,8	- 11,2	14,1	6,5	- 7,6	b) Nicht-Teilnehmerländer ²⁾
101,5	97,3	- 4,2	90,2	88,9	- 1,3	77,6	93,5	+ 15,9	83,6	100,1	+ 16,5	105,3	110,1	+ 4,8	5. ERP-Länder ohne Sterling-Gebiet
davon:															
a) Länder mit liberalisierten Handelsverträgen (Stand März 1950)															
88,0	82,5	- 5,5	79,7	72,7	- 7,0	69,1	75,3	+ 6,2	73,8	81,3	+ 7,5	95,5	87,2	- 8,3	Belgien-Luxemburg ^{*)}
8,4	12,2	+ 3,8	7,9	11,7	+ 3,8	4,5	11,5	+ 7,0	5,5	13,3	+ 7,8	7,9	13,6	+ 5,7	Frankreich ^{*)}
17,1	15,6	- 1,5	20,6	13,7	- 6,9	18,0	14,9	- 3,1	21,1	16,1	- 5,0	27,2	15,2	- 12,0	Niederlande ^{*)}
28,5	25,4	- 3,1	23,7	21,8	- 1,9	21,6	22,0	+ 0,4	18,9	22,7	+ 3,8	23,7	22,7	- 1,0	Dänemark
10,2	4,5	- 5,7	5,1	3,9	- 1,2	6,1	4,0	- 2,1	6,8	6,8	+ 0,0	9,0	9,3	+ 0,3	Norwegen
2,9	2,0	- 0,9	5,3	2,0	- 3,3	2,4	2,2	- 0,2	3,2	1,9	- 1,3	4,6	2,3	- 2,3	Schweden
11,8	7,8	- 4,0	7,6	6,8	- 0,8	8,8	7,3	- 1,3	10,6	7,3	- 3,3	14,4	7,8	- 6,6	Österreich
2,4	7,4	+ 5,0	2,3	5,2	+ 2,9	2,7	5,6	+ 2,9	3,5	5,1	+ 1,6	3,2	6,5	+ 3,3	Schweiz
6,7	7,6	+ 0,9	7,2	7,6	+ 0,4	5,2	7,8	+ 2,6	4,2	8,1	+ 3,9	5,5	9,8	+ 4,3	b) Übrige ERP-Länder
13,5	14,8	+ 1,3	10,5	16,2	+ 5,7	8,5	18,2	+ 9,7	9,8	18,8	+ 9,0	9,8	22,9	+ 13,1	davon:
0,8	2,3	+ 1,5	0,7	2,4	+ 1,7	0,7	2,0	+ 1,3	0,7	1,9	+ 1,2	1,0	2,6	+ 1,6	Griechenland
7,0	8,4	+ 1,4	5,7	8,7	+ 3,0	6,2	10,9	+ 4,7	7,3	12,0	+ 4,7	6,4	10,6	+ 4,2	Italien
1,4	1,0	- 0,4	0,6	0,5	- 0,1	0,5	0,9	+ 0,4	0,6	0,9	+ 0,3	1,0	1,2	+ 0,2	Portugal ^{*)}
4,3	3,0	- 1,3	3,5	4,4	+ 0,9	1,1	4,3	+ 3,2	1,2	3,9	+ 2,7	1,4	8,3	+ 6,9	Türkei
0,0	0,1	+ 0,1	-	0,2	+ 0,2	0,0	0,1	+ 0,1	-	0,1	+ 0,1	0,0	0,2	+ 0,2	Triest (Anglo-amerik. Zone)
6,0	9,9	+ 3,9	5,2	9,0	+ 3,8	6,2	14,2	+ 8,0	9,8	14,7	+ 4,9	6,7	11,5	+ 4,8	6. Osteuropa
8,8	5,4	- 3,4	6,3	5,6	- 0,7	8,6	7,2	- 1,4	9,9	8,6	- 1,3	15,0	11,8	- 3,2	7. Sonstige Länder
195,6	139,7	- 55,9	177,7	127,7	- 50,0	161,1	140,3	- 20,8	187,9	153,9	- 34,0	225,4	172,2	- 53,2	8. Alle Länder
115,4	106,8	- 8,6	103,1	96,1	- 7,0	88,8	100,5	+ 11,7	99,7	110,3	+ 10,6	120,7	123,4	+ 2,7	ERP-Länder insgesamt
80,2	32,9	- 47,3	74,6	31,6	- 43,0	72,3	39,8	- 32,5	88,2	43,6	- 44,6	104,7	48,8	- 55,9	Nicht-Teilnehmerländer ²⁾
195,6	139,7	- 55,9	177,7	127,7	- 50,0	161,1	140,3	- 20,8	187,9	153,9	- 34,0	225,4	172,2	- 53,2	Alle Länder

preisen erfolgte. — ²⁾ Nicht-Teilnehmerländer bzw. Teilnehmerländer am Marshallplan. — * Einschließlich der Besitzungen in Übersee.

X. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise

1. Index der industriellen Produktion

Bundesgebiet, arbeitstäglich, 1936 = 100

Zeit	Arb.- tage	Gesamt- Index einschl. Energie		Investitionsgüterindustrien														
		einschl. Bauge- werke u. Genuß- mittel- ind.	ohne Bauge- werke u. Genuß- mittel- ind.	ins- ge- samt	Rohstoffe							Fertigwaren						
					ge- samt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen						ge- samt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen					
						Eisen- erz- berg- bau	Eisen- und Stahl	Eisen- Stahl- Tem- per- guß	NE- Me- talle	Steine und Erden	Säge- und Holz- indu- strie		Stahl- bau ohne Wag- gon- bau	Schiff- bau	Ma- schin- en- bau	Fahr- zeug- bau	Elek- tro- tech- nische Ind.	Eisen- Stahl- Blech- Met- tall- waren
1949																		
Januar	25	78	80	74	63	109	53	68	59	57	100	81	54	8	84	71	169	65
Februar	24	81	84	78	67	108	59	69	64	58	108	86	57	9	89	76	179	65
März	27	81	84	78	67	112	60	68	68	59	97	84	50	12	89	78	171	58
April	24	84	86	80	71	108	60	66	73	73	106	85	59	31	93	81	170	56
Mai	25	86	88	81	75	113	63	67	76	84	104	85	62	14	93	85	169	56
Juni	24,5	87	88	83	76	114	64	63	75	88	101	87	63	19	94	92	170	55
Juli	26	86	86	81	76	114	63	64	72	91	99	83	56	18	92	88	155	54
August	27	87	87	81	78	115	65	64	72	94	95	83	59	22	87	93	154	58
September	26	92	92	86	77	112	62	67	70	97	94	91	62	15	96	99	182	62
Oktober	26	94	95	87	75	114	58	69	68	93	99	95	60	15	96	106	191	72
November	25,5	97	99	92	77	112	64	75	68	87	94	101	64	14	101	108	217	79
Dezember	26	93	96	88	73	111	64	75	65	72	90	97	59	16	101	102	204	75
1950																		
Januar	26	89	95	85	73	118	70	76	68	61	88	93	58	15	96	100	187	72
Februar	24	92	98	90	74	126	74	77	70	59	94	99	60	25	103	114	204	74
März	27	96	101	93	79	129	75	79	70	76	97	101	65	35	107	120	199	74
April	23	102	104	99	83	130	72	80	72	91	113	109	70	41	115	137	203	83
Mai	24	105	107	104	89	128	74	87	81	103	108	113	69	41	117	156	196	90
Juni	25,5	107	108	107	93	129	81	81	86	110	105	117	75	40	118	166	199	92
Juli +	26,0	107	107	106	93	135	80	81	89	112	107	114	69	.	115	152	204	95
Zeit	allgem. Produktionsgüterindustrien						Verbrauchsgüterindustrien											
	ins- gesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen				ins- gesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen											
		Kohle	Strom	Gas	Chemie o. Kunst- faser- erzeug.		Papier- erzeug.	Leder- erzeug.	Textilien o. Kunst- faser- erzeug.	Keramik	Bereifg. u. Kaut- schuk- erzeug.	Schuhe						
1949																		
Januar	101	90	149	79	84	68	63	58	63	95	109	61						
Februar	104	90	149	80	89	72	71	56	68	98	114	62						
März	104	90	149	81	90	74	76	52	75	93	110	59						
April	103	90	145	82	90	75	77	51	76	94	98	62						
Mai	105	93	144	83	90	80	82	61	82	95	98	74						
Juni	105	91	141	83	93	79	80	64	78	88	98	77						
Juli	104	92	141	85	90	74	77	58	75	80	94	55						
August	106	91	147	86	92	78	75	62	81	81	96	58						
September	108	92	153	87	93	87	76	67	92	84	105	81						
Oktober	111	94	158	88	96	90	78	74	95	86	111	84						
November	115	99	167	88	97	96	83	77	100	94	119	87						
Dezember	113	96	173	88	95	92	85	70	98	92	104	73						
1950																		
Januar	115	97	170	89	98	90	86	67	98	91	94	60						
Februar	117	98	165	90	102	94	90	68	102	97	98	65						
März	120	98	163	91	109	96	90	64	103	93	95	76						
April	120	98	162	89	112	96	90	66	101	98	92	72						
Mai	121	97	158	88	116	97	95	66	101	95	100	79						
Juni	121	94	156	88	117	94	99	63	95	95	110	71						
Juli +	123	95	157	93	118	90	98	64	90	92	114	55						

+ Vorläufig.—Quelle: Bundesminister für Wirtschaft.

2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß

Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß	
	monatlich	arbeits- täglich	Steinkohle monatlich	Koks monatlich
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 "	5 927	234,7	.	.
1948 "	7 253	285,1	702	542
1949 "	8 603	338,1	944	646
1949 Januar	8 204	328,2	852	683
Februar	7 871	328,0	777	667
März	8 893	329,4	947	759
April	7 898	329,1	810	815
Mai	8 377	335,1	865	818
Juni	8 107	333,4	930	745
Juli	8 749	336,5	1 023	670
August	9 047	335,1	966	601
September	8 776	337,5	941	453
Oktober	8 990	345,8	956	402
November	9 199	368,0	958	541
Dezember	9 125	351,0	1 304	602
1950 Januar	9 327	358,7	1 016	624
Februar	8 682	361,7	952	650
März	9 802	363,0	1 024	591
April	8 364	363,6	972	486
Mai	8 667	361,1	816	452
Juni	8 978	345,3	1 123	462
Juli*)	9 171	352,7	1 159	727

*) Vorläufig. — Quelle: Deutsche Kohlenbergbau-
leitung; Statistisches Amt des Vereinigten Wirt-
schaftsgebiets.

3. Eisen- und Stahlerzeugung

Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Roheisen einschl. Ferro- legierungen	Rohstahl- blöcke und Stahl- formguß ¹⁾	Walzstahl- fertig- erzeugnisse
Februar	531	691	470
März	602	780	545
April	575	729	496
Mai	619	793	539
Juni	603	777	539
Juli	636	805	551
August	651	845	582
September	598	770	535
Oktober	557	704	518
November	584	765	555
Dezember	633	812	566
1950 Januar	697	907	605
Februar	671	899	573
März	772	1 015	650
April	691	907	575
Mai	724	938	625
Juni	762	1 006	683
Juli	824	1 049	690

¹⁾ Von April 1950 ab: flüssig. — Quelle: Fachstatistik
Eisen und Stahl.

4. Arbeitsmarkt

Bundesgebiet, in 1000

Zeit	Beschäftigte	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosen- und Arbeitslosen- fürsorgeunterstützungsempfänger
1948 31. März	.	471,8	757,0	18
30. April	.	469,4	794,4	15
31. Mai	.	448,2	802,9	13
30. Juni	13 468,1	451,1	677,1	13
31. Juli	.	665,0	285,1	79
31. August	.	784,2	271,1	194
30. September	13 463,1	784,1	297,2	263
31. Oktober	.	739,4	305,5	287
30. November	.	715,1	276,2	310
31. Dezember	13 702,8	759,6	225,8	380
1949 31. Januar	.	962,9	216,9	521
28. Februar	.	1 068,9	212,3	650
31. März	13 447,3	1 168,1	197,2	749
30. April	.	1 232,4	183,6	771
31. Mai	.	1 256,9	157,1	827
30. Juni	13 488,7	1 283,3	144,6	887
31. Juli	.	1 302,9	135,7	931
31. August	.	1 308,1	125,7	963
30. September	13 604,4	1 313,7	127,9	963
31. Oktober	.	1 316,6	119,7	969
30. November	.	1 383,8	99,5	1 030
31. Dezember	13 556,2	1 558,5	75,4	1 203
1950 31. Januar	.	1 897,6	87,7	1 446
28. Februar	.	1 981,7	106,1	1 622
31. März	13 307,3	1 851,9	126,6	1 544
30. April	.	1 783,8	119,6	1 446
31. Mai	.	1 668,3	116,9	1 363
30. Juni	13 845,6	1 538,1	124,3	1 264
31. Juli	.	1 451,9	128,2	1 177

Quelle: Bundesministerium für Arbeit

5. Verkehr (Bundesgebiet)

Zeit	Eisenbahn						
	Durchschn. arbeitstäg. Güterwagenstellung	Umlaufzeit der Güterwagen	Güterverkehr insgesamt	beförderte Personen	betriebsfähige Güterwagen	betriebsfähige Dampf-lokomotiven	
	1 000	Tage ²⁾	1 000 t ³⁾	1 000	1 000		
1948 M.-D.	43,7	6,1	16 461	137 314	263,7	7,9	
1949 M.-D.	52,1	4,8	18 285	113 253	262,0	8,9	
1949 Januar	49,9	5,4	18 450	133 010	268,6	8,8	
Februar	51,4	5,1	17 242	113 382	270,6	8,9	
März	50,7	4,8	19 159	115 877	261,1	8,9	
April	51,8	5,0	17 418	114 120	256,6	8,9	
Mai	51,2	4,8	17 797	118 274	250,4	8,9	
Juni	50,0	4,8	16 811	106 922	261,6	9,0	
Juli	51,1	4,5	18 087	107 839	261,3	9,0	
August	50,3	4,4	18 154	107 936	260,4	9,0	
September	53,2	4,4	18 279	104 325	265,4	9,0	
Oktober	56,6	4,7	19 887	115 614	264,0	8,9	
November	57,3	4,6	20 078	110 556	259,7	8,9	
Dezember	51,5	4,8	18 063	111 182	258,3	9,1	
1950 Januar	48,2	4,6	17 664	119 915	258,0	8,9	
Februar	49,9	4,4	16 857	104 204	254,6	8,9	
März	53,3	4,2	19 928	104 068	254,2	8,9	
April	52,9	4,7	16 736	108 078	253,2	8,9	
Mai	53,3	4,7	17 175	113 395	250,5	9,1	
Juni	53,3	4,3	17 887	101 388	238,6	8,9	
Zeit	Schifffahrt		Deutsche Post ²⁾				
	Binnen- ¹⁾ See-Güterumschlag		Briefsendg. einschl. Einschreibesdg.	Gewöhnl. Paket-sendungen	Tele-gramme	Orts-gespräche	Fern-gespräche einschließlich Schnellgespr.
	1 000 t		Mill.	1 000		Mill.	
1938 M.-D.	.	4 166	279,4	13 234	1 168	103,6	15,0
1947 „	.	1 424	277,2	5 906	3 282	124,2	21,4
1948 „	4 072	1 886	280,1	6 387	2 577	124,8	22,0
1949 „	6 872	2 093
1949 Januar	5 397	1 968	237,8	6 798	1 556	114,9	20,4
Februar	5 634	1 795	234,3	7 108	1 499	111,3	19,8
März	6 602	2 005	252,3	8 288	1 705	119,9	21,8
April	6 628	2 029	255,7	7 614	1 742	112,0	20,5
Mai	7 489	2 010	246,0	8 030	1 805	113,4	21,6
Juni	7 427	2 113	234,4	7 353	1 733	111,0	21,1
Juli	8 184	2 200	242,7	7 713	1 783	114,6	22,5
August	7 869	2 330	258,7	7 891	1 844	115,9	23,0
September	7 352	2 233	250,3	8 390	1 851	116,8	23,0
Oktober	6 833	2 085	316,0	10 619	2 125	132,1	26,7
November	6 519	2 122	318,3	13 065	2 003	132,2	25,7
Dezember	6 532	2 226	403,8	16 585	2 193	137,3	25,6
1950 Januar	5 899	2 199	298,4	10 047	1 694	130,3	24,0
Februar	5 350	1 824	286,7	10 116	1 591	124,1	22,6
März	7 291	2 043	333,1	12 855	1 935	134,2	26,6
April	7 191	1 613	307,1	10 933	1 911	126,4	24,3
Mai	8 224	1 943	307,0	11 522	2 155	132,3	26,2
Juni	8 668	.	296,6	11 112	2 012	.	26,6

¹⁾ Bis Dez. 1948 beförderte Güter im Vereinigten Wirtschaftsgebiet. — ²⁾ Bis einschl. Sept. 1949 nur Vereinigtes Wirtschaftsgebiet. — ³⁾ Bis Dez. 1949 Vereinigtes Wirtschaftsgebiet. — Quellen: Hauptverwaltung der Bundesbahn, Hauptverwaltung der Binnenschifffahrt, Deutsche Post (Posttechnisches Zentralamt).

6. Indexziffer der Grundstoffpreise

X. Preise

Bundesgebiet, 1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungsmittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juni ¹⁾	155	124	176
Juli	159	127	179
August	172	129	200
September	179	132	210
Oktober	188	149	214
November	190	151	217
Dezember	193	154	218
1949 Januar	192	155	216
Februar	190	156	213
März	189	156	210
April	186	153	208
Mai ²⁾	189	168	204
Juni	191	174	203
Juli	192	179	201
August	194	183	200
September	193	185	199
Oktober	199	190	206
November	197	187	205
Dezember	195	181	205
1950 Januar	197	170	215
Februar	198	171	215
März	197	169	215
April	196	169	214
Mai	197	168	215
Juni	198	168	218
Juli	206 ¹⁾	178 ¹⁾	224 ¹⁾

¹⁾ Monatsmitte. — ²⁾ Ab Mai 1949 unter Berücksichtigung der an den Schlachtmärkten tatsächlich gezahlten Preise. — ³⁾ Vorläufig. — Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets.

7. Indexziffer der Lebenshaltungskosten

für eine 4köpfige Arbeiterfamilie¹⁾

Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, 1938 = 100

Zeit	Lebenshaltung insgesamt	Ernährung	Genußmittel	Miete	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung und Unterhaltung	Hausrat	Verkehr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1948 Juni	.	142	.	100	105	201	145	133	189	135
Juli	159	157	399	100	108	214	145	137	195	138
August	157	147	403	100	111	230	145	139	198	131
September	159	147	401	100	115	244	148	136	202	133
Oktober	165	155	399	100	116	261	149	137	206	135
November	166	164	292	100	119	272	152	139	210	135
Dezember	168	168	292	100	119	271	155	142	211	136
1949 Januar	168	169	292	100	120	260	157	142	208	136
Februar	168	173	292	100	121	250	157	143	203	136
März	167	174	293	100	121	240	158	142	198	135
April	164	168	293	102	120	232	158	142	192	135
Mai	161	165	291	102	120	223	157	142	187	134
Juni	159	164	287	102	120	215	157	141	183	134
Juli	160	169	285	102	120	209	156	141	179	134
August	157	160	284	102	120	204	155	141	175	134
September	155	158	284	102	120	201	155	144	173	134
Oktober	155	160	286	102	119	200	154	144	172	134
November	156	162	287	102	119	199	152	143	171	134
Dezember	156	163	287	102	119	199	151	142	171	134
1950 Januar	154	160	287	102	119	197	150	142	170	134
Februar	154	160	286	102	119	194	149	142	168	134
März	153	159	285	102	119	191	148	141	166	133
April	153	160	285	102	119	189	148	141	164	133
Mai	156	168	285	102	118	188	147	140	163	133
Juni	151	157	284	103	118	185	147	141	162	133
Juli	149	153	284	103	118	183	147	141	161	133

¹⁾ Darunter 2 Verdienner und 1 Kind unter 14 Jahren. — Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets.

XI. Internationale

1. Wechselkurse für je 1 Einheit

Land	Währungseinheit	Kursarten ³⁾	Paritäten (in US-cents für je 1 Einheit der Landeswährung ⁴⁾)		Verkaufskurse in den						
			vor Abwertung	nach Abwertung	1937	1948	Januar bis Dezember 1949				
							vor Abwertung Jan. bis Aug.	nach Abwertung Sept. bis Dez.			
ERP-Länder											
Bundesrepublik Deutschland	D-Mark		30,0000	23,8095	40,16 ⁵⁾	30,03 ⁶⁾	30,03	23,78			
Belgien	Franc		2,28167 *)	2,0000 *)	3,375	2,275	2,275	1,995			
Dänemark	Krone		20,8376 *)	14,4778 *)	22,03	20,79	20,79	14,45			
Frankreich	Franc	Offiziell	0,4664	0,2857	3,978	0,4837	0,4657	—			
"	"	Frei	0,36752 ⁸⁾	0,28571		0,3238 ⁹⁾	0,3076	0,2865			
Griechenland	Drachma	ohne Zertifikate mit Zertifikate	0,02000 0,00999	0,02000 0,00667	0,9009	0,0199 0,0103	0,0199 0,0100	0,0199 0,0067			
Großbritannien	£		403,000 *)	280,000 *)	494,4	402,75	402,75	279,88			
Irland	£		403,000	280,000	494,4	402,75	402,75	279,88			
Island	Krone		15,4111 *)	6,14036 ⁹⁾	20,30	15,37	15,37	10,68			
Italien	Lira	Offiziell	0,17391	0,16026 ¹⁰⁾	5,263	0,1739	0,1739	0,1599			
"	"	Frei	0,17391	0,16026 ¹⁰⁾		0,1739	0,1739	0,1599			
"	"	Curb				0,1616	0,1545	0,1498			
Niederlande	Gulden		37,6953 *)	26,3158 *)	55,04	37,59	37,62	26,28			
Norwegen	Krone		20,1500 *)	14,0000 *)	24,75	20,12	20,12	13,99			
Österreich	Schilling	Offiziell: Grundkurs	10,0000	6,9444	18,587	9,862	9,862	6,863 ¹¹⁾			
"	"	Effektivk.						4,645 ¹¹⁾			
"	"	Vorzugsk.						3,821 ¹¹⁾			
Portugal	Escudo		4,00000	3,47524	4,486	3,990	3,988	3,454			
Schweden	Krone		27,81641	19,32367	25,43	27,78	27,78	19,31			
Schweiz	Franc	Offiziell	23,14815	23,25581	22,94	23,17	23,17	23,17			
"	"	Frei				24,88			25,19 ¹¹⁾		
Türkei	£ T.		35,7143 *)	35,7143 *)	79,37	35,40	35,40				
Sonst. europäische Länder											
Bulgarien	Lew		0,34801	0,34801	1,186	0,3448		0,3448			
Finnland	Markka		0,62500	0,43478	2,171	0,7353	0,6944	0,4329			
Jugoslawien	Dinar		2,00000 *)	2,00000 *)	2,304	2,00		2,00			
Polen	Zloty	Offiziell	1,00000	1,00000	18,94	0,9804		0,9804			
"	"	Prämienkurs	0,25000	0,25000		0,2488	0,2488				
Rumänien	Leu		0,66007	0,66007	0,710	0,6536		0,6536			
Spanien	Peseta ¹²⁾				11,67 ¹⁴⁾	8,913 ¹⁴⁾¹⁵⁾	8,913	8,913			
"	"				9,238 ¹⁶⁾	5,949 ¹⁵⁾¹⁶⁾	bis 3,652	bis 2,538 ¹⁷⁾			
Tschechoslowak.	Krone		2,00000 *)	2,00000 *)	3,486	1,994		1,994			
Ungarn	Forint		8,51861	8,51861	29,44 ¹⁸⁾	8,455		8,455			
Außereuropäische Länder											
Argentinien	Peso	Vorzugsk.: A			30,96	26,81	26,81	26,81 ¹⁹⁾			
"	"	B						18,62 ¹⁹⁾			
"	"	Grundkurs						30,96	23,64	23,64	16,42 ¹⁹⁾
"	"	Frei						30,03	22,47	20,77	11,09 ¹⁹⁾
"	"	Curb ²⁰⁾				10,81	7,69	6,33 ¹⁹⁾			
Australien	£ A.		322,400 *)	224,000 *)	392,90	320,15	320,55	222,75			
Ägypten	£ E.		413,300 *)	287,156 *)	507,08	412,66	412,66	286,76			
Brasilien	Cruzeiro	Offiziell: ohne Steuer	5,40541 *)	5,40541 *)	8,772	5,342		5,342			
"	"	mit Steuer				5,086		5,086			
"	"	Frei ²⁰⁾			6,238	3,766		3,252			
Chile	Peso	Vorläuf. Effektivkurs									
"	"	Regierung			5,163	5,136		5,136			
"	"	Vorzugskurs			3,909	3,984		3,984			
"	"	Offiziell	3,22581 *)	3,22581 *)	3,578	3,215		3,215			
"	"	Banking				2,320 ⁸⁾		2,320			
"	"	Curb			3,792	1,653		1,272			
Cuba	Peso	ohne Steuer	100,000 *)	100,000 *)	99,11	100,00		100,00			
Indien	Rupie		30,2250 *)	21,0000 *)	37,22	30,14	30,14	20,94			
Kanada	Dollar	Offiziell	100,000 *)	90,9091 *)	100,00	99,50	99,50	90,50			
"	"	Frei in New-York ²¹⁾				91,67	94,03	89,60			
Mexiko	Peso		20,5973 *)	11,5607 *)	27,78	17,39		13,61 ²²⁾			
Neuseeland	£ NZ.		399,955	277,885	396,27	348,28	396,96	275,86			
Union v. Südafrika	£ SA.		403,000 *)	280,000 *)	487,4	400,75	400,75	278,38			

¹⁾ Monatsdurchschnitte. Quelle: "Monthly Bulletin of Statistics" des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen. Wenn nicht anders vermerkt, bank verstanden. — ²⁾ Monatsdurchschnitte auf Grund von in den „Nachrichten für Außenhandel“ veröffentlichten Notierungen. — ³⁾ Offiziell mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart und von diesem nach dem Stande vom 1. 8. 1949 bzw. 15. 10. 1949 und später (vor bzw. Mittelkurs zuletzt ca. 272,096 ffrs. = 1 US-Dollar. — ⁴⁾ Vom 20. 3. 50 ab. — ⁵⁾ Fluktuierender Kurs. — ⁶⁾ Vom 25. November ab. — ⁷⁾ Vorzugskurs. — ⁸⁾ Vom 7. Oktober ab. — ⁹⁾ US-cents für Pengö. — ¹⁰⁾ Vom 3. Oktober ab. — ¹¹⁾ Ende des Zeitabschnitts; ausgenommen schnittskurs für Januar. Von Februar ab keine Notierungen.

Übersichten

in US-Cents
der Landeswährung

einzelnen Ländern ¹⁾				Kurse in New York ²⁾ a) Verkaufs-, b) Mittelkurs				
1950				1950				
Februar	März	April	Mai	April	Mai	Juni	Juli	Januar bis Juli Monats- durchschnitt
23,78	23,78	23,78	23,78	—	—	—	—	—
1,996	1,993 ⁷⁾	1,988	1,988	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
14,45	14,45	14,45	14,45	14,48	14,48	14,48	14,48	14,48
—	—	—	—	0,28	0,28	0,28	0,28	0,28
0,2864	0,2862	0,2860	0,2859	0,2862 ^{b)}	0,2862 ^{b)}	0,2859 ^{b)}	0,2859 ^{b)}	0,2863 ^{b)}
0,0199	0,0199	0,0199	0,0199	—	—	—	—	—
0,0067	0,0067	0,0067	0,0067	0,006	0,006	0,006	0,006	0,006
279,88	279,88	279,88	279,88	280,00 ^{b)}	280,00 ^{b)}	280,00 ^{b)}	280,00 ^{b)}	280,0089 ^{b)}
279,88	279,88	279,88	279,88	—	—	—	—	—
10,68	6,127 ⁹⁾	6,127	6,127	—	—	—	—	—
0,1601	0,1601	0,1601	0,1601	0,1600	0,1600	0,1601	0,1601	0,1601
0,1601	0,1601	0,1601	0,1601	0,1600	0,1600	0,1601	0,1601	0,1601
0,1497	0,1502	0,1555	0,1577	—	—	—	—	—
26,28	26,28	26,28	26,28	26,32	26,32	26,32	26,32	26,32
13,99	13,99	13,99	13,99	14,00	14,00	14,00	14,00	14,00
6,863	6,882 ⁷⁾	6,882	6,882	—	—	—	—	—
4,645	4,653 ⁷⁾	4,653	4,653	—	—	—	—	—
3,821	3,827	3,827	3,827	—	—	—	—	—
3,454	3,454	3,454	3,454	3,48	3,48	3,48	3,48	3,4802
19,31	19,31	19,31	19,31	19,30	19,30	19,30	19,30	19,30
23,25	23,26	23,26	23,27	23,2907 ^{b)}	23,30 ^{b)}	23,1522 ^{b)}	23,0561 ^{b)}	23,3358 ^{b)}
35,40	35,40	35,40	35,40	35,75	35,75	35,75	35,75	35,75
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,3448	0,3448	0,3448	0,3448	0,35	0,35	0,35	0,35	0,35
0,4329	0,4329	0,4329	0,4329	0,431	0,431	0,431	0,431	0,431
2,00	2,00	2,00	2,00	—	—	—	—	—
0,9804	0,9804	0,9804	0,9804	—	—	—	—	—
0,2488	0,2488	0,2488	0,2488	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25
0,6536	0,6536	0,6536	0,6536	—	—	—	—	—
8,913	8,913	8,913	8,913	—	—	—	—	—
bis	bis	bis	bis	9,16	9,16	9,16	9,16	9,16
2,538	2,538	2,538	2,538	—	—	—	—	—
1,994	1,994	1,994	1,994	2,03	2,03	2,03	2,03	2,03
8,455	8,455	8,455	8,455	8,61	8,61	8,61	8,61	8,61
—	—	—	—	—	—	—	—	—
26,81	26,81	26,81	26,81	—	—	—	—	—
18,62	18,62	18,62	18,62	—	—	—	—	—
16,42	16,42	16,42	16,42	—	—	—	—	—
11,09	11,09	11,09	11,09	11,20 ^{a)}	11,20 ^{a)}	11,20 ^{a)}	11,20 ^{a)}	11,20 ^{a)}
6,76	7,19	7,27	7,17	—	—	—	—	—
222,75	222,75	222,75	222,75	224,00	224,00	224,1667	224,50	224,0952
286,76	286,76	286,76	286,76	287,50	287,50	287,50	287,50	287,50
5,342	5,342	5,342	5,342	5,46 ^{a)}	5,46 ^{a)}	5,45 ^{a)}	5,45 ^{a)}	5,457 ^{a)}
5,086	5,086	5,086	5,086	—	—	—	—	—
3,030	3,082	3,058	2,985	—	—	—	—	—
1,664	1,664	1,664	1,664	—	—	—	—	—
5,136	5,136	5,136	5,136	—	—	—	—	5,16 ²⁸⁾
—	—	—	—	—	—	—	—	—
3,215	3,215	3,215	3,215	—	—	—	—	3,23 ²⁸⁾
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,024	1,024	1,096	1,076	—	—	—	—	—
100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
20,94	20,94	20,94	20,94	21,00	21,00	21,00	21,00	21,00
90,50	90,50	90,50	90,50	—	—	—	—	—
89,82	90,25	90,20	90,11	90,2589	90,1875	90,5417	90,8403	90,2438
11,56	11,56	11,56	11,56	11,57 ^{b)}	11,57 ^{b)}	11,57 ^{b)}	11,57 ^{b)}	11,57 ^{b)}
275,86	275,86	275,86	275,86	280,00	280,00	280,00	280,00	280,00
278,38	278,38	278,38	278,38	280,00	280,00	280,00	280,00	280,00

basieren die Angaben auf offiziellen Verkaufskursen des Inlandsmarktes. Unter Verkaufskurs wird in der Regel der Abgabekurs der Noten = amtlich festgesetzt; frei = Börsen- oder Marktkurs; Curb = „Schwarzmarkt“-Kurs. — ⁴⁾ Die mit einem (*) bezeichneten Paritäten sind nach Abwertung) veröffentlicht. — ⁵⁾ US-cents für Reichsmark. — ⁶⁾ Durchschnitt für einen Teil des Jahres. — ⁷⁾ Vom 4. März ab. — ⁸⁾ Variabler ¹²⁾ 1. Januar bis 17. September. — ¹³⁾ Gestaffelte Wechselkurse im Devisensystem von 1949 ab. — ¹⁴⁾ Offiziell. — ¹⁵⁾ Januar bis November. — 1937. — ²¹⁾ Ankaufskurs. — ²²⁾ 1. Januar bis 17. Juni. Der Kurs wurde am 17. Juni auf 11,56 US-cents für 1 Peso festgesetzt. — ²³⁾ Durch-

2. Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder

1938 = 100

Zeit	Vereinigte Staaten (Bureau of Labor)	Großbritannien (Economist)	Frankreich (Official)	Schweiz (Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank)	Italien (Economist)	Schweden (Economist)
1945 M.-D.	135	166	375	206	2 059	175
1946 "	154	176	648	200	2 883	168
1947 "	194	204	989	209	5 157	180
1948 "	210	225	1 712	217	5 442	194
1949 "	197	235	1 917	206	5 169	195
1948 Januar	211	218	1 463	218	5 371	188
Februar	205	220	1 537	218	5 350	189
März	205	225	1 536	218	5 316	190
April	207	223	1 555	218	5 238	193
Mai	209	226	1 653	218	5 182	194
Juni	211	228	1 691	218	5 140	195
Juli	215	226	1 698	217	5 137	195
August	216	225	1 783	216	5 704	196
September	215	227	1 791	215	5 769	196
Oktober	210	227	1 887	215	5 724	196
November	209	229	1 977	217	5 667	196
Dezember	206	231	1 974	216	5 697	196
1949 Januar	204	232	1 946	215	5 698	196
Februar	201	231	1 898	214	5 656	196
März	202	231	1 872	212	5 556	195
April	200	230	1 846	209	5 393	195
Mai	198	235	1 890	206	5 278	195
Juni	197	233	1 812	205	5 215	195
Juli	195	229	1 854	205	5 034	195
August	195	230	1 918	205	4 889	194
September	195	241	1 958	204	4 910	195
Oktober	194	244	2 002	201	4 841	197
November	193	245	2 005	201	4 826	197
Dezember	192	246	2 002	199	4 747	198
1950 Januar	193	248	2 063	198	4 732	198
Februar	194	251	2 057	195	4 759	199
März	194	247	2 102	195	4 732	199
April	195	254	2 097	194	4 694	200
Mai	198	263	2 082	197	.	200 ¹⁾
Juni	200 ¹⁾	264	2 035	197	.	.
Juli	.	266 ¹⁾

¹⁾ Vorläufig.

3. Moody's Index für USA-Rohstoffpreise

Jahres-, Monats- und Wochendurchschnitte

31. Dezember 1931 = 100

jährlich	monatlich			wöchentlich
1938 . . . 143,5	1948 Jan. . . . 450,3	1949 Jan. . . . 390,5	1950 Jan. . . . 351,7	1950 14. 5. bis 20. 5. . . 384,9
1939 . . . 150,0	Febr. . . . 413,9	Febr. . . . 375,9	Febr. . . . 356,6	21. 5. " 27. 5. . . 388,3
1940 . . . 159,9	März . . . 409,0	März . . . 372,0	März . . . 356,6	28. 5. " 3. 6. . . 393,5
1941 . . . 198,1	April . . . 417,2	April . . . 351,6	April . . . 360,5 ¹⁾	4. 6. " 10. 6. . . 399,9
1942 . . . 230,9	Mai . . . 420,4	Mai . . . 344,2	Mai . . . 382,2 ¹⁾	11. 6. " 17. 6. . . 394,2
1943 . . . 245,8	Juni . . . 431,3	Juni . . . 338,8	Juni . . . 397,4 ¹⁾	18. 6. " 24. 6. . . 395,8
1944 . . . 249,6	Juli . . . 433,1	Juli . . . 339,9	Juli . . . 432,6 ¹⁾	25. 6. " 1. 7. . . 401,5
1945 . . . 257,4	Aug. . . . 427,2	Aug. . . . 340,2		2. 7. " 8. 7. . . 413,2
1946 . . . 311,9	Sept. . . . 419,7	Sept. . . . 346,3		9. 7. " 15. 7. . . 426,1
1947 . . . 418,8	Okt. . . . 404,6	Okt. . . . 338,6		16. 7. " 22. 7. . . 437,2
1948 . . . 418,6	Nov. . . . 401,0	Nov. . . . 344,2		23. 7. " 29. 7. . . 447,7
1949 . . . 352,4 ¹⁾	Dez. . . . 395,9	Dez. . . . 346,1		30. 7. " 5. 8. . . 453,4

¹⁾ Vorläufig.

4. Preise wichtiger Welthandelswaren

XI. Internationale
Übersichten

Durchschnittspreise

Zeit	Weizen	Mais	Kaffee	Zucker	Schweine	Wolle	Baumwolle	Kautschuk	Kupfer	Zinn	Blei	Zink	Erdöl, roh	Häute
	Chicago 1 Bushel = 60 lbs. \$	Chicago 1 Bushel = 56 lbs. \$	New York 1 lb. cents	New York 1 lb. cents	Chicago 100 lbs. \$	Boston 1 lb. \$	New Orleans 1 lb. cents	New York 1 lb. \$	New York 1 lb. cents	New York 1 lb. cents	New York 1 lb. cents	St. Louis 1 lb. cents	Pennsylv. 1 Barrel = 1,59 hl \$	Chicago 1 lb. cents
1946	1,98	1,64	17,61	4,43	18,69	1,06	29,58	0,23	13,06	52,00	7,69	8,81	3,15	18,38
1947	2,62	2,17	26,63	6,21	24,85	1,26	32,39	0,21	21,04	78,33	14,67	10,50	4,29	29,29
1948	2,45	2,08	26,77	5,52	23,65	1,62	31,51	0,22	22,21	99,25	18,04	13,38	5,00	27,00
1949	2,18	1,32	31,03	5,74	18,51	1,63	30,09	0,18	19,41	99,32	15,34	12,03	3,59	21,36
1948														
Januar	3,20	2,81	26,50	5,60	27,50	1,35	33,70	0,22	21,38	94,00	15,00	10,50	5,00	30,00
Februar	2,54	2,07	26,25	5,50	22,45	1,35	30,20	0,21	21,38	94,00	15,00	12,00	5,00	25,00
März	2,57	2,37	26,25	5,45	23,05	1,35	31,65	0,20	21,38	94,00	15,00	12,00	5,00	21,00
April	2,62	2,42	26,50	5,37	20,45	1,40	35,35	0,23	21,38	94,00	17,50	12,00	5,00	25,00
Mai	2,49	2,37	27,00	5,15	19,20	1,55	35,65	0,24	21,38	94,00	17,50	12,00	5,00	27,50
Juni	2,40	2,33	27,00	5,20	23,35	1,75	35,15	0,23	21,38	103,00	17,50	12,00	5,00	28,00
Juli	2,30	2,20	27,00	5,70	25,65	1,78	30,50	0,23	21,38	103,00	17,50	12,00	5,00	29,50
August	2,21	2,07	27,00	5,78	27,40	1,80	28,05	0,23	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
September	2,26	1,95	26,50	5,65	27,50	1,80	31,15	0,28	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
Oktober	2,26	1,55	27,00	5,60	25,50	1,75	27,85	0,23	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	26,50
November	2,27	1,39	27,25	5,68	21,25	1,75	29,05	0,20	23,38	103,00	21,50	15,50	5,00	29,50
Dezember	2,27	1,45	27,00	5,60	20,55	1,85	29,80	0,18	23,38	103,00	21,50	17,50	5,00	25,00
1949														
Januar	2,34	1,44	27,00	5,70	19,90	1,85	30,30	0,19	23,38	103,00	21,50	17,50	4,50	27,00
Februar	2,25	1,30	26,50	5,65	20,00	1,87	30,50	0,18	23,38	103,00	21,50	17,50	4,00	20,00
März	2,20	1,32	26,50	5,65	20,25	1,85	30,35	0,19	23,38	103,00	18,00	17,50	4,00	18,50
April	2,40	1,38	26,00	5,70	18,70	1,75	31,00	0,18	21,38	103,00	15,00	14,00	3,55	19,00
Mai	2,39	1,39	26,75	5,85	18,35	1,60	30,95	0,18	17,88	103,00	14,00	12,00	3,40	20,00
Juni	2,17	1,38	27,25	5,85	19,40	1,55	30,85	0,16	16,38	103,00	12,00	9,00	3,27	19,50
Juli	1,94	1,42	27,75	5,85	17,50	1,55	29,25	0,17	17,50	103,00	14,00	9,00	3,40	19,50
August	1,91	1,23	28,50	5,90	18,05	1,55	29,20	0,17	17,50	103,00	15,00	10,00	3,40	23,00
September	2,09	1,23	30,19	6,01	20,92	1,53	29,94	0,18	17,63	102,13	15,06	10,00	3,40	24,56
Oktober	2,13	1,17	36,12	6,03	18,22	1,46	29,30	0,16	17,63	95,73	13,48	9,31	3,40	24,50
November	2,12	1,23	45,11	5,40	15,98	1,47	29,48	0,17	18,39	91,09	12,53	9,26	3,40	21,37
Dezember	2,20	1,30	44,70	5,24	14,87	1,49	29,97	0,18	18,50	78,93	12,00	9,26	3,40	19,37
1950														
Januar	2,17	1,29	46,57	5,27	15,05	1,53	30,86	0,18	18,50	76,13	12,00	9,75	3,48	18,99
Februar	2,18	1,28	46,29	5,10	16,71	1,78	31,79	0,19	18,50	74,39	12,00	9,75	3,54	18,75
März	2,26	1,31	44,53	5,05	16,46	1,84	31,75	0,19	18,50	75,77	10,96	9,94	3,54	19,20
April	2,27	1,40	44,26	5,07	16,45	1,85	32,30	0,24	18,94	76,52	10,64	10,70	3,54	18,95
Mai	2,29	1,48	43,28	5,22	19,21	1,95	32,64	0,28	19,92	77,60	11,72	11,99	3,63	19,75
Juni	2,13	1,46	46,14	5,28	19,54	2,01	33,65	0,31	22,23	78,07	11,80	14,68	3,66	22,98
Juli	2,25	1,54	53,19	5,56	23,10	2,19	36,67	0,40	22,50	89,73	11,66	15,00	3,77	26,58

Quelle: VWD (Vereinigte Wirtschaftsdienste G. m. b. H.)

